

AUFTRAG



HEFT 229 / 1997

37. JAHRGANG



37. Woche der Begegnung 1997 in der »Wolfsburg« / Mülheim Ruhr

- Leitthema Zentrale Versammlung:
»Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen
Mittendrin Nachfolge leben«
- Leitthema Bundeskonferenz der GKS:
»Lebens- und Lerngemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg«

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

WELTFRIEDENSTAG 1997

„Biete die Vergebung an, empfang den Frieden“ (DT)	4
„Frieden in der Welt – Beitrag der Soldaten in der Bundeswehr“ (Wehrbeauftragte Claire Marienfeld) ...	5
Versöhnung als Anstiftung zu europäischer Identität (Lothar Fischer/Bischof Josef Homeyer)	10

37. WOCHEN DER BEGEGNUNG

Einführung	13
Im Gedenken an Franz Kardinal Hengsbach (Walter Theis)	15
Eröffnung der 37. Woche der Begegnung (PS)	17

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

Beratungen der Zentralen Versammlung (ZV) (PS)	18
Offenheit für das Andere, Entschiedenheit für das Eigene (Michael Schlagheck)	20
Mitverantwortung und Sachkenntnis (Walter Theis)	29
Seelsorgeregionen (Walter Wakenhut)	31
Die Arbeit muss weitergehen (Walter Theis)	33
Das Erbe in die Zukunft einbringen (Hartmut Gremler)	35
DAS INTERVIEW: OGeFr Nicolaus Prinz zu Sayn Wittgenstein: „Christentum ist Fundament und Ausgangspunkt“ (PS)	36
Begegnungen mit moderner Malerei in den Werken von Roland Peter Litzenburger (1917–1987) (Norbert Lepping)	37
NACHBARSCHAFTSHILFE 1996/97: Ein Zuhause für gefährdete Jugendliche (Peter Weber/Walter Hütten)	40
Begegnung von Militärbischof Dyba mit engagierten Laien (Marlene Beyel)	42
Wie ein Delegierter die ZV sieht (Ralf Eisenhut)	43

BUNDESKONFERENZ DER GKS 1997

Leitthema: „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“ (Jürgen Bringmann/Paul Schulz)	44
Bericht des Bundesvorsitzenden zur Lage (Karl-Jürgen Klein)	47
Lebens- und Lerngemeinschaft – Auf dem Weg des Glaubens (Walter Theis)	51
Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg (Dirk Ansorge)	54
Internationale Zusammenarbeit katholischer Soldaten für den Frieden (Jürgen Bringmann)	62
KONTROVERS: GKS Stellungnahme zu Pax Christi Erklärung	63
Einführung in das Jahresthema 1998	64
Glaube und Kunst (Walter Theis)	65

DEMOKRATIE IN DER PRAXIS

Werte bei jungen Ost- und Westdeutschen ähnlich (KNA)	66
Keine Lebensform so populär wie die Ehe	67
WEHRMACHTSAUSSTELLUNG: Der Dank des Vaterlandes (Lothar Groppe)	69

KIRCHE IN DEUTSCHLAND

BIOETHIK: Vom Umgang mit dem Fortschritt (Eva-Maria Streier)	70
--	----

Zum Titelbild: „Die Wolfsburg“ in Mülheim Ruhr ist die von Ruhrbischof Dr. Franz Hengsbach gegründete katholische Akademie des Bistums Essen. In dieser Jugendstilvilla fand in der Zeit vom 21. bis 26. April 1997 die 37. Woche der Begegnung des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge statt.
(Foto: Die Wolfsburg)

Heimliche Entmachtung der Priester (<i>Christa Meves</i>)	72
Die Moderne als Chance begreifen (<i>Christian Buschmann/DT</i>)	72
Kleine Kirchenbeschreibung der katholischen Kirche in den neuen Bundesländern (<i>Franz Georg Friemel</i>)	74
DAS INTERVIEW: Jugendbischof Franz-Josef Bode: „Junge Menschen in ihrer Vielfalt wahr- und ernstnehmen“ (<i>PS</i>)	79

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Weggemeinschaft – Gastfreundschaft – Zeitgenossenschaft (<i>Jürgen Nabbefeld</i>)	81
„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“	85
GKS Kreis Bonn diskutiert mit Dr. Thomas Hoppe über die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland (<i>Bernd Englert</i>)	85
Zwischen Konflikt und Konsens (<i>Bernhard Sutor</i>)	86
Die Deutsch-Französische Brigade – Brigade Franco-Allemande (<i>Matthias Thye</i>)	90
Die russische Armee in der Krise (<i>Paul Roth</i>)	95
Ukrainische Armee: Das Russische ist noch da (<i>Joachim G. Görlich</i>)	99
Polen: Verband deutscher Soldaten (<i>Joachim G. Görlich</i>)	99
Feindschaft bestimmt die Situation zwischen den Ethnien in Bosnien (<i>Karl-Heinz Karte</i>)	100
Solidarität mit Katholiken in Bosnien (<i>GKMD</i>)	101

AUS DER MILITÄRSEELSORGE

Madonna schlug Lenin (<i>Helmut S. Ruppert/KNA</i>)	102
SOLDATENBETREUUNG: „Den Menschen nachgehen ...“ (<i>KAS/PS</i>)	103
WEHRBEREICH VI UND III	105
GEFUNDEN	53, 61, 64, 69
KURZ NOTIERT	68, 71
PERSONALIA	72, 106, 108
Begegnungen mit Wilhelm Heß († 18.01.1997) (<i>Helmut Fettweis</i>)	107
LESERBRIEF	109
TERMINE 1997	109
AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM HEFT	109
BUCHBESPRECHUNGEN	110

EDITORIAL

Gut, dass wir bei der Neukonzeption des AUFTRAGs ein großes Format gewählt haben, sonst hätte die Redaktion Ihnen als Sommerlektüre ein dickes Taschenbuch vorgelegen müssen. Ein solches hätte allerdings, wie wir gern zugeben, besser als diese umfangreiche Dokumentation der 37. Woche der Begegnung in eine Badetasche oder einen Rucksack gepasst. Wir hoffen, dass Sie dieses Heft 229 noch rechtzeitig vor dem Start in die Ferien in Händen halten. Wenn Ihnen dann bei der Lektüre der Beiträge im Strandkorb, oder wo Sie sich auch immer im Urlaub befinden, die Arme vom Halten des gewichtigen AUFTRAGs schwer werden und der Kopf auf die Brust sinkt, ist das kein Alarmsignal für mangelndes Interesse; Sie müssen ja auch über die informativen und anregenden Artikel gelegentlich mal nachdenken.

Regen Sie sich in Ihrem bestimmt wohlverdienten Urlaub bitte auch nicht über die neue Rechtschreibung auf. Ohne Protest aus der Leserschaft versucht sich Redaktion ja schon seit Heft 227 daran. Nun haben wir noch den DUDEN-Konverter auf einer CD-ROM angeschafft, ihn auf die Schalterstellung „gemäßigte Rechtschreibung“ eingestellt und schon läuft der ganze Prozess automatisch ab. Nur über knifflige Zweifelsfälle muss noch entschieden werden. Das letzte Wort dazu hat der Lektor.

So wünschen wir Ihnen einen schönen, sonnigen, erlebnisreichen, familienfreundlichen und -friedlichen Urlaub. Und kehren Sie gut erholt und mit frischen Kräften zu Ihren normalen Aufgaben zurück.

Ihre Redaktion AUFTRAG

WELTFRIEDENSTAG 1997

„Biete die Vergebung an, empfange den Frieden“

Unter das Leitwort „Biete die Vergebung an, empfange den Frieden“ hatte Papst Johannes Paul II. den Weltfriedenstag 1997 gestellt. Dieser wird zwar offiziell am 1. Januar eines jeden Jahres begangen, doch aus einsichtigen Gründen feiern die Soldaten diesen für sie so wichtigen Tag mit den Bischöfen der Ortskirchen über die ersten Monate des Jahres verteilt in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Über die Botschaft des Papstes und die Feiern in Köln und in Rendsburg berichtete AUFTRAG in Heft 228. In dieser Ausgabe folgen Kurzberichte über die Feiern zum Weltfriedenstag in Münster/Nordrhein-Westfalen, in Bad Salzungen/Thüringen und in Hildesheim/Niedersachsen. Im Wortlaut wird die Ansprache der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld zur Festakademie der GKS Bonn wiedergegeben (s.S. 5 ff.).

Bischof Lettmann dankt den Soldaten für ihren Dienst

Internationaler Soldatengottesdienst in Münster
mit Militärangehörigen aus siebzehn Standorten

Aus Anlass des Weltfriedenstag 1997 hat der Bischof von Münster, Lettmann, am 6. März im Dom zu Münster einen internationalen Soldatengottesdienst mit etwa neunhundert Militärangehörigen aus Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden gefeiert. Die Soldaten aller Dienstgradgruppen waren aus siebzehn Heeres- und Luftwaffenstandorten nach Münster gereist.

In seiner Predigt erinnerte Bischof Lettmann an jene Soldaten, die sich im Ausland bei friedensschaffenden, friedensichernden und friedensfördernden Einsätzen „in besonderer Weise für den Frieden engagieren“. Er habe mit Soldaten gesprochen, die mit hohem persönlichem Risiko als Minenräumer in Bosnien tätig waren: „Sie sagten mir, dass man stark ins Nachdenken kommt und unwillkürlich anfängt zu beten.“ Soldaten täten ihren Dienst „für andere, damit Menschen wieder sicher ihres Weges gehen, auf dem Land arbeiten und in ihren Städten und Gemeinden friedlich leben können“.

Zu einem echten Frieden gehört nach Überzeugung Lettmanns mehr als die bloße Verhinderung kriegerischer Maßnahmen. Er sei vielmehr eine „Frucht der Versöhnung“. Lettmann rief die Soldaten auf, „die Sprache der Versöhnung zu sprechen, die Hände zur Versöhnung zu reichen und den Weg der Versöhnung zu gehen“. Der Bischof von Münster zelebrierte das Pontifikalamt gemeinsam mit dreizehn Militärgeistlichen.

Bei einem Empfang der Katholischen Militärseelsorge und des Deutsch-Niederländischen Korps im Anschluss an den internationalen Soldatengottesdienst im Collegium Borromaeum dankte Lettmann den Berufssoldaten wie den Wehrpflichtigen für ihren Dienst. Der Dank des Bischofs galt auch den Militärseelsorgern: Ihr Dienst zeige, dass die Kirche die Soldaten in ihrem Beruf nicht im Stich lasse und junge Menschen „auch unter den Belastungen des Wehrdienstes“ begleite.

(DT 08.03.1997)

Bischof Wanke über die Aufgabe der Soldaten

Den Krieg zu ächten bedeutet nach Auffassung des Bischofs von Erfurt, Wanke, „nicht automatisch“, den Soldaten abzuschaffen. Gerade auf dem Balkan zeige es sich, „dass Friede und Freiheit sich nicht durch einen ‚Ohnemich‘-Pazifismus sichern lassen“, sagte Wanke am Dienstag, dem 6. Mai 1997, in der Pfarrkirche St. Andreas in Bad Salzungen bei einem Gottesdienst mit in Thüringen stationierten Soldaten. Mit dem Bischof feierten Militärdekan Hecker, Wehrbereichsdekan VII/VIII aus Potsdam, sowie die katholischen Militärseelsorger im Bistum Erfurt die Messe. An den Gottesdienst, an dem etwa 250 Soldaten aus allen Standorten Thüringens teilnahmen, schloss sich ein Empfang für die Soldaten und deren Familienangehörigen im Gemeindezentrum der Pfarrei St. Andreas an.

Der Bischof führte in seiner Predigt aus, es bedürfe der Entschlossenheit, Aggression auch militärisch zu begegnen. Auch viele Pazifisten seien nun dabei, diesen Denkfehler zu revidieren. Wörtlich sagte der Bischof von Erfurt: „Wer die weltweite Achtung der Menschenrechte fordert und die friedensstiftende und friedensschaffende Rolle der Weltgemeinschaft anerkennt, der braucht auch gut ausgebildete und motivierte, disziplinierte Soldaten, die in letzter Konsequenz auch bereit sind, mit ihrem Leben dafür einzutreten.“ Militärische Macht als Teil der Sicherheitspolitik anzuerkennen, widerspreche nicht der Forderung, Konflikte gewaltfrei zu regeln. Wanke fügte hinzu: „Sie hat sogar heute in erste Linie diesem Ziel zu dienen.“ Es werde künftig vermehrt Aufgabe der Soldaten sein, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, indem sie zwischen den Parteien vermitteln oder „regelrecht und wörtlich zwischen den Fronten stehen“.

(nach: DT 10.05.97)

„Frieden in der Welt – Beitrag der Soldaten in der Bundeswehr“

Rede der Wehrbeauftragten Claire Marienfeld der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Bonn zum Weltfriedenstag am 27. Februar 1997

Bei der Feier des Weltfriedenstages der GKS Bonn hielt die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld den Festvortrag. Ausdrücklich würdigte sie den friedensfördernden Einsatz der Bundeswehr im früheren Jugoslawien. Die Grundsätze der Inneren Führung hatten sich dort – insbesondere bei der Konfrontation der Soldaten mit dem unsäglichen Leid der Zivilbevölkerung – voll bewährt. Die Wehrbeauftragte bemängelte aber, daß die Öffentlichkeit ihr Augenmerk vor allem auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr beschränke. Sie warnte auch vor dem Entstehen einer „Zwei-Klassen-Armee“ durch eine bevorzugte Ausstattung der Krisenreaktionskräfte mit besseren Waffen und modernerem Gerät. Dies könne weder von der politischen Leitung gewollt, noch von der militärischen Führung akzeptiert werden. Das Verteidigungsministerium wies die von Frau Marienfeld geäußerte Befürchtungen umgehend zurück.



(Foto M. Beyel, KMBA)

Nach der von zahlreichen aktiven und ehemaligen Soldaten sowie prominenten Gästen aus Politik, Kirchen und Bundeswehr besuchten Festakademie im Collegium Josephinum in Bonn überreichte der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Oberst i.G. Bernd Englert, Frau Marienfeld das Kreuz der Militärseelsorge. Dazu betonte Militärdekan Johannes Helle, Standortpfarrer Bonn, in seinen die Feier des Weltfriedenstag abschließenden Dankesworten, dieses Kreuz solle die Wehrbeauftragte daran erinnern, „dass katholische Soldaten nicht nur im Dienst des Vaterlandes stehen, sondern auch im Dienst dessen, der unser aller Herr ist.“ Soldaten trügen allenfalls dazu bei, dass Frieden wachse; denn nur wenn Waffen schwiegen, könne Politik Frieden gestalten. Deutsche Soldaten verstünden sich nicht nur als Rädchen im militärischen Getriebe, sondern ließen sich aus christlicher oder allgemein humanitärer Haltung heraus von Not und Elend der betroffenen Menschen anrühren. Konkret bei den SFOR-Einsätzen in Bosnien trügen unsere Soldaten dazu bei, dass „menschliche Beziehungen auch von verletzten Herzen erlebt werden können“, meinte Militärdekan Helle, „das macht deutsche Soldaten so sympathisch“. (PS)

Beispiele, wie Soldaten Frieden fördern

„Lourdes“

„Frieden in der Welt – Beitrag der Soldaten in der Bundeswehr“.

Angesichts unserer geschichtlichen Erfahrungen können wir den Blick nicht davor verschließen, dass ein ewiger Frieden auf der Welt nur sehr schwer vorstellbar ist. Seit Beginn der Menschheit herrscht Unfrieden in der Welt. Allen Bemühungen zum Trotz treten sich die Menschen überall und immer wieder mit Gewalt gegenüber. Dieses auch in Regionen, in denen aufgrund eines in langen Jahren gewachsenen kulturellen und sozialen Standards und insbesondere der Bildung der Menschen eigentlich anzunehmen wäre, dass Interessengegensätze auf friedlichem Wege gelöst werden könnten.

Dennoch liegt im Menschen auch die Vision einer friedvollen Welt. Dieses habe ich sehr deutlich erlebt und empfunden, als ich Anfang Juni des vergangenen Jahres an der Soldatenwallfahrt nach Lourdes teilgenommen habe. Das Gebet der Soldaten um Frieden in der Welt in Lourdes hat seine Wurzeln in einer Zeit, in der angesichts des noch wütenden zweiten Weltkriegs mit seinem unsagbaren Leid eine Versöhnung zwischen den Völkern und den Menschen unvorstellbar erschien.

Wenn sich heute, mehr als 50 Jahre später, die Beteiligung an dieser Soldatenwallfahrt in einer damals sicher unvorstellbaren Dimension ausgeweitet hat und viele tausend Soldatinnen und Soldaten aus mehr als 20 Ländern, auch außerhalb Europas und teilweise auch ohne kirchliche Bindung, sich in Lourdes zusammenfinden,

so gibt dieses Mut zu einer Hoffnung.

Zu der Hoffnung, dass nicht Hass, Gewalt und Tod das letzte Wort über den Menschen und seine Welt sind, sondern dass Menschlichkeit in Friedfertigkeit herrschen wird.

„Weltfriedenstag“

Auch der jährliche Welttag des Friedens am 1. Januar 1997 setzt ein Zeichen der Hoffnung.

Er wird in diesem Jahr zum 30. Mal begangen. Weltweit.

Die gesamte katholische Weltkirche bezeugt in Gottesdiensten und Zusammenkünften – wie wir heute – die Dringlichkeit des Friedens für das menschliche Zusammenleben. In den Verantwortlichen der Staaten soll wie in allen Menschen die Besinnung auf das Gebot, den Frieden in der Welt zu fordern, geweckt und verstärkt werden.

In seiner Botschaft zur Feier des Weltfriedenstag appelliert Papst Johannes Paul II. an uns alle, das Ziel des Friedens auf dem Weg der Vergebung zu verfolgen. Und ein weiteres:

Die Weihnachtsbotschaft gibt Sicherheit, dass es Frieden geben kann, wenn die Menschen eines guten Willens sind. Eine Botschaft, die zugleich ein Auftrag an uns ist. Ohne unser Zutun wird Unfriede nicht aus der Welt geschafft.

Visionen, Hoffnungen gegenüber unerbittlichen Realitäten. Aber mit der Chance, dass der Friede die Gewalt überwindet.

Solange der Friede in der Welt indessen nicht Wirklichkeit, sondern noch Wunsch der Menschen ist, müssen wir darüber nachdenken und daran arbeiten, wie wir den Ausbruch von Gewalt verhindern, herrschende Gewalt zurückdämmen können, um uns und gleichermaßen unsere Mitmenschen vor ihr zu bewahren.

Ziel aller Anstrengungen sind die Mitmenschen“

Es geht in der Tat heute nicht mehr nur darum, uns selber oder Freunde im Rahmen eines Bündnisses zu schützen, sondern auch darum, ob und wie wir Fremde, Menschen, die außerhalb unseres

unmittelbaren Gesichtskreises leben, vor und aus den Entsetzlichkeiten der Gewalt retten können.

Wie wir ihnen zu Freiheit von Unterdrückung verhelfen können. Denn Freiheit ist Voraussetzung des Friedens. Unfreiheit hat noch nie zu dauerhaftem Frieden geführt. Verlieren wir die Unmenschlichkeiten in Burundi, Ruanda und Ost-Zaire, in Afghanistan und im Sudan, in Sri Lanka, in Ost-Timor und an den vielen anderen Stätten auf unserer Erde nicht zu leicht aus dem Sinn, wenn die Berichterstattung in den Medien sich anderen Ereignissen zuwendet und andere Schwerpunkte setzt?

Können wir bei der schnellen Abfolge von Nachrichten, die auf uns einströmen, noch erkennen, welche konkreten persönlichen Einzelschicksale hinter den Bildern verborgen sind?

Es widerspricht jedem Gebot der Menschlichkeit, unabwägbaren Emotionen und grausamen Handlungen in den Auseinandersetzungen gerade auch der jüngsten Zeit, die von ethnischen und religiösen Problemen geprägt sind, freien Lauf zu lassen. Es widerstrebt uns zutiefst, zuzulassen, dass Menschen gequält, vertrieben, ermordet werden.

Auch werden wir, die freien und wohlhabenden Länder, uns der Verantwortung aus unserer eigenen Geschichte stellen müssen. Ob wir es wollen oder nicht. Am 15. November 1884 teilten auf der Berliner Kongo-Konferenz 14 Staaten die kolonialen Einflussgebiete in Afrika unter sich auf. Mit dem Lineal gezogene, willkürliche Grenzen zerrissen Stämme ohne Rücksicht auf traditionelle Abgrenzungen.

Das Ergebnis ist, dass das nachkoloniale Schwarzafrika nur vier zwischenstaatliche Feldzüge verzeichnet, der Rest offene und schleichende Bürgerkriege sind. Nicht nur Staaten lösen sich auf. Überall grassiert der Verfall – sozial, moralisch, materiell. Und die Ursache liegt in der Aufteilung von 1884. Ähnliches ereignet sich auch in anderen Bereichen der Erde, die früher nach kolonialen Interessen organisiert und in den Lebensabläufen der Menschen bestimmt waren.

Wohin ungezügelter Gewalt führt, sehen wir in diesen Wochen

an der Mittelmeerküste Nordafrikas, wo die Menschen, Einheimische wie Besucher, buchstäblich Massakern ausgesetzt werden, damit politischen und religiösen Ansichten zum Durchbruch verholfen wird.

Es muss der Politik gelingen, dieser Entwicklungen Herr zu werden. An den vielen Orten der Welt, in denen die Menschen sich gegenseitig quälen, vertreiben, verwunden und töten. Die Entscheidung, Gewalt mit Gewalt zu begegnen, darf nur die Ultima Ratio sein, wenn alle anderen Möglichkeiten versagen.

Legitimation von Gewalt

Ist aber die Anwendung von Gewalt überhaupt zulässig?

Lässt sich Gewalt aus Gewalt legitimieren?

Hat für uns Christen das Gebot der Gewaltfreiheit eine höhere Priorität als das Gebot der Nächstenliebe?

Lässt sich das Wort Christi an Petrus: „Stecke das Schwert weg; denn wer sein Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen“, relativieren auf die jeweilige Situation der Zeit und des Ortes? Oder ist das Gebot der Gewaltfreiheit absolut, geltend für jede Lage, jede Form der Gewalt, unabhängig, ob dem eigenen Schutz oder dem Schutz eines anderen dienend?

Raffaels Bild des Moses aus dem Nationalmuseum Neapel, das zur Zeit in der Bundeskunsthalle hier in Bonn ausgestellt ist, zeigt einen nachdenklichen, ringenden Menschen. Moses legt die Hand vor die Augen, weil ihn der brennende Dornbusch blendet. Aber zeigt diese Geste nicht auch, dass er vor der Aufgabe erschreckt, die ihm in die Hand gelegten Zehn Gebote in die Realität des Menschseins mit allen ihren Widersprüchlichkeiten und Zweifeln umzusetzen?

Diese Fragen werden sich stellen, solange die Menschheit besteht.

Ich bin überzeugt, dass wir in unserem Staat einen guten Weg gefunden haben, der auch vor strengen Maßstäben bestehen kann. Wir gewährleisten dem Einzelnen die Freiheit des Gewissens. Und dieses nicht nur im Denken

und Reden, sondern auch im Handeln, soweit es um Gewaltanwendung geht.

Ich spreche damit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung an, dem der Verfassungsgeber in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes die Qualität eines Menschenrechtes gegeben hat. Keiner darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Dieses Grundrecht schützt die Gewissensentscheidung, keinen Menschen im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung zu töten und keine Waffen mit dem Ziel der Tötung von Menschen zu bedienen oder auch nur zu führen.

Ich halte dieses Recht – ungeachtet seiner Nutzung in der derzeitigen Praxis für eine hohe Errungenschaft unseres christlich –

Unsere Soldaten können also nur im Rahmen der Übereinstimmung der demokratischen Gewalten Parlament, Rechtsprechung und Regierung eingesetzt werden.

Bei ihrem Einsatz sind sie in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen eingebunden.

Damit haben wir den Einsatz unserer Soldaten engen rechtlichen Regularien unterworfen.

Ihr Auftrag beruht auf einer breiten ethischen, politischen und rechtlichen Grundlage.

Diese Legitimation unterscheidet die Bundeswehr von allen früheren deutschen Streitkräften. Weder das kaiserliche Heer noch die Reichswehr, geschweige denn die deutsche Wehrmacht waren rechtlich so eingebunden und führten auf einer dermaßen demo-

keine selbstverständlichen Errungenschaften. Das Geschehen im ehemaligen Jugoslawien hat gezeigt, wie plötzlich und einschneidend politische Gefüge sich ändern und grausame Ausbrüche der Gewalt entstehen können.

Neue Anforderungen an den Soldaten

Mit dem Auftrag der Friedenssicherung und Friedenserstellung wird der Soldat vor neue Anforderungen gestellt.

Um Krieg zu verhindern oder zu beenden, wird es in Zukunft vermehrt seine Aufgabe sein, zwischen den Parteien zu vermitteln, ja tatsächlich zwischen feindlichen Fronten zu stehen.

Der Auftrag, verfeindete Parteien an den Frieden heranzuführen, gibt dem Beruf des Soldaten eine ganz neue Dimension. Er muss lernen, seinen Dienst nicht mit der Waffe, sondern häufig gerade ohne sie auszuüben.

Er steht nicht nur in Kampfhandlungen, die „geordnet“ im Rahmen des geltenden Kriegsvölkerrechts sind.

Er muss sich darauf einstellen, rechtlich legitime Gewalt nicht anzuwenden, sondern um eines wichtigen Zieles willen sogar illegitime Gewalt zu überdauern.

Er darf sich nicht mit Nachdruck durchsetzen, sondern muss sich gegebenenfalls auch zurücknehmen.

Frieden sichern, Frieden erhalten, Frieden wiederherstellen, das alles gilt weiterhin.

Aber hinzu kommt:

Frieden wachsen lassen, Frieden fördern, auch für den Frieden Unbillen auf sich zu nehmen.

Um dieses alles zu bewältigen, müssen wir den Soldaten das richtige Rüstzeug an die Hand geben. Er muss in seiner geistigen Haltung, aber auch in seiner Ausbildung und materiellen Ausstattung befähigt sein, diese Aufgaben erfolgreich zu bestehen und zu erfüllen.

Ich bin mir sehr sicher, dass wir mit dem Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ – nicht nur als Konzept, sondern als gelebte Wirklichkeit – eine gute Basis haben.

Nach der Kreuzigung Christi macht sich eine Soldateska über seine Kleidung her, ohne an dem,

„Mit der Thematik 'Frieden in der Welt – Beitrag der Soldaten in der Bundeswehr' muss ich mich auch als Grundwehrdienstleistender befassen, deshalb ist es für mich interessant und lehrreich, wie die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages die Sache sieht.“
(Gefr. Hannes Lindhuber, StMusKorps)

abendländischen Kulturkreises, aber auch gesehen aus unserer eigenen deutschen Geschichte. Es stellt den einzelnen, so wie es unser Menschenbild auch will, in die eigene Entscheidung und Verantwortung.

Wobei ich für mich gerne und offen bekenne, dass Friede und Gewaltlosigkeit für mich höchste Ziele sind, die aber ohne Freiheit und Menschlichkeit – insbesondere ohne Freiheit von Gewalt, Ausbeutung und Verletzungen der Menschenwürde – nicht denkbar sind.

Zur Legitimation von Bundeswehreinsätzen

Der Einsatz unserer Soldaten steht unter dem Primat der Politik.

Der Auftrag der Soldaten beruht auch nicht auf einer einseitigen, gleichsam absolutistischen Entscheidung, sondern auf einem Mandat des Deutschen Bundestages. Mit dieser Maßgabe hat auch das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr für zulässig erklärt.

Einsätze deutscher Soldaten im Ausland erfolgen zudem ausschließlich im Rahmen der Völkergemeinschaft.

kratisch gefestigten Basis ihren Auftrag aus. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr hat ebenso wie die breiten Zustimmungen des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 1995, 6. Dezember 1995 und 13. Dezember 1996 zur Beteiligung der Bundeswehr an den internationalen Einsätzen im ehemaligen Jugoslawien dazu geführt, dass unsere Soldaten sich auch persönlich von der Notwendigkeit ständiger Begründung gegenüber der Gesellschaft, aber auch gegenüber ihren Familien entlastet sehen.

Sie, die Soldatinnen und Soldaten, haben sich in sehr bewusster Abwägung dieser Fragen für Ihren Beruf entschieden. Sie haben in einer Zeit, in der die sittliche Einordnung des Soldat-Seins vielfach in Frage gestellt wird, die Problematik des Dienens in Streitkräften sowie der Legitimität Ihrer Aufgabe und Ihres persönlichen Handelns auf sich genommen, um Frieden zu bewahren und zu schaffen.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, Ihnen hierfür meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen. Denn Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, wie wir sie hier seit Jahrzehnten erleben, sind – ich wiederhole es –

was sich um sie herum und unter ihrer Mitwirkung ereignet, Anteil zu nehmen. Sie haben den Befehl ausgeführt; das weitere interessiert sie nicht. Solche Soldaten wollen wir nicht.

Und wir wollen auch keinen Soldaten haben, der seinen Auftrag nur mit Gewalt und ohne Menschlichkeit durchsetzt.

Dabei steht für mich fest, dass „Krieg“ und „Menschlichkeit“ sich weder begrifflich ausschließen noch dass sie sich in der Realität ausschließen dürfen. Auch die Durchführung des soldatischen Auftrags steht unter dem Gebot, dem anderen möglichst wenig Schaden zuzufügen. Gewalt darf, ich habe es bereits an anderer Stelle gesagt, nur Ultima Ratio sein – das gilt auch für ihre Intensität.

Dieses ist auch Ziel der Inneren Führung. Ich sehe die Konzeption der Inneren Führung zu meiner Freude, aber auch zu meiner Beruhigung bestätigt und verwirklicht, wenn ich bei meinen Truppenbesuchen insbesondere bei unseren Soldaten im Ausland an keiner Stelle auf einen Typ des Kämpfers gestoßen bin, der gedankenlos oder gar wertfrei allem folgt, was ihm vorgegeben wird.

Unveränderlich gültig: Das Bild des Staatsbürgers in Uniform

Das Bild des Staatsbürgers in Uniform, der selbständig, eigenverantwortlich und mit Zivilcourage dient, setzt voraus, dass unsere freiheitlich demokratischen Vorstellungen von Menschenwürde und Grundrechten auch in unseren Streitkräften wirksam sind. Sie müssen auch dort Gültigkeit besitzen, wo von der Aufgabe her Befehl und Gehorsam unabdingbar sind und wo die Wahrnehmung des soldatischen Dienstes den Freiheitsrechten der Einzelnen Schranken setzt. Das Leben in einem ausgeprägten Vorgesetzten-Untergebenenverhältnis, bestimmt von Befehl und Gehorsam, eröffnet immer die Möglichkeit zum Mißbrauch. Die Erfahrungen in allen Armeen haben gezeigt, dass der befehlsbestimmte Umgang mit Menschen schnell willkürlich, demütigend und menschenunwürdig werden kann. Daher muss jede Macht und, insbe-

sondere die Macht über Menschen kontrolliert werden.

Wird der Soldat jedoch angenommen, anerkannt und auch entsprechend behandelt, so wird er auch mit seinen Mitmenschen entsprechend umgehen.

Das gilt im übrigen auch für die soziale Sicherheit des Soldaten und seiner Familie. Nur der Soldat ist der motivierte Soldat, dessen Gedanken nicht ständig der eigenen wirtschaftlichen Existenz und der seiner Familie nachgehen.

Ohne einer unangemessenen Ausweitung von Leistungen beispielsweise finanzieller Art das Wort zu reden, müssen besondere soziale Belastungen der Soldaten durch entsprechende Maßnahmen abgedeckt werden.

Der Soldat muss, um selbständig, eigenverantwortlich, mit Zivilcourage zu dienen, einen eigenen geistigen Standort haben. Er muss die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung kennen, um zu wissen und überzeugt zu sein, wofür er gegebenenfalls kämpft. Ohne diese Grundlagen wird er die Aufgaben der Bundeswehr mit den beschriebenen Anforderungen nicht erfolgreich und gleichzeitig menschlich meistern können.

Daher muss die politische Bildung in den Streitkräften nachdrücklich gepflegt werden.

Ich weiß, dass Einheitsführer

als eines Staatsbürgers in Uniform damit einen schlechten Dienst erweisen.

Nicht von ungefähr hat der Generalinspekteur der Bundeswehr der politischen Bildung im Dezember 1995 den gleichen Stellenwert wie der sicheren Beherrschung der militärischen Aufgaben und der Erhaltung der körperlichen Leistungsfähigkeit eingeräumt. „Professionalität“ des Soldaten darf nicht nur Beherrschung technischer Kampfmittel und zielgerichtete Truppenführung bedeuten, sondern muss ebenso Menschenführung, Rechtsanwendung und Vermittlung politischer Bildung beinhalten.

Bewährungsprobe bestanden

Dass es gelungen ist, eine Armee der Einheit zu schaffen, hat seinen Grund sicher nicht zuletzt in angewandter Innerer Führung. Kommandeure der im ehemaligen Jugoslawien eingesetzten Verbände berichten, dass die Erfolge unserer Soldaten und der darauf beruhende Respekt der Soldaten anderer Nationen ihren Grund mit Sicherheit in praktizierter Innerer Führung hätten. Die zunächst kaum erwartete Akzeptanz unserer Soldaten bei der dortigen Zivilbevölkerung beruht für mich mit Sicherheit auch auf ihrem hilfsbereiten, für

„Der Spieß hat uns auf die Feier des Weltfriedenstages durch die GKS hingewiesen. Ich fand es toll, dass Obergefreite und Oberstleutnante bei einer solchen Veranstaltung gleichrangig miteinander umgehen: Das ist gelebte politische Bildung.“

(OGefr Benedikt Zumbé, 3. LwAusbRgt, Ulfen)

oder Vorgesetzte in vergleichbarer Dienststellung sich durch anderweitige Aufgaben gehindert sehen, den staatsbürgerlichen Unterricht in der gebotenen Form durchzuführen. In einer Art „Güterabwägung“ wird diesem Unterricht im Rahmen der sonstigen Ausbildung vielfach eine geringere Bedeutung zugeteilt. Ich kann dieses Verhalten von Vorgesetzten sogar verstehen, die sich bei dünner Personaldecke einer Vielzahl anderer Verpflichtungen gegenübergestellt sehen.

Dennoch warne ich eindringlich davor, die politische Bildung in ihrer Priorität herabzusehen. Wir würden dem Bild des Soldaten

die Menschen sensiblen Verhalten.

Ich glaube fest, dass die Innere Führung sich auch dann bewähren wird, wenn die Einsätze der Bundeswehr eine Qualität erreichen, in der die Begegnung unserer Soldaten mit Kampf, Gefangenschaft, Schmerz und Tod und auch mit dem unsäglichen Leiden der Zivilbevölkerung konkreter wird. Und wenn der Gebrauch der eigenen Waffe zum Selbstschutz oder zum Schutz eines Dritten häufiger wird.

Der Beitrag der Soldaten der Bundeswehr zum Frieden in der Welt wird sie besonderen Einsatzbedingungen aussetzen. Es sind die eben bereits genannten Aufgaben, Frieden zu fördern, zwischen

den Fronten zu stehen, Kampfhandlungen ausgesetzt zu sein, die nicht rechtlich „geordnet“ sind.

Unsere Soldaten kommen der ihrem Beruf immanenten Belastung näher, mit Gefangenschaft, Verwundung und Tod konfrontiert zu werden. Sie müssen unter Umständen selber die Waffe anwenden und begegnen Zerstörung und Leid der Zivilbevölkerung.

In Zeiten fester Machtblöcke mit sachlich und regional abgegrenzten Interessenbereichen, mit hochgerüsteten, aber in der Balance stehenden Armeen, insbesondere mit relativer Berechenbarkeit der bekannten Kontrahenten mussten die Inhalte der soldatischen Ausbildung in wesentlichen Teilen anders sein als in Friedensmissionen.

Die erstaunten Augen der an der Küste Somalias landenden amerikanischen Soldaten, die nicht auf Gegner, sondern auf Kameras stießen, waren Vorboten einer neuen Art militärischer Konfliktbewältigung, die eben dort mit der zur Schau gestellten Erniedrigung und Ermordung der Soldaten und Entmenslichung der aufgepuschten Zivilbevölkerung endete. Friedvoll erscheinende Ruhe, Neugierde der Öffentlichkeit und schlimmster Terror dicht beieinander. Oder denken wir an die endlosen, hin und her ziehenden Flüchtlingsströme Afrikas, unter die sich auch die Gegner mischen, um sich zu verbergen oder um neuen Hass zu schüren.

Was geschieht schließlich im ehemaligen Jugoslawien? Nach Jahren des Mordens, des Vergewaltigens, des Raubens werden

auch heute wieder Rückkehrwillige mit bloßer Gewalt vertrieben, nur weil sie anders denken oder glauben.

Auf den Umgang mit diesen Situationen müssen unsere Soldaten eingehend vorbereitet werden, wenn wir sie zwischen die Fronten stellen. Die Einsätze müssen vor- und nachbereitet werden. Auch in den Einsätzen müssen die Soldaten sich begleitet wissen.

Es gibt auch Anlass zur Sorge

Sorgen machen mir die häufigen begründeten Klagen über fehlendes, mangelhaftes oder überaltertes Gerät. Der Soldat muss Vertrauen in das ihm zur Erfüllung seines Auftrags gegebenen Gerät haben, können doch von dessen Funktionieren seine Gesundheit, sein Leben abhängen. Umso mehr, wenn im Auslandseinsatz seine persönliche Gefährdung anwächst.

Ich habe, wie die Soldaten, Bedenken über den schlechten Zustand vieler Fahrzeuge und Geräte, das Fehlen selbst preiswerter Ersatzteile, das Leben aus der Substanz. Verbreitet ist das Stichwort „gesteuerter Ausbau“ als

„Es war ein sehr guter Abend. Das es so etwas in Deutschland gibt ist einfach toll. Die vielen anwesenden Generale zeigen, wie ernst sie die Soldaten nehmen und für wie wertvoll sie die Feier des Weltfriedenstages halten. Das ist ein gutes Signal.“, antwortete der Marineattaché der Botschaft der russischen Föderation, Kapitän zur See

Ausdruck für die gängige, obwohl aufwendige Praxis der Ersatzteilgewinnung.

Ein weiteres kommt hinzu: wenn Panzer, Kraftfahrzeuge, Fernmeldegerät usw. nicht verfügbar sind, weil die Instandsetzung infolge von Materialengpässen übermäßig verzögert wird, hat dieses negative Auswirkungen auf die Einstellung der Soldaten zu ihrem Dienst. Dieses betrifft die Soldaten, die an dem Gerät ausgebildet werden sollten und im fragwürdigen „Ersatzdienst“ – im Extremfall überflüssige Reinigungsdienste – leisten müssen. Auf der anderen Seite sind es die Ausbilder, die demotiviert werden, wenn sie ihren Auftrag nicht erfüllen können und zudem mit unzufriedenen Soldaten umgehen müssen. Wertvolle Ausbildungszeit geht somit verloren.

Es ist schon Anlass zu Sorge, wenn mir Mitte letzten Jahres berichtet wurde, mehr als 90 Prozent einer Reihe für den Einsatz im ehemaligen Jugoslawien vorgesehener Kraftfahrzeuge habe die vorgeschaltete Überprüfung zunächst – also im ersten Anlauf – nicht bestanden. Ich habe allerdings zu meiner Beruhigung bei meinen Truppenbesuchen im ehemaligen Jugoslawien keine Ge-

Alexander Lawrentjew (Foto Mitte), in ausgezeichnetem Deutsch auf die Frage nach seinen Eindrücken von der Veranstaltung der GKS Bonn.

Im weiteren Gespräch mit Fregattenkapitän d.R. Woitzek und dem Redakteur AUFTRAG Oberstleutnant a.D. Paul Schulz wird das Thema Innere Führung angerührt. Auch in den russischen Streitkräften sei Innere Führung ein Führungsprinzip, erklärt Lawrentjew. Prinzipiell würden dort heute die gleichen Grundsätze wie für die Bundeswehr gelten. Verantwortlich für deren Einhaltung seien die für soldatische Erziehung zuständigen stellvertretenden Kommandeure. Aus der Geschichte des Landes und der Streitkräfte sei zu erklären, dass Innere Führung früher eine politische Angelegenheit war und heute stärker die Soldaten dazu motivieren solle, die Heimat zu verteidigen. Die Institution eines Wehrbeauftragten kennen die russischen Streitkräfte nicht. Es gebe aber ein allgemeines Beschwerderecht, von dem die Soldaten allerdings wenig Gebrauch machten. Eine immer noch weit verbreitete Auffassung sei, „wer sich beschwert, geht besser in einen anderen Verband“, meinte der Marineattaché. (PS) (Foto: M. Beyel, KMBA)



fährdung unserer Soldaten feststellen können, die auf mangelhaftem Material beruht hätte.

Sehr am Herzen liegt mir aber der grundsätzliche Hinweis, dass es nicht durch eine einseitig bevorzugte Ausstattung der Krisenreaktionskräfte zu einer „Zweiklassenarmee“ kommen darf, die auch von der politischen wie von der militärischen Führung der Bundeswehr nicht gewollt ist. – Ich bedauere sehr, dass heute morgen von einem Vertreter der Presse mein Anliegen zur Warnung verfälscht und der Wille und das Bemühen der Führung des BMVg unterschlagen wurde.

Und wofür ich eintrete ist, dass die Gesellschaft wie die Politik die Soldaten in ihrem schwierigen Auftrag stützen. Öffentliche Distanzierung von den Soldaten und Auftritte wie bei dem feierlichen Gelöbnis in Berlin am 31. Mai 1996 haben unsere Soldaten nicht nur nicht verdient, sondern konterkarieren ihren Friedensauftrag und den persönlichen Einsatz jedes einzelnen Soldaten in böser Weise.

Die Betrachtung des Dienstes der Soldaten am Frieden darf sich nicht beschränken auf die Soldaten in den Auslandseinsätzen. De-

ren Durchführung ist nicht denkbar ohne den Dienst der Soldaten, die im Inland bleiben. Hierauf zu verweisen, ist mir ein wichtiges Anliegen.

Die Soldaten im Inland nehmen die seit mehr als 35 Jahren bestehende ursprüngliche Aufgabe der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung wahr. Ihre vorbereitende und begleitende Unterstützung ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Auslandseinsätze gelingen. Sie nehmen sich der Familien ihrer abwesenden Kameraden an. Sie erledigen die Inlandsaufgaben der ins Ausland abgestellten Soldaten. Der Dienst dieser Soldatinnen und Soldaten darf nicht in den Hintergrund treten, weil er vielleicht weniger auffällig ist und weniger diskutiert wird. Es darf, bundeswehrintern wie im öffentlichen Bewusstsein, auch insoweit keine Zweiklassenarmee geben.

Der Beitrag der GKS

In den Leitsätzen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten haben Sie niedergelegt, dass Sie in der Verwirklichung der Menschenrechte, wie sie unser Grundgesetz

zusichert, und in der Durchsetzung des Völkerrechts, wie es die UN-Charta fordert, optimale Bedingungen sehen, unter denen sich Menschen in Würde entfalten und Völker in Freiheit entwickeln können. Sie verstehen sich als „Staatsbürger in Uniform“ und treten für eine freiheitlich verfasste und demokratisch angelegte staatliche Ordnung ein.

Sie stellen sich als politisch interessiert dar und nehmen als selbstbewusste Christen am gesellschaftlichen Leben teil. Mit der Realisierung dieser Konzeption formen Sie einen Soldaten, dessen Bild mit meinen Vorstellungen identisch ist.

Ich weiß, dass die Bedingungen auch Ihrer Arbeit durch die Umstrukturierung der Bundeswehr, die Ausdünnung der Standorte, die häufigen Versetzungen nicht leichter geworden sind. Wie in den Ortsgemeinden der Kirchen wird angesichts des Priestermangels auch in der Militärseelsorge der Laienarbeit eine immer größere Bedeutung zukommen.

Um so mehr wünsche ich Ihnen für Ihre so wichtige Arbeit Gottes Segen und guten Erfolg.

Versöhnung als Anstiftung zu europäischer Identität

Zwölf Jahre Weltfriedenstag in Hildesheim

Lothar Fischer

Die Bänke im Dom zu Hildesheim reichten nicht aus, um, wie bereits in den zwölf Jahre zuvor, Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte, Mitarbeitern der Bundeswehrverwaltung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes und nicht zuletzt Hildesheimer Bürgern Platz zu bieten. Sie alle waren der Einladung des Katholischen Wehrbereichsdekans II, Msgr. Heinz Peter Miebach gefolgt, um gemeinsam mit dem Bischof von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer, und verschiedenen Militargeistlichen eine Hl. Messe zu feiern. Der Gottesdienst wurde we-

sentlich durch den Standortpfarrer von Goslar, Militärpfarrer Backhaus, gestaltet, der mit seiner Gitarre auch ungeübten Gottesdienstbesuchern Teile der Eucharistiefeier erklärte.

In den Mittelpunkt seiner Predigt stellte Bischof Homeyer die Versöhnung als eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden zwischen den Menschen und den Völkern.

In seinen Dankesworten hob der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Christian Hellwig, die Bedeutung der Militärseelsorge im Allgemeinen und die unersetzliche Arbeit der Militargeist-

lichen bei den jüngsten Auslandseinsätzen hervor.

Im Anschluss an den Gottesdienst stellte sich Bischof Homeyer „Fragen an die Kirche“, die von zahlreichen interessierten Besuchern an ihn gerichtet wurden. Weiterhin waren Führungen durch den Dom, die mittelalterliche Kirche St. Michael und die Altstadt im Angebot. Beendet wurde der Weltfriedenstag mit einem gemeinsamen Mittagessen im Generalvikariat des Bistums Hildesheims.

Der GKS-Schriftenstand, der während der Begegnung den Besuchern zugänglich war, fand reiches Interesse.

>>>

Predigt des Hildesheimer Bischofs Josef Homeyer zum Weltfriedenstag 1997

Es war kurz vor dem Weihnachtsfest 1945, der ersten Friedens-Weihnacht nach langen Kriegsjahren. In der Londoner U-Bahn war überall ein Plakat geklebt. Das Plakat zeigte Christus am Kreuz. Aber nicht so, wie wir es gewohnt sind, und wie Sie es aus den Kirchen kennen. Auf diesem Plakat hatte Christus am Kreuz die rechte Hand vom Querbalken gelöst und er streckte seinen Arm weit hinunter zu Kindern, die zu ihm hochschauen. Über dem Kreuz steht: *„In memory of the children of Europe, who have to die of cold and hunger this xmas – Zur Erinnerung an die Kinder Europas, die vor Kälte und Hunger sterben müssen an diesem Weihnachtsfest.“*

Ich habe oft an dieses Plakat in der U-Bahn denken müssen in den letzten Jahren. Ich habe mir vorgestellt, wie Menschen in dicke Mäntel eingehüllt in jenem außergewöhnlich kalten Winter 1945 zu ihrem Bahnsteig hetzen, um pünktlich zum Dienst, zur Arbeit zu kommen. Menschen, die die Sirenen des Luftschutzes noch im Ohr hatten, Soldaten, die vom Kontinent endlich wieder nach Hause gekommen sind und oftmals nur eines wollten: die schrecklichen Bilder und Erlebnisse der letzten Gefechte zu vergessen: ein neues Leben anfangen, ein gutes Leben bauen im Frieden – das war das Grundgefühl der jungen Heimkehrer. Andere sind tief gedrückt an diesem Plakat vorbeigegangen: sie hatten im Krieg Sohn, Ehemann oder Verlobten oder Freund verloren. Weihnachten 1945 – das hieß für sie Einsamkeit, Leere und Verbitterung. Auf den Gemütern überall in Europa lastete das Wort Feindschaft. War die europäische Seele in diesem Krieg zerrüttet, würde man jemals wieder miteinander reden, miteinander auf eine bessere, friedliche Zukunft hin leben können?

Das waren wohl die Stimmungen der Menschen nicht nur in der Londoner U-Bahn damals, im Winter '45. Aber sie schauten auch auf ein Plakat, das diese Stimmung unterbrechen wollte: ein Bild des

Mitleidens und ein Ruf hinein in Versöhnung. Wenigstens um unserer Kinder willen sollte es anders sein: Die Kinder in Europa dürfen nicht vor Kälte und Hunger sterben!

Die Idee eines christlichen Europas: Versöhnung anstiften

Nicht zufällig hat der Zeichner jenes Plakats auf die Darstellung des Christus am Kreuz zurückgegriffen, um die Idee der Versöhnung nahe zu bringen. Denn Versöhnung steht im Zentrum des christlichen Lebensentwurfs. Versöhnung – das ist die Herzmitte eines Lebens als Christ. Nicht diese oder jene „christlichen Werte“, die natürlich in sich bedeutsam sind und unverzichtbar, nicht die reiche und bis heute in unseren Stadtbildern sichtbare Kulturtradition des Christentums im Abendland steht in der Mitte, sondern: Versöhnung. Und wenn mich jetzt einer von Ihnen fragen würde: „Also, lieber Herr Bischof, was habe ich eigentlich von dem ganzen Christentum, was kannst du mir sagen, das für mein Leben wichtig wäre, was ich nicht so oder so ähnlich auch woanders finden würde? Denn schließlich kann ich doch auch anders, ohne ausdrücklich Christ zu sein, ein guter Mensch sein was ist also das Besondere bei euch, was ich so schnell woanders nicht finde?“ Dann würde ich ihm antworten: Sie werden ein Wort hier finden, das oft vergessen, zynisch belächelt, kalt wegerechnet wurde, ein Wort, das es in unserer Gesellschaft schwer hat, wo alles berechnet und jede Rechnung beglichen werden muss: Versöhnung.

Dieses erzchristliche Wort hat Geschichte gemacht. Es hat auch das Gesicht Europas geprägt und in diesem Wort findet sich bis heute – so wie damals im Winter 1945 – europäische Identität. Denn wir sind wohl der Kontinent unsäglichen Leids, von Kriegen, Vertreibungen und Vernichtungslagern. Tief sind die Namen unserer Katastrophen in die europäische Seele

eingegraben: Verdun, Stalingrad, Bergen-Belsen. Aber wir sind auch der Kontinent, der gerade angesichts dieser Katastrophen die Kraft zur Versöhnung gefunden hat. Und auch wenn die modernen Gesellschaften Europas sich vielleicht nicht mehr christlich verstehen, wenn wir Leben nach vielfältigsten Maßstäben einrichten, so gilt doch: dieses erzchristliche Wort der Versöhnung prägt bis heute europäische Identität: Die Kinder der Feinde von gestern dürfen nicht vor Kälte und Hunger sterben!

Was heißt nun Versöhnung?

Versöhnen heißt zunächst, es nicht so zu belassen, wie es nun einmal ist. Denn wie es nun einmal ist, das ist immer der unheile, der gebrochene Zustand. Soll es dabei bleiben? Versöhnen heißt, sich von sich selbst wegzuwagen, von seiner eigenen Trauer, seiner Wut, seiner Verletzung und Augen für den Anderen zu haben. Ihn um seiner selbst willen zu sehen, nicht zu sagen, „den will ich nie wieder sehen, der ist für mich ein für alle Mal erledigt“, sondern zu sagen: du bist so wichtig, dass ich dir – und uns! – neu Zukunft zuspreche. Versöhnen heißt auch, eine Geschichte der Hoffnung zu erzählen: es wird möglich sein zu heilen, was gebrochen ist. Wollen wir auf solche Hoffnung verzichten? Können wir uns so viel Hoffnungslosigkeit leisten zu sagen: es ist eben so, wie es ist?

Versöhnen setzt sicherlich voraus, den anderen wie sich selbst in seiner Würde anzuerkennen. Das heißt: es ist unbedingt erwünscht und es hat einen Sinn, dass ich auf der Welt bin – du aber ebenso. Deshalb geht es im christlichen Programm der Versöhnung zutiefst um die Würde des Menschen. In einer unversöhnten Gesellschaft, in einem politischen Raum, der keinen Raum mehr gibt für Versöhnung, stirbt die Würde des Menschen: Denn niemand hat dann noch etwas zu erwarten und niemand wird erwartet. Es bleibt so, wie es ist.

Versöhnen heißt, zum anderen hinzugehen, Grenzen zu über-

schreiten. Dies war die Quelle der großen politischen Einigungsprozesse in Europa nach dem Kriege. Die unvollendete innerdeutsche und europäische Einigung kann nicht gelingen im Interessenausgleich allein, nicht im Ausgleich der gegenseitigen Vorteile, auch nicht allein im Willen zur wirtschaftlichen Stärke. Wir können diese Einigung nur weitertragen im Willen zur Versöhnung. Das heißt dann durchaus, unsere gemeinsame Geschichte ernst zu nehmen, sie nicht zu vergessen. Das heißt aber auch, die Gebrochenheit dieser Geschichte zu überschreiten.

Die deutsche Gesellschaft und die Streitkräfte in ihr haben seit dem letzten Kriege einen erheblichen Beitrag geleistet zum Aufbau einer politischen Kultur, die wesentlich aus der Tradition christlicher Werte genährt ist. Diese Kultur ist nicht nur gekennzeichnet durch die Stichworte vom „Bürger in Uniform“, also der Bejahung der Demokratie, oder „Innere Führung“, also der Umsetzung der tragenden Werte der Neuzeit im Binnenbereich der Streitkräfte. Diese Kultur ist auch geprägt durch ein nachhaltiges Eintreten für Versöhnung. Wo deutsche Streitkräfte, Polizei oder Grenzschutz im Auftrag der UNO eingesetzt waren, haben sie das Gesicht eines sich versöhnenden Europa, das Gesicht der Humanität gezeigt. Das ist vor unserer Geschichte und für unsere Zukunft eine wahrlich bedeutende Rolle.

Wenn unter sich verändernden politischen Bedingungen und weltweiten neuen Herausforderungen auch über neue Einsatzformen der Streitkräfte im internationalen Zusammenspiel nachgedacht wird – und dazu möchte ich hier natürlich nicht Stellung nehmen – dann sollte dies nicht vergessen werden: es geht wohl nicht darum, Kampfeinsätze gegen humanitäre Einsätze auszuspielen, so als stünden wir vor einem Entweder-Oder. Vielmehr bleibt der versöhnende Dienst immer, auch unter veränderten Bedingungen, die wesentliche Säule des Engagements. Der versöhnende Dienst gehört zur Tradition Nachkriegsdeutschlands und seiner Streitkräfte. Er ist zentrales Element europäischer Integration und Identität.

Sich Versöhnung zusprechen lassen

Vielleicht würde jetzt, liebe Schwestern und Brüder, noch einmal jemand unter ihnen aufstehen und fragen: „Ja, was soll das denn alles, dieses Reden von Versöhnung, ist das denn nicht alles nur fromm ausgedacht – und woher nehmt ihr Christen denn diese Überzeugung? Schließlich: das hat doch wohl kaum eine Chance in der Realität, außerhalb der Kirche?“

Dann würde ich gerne noch einmal in die Londoner U-Bahn gehen und zurück in jenen ersten Friedenswinter 1945. Ich würde dann auf jenes Plakat zeigen, auf Christus. Er selbst ist die Grunderfahrung unseres Glaubens, wir sind in ihm als Versöhnte angesprochen und zur Versöhnung gerufen. Immer wieder erfahren Menschen in der Begegnung mit Jesus Christus die Kraft der Versöhnung – wie jener, der 1945 auf das Plakat schrieb:

„In memory of the children of Europe, who have to die of cold and hunger this xmas – Zur Erinnerung an die Kinder Europas, die vor Kälte und Hunger sterben müssen an diesem Weihnachtsfest.“ – Dieses Versöhnungswort von 1945 bleibt aktuell.

Als ich in der letzten Woche den Patriarchen von Moskau besuchte und am Rande natürlich eine Reihe Gespräche mit Menschen auf der Straße führte, traf ich auch eine Mitarbeiterin der Weltausstellung „Expo 2000“ in Hannover. Auf meine Frage, ob denn Russland auch kommen werde und wie man sich dort präsentieren wolle, sagte sie mir: „Ja, wir werden kommen. Wir wissen, dass die europäischen Länder angesichts unserer Geschichte sehr viel Angst vor uns haben, dass man uns vielleicht misstraut und der Name 'Russland' einen dunklen Klang hat in Europa. Wir wollen deshalb so kommen, dass wir um Vertrauen und Versöhnung werben, dass sich die Völker Europas und Russlands die Hand reichen können.“

Diese Versöhnung brauchen wir, denn weniger Hoffnung können wir uns nicht leisten. Diese Versöhnung wollen wir, denn wir wollen die europäische Identität nicht aufgeben.

Beckstein: Die Soldaten brauchen Unterstützung

Auf die vielfältige Verantwortung Deutschlands für den Frieden hat der bayerische Innenminister Beckstein hingewiesen. Auch beim größten Auslandseinsatz in der bisherigen Geschichte der Bundeswehr im früheren Jugoslawien seien die Soldaten in letzter Konsequenz bereit, ihr Leben für den Frieden einzusetzen, sagte Beckstein aus Anlass der vierzigsten Friedens- und Soldatenwallfahrt am Sonntag in Vierzehnheiligen. Sie müssten deshalb von allen gesellschaftlichen Kräften unterstützt werden. Die Bevölkerung solle mit Überzeugung hinter den Soldaten stehen und ihnen Rückhalt geben. Die Soldatenwallfahrt ist nach den Worten des Ministers fester Bestandteil der fränkischen Tradition geworden. Durch diese Veranstaltung werde die wichtige Rolle der Soldaten für Deutschland nachhaltig hervorgehoben. Zugleich biete sie Gelegenheit, bei einer höheren Instanz für mehr als fünfzig Jahre Frieden in Europa zu danken. (DT 06.05.97)

Verbot von Chemiewaffen umsetzen

Eine sofortige Umsetzung des internationalen Verbots der Chemiewaffen hat Papst Johannes Paul II. gefordert. Bei der Generalaudienz sagte der Papst, er sei glücklich über die Bemühungen, die zur Ächtung dieser Waffen geführt hätten. Gleichzeitig appellierte er an die Regierungen, die seit Ende April in Kraft getretene Konvention „ohne Verzögerung in die Praxis umzusetzen“. Der Papst sagte, die gesamte Menschheit erwarte dies, um in eine friedvollere Zukunft blicken zu können.

(DT 10.05.97)

37. Woche der Begegnung des organisierten Laienapostolats der katholischen Militärseelsorge

Einführung

Mit dem jährlichen zentralen Treffen des organisierten Laienapostolats der Katholischen Militärseelsorge verbinden sich Begriffe, die oft selbst Insidern Schwierigkeiten bereiten, wenn sie einem Außenstehenden erklärt werden sollen. Auch manche Erstteilnehmer an der Woche der Begegnung haben ihre Probleme, Gremien und Bezeichnungen richtig zuzuordnen. Deshalb stellt die Redaktion AUFTRAG ihrem Bericht über die Woche kurze „Stichworte“ voran, in denen erläutert wird, worum es dabei geht. Die sympathische Bezeichnung „Kirche unter Soldaten“ kann synonym für Katholische Militärseelsorge verwendet werden.

Stichwort: KATHOLISCHEN MILITÄRSEELSORGE

Die Katholische Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr dient dem Aufbau der „Kirche unter Soldaten“. Sie wird geleitet vom Militärbischof, der im Benehmen mit der Bundesregierung durch den Papst bestellt wird. Kraft seines Amtes obliegt ihm die Pflicht, „den ihm unterstellten Katholiken die christliche Lehre, die Sakramente der Kirche und die seelsorgliche Leitung leichter und fruchtbarer zugänglich zu machen“ (Statuten für den → Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr vom 23.11.1989). Zum Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs gehören alle katholischen Soldaten der Bundeswehr sowie die katholischen Familienangehörigen der Soldaten auf Zeit und der Berufssoldaten.

In § 36 des Soldatengesetzes wird der Anspruch des Soldaten auf Seelsorge ausdrücklich genannt. Es handelt sich dabei um die rechtliche Umsetzung der in Art. 4 Abs. 1 und 2 Grundgesetz gewährleisteten ungestörten Religionsausübung. Eine besondere kirchliche Seelsorge für Soldaten ergibt sich nicht zuletzt auch aufgrund der besonderen Erfordernisse, die unlösbar mit dem Soldatenberuf verbunden sind. Der Dienst in abgelegenen Standorten, Bereitschaft, Übungen, Truppenübungsplatzaufenthalte, Dienst auf See, Dienst im Ausland und bei internationalen Einsätzen sowie die starke Fluktuation im personellen Bereich stellen besondere Herausforderungen für die christliche Existenz des Soldaten dar. Die Wehrdienstleistenden, als ein großer Teil der Soldaten (160.000 von insges. 340.000 Soldaten), stehen im Alter von 18 bis 20 Jahren in einer besonderen Entwicklungsstufe. Sie werden darüberhinaus durch das Herausreißen aus der gewohnten Lebensordnung (Familie, Freundeskreis, Beruf, Pfarrgemeinde) und durch den militärischen Dienst stark belastet. Die Militärseelsorge will hierbei in menschlichen Konfliktsituationen besondere Lebenshilfe anbieten.

Für den Soldaten, besonders für die Berufs- und Zeitsoldaten, ergeben sich weiterhin ethische Fragen, die aus dem Gewissen und aus dem Glauben verantwortet werden müssen. Der mit dem Problem der Soldaten vertraute Militärseelsorger will auch hier Hilfen anbieten. Schließlich sind Ehe und Familie von Soldaten aufgrund des Dienstes besonderen Belastungen ausgesetzt. Militärseelsorge stiftet Gemeinschaft und bietet ihren Beistand in Konfliktsituationen.

Die Schwerpunkte der Arbeit des Militärseelsorgers ergeben sich aus den genannten Erfordernissen: Lebenskundlicher Unterricht, Gespräche, Gottesdienste, Sakramentenspen-

dung, Exerzitien und Besinnungstage, Wallfahrten, aber auch Freizeitangebote in Soldatenheimen und kirchlichen Häusern. Die Wahrnehmung der zentralen Aufgabe der Militärseelsorge erfolgt durch die Kurie des Katholischen Militärbischofs. Sie wird geleitet vom Generalvikar des Militärbischofs, der zugleich als Militärgeneralvikar Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, der staatlicherseits eingerichteten Bundesoberbehörde für die Katholische Militärseelsorge ist. Das Katholische Militärbischofsamt ist in eine Reihe von Referaten gegliedert, die von Priestern und Laien geleitet werden.

Dienstaufsichtsführende Militärgeistliche nehmen auf der Ebene der Wehrbereiche bzw. beim Flottenkommando die Aufgaben einer „mittleren Instanz“ zwischen dem Katholischen Militärbischofsamt und den Standortpfarrern wahr.

Für die Aufgaben der Standortpfarrer werden Geistliche aus den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland und aus den Ordensgemeinschaften zeitweise beurlaubt (6–12 Jahre), wobei sie den rechtlichen Status eines Bundesbeamten auf Zeit erhalten. Sie unterstehen in der Erfüllung ihrer Dienstaufgaben ausschließlich dem Katholischen Militärbischof und dem Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes. Seelsorgebezirke (Pastoralbezirke) werden in der Regel für etwa 1.500 katholische Soldaten eingesetzt. Dort wo die Bezirke zu groß werden oder der Schwerpunkt der Aufgaben dies zulässt, werden Pastoralreferenten zur Unterstützung der Militärpfarrer eingesetzt. Militärgeistliche sind auch den Offizierschulen und Akademien der Bundeswehr, Truppenschulen, hohen Stäben, schwimmenden Einheiten der Marine und den Bundeswehrkrankenhäusern zugeordnet. Außer den hauptamtlichen Militärgeistlichen sind auch Standortpfarrer im Nebenamt tätig, die zusätzlich zu ihren Aufgaben in den Diözesen die Seelsorge in kleineren Standorten wahrnehmen.

Stichwort: JURISDIKTIONSBEREICH

(Jurisdiktion = Rechtssprechung, Gerichtsbarkeit)

Der Jurisdiktionsbereich bezeichnet kirchenrechtlich den Bereich, in dem ein Bischof die Jurisdiktion oder Amtsgewalt ausübt. Bei einem Diözesanbischof stimmen Jurisdiktionsbereich und das Gebiet seines Bistums räumlich überein. Nicht so beim Militärordinariat des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, das sich weniger durch eine territoriale Abgrenzung, als vielmehr aus der Zuständigkeit für einen bestimmten Personenkreis (nämlich die

Soldaten und die katholischen Familienmitglieder der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, auch wenn der Familienvater nicht katholisch ist) und ein Gebiet der (Kategorial-) Sonderseelsorge (als das Militärseelsorge verstanden wird) ergibt. Der Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ist keine Teilkirche in ihrer rechtlichen Vollgestalt wie eine Diözese, aber eine Organisationsform der Teilkirche, da er wesentliche Merkmale aufweist, die für das Teilkirchesein charakteristisch und notwendig sind: Es ist ein auf personaler Ebene fest abgegrenzter Teil des Gottesvolkes, dem ein Bischof mit eigenberechtigter Gewalt vorsteht, der ein eigenes Presbyterium aus Priestern besitzt. Zudem finden sich in ihm die tragenden Elemente kirchlichen Lebens und Selbstvollzugs: die Verkündigung und Auslegung des Wortes Gottes (Katechese), die Feier der Sakramente (Liturgie) und der Dienst für den Menschen (Diakonie). In seinem Jurisdiktionsbereich besitzt der Militärbischof, der in Deutschland immer zugleich residierender Diözesanbischof ist, die gleichen Pflichten und Rechte, wie sie den Diözesanbischöfen zukommt. Sein Jurisdiktionsbereich ist nach kirchlichem Recht den Diözesen gleichgestellt und wie diese von Rechts wegen mit der Qualität der Rechtspersönlichkeit ausgestattet.

Stichwort: WOCHEN DER BEGEGNUNG

Die Woche der Begegnung ist die zentrale Veranstaltung im →Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, bei der die Delegierten aus den Gremien des organisierten Laienapostolates zum Erfahrungsaustausch sowie zur Information und Weiterbildung zusammen kommen. Die Woche der Begegnung gliedert sich in die →Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten und in die Bundeskonferenz der →Gemeinschaft Katholischer Soldaten (einem katholischen Verband). Die Woche der Begegnung findet jährlich an einem wechselnden Tagungsort unter Berücksichtigung der einzelnen Wehrbereiche statt und steht unter einer bestimmten Thematik. (Die 37. Woche der Begegnung im Jahre 1997 hatte den Leitgedanken: „Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben“)

Stichwort: ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ist der Zusammenschluss von Vertretern des Laienapostolates in der Militärseelsorge. Sie ist vergleichbar einem Diözesan- / Katholikenrat in den Bistümern. Sie setzt sich zusammen aus delegierten Vertretern der Pfarrgemeinderäte bei den katholischen Standortpfarrern und aus Delegierten der →Gemeinschaft Katholischer Soldaten sowie den Mitgliedern des Vorstandes und dem Bischöflichen Beauftragten. Insgesamt kann sie somit 82 Personen umfassen. Die Zentrale Versammlung tritt einmal jährlich unter einem bestimmten Leitgedanken zusammen. Ihre vornehmste Aufgabe ist es, den Katholischen Militärbischof in allen die Seelsorge an Soldaten und ihren Familien betreffenden Fragen zu beraten. Darüber hinaus befasst sie sich mit gesellschaftlichen, allgemein kirchlichen sowie berufsspezifischen Themen und nimmt hierzu Stellung. Durch acht Sachausschüsse wird der Vorstand der Zentralen Versammlung in seiner Tätigkeit unterstützt. Von der Zentralen Versammlung wurde im Jahre 1990 die sozial-caritative Aktion „Nachbarschaftshilfe der katholischen Soldaten für notleidende Menschen in mittel- und osteuropäischen Ländern“ ins Leben gerufen.

Stichwort: DIE GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Die GKS ist ein freier Zusammenschluss von Gläubigen zu einem Verband von Katholiken in der Bundeswehr, von Soldaten in der katholischen Kirche und von katholischen Soldaten in Staat und Gesellschaft. Als Laienorganisation im →Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs gründet sie auf dem Glauben der katholischen Kirche und orientiert sich an der Friedens- und Soziallehre der Kirche. Von Anfang an haben engagierte Katholiken Einfluss auf den inneren Aufbau, das Bild und das Selbstverständnis der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland genommen. Bereits 1960, wenige Jahre nach Gründung der Bundeswehr, schlossen sich katholische Offiziere zusammen, um gemeinsam über den Dienst als christliche Soldaten nachzudenken und diesen Dienst in Verantwortung gegenüber ihrem Staat und ihren Mitbürgern, aber auch entsprechend den Normen ihrer Kirche zu gestalten. Sie waren von der Notwendigkeit überzeugt, dass katholische Christen aus ihrem Glaubens- und Weltverständnis heraus in der Bundeswehr dienen sollten. Aus diesen Anfängen entstand am 17. März 1961 der „Königsteiner Offizierskreis (KOK)“ als eine Gemeinschaft gleichgerichteten Willens und Handelns. Die vom II. Vatikanischen Konzil (1960–64) geforderte stärkere Mitverantwortung der Laien für Sendung und Auftrag der Kirche führte dazu, dass sich der KOK am 17. März 1970 für Soldaten aller Dienstgrade zur „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ öffnete. Die GKS wird in dem besonderen Berufsbereich Bundeswehr und in den Sachbereichen Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit tätig. Seit mehr als 30 Jahren bezieht die GKS in diesen Sachbereichen deutliche Position. Ziel ist es, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus Antworten auf die Lebensfragen und Lebensmöglichkeiten der Soldaten und ihrer Familien zu geben. Die GKS will Katholiken in der Bundeswehr, Soldaten in der katholischen Kirche und katholische Soldaten in Staat und Gesellschaft sittlich religiöse Orientierung bieten und eine geistige Heimat geben. Sie will ihre Anliegen, die sich aus den Besonderheiten des Soldatenberufes ergeben, in den Meinungsbildungsprozess von Kirche, Politik und Gesellschaft einbringen und in den Streitkräften zur Verwirklichung des christlichen Zeugnisses beitragen. Bei dieser Zielsetzung beschränkt sich die GKS ausdrücklich nicht nur auf ihre Mitglieder oder auf katholische Soldaten. Sie ist offen für alle, die auf der Suche nach den ethischen Grundlagen ihres Berufes und dem Sinn ihres Lebens sind. Diesen Aufgaben und Zielen entsprechend hat die Gemeinschaft ihre Leitsätze entwickelt. Die Leitsätze der GKS:

1. Im Glauben verwurzelt
2. Für Recht und Freiheit
3. Sittlich gebunden
4. Politisch gebildet
5. Fachlich kompetent
6. Gewissenhaft dienend
7. Dem Frieden verpflichtet
8. Offen für Gleichgesinnte
9. Um Zusammenarbeit bemüht
10. Ökumenisch aufgeschlossen

Die Bundeskonferenz der GKS ist das oberste Beschlussgremium der Gemeinschaft auf Bundesebene. Sie wird vom Bundesvorstand zur →Woche der Begegnung, zeitlich getrennt von der →Zentralen Versammlung, einberufen und setzt sich aus Delegierten aller Ebenen und Funktionen zusammen. Im Mittelpunkt der Konferenz steht ein sozial-ethischer Bildungsteil zum jeweiligen Jahresthema. □



Im Gedenken an Franz Kardinal Hengsbach

Walter Theis

Aus Anlass der 37. Woche der Begegnung 1997 in der „Wolfsburg“, der katholischen Akademie des Ruhrbistums Essen in Mülheim/Ruhr, besuchten die Mitglieder des Vorstandes der Zentralen Versammlung und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten das Grab des zweiten Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr, Franz Kardinal Hengsbach. Der Beauftragte des Militärbischofs für die Zentrale Versammlung und Geistliche Beirat der GKS, Militärdekan Prälat Walter Theis, erinnerte an die Person und das Wirken des unvergessenen Förderers der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten:

Dr. Franz Hengsbach, zweiter Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ist bei seinen Soldaten immer noch unvergessen. Das zeigt die Selbstverständlichkeit, mit der katholische Soldaten, wenn sie in der Umgebung von Essen eine Veranstaltung hatten und haben, einen Besuch – damals im Bischöflichen Palais und heute an seiner Grabstätte – einplanen.

1. Wer war Franz Hengsbach?

Die Antwort ist leicht gegeben.

Sein Wappenspruch hilft dabei: „Eritis mihi testis – Ihr sollt für mich Zeugen sein.“ Dies realisierte er als Mensch, als Priester, als Ruhrbischof, ADVENIAT-Bischof und als Kardinal.

Stationen seines Lebens sind:

- Geboren am 10.09.1910 in Velmede/Sauerland.
- Zum Priester geweiht am 13.03.1937 in Paderborn.
- 1947 wird er Generalsekretär des ZdK zur Vorbereitung der Deutschen Katholikentage.
- 1952 wird er Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
- 1953 wird er in Paderborn zum Weihbischof geweiht.
- Am 18.11.1957 erfolgt die Ernennung zum ersten Bischof von Essen.
- Am 01.01.1958 wird er als Ruhr-Bischof des aus Teilen der Diözesen Köln, Paderborn und Münster neu gegründeten Bistums Essen inthronisiert.

- Am 10.10.1961 erhält er die Ernennung zum Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr. Im gleichen Jahr wird das Bischöfliche Werk ADVENIAT gegründet.
- 1968 übernimmt er die Verantwortung für die Seelsorge an den katholischen Ersatzdienstleistenden. 1976 wird er Vorsitzender der Kommission Weltkirchlicher Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz.
- 1978 wird er vom Amt des Militärbischofs entpflichtet.
- 1980 übernimmt er die Präsidentschaft der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE).
- Am 28.06.1988 wird er in das Kollegium der Kardinäle aufgenommen.
- Am 24.06.1991 beendet er sein irdisches Leben.

2. Wer war Franz Hengsbach für uns?

Auch hier fällt die Antwort nicht schwer: Er war unser Militärbischof.

An diese Lebensperiode als zweiter Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr sollen einige Schlaglichter erinnern:

Josef Kardinal Wendel, Erzbischof von München und Freising und erster Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr starb unerwartet am 31.12.1960.

Am 10.10.1961 ließ sich der Ruhr-Bischof das zusätzliche Amt des Militärbischofs auf seine Schultern laden. Fast zwei Jahr-

zehnte hat er die Entwicklung unserer Militärseelsorge in ganz entscheidenden Phasen der Welt- und Kirchengeschichte geprägt.

• Zunächst musste eine neue Konzeption von Militärseelsorge durch neue rechtliche Regelungen stabilisiert werden.

Dazu gehörten:

- Das Amt des Militärbischofs ist ein zusätzliches Amt eines Diözesanbischofs; er steht in keinem Dienstverhältnis zum Staat.
- Die Kurie des Militärbischofs wird am Sitz der Bundesregierung errichtet. Leiter dieser Kurie ist der Militärgeneralvikar. Er untersteht in Wahrnehmung seiner kirchlichen Aufgaben dem Militärbischof; so weit er staatliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt untersteht er dem Bundesminister der Verteidigung.
- Somit ist das KMBA eine dem Bundesminister der Verteidigung unmittelbar nachgeordnete Bundesoberbehörde.
- Die Einstellung von Militärgeistlichen ist auf eine bestimmte Zeit festgelegt; sie haben beamtenrechtlichen, aber keinen militärischen Status.
- Militärbischof Hengsbach verstand sein Amt immer als offizieller Vertreter der Gesamtkirche;
- mit seinen Visitationsbesuchen bei der Truppe waren deshalb immer offizielle Besuche der Bundeswehr verbunden; damit hat er die Bundeswehr daran gewöhnt, dass es zu den Aufgaben des Militärbischofs selbstverständlich dazu gehört, zu aktuellen Fragen Stellung zu nehmen, als da wären:

- * Kirche und Weltdienst
 - * Warum berät die Kirche in Sachen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen?
 - * Zukunft als Folge menschlicher Entscheidungen
 - * Erziehung in der Welt von heute
 - * Hat der Frieden an Boden gewonnen?
 - * Werte der Zukunft – Zukunft der Werte
 - * Lernziel „Menschlichkeit“
 - * Lebenskundlicher Unterricht als pastoraler Dienst.
- Seine Ausstrahlung prägte die Begegnung mit den Soldaten und deren militärischen Führern:
 - * Unvergessen ist die Herzlichkeit und Unmittelbarkeit, mit denen er bei Truppenbesuchen Soldaten gegenübertrat.
 - * Katholische Generale und Admirale folgten seinen jährlichen Einladungen zum Tag der Besinnung vor Ostern im Essener Priesterseminar.
 - * Gottesdienste der Militärbischöfe bei den jährlichen Kommandeurtagungen der Bundeswehr gehen auf seine Initiative zurück.
 - * Hohe Gäste konnte er als Begleiter bei seiner Teilnahme an der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes gewinnen.
 - * Gegen die gelegentlich geäußerte Kritik, die Internationale Soldatenwallfahrt könne als Urlaub vom Alltag der Bundeswehr missbraucht werden, verwies er auf das historische Zeichen des französischen Militärbischofs 1958, deutsche Soldaten im Geiste Christi zur Demonstration des Friedenswillens aller Soldaten eingeladen zu haben, dessen wir uns würdig zu erweisen haben.
 - Soldat und Friede waren des Militärbischofs große Themen:
 - * Der Satz der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils (1962–65) „Kirche in der Welt von heute“
 - Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung*

des Friedens bei (Nr. 79) entspricht der Vorstellung des Militärbischofs, dass bei der Überlegung des Konzils „Förderung des Friedens“ in der Welt ein Wort zum Dienst des Soldaten unverzichtbar gehört.

Als Konzilsvater hat er nach Gesprächen mit verantwortungsbewussten Soldaten diese Erkenntnisse in das Konzil eingebracht. Er machte den Soldaten „zunächst mehr, als diesen lieb war, deutlich, dass **„Förderung des Friedens“, „Aufbau der Völkergemeinschaft“ und „Vermeidung des Krieges“** unablässig zusammengehören.

- Seine Bemühungen fielen auf fruchtbaren Boden.
 - * Während der „Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland“ (1972–75) erschien das Buch der Gemeinschaft Katholischer Soldaten „Wenn Soldaten Frieden sagen“.
 - * Katholische Soldaten erwiesen sich in der Folge als kompetente Gesprächspartner bei dieser Gemeinsamen Synode und im Ständigen Ausschuss „Dienste für den Frieden“.
 - * Dadurch haben sie dazu beigetragen, Wehrdienst und Zivildienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer einander zuzuordnen gemäß der Synodenaussage: Sofern die einzelnen Dienste für den Frieden im Ziel übereinstimmen und die weltweite Sicherung und Förderung des Friedens angestrebt werden, kann man sagen, dass sie sich auf unterschiedlichen Wegen zu diesem Ziel gegenseitig bedingen und ergänzen. (Beschluss „Entwicklung und Frieden“ 2.2.4.5.)
- Diese Position hat der Militärbischof persönlich durch seine Geradlinigkeit, dass Kirche auch in dieser kontroversen Frage „nicht mit gespaltenen Zunge reden dürfe“, vorbereitet: 1970 übernahm er in der Deutschen Bischofskonferenz die Federführung für die Seelsorge an Zivildienstleistenden. Dies tat er nicht, obwohl er Militärbischof, sondern gerade weil er Militärbischof war.

- Die Förderung der Feier des Weltfriedenstages deutscher Soldaten mit ausländischen Kameraden gehörte zum Selbstverständnis des Bischofs. Die Unterstützung der Laienarbeit verdient Erwähnung im Spektrum bischöflicher Zielsetzung.
 - * Festmachen kann man dies am Begriff **„Kirche unter Soldaten“**. Obwohl keine offizielle Bezeichnung, ist es ein gängiger Begriff, der heute Realität geworden ist. Der Militärbischof griff ihn auf und füllte ihn aus, um zu zeigen, dass er inhaltlich zutreffender sei, als der Begriff „Militärseelsorge“. Letztere könnte den Eindruck entstehen lassen, es handele sich bei dieser Form der Seelsorge nur um die Tätigkeit von Geistlichen.
 - * Entwicklungsschritte in diese Richtung kamen aus der sog. Laienarbeit. Über die Gruppenarbeit katholischer Offiziere und Unteroffiziere entstand die jährliche Akademieveranstaltung in Königstein. Diese wurde zunehmend von engagierten katholischen Offizieren selbst gestaltet. Es waren die Anfänge des „Königsteiner Offizierkreises“. Ende der 60er-Jahre öffnete sich dieser Offizierkreis für alle katholischen Soldaten. Jetzt nannte man sich „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“.
 - Ihre Ordnung wurde vom Militärbischof genehmigt. Militärgeistliche wurden zugleich Geistliche Beiräte.
 - * Nachdem infolge des II. Vatikanischen Konzils und der sogenannten Würzburger Synode organisierte Laienarbeit auf beratende Gremien erweitert wurde, die die Mitverantwortung des ganzen Gottesvolkes für den Sendungsauftrag der Kirche mittragen sollten, hat Militärbischof Hengsbach am 26.06.1976 die Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken der katholischen Militärseelsorge und die Ordnung für die Zentrale Versammlung der Katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs nach Beratung mit dem Priesterrat, der beratenden Versammlung

beim Katholischen Militärbischof und dem Hauptausschuss der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Kraft gesetzt. Sie sollten in adaptiver Form Pfarrgemeinderat und Diözesanrat der Ortskirche auf-

greifen. Damit sollte auch auf dieser Ebene verdeutlicht werden, dass Militärseelsorge Teil der Gesamtseelsorge ist.

Nicht von ungefähr hat Militärbischof Franz Hengsbach die Internationale Soldatenwallfahrt

in Lourdes 1978 als Ort gewählt, um den Wechsel im Amt des Militärbischofs, und damit das Ende seiner Tätigkeit als Militärbischof, bekannt zu geben. Sicher verband er damit sein Interesse, dass bewährte Kontinuität und Veränderung in der Leitung der katholischen Militärseelsorge unverzichtbar sind.

Er bleibt uns als unser Militärbischof unvergessen. Für alles, was er für die katholischen Soldaten, die militärische Führung, die politische Leitung und nicht zuletzt für die Militärseelsorge geleistet hat, sind wir dankbar. Gott möge ihm seine Bemühungen lohnen. □

Der heutige und vierte Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, bei der Woche der Begegnung im Gespräch mit dem britischen Militärgeistlichen, Father Michael Masterton (I.), Militärdekan Prälat Walter Theis und dem Vertreter der österreichischen Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS), Vizeleutnant Erich Hansmann.

(Foto: F. Brockmeier)



Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben

Eröffnung der 37. Woche der Begegnung

Die 37. Woche der Begegnung fand vom 21. bis 26. April in der katholischen Akademie des Ruhrbistums Essen „Die Wolfsburg“ (Mülheim/Ruhr) statt. Das Laientreffen stand unter dem Motto „Wahrnehmen – Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben“. Damit wollte die Zentrale Versammlung der in Räten und Verband organisierten Laien der „Kirche unter Soldaten“ sich an das Vorbereitungsthema der Kirche für das Hl. Jahr 2000 anlehnen, das für 1997 lautet: „Jesus Christus: das menschliche Antlitz Gottes – Jahr der Wahrnehmung, des Austausches und der Vergewisserung im Glauben“. Entsprechend waren die sozial-ethischen Themen der Bildungsvorträge in den beiden Konferenzteilen gewählt:

- ZV „Offenheit für das Andere – Entschiedenheit für das Eigene. Kirchliche Orientierung in der Erlebnisgesellschaft“
- Bundeskonferenz der GKS „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“

Die Akademie des Bistums Essen „Die Wolfsburg“ ist in einer bildschönen Jugendstilvilla am Stadtrand Mülheims Richtung Duisburg untergebracht. Das Gebäude wurde 1906 vom zweiten Sohn des Besitzers der heute nicht mehr existierenden Duisburger Brauerei „Böllert“ auf dem „Wolfsberg“ erbaut. Anfang des 19. Jh. soll in der Gegend der letzte Wolf erlegt worden sein. Die Wolfsburg war ein Ausflugslokal und Kurhotel. Im Mai 1941 belegte die 4. Flak-Division der Wehrmacht

Haus und Grundstück. Nach dem Krieg nutzten die Besatzungsmächte das Anwesen.

Im Sommer 1959 kaufte das neugegründete Bistum Essen schließlich die Wolfsburg, in der im Jahre 1960 die katholische Akademie ihre Bildungsarbeit aufnahm. Umfangreiche Erweiterungsbauten in den Jahren 1964, 1971 und 1980 führten zu der großzügigen Einrichtung, die die Woche der Begegnung in diesem Jahr nutzen konnte.

Wie für engagierte Laien in der Katholischen Militärseelsorge guter Brauch, wurde die Woche der Begegnung am Montag, dem 21. April, mit einer von Militärvikar Prälat Jürgen Nabbefeld zelebrierten Hl. Messe eröffnet.

Dazu – wie auch für die Gottesdienste der folgenden Tage – hat-

ten sich die Damen des Sachauschusses der ZV „Frauen und Familie“ etwas Besonderes einfallen lassen. Sie hatten im Rahmen der liturgischen Möglichkeiten und Freiheiten mit großem Selbstbewusstsein die Gestaltung der Messe übernommen. Die anfängliche Skepsis einiger Geistlicher und männlicher Laien über den betriebenen „Firlefanz“ und die ausgewählten „Kinderlieder“ machte einer zwar gebremsten, doch überwiegenden Zustimmung Platz. Man(n) fand, dass die Frauen inhaltlich, methodisch und spirituell fantasiereiche und emotional ansprechende Gottesdienste gestaltet hatten. Lieder, Gebetstexte,

Fürbitten und Meditationen waren auf das Motto der Woche abgestimmt, regten zum Nach- und Weiterdenken an und – wenn Man(n) es sich auch nicht immer eingestehen wollte – ließen Raum für Gefühle, die in der Gemeinschaft miteinander geteilt werden konnten. So erhielt jede(r) beim Betreten des Kapelle einen kleinen blankgeschliffenen Stein zum Be-tasten, Be-trachten und Be-denken. Der Stein war Ausgangspunkt für eine Meditation über die Wahrnehmung der Vielfalt der Menschen, über ihre Einmaligkeit als Geschöpfe Gottes und die sich daraus ergebende unveräußerliche Würde der Person.

Prälat Nabbefeld stellte bezogen auf das Leitwort der Woche in seiner Predigt die Frage, „ob das, was uns wichtig ist, überhaupt der Rede wert ist, wenn man die Welt betrachtet“. Die Antwort sieht er in der Bergpredigt. Wenn man die Seligpreisungen (Mt 5,3–12) in der Begrifflichkeit unserer Zeit einmal anders umschreibe, könne man sich auch darin wiederfinden. Dann stelle man fest: „Wir sind für Gott der Rede wert.“ Der MGV forderte, was Gott uns in den Seligpreisungen verkünde, müsse, statt ängstlich auf die Welt zu starren, von uns wahrgenommen, umgesetzt und mutig in die Welt hineingetragen werden. (PS)

Beratungen der Zentralen Versammlung (ZV)

Der Vorsitzende der ZV Oberst i.G. Werner Bös wies in der Begrüßung und Einleitung zu Beginn der Beratungen darauf hin, dass diese ZV wesentlich von Wahlen zum Vorstand der ZV, von Organisations- und Strukturthemen bestimmt werde. Dennoch solle nach seiner Meinung nicht die Grundlage des Zusammenseins aus dem Auge verloren werden. Die Versammlung solle auch die spirituellen Möglichkeiten und Anteile „wahrnehmen“. Insbesondere die Gottesdienste, der Vortrag zum Thema der Woche der Begegnung und eine Einführung in die im Tagungshause stattfindende Ausstellung des Malers Roland Peter Litztenburger könnten hierzu beitragen. Bös wies auch darauf hin, dass es Pflicht dieses Laiengremiums sei, den Militärbischof, der am Mittwochnachmittag an den Beratungen teilnehme und wie gewohnt die ZV mit einem Pontifikalamt und anschließendem Empfang abschließe, sowie das Militärbischofsamt „verantwortlich zu beraten“.

MGV Prälat Nabbefeld dankte zu Beginn der Beratungen dem Vorstand der ZV für vier Jahre zuverlässige Arbeit und überreichte Oberst Bös einen Nachdruck der Pastoralkonstitution für die Militärseelsorge. Ausgehend von einer Lagefeststellung für die katholi-

Gelöste Stimmung
bei der 37. Woche
der Begegnung:
Der Militärbischof,
Erzbischof Dr. Johannes
Dyba in einer Beratungspause
im Gespräch mit den
Repräsentanten der organisierten
Laienarbeit, dem
Vorsitzenden der
ZV Oberst i.G. Werner Bös (Mitte)
und dem Bundesvorsitzenden der
GKS OTL Karl-Jürgen Klein (re).
(Foto: M. Beyel, KMBA)



sche Kirche in Deutschland und die Militärseelsorge könne er aber feststellen, dass der einerseits beklagte Mitgliederschwund andererseits von mutmachender Aufbruchstimmung, sinkende Prie-sterzahlen von großem Laienengagement begleitet sei. Der Rückgang der Zahl katholischer Soldaten in der Bundeswehr biete auch Chancen für notwendige Veränderungen und Reformen. Nabbefeld regte einen intensiven Dialog zwischen Militärggeistlichen, Räten, GKS und KAS über

die Ziele und Konzeption der Militärseelsorge an.

Desweiteren ging der Generalvikar auf den Rückgang der Kirchensteuereinnahmen ein. Er begründete die Notwendigkeit, die Häuser der Militärseelsorge zu schließen. Dies führe aber entgegen vielfach geäußerter Befürchtungen nicht zu Einschränkungen bei der Familienseelsorge. „Trotz linearer Kürzungen gibt es keine Einschränkungen bei den pastoralen Aktivitäten. Aber man kann nicht von Rücklagen leben. Die



Die Damen des Sachausschusses der ZV „Frauen und Familie“ während eines Gottesdienstes in der Kapelle der Wolfersburg



Das Moderatorenteam der Zentralen Versammlung:
OTL Richard Schmitt und Brigitte Mathias
Foto: M. Beyel, KMBA

Zinsen aus den Rücklagen werden für den laufenden Haushalt gebraucht.“, führte Prälat Nabbefeld aus. Nach seiner Auffassung müsse das Amt verhindern, dass es in fünf Jahren pleite sei, deshalb werde es bei Investitionen zukünftig vorsichtiger sein und stärker die Folgekosten überdenken.

Von Seiten der Delegierten wurde mangelnde Transparenz und die Nichtbeteiligung bzw. Nichtinformation des Vorstandes der ZV im Entscheidungsprozess für die Schließung der Häuser bemängelt. Wenn Laien auch bei diesen Fragen eine Beteiligung einforderten, habe dies weniger mit Mißtrauen gegenüber den zuständigen Entscheidungsgremien zu tun, als vielmehr mit dem Selbstverständnis der ZV als einem Beratungs- und Mitwirkungs-gremium. Befürchtungen, dass durch knapper werdende Finanzmittel und eine Umstrukturierung und Neuorganisation der Katholischen Militärseelsorge die Familienpastoral und die Bildung von Militärpfarrgemeinden zu kurz kommen könne und bewährte Traditionen aufgegeben werden sollten, zog sich wie ein roter Faden durch die Beratungen. Dies machte deutlich, dass in der neuen, noch zu erarbeitenden Pastoral-konzeption für die Militärseelsorge hierzu und zu den Schwerpunkten der Pastoral in der „Kirche unter Soldaten“ deutliche Aussagen gemacht werden müssen. Die Laien erwarten, an den Beratungen beteiligt zu werden.

Wie ratlos aber ein noch so selbstbewusstes Laiengremium sein kann, zeigte die Diskussion

um eine „neue Ordnung für die organisierte Laienarbeit im Seelsorgebezirk“ – auch bekannt als Ordnung für den PGR 2000. Eine aus Vertretern des KMBA, des Priesterrates und des Vorstandes der ZV zusammengesetzte Arbeitsgruppe hatte nach langen Beratungen im November 1996 einen Entwurf für eine neue Ordnung verabschiedet. Dieser wurde neben dem Priesterrat und Vorstand der ZV auch den PGR zur Prüfung zugeleitet.

Walter Hütten, der Vertreter des Vorstandes der ZV in der AG für die neue Ordnung „PGR 2000“ stellte der ZV vor, welche und zu welchen Punkten Stellungnahmen und Änderungswünsche eingegangen waren. Seinem Appell an das Plenum, dem überarbeiteten Entwurf zuzustimmen, damit die Wahlen zum Pfarrgemeinderat im Herbst des Jahres sichergestellt werden könnten, folgten heftige und kontroverse Diskussionen. Aus diesen kann nur die Folgerung gezogen werden, dass sowohl bei den Militargeistlichen als auch bei den Laien gegenwärtig kein Konsens darüber besteht, wie Militärseelsorge der Zukunft aussehen soll, welches die Schwerpunkte ihrer pastoralen Arbeit sein sollen und ob einheitliche Grundsätze unter den unterschiedlichen Bedingungen im Geltungsbereich überhaupt verbindlich festgelegt werden können.

Dennoch lobte MGv Nabbefeld die Vorlage der Arbeitsgruppe. Nach seiner Auffassung sei sie sehr nützlich, weil durch diese Arbeit sich deutlich zeige, wie not-

wendig ein neues Pastoral-konzept sei. Die ZV stimmte darin überein, dass nun bald ein konsensfähiges Pastoral-konzept verabschiedet werden müsse.

Sachliche Differenzen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Beratungen, Stimmung und Kameradschaft während der Woche der Begegnung gut waren. Harmonie und Gemeinschaft – soweit sie überhaupt gestört waren – waren spätestens bei den Wahlen zum Vorstand der ZV und beim Bischofsgottesdienst wieder hergestellt.

Oberst i.G. Werner Bös wurde ohne Gegenstimmen zum Vorsitzenden wiedergewählt. Zum neuen Vorstand der ZV gehören:

- Oberst Volker Böhler, WB VII/VIII;
- Oberstleutnant Paul Brochhagen, WB III, stellv. Bundesvorsitzender der GKS;
- Stabsfeldwebel Wolfgang Kober, WB III, Wiederwahl;
- Frau Brigitte Mathias, WB II, Wiederwahl;
- Oberstleutnant i.G. Franz Josef Pütz, WB VI;
- Oberstleutnant Richard Schmitt, WB VI, Wiederwahl;
- Oberstleutnant Hartmut Steinborn, WB VI, Wiederwahl;
- Hauptfeldwebel Peter Weber, WB IV, Wiederwahl.

Der Dialog über ein Pastoral-konzept, und als Folge daraus über eine neue Ordnung für die PGR, wird nach der Woche der Begegnung mit allen Beteiligten und Betroffenen erst richtig beginnen.

(PS)

Offenheit für das Andere

Entschiedenheit für das Eigene

Kirchliche Orientierung in einer Erlebnisgesellschaft

Michael Schlagheck

0. „Stefan sucht Spaß!“

„Das ist mein Leben: Parties, Disco, Techno, Fun & Action, ab und zu ein wenig relaxen! Und du? Ich = 21 J., 185 cm, blond, gut aussehend, Raver! Interessiert? Na dann, ran ans Telefon! See you: Dein Stefan!“

die Anzeige einer überregionalen Firmenkette. Sie wirbt damit für ihre Fernseh- und Videogeräte. Und als ob die Botschaft noch nicht deutlich genug wäre, titeln die Anzeigenmacher in großer Balkenüberschrift: „Stefan sucht Spaß!“

Diese Anzeige kann uns auf die Spur unserer Thematik führen. Was versprechen sich Werbeproduzenten, wenn sie auf solche Gefühle, Wünsche und Hoffnungen setzen? „Stefan sucht Spaß!“ Werbeproduzenten wissen, dass heute die Werbung an die Stelle von Traditionen und überlieferten Werten getreten ist. In der Werbung wird vor allem Lebensstil vermittelt. Werbung ist vor allem Image-Werbung. Ein Lebensstil und eine Haltung stehen im Vordergrund. Unterschwellig wird vermittelt, dass wer dieses oder jenes Produkt konsumiert, besser, schöner oder erfolgreicher als der andere ist. Werbung als Vermittlung von Lebensstil. „Endlich kann man guten Geschmack kaufen“, heißt es in einer Zigarettenwerbung. „Stefan sucht Spaß!“ Sagt diese Überschrift also viel mehr über heutiges Leben aus, als wir vielleicht auf den ersten Blick vordergründig meinen?

Der Rheinische Merkur konstatierte in seinem Wirtschaftsteil: „Immer mehr Bundesbürger wollen was erleben und nicht nur ihren Bedarf decken“ (September 1994). Das Schwimmbad, in dem man früher ruhig seine Bahnen

zog, kann nur noch als Erlebnisbad überleben; der Frisör, der doch nur Haare schneidet, ist plötzlich zum Erlebnisfrisör geworden, den Urlaub verbringen viele Bundesbürger längst in künstlichen Erlebniswelten und selbst bei den Veranstaltungen Billy Grahams wird in Plakatgröße ein Erlebnis versprochen. „Es gibt Momente, die zum Erlebnis werden“, wirbt ein Unternehmen für sein Bier. „Aus deinem eigenen Konsumtempel wird über Nacht ein Erlebnishauss“, verspricht eine Kaufhauskette. Die Zulassung von Allrad-Fahrzeugen ist sprunghaft gestiegen und dies wohl nicht, weil sich der Straßenzustand verschlechtert hätte. Wie es bei der dementsprechenden Fachmesse hieß, vermittele das hochgebockte Auto Erlebnisse und stehe für einen bestimmten Lebensstil. Traumwelten und Traumhochzeiten werden in Freizeitkathedralen zelebriert. Das Erlebnis-Karussell dreht sich immer schneller. Dies sind nur einige Beispiele und wer wachen Auges durch unsere Städte geht könnte viele anfügen. Das Leben ist zu einem Erlebnisprojekt geworden und unsere Gesellschaft zu einer Erlebnisgesellschaft.

In der Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“ (28/1994) heißt es dazu in einem Beitrag: „Hinter all den Verwirrungen, Süchten, Obszönitäten, Aufdringlichkeiten, Verlogenheiten und Effekthascheien scheint die Erlebnisgesellschaft (weiterhin) zu ahnen, dass es Ereignisse gibt, die nicht beliebig zu inszenieren, zu wiederholen, zu machen sind. Erlebnisse hinter den Erlebnissen, die den Gang der Welt und des Individuums auch in einer Stadt ohne Gott bewegen“.

0. „Stefan sucht Spaß!“

1. Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart
2. Von der „Außen- zur Innenorientierung“
3. Erlebnisrationalität
4. Alltagsästhetische Schemata in Deutschland
5. Milieubeschreibungen
 - a) Niveau-Milieu
 - b) Harmonie-Milieu
 - c) Integrations-Milieu
 - d) Selbstverwirklichungs-Milieu
 - e) Unterhaltungs-Milieu
6. Die Altersgrenze – Zur Soziologie der Lebensmitte
7. Über das gegenseitige Nichtverstehen
8. Sinnstiftung ohne Sinnssysteme in einer Erlebnisgesellschaft
9. Verhältnis von Selbsterfahrung und Gemeinschaft in der Erlebnisgesellschaft
10. Sinnstiftung ohne Sinnsysteme
11. Zur Steuerbarkeit des Erlebnismarktes
 - 11.1. Der Mensch als Ort für Sinndeutung
 - 11.2. Unfähig für die Erfahrung – Erste Anfrage
 - 11.3. Realität aus zweiter Hand – Zweite Anfrage

1. Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart

Doch ist dies nicht bei unseren Überlegungen ein zu schneller Schritt? Beginnen wir schon hinter die Erlebnisgesellschaft zu schauen, ohne das Vordergründige vorurteilsfrei wahrgenommen zu haben? Sind wir versucht zu bewerten, Konsequenzen zu ziehen und Abwehrstrategien zu entwickeln, bevor wir die tieferliegenden Ursache betrachtet haben? So wird nach meiner Beobachtung vor allem mit dem vielbeachteten und vielzitierten Buch von Gerhard Schulze „Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart“¹ umgegangen und schnell sind manche Autoren bei der Frage, in welchem Verhältnis man sich z.B. als Kirche zu dieser Gesellschaft befindet², ohne dass die Gesellschaft eingehend analysiert worden wäre. Schulze geht demgegenüber den Erkenntnisweg eines Soziologen. Als ein solcher will er gesellschaftliche Strukturen und Bedingungen ihrer Verwirklichung zunächst kennen lernen, verstehen und transparent machen. Wir sind gut beraten, uns auf diesen Arbeitsgang einzulassen, denn erst danach stellt sich die Frage, ob diese Zustände akzeptabel sind oder ob eine Veränderung zu betreiben ist.

Arbeitsgesellschaft, Freizeitgesellschaft, nivellierte Mittelstandsgesellschaft, Risikogesellschaft, pluraldifferenzierte Wohlstandsgesellschaft und nun Erlebnisgesellschaft. Gerhard Schulze schränkt selbst ein, wenn er zugibt, dass die Erlebnisgesellschaft keine **Wesens-**Bestimmung der Gegenwarts-gesellschaft ist. Über das Bild einer Gesellschaft lässt sich immer nur vergleichend sprechen. Eine Erlebnisgesellschaft ist nicht zu beschreiben wie ein Apfel oder ein Hammer. „Der Titel besagt nicht: diese Gesellschaft ist eine Erlebnisgesellschaft, sondern: sie ist es mehr als andere, und zwar in einem Ausmaß, dass es sich lohnt, ihre soziologische Analyse auf diesen Aspekt zu fokussieren“. Nochmals: „Über Eigenschaften von Gesellschaften kann man immer nur vergleichend reden“.

Für Gerhard Schulze ist das Leben schlechthin zum Erlebnisprojekt geworden. Am Wandel un-

serer Einstellung zu Produkten des Alltags wird dies offensichtlich. Die Funktion der Kaffeemaschine hat sich seit ihrer Erfindung nicht verändert und doch ist das neue Styling gefragt; Nahaufnahmen eines Staubsaugers lassen dahinter einen Formel-eins-Rennwagen vermuten; der neue PC liegt in einer Colani-Version vor; die Schreibtischlampe verleiht dem Raum ein futuristisches Ambiente u.v.m. „Ästhetisierung wird ironisch als Zweckmäßigkeit verschleiert“.

Erlebnisorientierung ist die unmittelbarste Suche nach Glück. Diese Suche geschieht jedoch nicht nach dem Muster einer aufgeschobenen Befriedigung. Also nicht geduldiges Sparen, langandauerndes Liebeswerben, intensive politische Auseinandersetzung, sondern die Lebensmaxime einer Bierreklame: „Genuss sofort“, ohne jegliche Zeitverzögerung und mit **Anspruch** auf Genuss, denn man hat Geld, Kraft und Zeit investiert.

Wie bestimmt sich in diesem Szenario Gesellschaft nun als Ganzes? Soziale Schichtungen treten zurück. Bedeutsamer werden Lebensstilgruppen im Sinne von Milieus. Zwar bestehen noch große soziale Gruppen in der Gesellschaft, die sich aufgrund von Gemeinsamkeiten bilden. Es existieren aber neue, strukturbildende Muster, die vor allem vom einzelnen her bestimmt werden. Der Sinn des Lebens bestimmt sich durch die Qualität **sehr persönlicher** Prozesse. „Man will ein schönes, interessantes, angenehmes, faszinierendes Leben“. Bei dem sehr entschiedenen Willen zur Selbstentfaltung hat ein Liebes- und Opfersyndrom in Bezug auf andere Menschen nur noch einen begrenzten Platz.

Zusammenfassend: Das Leben ist zu einem subjektzentrierten Erlebnisprojekt geworden, bei dem Ästhetik, sofortige Realisierung von Glückshoffnung und das Auftauchen neuer Milieus strukturbildend sind.

2. Von der „Außen- zur Innenorientierung“

Die Begriffe „Außenorientierung“ und „Innenorientierung“ nehmen in der Kultursoziologie

Schulzes einen zentralen Stellenwert ein. In einer Erlebnisgesellschaft herrschen innenorientierte, d.h. auf den Einzelnen bezogene Lebensauffassungen vor. Außenorientierte Lebensauffassungen verfolgen eine andere Zielrichtung. Schulze nennt ein Beispiel: „Bei einer außenorientierten Lebensauffassung gilt beispielsweise das Ziel, Kinder zu haben, dann als erreicht, wenn die Kinder existieren, bei einer innenorientierten Lebensauffassung erst dann, wenn sie die Eltern glücklich machen oder ihnen wenigstens nicht so sehr auf die Nerven gehen. Oder: Ob ein Auto fährt (außenverankertes Ziel) können alle beurteilen; ob man dabei ein schönes Fahrgefühl hat (innenverankertes Ziel) muss jeder für sich entscheiden“. Das innenorientierte Handeln dominiert in der Erlebnisgesellschaft. Kleidung, Essen, Sport, Wohnung, Beruf und auch Bildung erhalten eine andere Funktion. Leben geschieht nicht mehr, wie zum Beispiel in der Nachkriegszeit, mit dem Willen, zu überleben; es geht nicht mehr um das Dienen, die Selbstaufopferung oder „einen metaphysischen Bezug“; es geht um das Projekt eines innenorientierten, schönen Lebens.

In der Tat ist der innenorientierte Konsum ein besonderer Fall des erlebnisorientierten Handelns, auf den wir besonderes Augenmerk richten sollten. Bei diesem Konsum geht es um innere Prozesse des Subjektes. So ist es nur folgerichtig, damit zu werben, dass etwas Spaß macht. Die Qualität eines Produktes ließe sich unabhängig von den Käufern bestimmen, doch so wird wohl nur noch auf dem Markt von Investitionsgütern geworben. Und der Aussage ist zuzustimmen, dass der Prozess der Ästhetisierung, d.h. der Herrichtung von Produkten für Erlebnisse ständig weitergeht bis hin zur Glühbirne und zur Büroklammer. Dabei gilt: „Je größer die Vielfalt von Angeboten gleicher außenorientierten Zweckbestimmung, desto mehr treten innenorientierte Motive in den Vordergrund“.

Zusammenfassend: „Innenorientierung ist Erlebnisorientierung. Das Projekt des schönen Lebens ist das Projekt, etwas zu erleben“.



Dr. phil. Michael Schlagheck,
Direktor der Katholischen Akademie
„Die Wolfsburg“, Mülheim, bei seinem
fesselnden Vortrag „Offenheit für das
Andere – Entschiedenheit für das
Eigene“. (Foto: M. Beyer, KMBA)

3. Erlebnisrationalität

Außenorientierter und innenorientierter Konsum unterscheiden sich auch in der damit verbundenen Unsicherheit. Wer außenorientiert konsumiert, kann genauer sagen, wofür er das Produkt benötigt als ein innenorientierter Konsument. Unsicherheit ist eine zwangsläufige Begleiterin innenorientierten Handelns. Wer nur den Erlebnisstrom nicht mehr einfach hinnimmt, sondern reguliert, handelt erlebnisrational.

Ein weiterer zentraler Begriff ist derjenige der „Erlebnisrationalität“. Erlebnisrationalität meint den Versuch, äußere Bedingungen zu beeinflussen, damit ein Erlebnis entsteht. Sachgerechter kann man vielleicht von Erlebnis-**Ab-sicht** sprechen. Es ist nämlich ein gewaltiger Unterschied, ob Erlebnisse nur eine eher zufällige Begleiterscheinung des Handelns sind oder, ob sie geplant werden. Davon aber ist die Erlebnisorientierung bestimmt, bei den täglichen kleinen Freuden und in weit darüber hinaus reichenden Lebensbereichen. Betroffen werden können davon auch die Partnerbeziehung, die Elternrolle, der Beruf, das politische Engagement und auch das Verhältnis zu Glaube und Kirche.

Mit dem Begriff der Erlebnisrationalität wird deutlich, dass es heute nicht darum geht, etwas zu **haben** sondern vielmehr darum,

Jemand zu **sein**, mit Hilfe von Waren, Reisen, Veranstaltungen usw., doch in einem anderen Sinn als bei Erich Fromm. Das Leben hat sich durch die Erlebnisorientierung weit über den Konsum hinaus verändert. Wer auf den Bereich der Psyche blickt, stellt fest, dass Standhaftigkeit, Tugend, edle Größe durch Spontaneität, Empfindungsreichtum und Gefühlsintensität verdrängt wurden. Dies sind nun auch Kriterien für den Umgang mit anderen Menschen. Abstammung, ökonomische Situation und auch die Religion haben an Bedeutung verloren. Die Erlebnisorientierung ist also nicht nur, wie manche meinen, ein Freizeitphänomen. Sie dringt in alle Lebensbereiche vor.

Erlebnisrationalität zeichnet sich durch fünf Prinzipien aus:

1. Korrespondenz

Der Konsument stellt eine Korrespondenz her zwischen angenommenen Erlebnisbedürfnissen und Waren bzw. Dienstleistungen. Die Erlebnisbedürfnisse sind im Einzelfall und verschwommen vorhanden. Grundsätzlich bildet der Konsument sog. Korrespondenzroutinen, d.h. seinen persönlichen Konsumstil, eine Art ästhetisches Grundprogramm. Was als sehr persönlich erscheint, enthält tatsächlich starke kollektive Elemente. In einer Art gesellschaftlichen alltagsästhetischen Evolution bilden sich alltagsästhetische Schemata heraus. Doch auch aufgrund des Korrespondenzprinzips bleiben Unsicherheiten, da innere Erlebnisbedürfnisse nicht zu bestimmen sind wie Hunger und Durst.

2. Abstraktion

Bei demjenigen, der seinen Alltag erlebnisintensiv gestaltet, rückt das Hier und Jetzt in den Hintergrund. Konsumgewohnheiten sollen optimiert werden; auf „Erlebnisdurchschnitt“ ist

der Konsument eingestellt. Die Nachfrage wird automatisiert, z.B. Fernsehserien, Zeitschriftenabonnements, Bestsellerreihen, Vortragsreihen, bestimmte Lokale in der Szene ...

3. Kumulation

Zu beobachten ist, dass Erlebnisse gehäuft und der zeitliche Abstand zwischen ihnen immer stärker verringert wird, was natürlicherweise auf Kosten der Intensität des einzelnen Erlebnisses geht. Schulze schreibt zu Recht: „Täglich oder stündlich fasziniert, freudig erregt oder tief befriedigt zu sein, überfordert die meisten. Für intensive Erlebnisse braucht man zeitliche Zwischenräume. Es gehört zur Psychologie der Erlebnisse, dass sie episodisch sind“. In der Erlebnisgesellschaft wird nun das Außergewöhnliche alltäglich. Die Erlebnisgeschwindigkeit geht daher unvermeidlich auf Kosten der Erlebnistiefe. Hat sich dieser Mechanismus routiniert eingespielt, bedarf es noch nicht einmal mehr des Erlebnisbedürfnisses. Erlebnisangebote werden aufgegriffen, da sie schon irgendeine Befriedigung einbringen werden.

4. Variation

Um bei dieser Kumulation ein Erlebnis überhaupt noch zumindest ansatzhaft spüren zu können, sind Variationen erforderlich, wobei die Veränderung im selben Rahmen vollzogen wird, im selben alltagsästhetischen Schema (Man kauft neue Kleidung, bleibt seinem Stil jedoch treu).

5. Autosuggestion

Die Sicherheit, das Richtige zu konsumieren wird nur selten durch eigne Anschauung oder Erfahrung gewonnen. Von zentraler Bedeutung ist eine „massive solide(r) Deutungshilfe“ durch Personen, die anscheinend die Sicherheit besitzen: Kritiker, Fans, andere Konsumenten. In der individualisierten Erlebnisgesellschaft wird das soziale Milieu beobachtet nicht aus der Angst vor einer Blamage, sondern aus Angst nichts vom Leben zu haben.

„Der rationale Erlebniskonsument wehrt sich nicht etwa gegen Suggestionen (...), sondern er fragt sie nach: Den Ruhm des Virtuosen, den Massenandrang zum Rockkonzert, die aktuelle Etabliertheit modischer Details im eigenen Milieu, die Abseignung eines Films als 'Kultfilm', die Verklärung von Reisezielen durch enthusiastische Schilderungen, die feuilletonistische Elevation von Literatur, die Definition des Erlebnisgehalts von Angeboten durch Werbung, die Erzeugung einer Aura von Besonderheit durch exorbitante Preise.“

Zusammenfassend: Menschen planen Erlebnisse zunehmend. Diese Planungen betreffen nicht nur den Freizeitbereich, sondern beeinflussen das Leben in seiner Ganzheit.

4. Alltagsästhetische Schemata in Deutschland

Häufig war nun bereits von einer Ästhetisierung des Alltags die Rede. Wie lässt sich nun die Alltagsästhetik unserer Gesellschaft beschreiben? Besteht unser Leben aus Zick-Zack-Kursen durch ein Disneyland? Zur Klärung schlägt Schulze ein Experiment vor, den Versuch, die bekanntesten Angebote des Erlebnismarktes zu zusammengehörenden Gruppen zu sortieren:

- a) Klavierkonzert von Mozart
- b) Unterhaltungsabend mit den Oberkrainern
- c) Ausstellung mit Objekten von Josef Beuys
- d) Arztroman aus dem Bastei-Verlag

Es ist gleich auffällig, dass ein Klavierkonzert und die Ausstellung zusammengehören, so wie der Unterhaltungsabend und der Arztroman. „Das Hochzeitslied vor der Schlosskulisse paßt nach unserer Einschätzung besser zu Volksliedern als zur „Todesfuge“ von Paul Celan. Diese gehört in dieselbe Kategorie wie Schillers „Ode an die Freude“. Der Killer im Action-Film hat größere Verwandtschaft mit Donald Duck als beispielsweise mit den Helden der

griechischen Mythologie, so killerhaft sie in den alten Texten auch dargestellt werden mögen“.

Es gibt also Ordnungstendenzen, die in der empirischen Sozialforschung „alltagsästhetische Schemata“ genannt werden. Dieses ästhetische Programm vollzieht sich auf zwei Ebenen. Es gibt ästhetische **Zeichen**, z.B. Gemälde, Schmuck, Luxusgegenstände etc. und **Bedeutungen**, die diesen Zeichen zugeordnet werden, **Genuss** und **Lebensphilosophie**.

Wenngleich die alltägliche Wirklichkeit viel differenzierter ist, ist eine Kategorisierung in drei Schemata möglich:

Hochkulturschema

Dieses Schema hat eine lange Tradition. Man denke nur an Begriffe wie „Bildungsbürger“, „Intellektueller“ oder „kultiviert“. Kurz beschreiben lässt sich das Schema folgendermaßen: Konzentriertes Zuhören, schweigende Betrachtung, versunkenes Dasitzen, kunstgenießendes Publikum, Ergriffensein... Vertreter des Hochkulturschemas bewegen sich in geistigem und künstlerischem Raum. Musikalität, sprachliche Kompetenz und kulturhistorische Kenntnisse zeichnen diese Menschen aus.

Außerordentlich gelungen karikiert Schulze, wie die Hochkultur manchesmal auch eher ausgehalten werden muss: „Man geht ins Theater oder ins Museum, hakt im Urlaub die im Reiseführer vorgeschriebenen Kirchen ab, quält sich durch einen Roman von Thomas Mann – nicht etwa weil all dies besonderes Vergnügen bereiten würde, sondern weil man auf sich hält. Anstatt die Sportschau anzusehen, wozu man eigentlich Lust hätte, ist man sich selber schuldig, auf's dritte Programm zu schalten, wo Wozzeck von Alban-Berg übertragen wird – schlimm genug, dass man überhaupt fernsieht“.

Zweifellos ist der Zugang zum Hochkulturschema bildungsabhängig, jedoch nicht mehr ökonomisch bedingt. Lebensphilosophisch ist es ein Potpourri von Optimismus und Pessimismus, eine Verbindung von allem, was die Kulturgeschichte im Laufe der Jahrhunderte zu bieten hat.

Trivialschema

Es ist das Prinzip der Harmonie. Alle leben wie in einer großen Familie, es gibt keine Probleme und alle passen wunderbar zu einander. Bei der Erzählung und im Film kommt es auf das Happy-End an, beim Musikstück auf den Schlussakkord; das Fernsehquiz gehört zu den beliebtesten Sendungen und man klatscht wenn der Showmaster sagt: „Das war super!“ Das Neue, Unbekannte und Konflikthafte ist dagegen mit Ängsten besetzt.

Spannungsschema

Einen guten Zugang zu diesem Schema gewinnt man im Blick auf die dort ausgeprägten Musikstile: Rock, Soul, Reggae, Pop, Blues, Jazz. Rhythmik, Aggressivität, Tempo, Lautstärke gehen hier eine Verbindung ein. Spannung drückt sich aus. Diese prägt auch das Alltagsleben. Radio, CD-Player, Kassettenrecorder, Videogerät: Immer ist etwas davon eingeschaltet. Man setzt sich deutlich ab von so genannten Spießern und Etablierten und hält sich selbst für interessant und aufregend. Die Lebensphilosophie lässt sich mit einem Wort beschreiben: Narzissmus.

Nochmals muss unterstrichen werden: Dies sind keine klaren Abgrenzungen; Kombinationen sind denkbar und sind im Blick auf unsere Alltagswirklichkeit auch realistisch. Beschrieben wurden alltagsästhetische Schemata, nicht aber Gruppen von Menschen, die mehr oder weniger klar abgegrenzt wären.

5. Milieubeschreibungen

Die Milieubeschreibungen bilden ein zentrales Kapitel in der Beschreibung der Erlebnisgesellschaft. Diese Beschreibungen vermitteln ein sehr eindringliches Bild der Veränderung unserer gesellschaftlichen Situation. Wer immer in dieser Gesellschaft agiert, z.B. die Kirche, auch die Kirche unter den Soldaten, wird diese neue Situation zu berücksichtigen haben. Milieus bilden sich nicht mehr durch Geburt oder Einkommen, sondern durch Beziehungs-

wahl, wobei Gefühle von Vertrautheit und Nähe, Zustimmung und Missbilligung zu Stil oder Stilbrüchen maßgebend sind. Diese Milieus unterscheiden sich nach Lebensalter und Bildung, jedoch auch nach Familienstand, Berufstätigkeit und Wohnsituation. Hinzu kommen unterschiedliche alltagsästhetische Schemata, grundlegende Charakteristika der Persönlichkeit und unterschiedliche Wertvorstellungen. Schulze beschreibt fünf Milieus und benennt sie neu. Die Benennung zeigt die vorherrschende existentielle Problembestimmung in diesem Milieu.³

- a) Niveau-Milieu
- b) Harmonie-Milieu
- c) Integrations-Milieu
- d) Selbstverwirklichungs-Milieu
- e) Unterhaltungs-Milieu

Zum Niveau-Milieu: Schulze empfiehlt, in der Konzertpause in das Foyer zu gehen, um das Niveau-Milieu zu „besichtigen“. Im Blick auf die Wohnungseinrichtung „entsteht das Gefühl, leise sein zu müssen“. Der Einzelne strebt nach Rang, sucht die gehobene Position. Die eigentliche Lebensphilosophie ist das Streben nach dem höchsten Rang. „Erlebnisparadigma ist die Vision der Nobelpreisverleihung: Unter den stehenden Ovationen des internationalen Honoratiorenpublikums schreitet der Geehrte zum Rednerpult, bei aller Bescheidenheit doch weit über die öffentliche Akklamation erhaben, da er nur einem, dem höchsten Wert verpflichtet ist – der Wahrheit. Wichtig ist der Hinweis auf die so genannte Alltagsästhetik. Man genießt vorwiegend kontemplativ und dies gilt auch für die Bildung. Sie wird um ihrer selbst genossen. Das Praktische wird abgelehnt; Reflexion ist ein hoher Wert. Entscheidend ist die Frage, **wie** etwas dargeboten wird, nicht, **was** die Darbietung inhaltlich ansprechen will.

Zum Harmonie-Milieu: Das Erlebnisparadigma ist die Hochzeit. „Es ist eine Szenerie, in der selbst Zyniker innere Kämpfe gegen die aufkeimende Rührung durchmachen“. Dieses Milieu neigt dem Praktischen zu: „Das Auto oder das Motorrad pflegen,

die Wohnung verschönern, Reparaturen am Haus oder in der Wohnung... gutes Kochen, Saubermachen...“ Es triumphiert die Blasmusik und der deutsche Schlager, der Heimatfilm und das Fernsehquiz. Bei der Zeitungslektüre interessieren praktisch verwertbare Informationen, wie Kleinanzeigen, Werbung oder Lokalnachrichten. Zur Selbstverwirklichung ist man stark distanziert. Die politische Beteiligung ist äußerst gering und wenn, dann eher konservativ ausgerichtet.

Zum Integrations-Milieu: Die gediegene Mittellage ist kennzeichnend. Dies gilt für das Eigenheim, das Auto, die Garderobe, den Urlaub. „... die Aura der Durchschnittlichkeit bleibt. Ein Angehöriger des Integrations-Milieus experimentiert nicht mit gewagten Inneneinrichtungen, hält sich eher einen Foxterrier als einen afghanischen Hirtenhund, **tritt nicht aus der Kirche aus**, ist ein guter Nachbar, trifft sich im Verein, hält seinen Garten in Ordnung und vermeidet öffentliches Aufsehen, ohne sich zu verstecken“. Angestellte und Beamte der unteren und mittleren Ebene sind im Milieu vorherrschend. Erlebnisparadigma für dieses Milieu ist die nette Runde. Wichtigste Lebensbereiche sind die eng um das Heim gezogenen Kreise.

Zum Selbstverwirklichungs-Milieu: Dieses Milieu verfügt über eine große Mobilität und dringt in der Selbstdarstellung nach außen. Es dominiert in Szene-Kneipen der Großstädte. Wir sehen es in Kinos, Jazzkonzerten und Kleinkunsttheatern. Die Welt des Freizeitsports und des kollektiven Individualtourismus wird durch dieses Milieu bestimmt. Es hat ein großes Bedürfnis nach Originalität in Mode, Sport, Musikstil, Redensarten und Ansichten. In diesem Milieu finden sich merkwürdige Verbindungen von Alternativen und Yuppies, Aufsteigern und Aussteigern in existentieller Verwandtschaft. Die Wirklichkeitskonstruktionen der Welt in diesem Milieu könnten auf folgenden Nenner gebracht werden: „So bin ich – wie kann die Welt für mich passend gemacht werden?“. Man grenzt sich gegen Niedere, Gemeine und Unentwickelte ab, beklagt

den Mangel an Selbstverwirklichung bei anderen. Angestrebt wird Perfektion und praktiziert wird Narzissmus. Dieses Milieu grenzt sich desweiteren gegen fremde Autoritäten ab. „Höchste Autorität ist das Subjekt selbst. Während das Harmonie-Milieu gehorsam und angepasst erscheint, ist das Selbstverwirklichungs-Milieu skeptisch gegenüber Autoritäten und hierarchischen Strukturen“ (319).

Zum Unterhaltungs-Milieu: Nach Schulze verschwindet das Milieu in so genannten „Angebotsfallen“: Kino, Fußballplatz, Automaten, Videosalon, Videothek, Fitness-Studios... Meist kopiert das Milieu Zeichen des Selbstverwirklichungs-Milieus, doch es sind vulgarisierte Formen. In diesem Milieu finden sich Berufe, die eher am Rand stehen. Auch im Unterhaltungsmilieu dominiert das Ich, jedoch in einer ganz anderen Weise als im Selbstverwirklichungsmilieu. Es gibt keine Entwicklungsvorstellung. Das Ich ist statisch auf den Augenblick gerichtet. Bildzeitung und Boulevard-Blätter werden gelesen. Uninteressant ist alles, was kommunikative Arbeit verlangt. Geprägt ist das Milieu vom Desinteresse an der Realität.

6. Die Altersgrenze – Zur Soziologie der Lebensmitte

Das Alter erscheint als ein zentrales Merkmal der gesamtgesellschaftlichen Milieustruktur. Bilde in den fünfziger und frühen sechziger Jahren das Jugendalter eine Art Übergangsstation zum Erwachsenensein (mit weitgehender Konstanz der Milieugehörigkeit) verfestigte sich gegen Ende der sechziger Jahre eine Altersgruppenbildung, in der die Jüngeren nicht nur als Übergangsgruppe zu den Älteren verstanden werden können. (Zunächst bildete sich eine Gegenkultur; Willis, Clarke, Brake.) Was ursprünglich nur als Zwischenstation galt, entwickelte sich zu einer längerfristigen Existenzform. Besonders der Freizeitbereich verstärkte eine Separierung altershomogener Gruppen, wobei die Grenzzone um das 40. Lebensjahr anzusiedeln ist. Jugendlichkeit ist nicht mehr an

enge Altersgrenzen nach der Pubertät gebunden, sondern zeigt sich auf vielerlei Weise „Körperlultur, Bekleidungsstil, Jargon, Freizeitverhalten, milieuspezifische Vernetzung von Sozialbeziehungen“, zeigt sich am sog. Spannungsschema, d.h. Spontaneität, Abwechslungsbedürfnis, Expressivität, Offenheit für unerwartete Situationen. Psychologische Modelle der Entwicklung zeigen, dass es um die Lebensmitte hier zu Veränderungen kommt.

7. Über das gegenseitige Nichtverstehen

Wie verhalten sich die fünf Milieus zueinander? Dieses Verhältnis ist durch ein fundamentales Nichtbegreifen bestimmt. Nach Schulze begreifen die Milieus „noch nicht einmal ihr Nichtbegreifen. Sie ähneln U-Booten mit fehlerhaften Radaranlagen, die sich gegenseitig nicht orten können, ohne dass die Besatzungen dies wüssten“. Auch in traditionellen Gesellschaften gab es zwar auch eine Heterogenität, doch immer noch mit einem begrenzten gegenseitigen Verstehen. Dies ist in unserer Gegenwartsgesellschaft ganz und gar anderes. Das Bild eines Sees trifft. Ein langsam eintrocknender See hinterlässt voneinander getrennte Tümpel: Enklaven sozialer Milieus. Besonders in der Ästhetik ist das Unverständnis ausgeprägt. Es sind nicht einfach Geschmacksunterschiede, sondern unterschiedliche Lebensphilosophien, die aufeinander prallen:

Der Sachverhalt zusammenfassend auf einem kurzen Nenner: Fundamentales Nichtbegreifen!

8. Sinnstiftung ohne Sinnsysteme in einer Erlebnisgesellschaft

„Erlebe dein Leben!“ Darin sehen viele den kategorischen Imperativ der Gegenwart. „Erlebe dein Leben!“ Dieser Imperativ verweist auf ein existentielles Problem und dieses Problem ist deshalb so vertrackt, weil es ganz und gar unproblematisch erscheint. Die Frage drängt sich auf: Wie kann es schwierig sein, das Leben „schön“ zu gestalten? Tatsächlich aber

entstehen bei dieser innenorientierten Lebensweise Schwierigkeiten, Ängste, Verunsicherungen und Enttäuschungen, wie sie bei einer außenorientierten Lebensweise nicht entstanden wären.

Für Gerhard Schulze ist der Weg von der Außen- zur Innen-

ge: mit den Menschen zurechtkommen, seinen Lebensunterhalt haben und Gottes Wohlwollen. Für ihn gilt es also, die wichtigsten Lebensbereiche zu verknüpfen. Sie dürfen sich nicht gegenseitig schaden oder ausschließen. Auch heute muss bedacht werden, wie

Richtung des Affronts	Feindbild	Inhalt des Affronts im Bezugssystem der fundamentalen Semantik
Niveaumilieu kontra Unterhaltungsmilieu	>>Primitive<<	Ordnung und Komplexität im Gegensatz zu
Unterhaltungsmilieu kontra Niveaumilieu	>>Eingebildete<<	Spontaneität und Einfachheit
Selbstverwirklichungsmilieu kontra Harmoniemilieu	>>Spießer<<	Spontaneität und Komplexität im
Harmoniemilieu kontra Selbstverwirklichungsmilieu	>>Ruhestörer<<	Gegensatz zu Ordnung und Einfachheit

orientierung, von der Überlebens- zur Erlebnisorientierung der Weg von der Pauperismus- zur Sinnkrise. Er formuliert: „Man meint, Erlebnisorientierung sei der Anfang vom Ende aller Schwierigkeiten. In Wahrheit setzen sich die Schwierigkeiten auf einer neuen Ebene fort. Bedroht ist nicht mehr das Leben, sondern sein Sinn“ und in einer Weise beides verbindend würde ich sagen: Bedroht ist eine tragfähige Lebenskultur⁴.

Die Frage, wie ein sinnvolles Leben gelingen kann, ist im Grunde genommen so alt wie die Menschheit. Immer wieder wurde in Bildern und Mythen, in Wissenschaft und Religion darüber nachgedacht. Da steht vor Augen das bekannte Bild des Walter von der Vogelweide in der Manessischen Handschrift. In der Gestik des Philosophen sinnt er über sein Leben nach. Er glaubt, drei Dinge seien notwendig, damit das Leben gelän-

das eigene Urvertrauen, die eigene Identität zu finden ist, wie man mit den Mitmenschen zusammenlebt, wie man die Lebensrealitäten bewältigen kann und die Frage, was alles zusammenhält und letztlich trägt. Der Einklang in den Antworten auf diese Fragen, ließe sich als Lebenskultur bezeichnen. Bedroht ist nicht mehr das Leben im Sinne des physischen Überlebens, bedroht erscheint mir die Lebenskultur, der Einklang von Identität, Gemeinschaft und tragendem Sinn.

9. Verhältnis von Selbsterfahrung und Gemeinschaft in der Erlebnisgesellschaft

In seiner Kulturosoziologie legt Schulze Thesen zum Verhältnis von Selbstwahrnehmung und Gemeinschaft vor. Sie will ich im Folgenden kurz skizzieren und einige

Anfragen anschließen, die sich für Kirche und Gesellschaft m.E. stellen. (Drei Anfragen werden später eingehender zu stellen sein)

- „Die Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu reicht nicht aus, um das Milieu wahrzunehmen.“ Um mein Milieu wahrzunehmen, muss neben gemeinsamer Lebenslage und Subjektivität eine hohe Kontaktdichte treten. Es entwickeln sich bestimmte Interaktionsstile, Rituale, Sprachregelungen. So bewegt man sich im eigenen Milieu mit großer Sicherheit. „Fremde ecken an. Wegen ihrer Orientierungsprobleme tendieren sie dazu, sich ins Heimatmilieu zurückzuziehen“. Anfragen: Wie gehen Milieus mit Fremden um? Es wird gesagt, sie ecken an. Man begegnet ihnen letztlich mit Unverständnis. Wie ist Gemeinschaft in Einrichtungen denkbar, die mehr ist als die Ansammlung von Milieus? Kann eine Verständigung auf tragende Grundlagen noch erfolgen: Ist eine solche Verständigung gesellschaftlich überhaupt noch möglich?
- Eine kollektive Selbstwahrnehmung gelingt den Milieus nur noch sehr eingegrenzt. Eine solche Wahrnehmung wäre aber die Voraussetzung für eine öffentliche Artikulation milieuspezifischer Anliegen, für ein politisch aktionsfähiges Milieu. Verschiedene Formen kollektiver Selbsterfahrung, z.B. in der politischen Soziologie des Marxismus die Verelendungstheorie, sorgen für eine politische Wirksamkeit. Können Milieus demnach noch politisch wirksam sein? Verlieren diese Personengruppen ihre politische Bedeutung?
- Die Bedingungen kollektiver Selbsterfahrung haben sich verändert. Die räumlichen Zusammenhänge in einem Ort, einem Stadtteil, einem Villenviertel, einer Siedlung sind dafür nicht mehr bedeutsam, ebenso wenig wie gemeinsame Betroffenheit durch Notlagen. „Entweder sind Notlagen heute nicht mehr milieuspezifisch

oder sie werden individualisiert durchlitten, zu Hause, auf der Wartebank im Sozialamt, im Einzelkontakt mit den Notlagenprofessionen (...), so dass die kollektive Evidenz milieuspezifischer Betroffenheit verloren gegangen ist“. An die Stelle gemeinsamer Betroffenheiten sind andere Formen kollektiven Bewusstseins getreten: Konsumtrends, Publikum, Szene, einzelne soziale Bewegungen und öffentliche Beschreibungen.

Die Notlage wird individualisiert. Was heißt dies für den Einzelnen in dieser Situation? Was heißt dies für die Gesellschaft, die solche Notlagen ausblendet. In großen Einkaufszentren hält Wachpersonal Bettler und Obdachlose fern, grenzt sie aus. Wie kann angesichts der Individualisierung noch von Solidarität gesprochen werden und wie wird sie unter den genannten Bedingungen praktiziert?

Welches Menschenbild bestimmt die Gesellschaft, wenn alltagsästhetische Angebote, wie Kleidung, Autos, Filme, Hits, Einrichtungen, Reisen etc. **soziale** Milieus bilden?

Schulze formuliert: „Wohl spüren auch die schweigenden Gruppen, dass es sie gibt, aber sie erlangen kein klares kollektives Selbstbewusstsein“. Dies gilt vor allem für weniger gebildete Milieus, die ihre Kollektivität nicht so gut inszenieren können (vs Selbstverwirklichungsmilieu). Wie zuvor angeführt, bleiben sie damit politisch wirkungslos.

- Das Selbstverwirklichungsmilieu ist nochmals stark unterteilt. Verbindend ist allenfalls die Betonung individueller Eigenarten. Gegenüber stehen sich der „Psychofreak“ und der „Politfreak“, der Hardrockfan und der Jazzfan, der Aufsteiger und der Aussteiger usw. Das Selbstverständliche ist nicht interessant, sondern Variationspielraum des Einzelnen. Wie können gerade in diesem Milieu (Jugendlichkeit, Bildung) noch große Gemeinsamkeiten entstehen, die den Einzelnen auch tragen?

10. Sinnstiftung ohne Sinnsysteme

Angesichts der Mechanismen einer Erlebnisgesellschaft kann man dem Religionssoziologen Rainer Döbert nur zustimmen, wenn er bereits 1978 im Blick auf unsere Gesellschaft sagte: Es „gibt eine Fülle von Mechanismen, die das Individuum relativ gut davor schützen, allzu ausgiebig über sein Leben und den Sinn des Ganzen reflektieren zu müssen“ (Döbert, Sinnstiftung ohne Sinnsysteme, in: Religionssoziologie als Wissenssoziologie, Stuttgart 1978. Döbert vertritt die These, dass die Sinnstiftung aber nur scheinbar vermieden wird. Man versucht sich mit „Action“ vor drohender Sinnlosigkeit zu schützen; 20 Jahre später würde man nun vom Schutz vor Sinnlosigkeit durch das erlebnisrationale Handeln sprechen. Damit bewegt man sich nach Ansicht des Religionssoziologen auf „niederen Sinnebenen“, die traditionellerweise von der Religion besetzt waren. Luhmann verwandte dafür den Begriff der „funktionalen Äquivalente“, Thomas Luckmann sprach von der „invisible religion“ (1967). Die Sinndeutung und letztlich auch die Sinnstiftung sind in den scheinbaren Freiraum der Privatsphäre abgedrängt. Hier entsteht durch eine starke Subjektivierung eine „neue nicht – institutionalisierte – Sozialform“ der Religion, für das Funktionieren von Institutionen und für das Funktionieren unseres Gemeinwesens, das auf religiösen Wertsetzungen ruht, belanglos, wie Heiner Barz in seiner Studie „Religion ohne Institution“⁶ nachweist. Religion degeneriert zu einem Selbstfindungs- und Selbstverwirklichungsangebot, das wie eine Ware konsumiert wird. Es scheint, dass die Gottesrede in einer Erlebnisgesellschaft ihren existentiellen Ernst verloren hat und für nicht wenige zur Geschmackssache geworden ist.

11. Zur Steuerbarkeit des Erlebnismarktes

Wie kann sich die Kirche auf dem Erlebnismarkt bewegen, wenn sie Menschen die Herausbildung einer christlichen Lebenskultur ermöglichen will?

Es ist deutlich geworden, dass das ein wenig erlebnismäßige „Auf-frischen“ kirchlichen Handelns nicht weit führt. Der von Schulze verwandte Begriff des Erlebnisses unterscheidet sich z.B. deutlich von einem ganzheitlichen Verständnis von Glaubensvermittlung. Erlebnisgesellschaft meint eine bestimmte Weise von „Lebenskultur“.

Gerhard Schulze vertritt die These: „Man kann den Erlebnismarkt nicht steuern, sondern höchstens verlassen. Wer an ihm teilnimmt, gleichgültig auf welcher Seite, erbringt einen verschwindend kleinen, kaum verantwortungsvollen Beitrag zu kulturellen Interaktion von Kollektiven, die blind aufeinander eingespielt sind“. Diese These Schulzes ist von großer Tragweite: Wer meint, er könne den Erlebnismarkt steuern, täuscht sich. Er ist nicht zu steuern, sondern nur zu verlassen. Wer sich auf dem Erlebnismarkt bewegen will, muss mit anderen Markt-anbietern um Marktanteile konkurrieren und sich dabei letztlich auf ähnliche Strategien einlassen. Erlebnisproduktion ist kein Selbstzweck, ist nicht *l'art pour l'art*. Das Werk zählt nur, wenn es die Gunst des Publikums findet. Um den Publikumserfolg kommt der Anbieter nicht herum. Das Produkt muss absetzbar sein, wenn man auf dem Markt bestehen will.

Aussteigen oder auf dem Erlebniskarussell mitfahren? Für die Kirche, auch für die „Kirche unter Soldaten“, ist diese Fragestellung zu einfach. Gewiss kann man gut begründet zum Auszug aufrufen und z.B. als Kirche ein Kontrastmilieu anstreben. Vielleicht verlangt die Situation sogar den Mut zur Minderheit, um eine personale Kultur noch zu erhalten. Führt dieser Versuch jedoch möglicherweise zu einer Abwendung von der Welt, zu romantischen Gegenkulturen, zu einer unlebhaften Verabsolutierung von Idealen und letztlich zum Rigorismus, führte es nicht in der Militärseelsorge zu einer Abwendung vom eigentlichen Auftrag? Und besitzt nicht Kirche einen Auftrag weit über Milieugrenzen hinaus, den sie nicht aufgeben kann bzw. nicht aufgeben darf?

Kirche, in der eine Lebenskultur herauszubilden ist, kann die

Lebenswelt von Menschen nicht außer Acht lassen. Christen müssten daher so etwas sein wie „Milieu-Grenzgänger“ (M. Kehl). Damit ist die Herausforderung benannt, abgeschlossene Milieus aufzuschließen, sie in ein Gespräch zu führen, Verständnis für die je andere Lebenswirklichkeit zu wecken und gemeinsam danach zu suchen, wie eine „Lebenskultur im Einklang“ zu finden ist, und zu erkunden, was die Gesellschaft letztlich trägt.

Als unabdingbare Voraussetzung für ein „Milieu-Grenzgängertum“ ist Standortbewusstsein erforderlich. Nach Ansicht von Joachim C. Fest fehlt aber gerade dies Theatern, Medien, Kirchen und Schulen in der offenen Gesellschaft. Er beklagt, „dass die normvermittelnden, eine Kultur mit sich selber bekannt machenden Einrichtungen kaum noch wissen, wofür sie stehen ... Eine Gesellschaft, die nicht mehr weiß, was den Zivilisierungsprozess in Gang setzte und dass er immer auf Unterdrückungen hinausläuft, ist dabei, sich selbst aufzugeben“⁶.

Ein Anknüpfungspunkt und zwei für die Kirche wichtige Anfragen an die Erlebnisgesellschaft sollen noch benannt werden.

11.1. Der Mensch als Ort für Sinndeutung

In einer Verhältnisbestimmung von Religion und moderner Gesellschaft weist Alois Hahn auf die relative Einflusslosigkeit der christlichen Botschaft auf innerweltliche Funktionssysteme hin. Bürokratische Apparate lassen sich nicht mehr „verchristlichen“. Kirche ist scheinbar zur Ohnmacht verurteilt. Der Ort für (religiöse) Sinndeutung ist die Biographie des einzelnen. „Der Einzelne, der versucht, wenn auch ohnmächtig, die Systeme selbst in ihrer Entwicklung wesentlich zu verändern, scheint darauf angewiesen zu sein, dass sein eigenes Erleben, seine eigene erinnerte Vergangenheit, seine unterstellte, erhoffte oder befürchtete Zukunft, sein Leben und sein Tod, einen Sinnzusammenhang aufweisen“⁷.

Diese Beobachtung entspricht der angenommenen Innenorientierung heutiger Menschen. Sie ernst zu nehmen, in ihr letztlich

auch eine Sinnsuche zu erkennen, wäre ein Anknüpfungspunkt zu einer Identitätsfindung, die allerdings nicht auf das Ich begrenzt ist, sondern auch das Du umfasst.⁸

11.2. Unfähig für die Erfahrung – Erste Anfrage

Wie steht es um die Erfahrungen von Menschen in der Erlebnisgesellschaft?

Erfahrungen bestätigen nicht nur; Erfahrungen verändern; Erfahrungen hinterlassen Spuren; Erfahrungen sind „durchkreuzte Erwartungen“ (H. G. Gadamer); Erfahrungen lassen den Menschen offen werden für neue Erfahrungen; Erfahrungen führen zu Umorientierungen, zu einer wirklichen Identität. Erlebnisse und Erfahrungen sind miteinander verwandt, wobei wir schon im alltäglichen Sprachgebrauch spüren, dass Erlebnisse nicht so tiefgreifend sind. Auch ein Erlebnis kann zwar verändern, kann einen staunen und vieles in einem anderen Licht sehen lassen. Dann können sich Erlebnis und Erfahrung nah sein. Gilt dies aber noch für das oben skizzierte Verständnis von Erlebnis? Gibt es hier in den Selbstinszenierungen der Milieus noch wirkliche Bezüge von Erlebnis und Erfahrung? Bedenken müssen angemeldet werden. Gerade angesichts dessen ist eine Ortsbestimmung kirchlichen Handelns in der Erlebnisgesellschaft notwendig. Für Markus Bacher greifen alle Versuche der Glaubensvermittlung „viel zu kurz, wenn übersehen wird, wie sehr sich mit der Wahrnehmung auch der Wahrnehmende selbst verändert. Auch die Sensibilität für den Bereich religiöser Wirklichkeit bleibt nicht unberührt. Mangelnder oder falscher Gebrauch von Sinnesorganen lässt diese mit der Zeit verkümmern. Der veränderte Sinn von Erlebnis-„Erfahrung“ wirkt zurück auf den, der Erfahrungen machen soll. Die Erlebnisgesellschaft bildet einen ihr zugehörigen Menschentyp aus. Ihr Bildungsprogramm führt perfekt in die Gesetzmäßigkeit der Konsumwelt ein. Das Wesen religiöser Erfahrung muss hier wie ein Fremdkörper wirken, wertlos und unattraktiv“⁹.

Wenn menschliche Tiefenfähigkeiten elementar behindert oder gar zerstört werden, ist die Beantwortung der Frage unausweichlich, wie der einzelne Mensch in der Entwicklung oder in der Bewahrung eines solchen Sensoriums begleitet, gestützt und gestärkt werden kann? Dies ist eine zentrale Frage an kirchliche Seelsorge und Bildungsarbeit.

11.3 Realität aus zweiter Hand – Zweite Anfrage

Gerhard Schulze weist in seiner Untersuchung immer wieder daraufhin, wie sehr das Alltagsbewusstsein des Einzelnen mit „kollektiver Erfahrung aus zweiter Hand konfrontiert“ wird. Die und der Einzelne benötigen die soziale Deutungshilfe durch Personen, die anscheinend Überblick und Sicherheit besitzen (Autosuggestion).

Es bleibt aber nach meiner Einschätzung nicht bei einer **Deutungshilfe**. Wie viele sehen z.B. mit Hochgenuss das Literarische Quartett mit Reich-Ranicki, ergötzen sich am Streit der Gladiatoren in der Fernseharena und reden am anderen Tag mit, als ob sie das Buch selbst gelesen hätten. Realität aus zweiter Hand. Mühe-los ließen sich weitere Beispiele anführen. In seinem Essay „Von realer Gegenwart“ skizziert Georg Steiner ein ernüchterndes Bild: „Bei uns überwiegt das Sekundäre und Parasitäre. Auf geistige Bildung wird täglich in Millionen von Worten abgehoben, seien sie gedruckt oder von Radio und Fernsehen gesendet, in Worten über Bücher, die man dann nicht hört, über Kunstwerke, die man sich dann niemals anschaut. Ein Gesamtsumme aus ästhetischen Kommentaren, aus ad-hoc-Urteilen, aus vorgefertigten Weiheformeln erfüllt die Luft“¹⁰.

Hätte nicht gerade auch die Kirche mit ihrer Seelsorge und ihrer Bildungsarbeit die Verantwortung Realität aus erster Hand zu

vermitteln, weil nur so die in ihr existente Klarheit und Lebenskraft zu einem wahren Schrittmacher der Bildung einer Lebenskultur wird? Kein Kommentar, keine Kritik kann die eigene Wahrnehmung der Realität, den eignen Vollzug ersetzen. Steiner spricht in diesem Zusammenhang von einem Prozess des Verinnerlichens, der zu neuer Erkenntnis und Entdeckung führt. Gerade in der Erlebnisgesellschaft, in der viele Menschen nur aus zweiter Hand leben, wären Hilfen bei der Wahrnehmung von Realität ein existentiell bedeutsamer Beitrag zu Identitätsbildung und -stärkung.

Anmerkungen

- ¹ Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt, 1993
- ² Heiner Koch, „Kirche in der Erlebnisgesellschaft: Anpassung oder Widerstand?“ Kirche und Gesellschaft, Nr. 217, hrsg. Kath. Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach, Köln, 1995
- ³ Im Rahmen der vorliegenden Ausarbeitung ist nur eine ungefähre Skizze der Milieubeschreibungen möglich. Aus-

drücklich sei auf die umfassende Darstellung Schulzes verwiesen.

- ⁴ Vgl. im ff: Friedrich Diergarten, Lebenskultur, in: Handbuch religionspädagogischer Grundbegriffe, Bd. 1. Köln, 1986, S. 85 ff.
- ⁵ Heiner Barz, Religion ohne Investition: Jugend und Religion, Bd. 1, Opladen 1992, 130. Er entfaltet hier funktionale Äquivalente, wie z.B. Massenmedien, Wissenschaft, Konsum, Ideologien, Sport, Körperkult, Fußball, Liebe ...
- ⁶ Joachim C. Fest, Die schwierige Freiheit: Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft, Berlin 1993, 68, 71.
- ⁷ Alois Hahn, Gesellschaft, in: Handbuch religionspädagogischer Grundbegriffe, Bd. 1, Köln, 1986, S. 118 f.
- ⁸ Der Sozialpsychologe Alfred Lorenzer sieht die „innere Transzendenz des Menschen“, die Verankerung seines Erlebens, Denkens und Handelns im 'Jenseits vom Rationalen' (ist) in den religiösen Mythen sinnlich angemessener aufbewahrt, als in den metapsychologischen Konstruktionen der Psychoanalyse“, A. Lorenzer, Das Konzil der Buchhalter: Die Zerstörung der Sinnlichkeit. Eine Religionskritik, Frankfurt, 19-, 11.
- ⁹ Siehe Markus Bacher, „Greif zu, wickel es aus, schieb es in den Mund und erfahre das Glück: Ich und mein Magnum“ – Gedanken zu einem Buch von Gerhard Schulze über die Erlebnisgesellschaft, Tauwetter, Eine franziskanische Zeitschrift, 9 (1994), 5–15.
- ¹⁰ Georg Steiner, Von realer Gegenwart: Hat unser Sprechen Inhalt? München, 1990, 40.

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR STIFTUNG „SYNANON – DER NÜCHTERNE WEG“

WER KANN KOMMEN?

- Drogensüchtige, Alkoholiker, andere Süchtige

WAS TUN?

- Herkommen

WANN?

- Jederzeit – Tag und Nacht

BEWERBUNG?

- Unnötig

WARTELISTE?

- Existiert nicht

KOSTENÜBERNAHME?

- Brauchen wir nicht

THERAPIE STATT STRAFE?

- Ja, nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG)

ENTZUG?

- Im Haus – wir helfen

AUFNAHME
SOFORT Tag & Nacht
für hilfesuchende Süchtige
ohne Vorbedingungen



Auch süchtige Mütter mit ihren Kindern.

030-550000

Stiftung
Synanon
DER NÜCHTERNE WEG.

Mitverantwortung und Sachkenntnis

Bedeutung und Aufgaben des Vorstandes der Zentralen Versammlung und seiner Sachausschüsse

Manfred Heinz

Das mir gestellte Thema „Mitverantwortung und Sachkenntnis – Zu Bedeutung und Aufgaben des Vorstandes der Zentralen Versammlung und seiner Sachausschüsse“ behandle ich mit Blick auf die anstehende Neuwahl des Vorstandes und die Neubesetzung der Sachausschüsse des Vorstandes, um Ihnen eine Entscheidungshilfe zur Kandidatur oder zur Mitarbeit zu geben.

1. Die Zentrale Versammlung (ZV)

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten soll ihrer Ordnung nach Entwicklungen im gesellschaftlichen Leben beobachten, Anliegen der Katholiken des Jurisdiktionsbereiches in der Öffentlichkeit vertreten, zu Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens Stellung nehmen, den Militärbischof und seine Gremien beraten, Initiativen und Veranstaltungen vorbereiten und durchführen, Aktivitäten des Laienapostolates koordinieren.

Von dieser Aufgabenstellung her können wir sagen: Die Zentrale Versammlung entspricht einem Katholiken- bzw. Diözesanrat in den Ortsbistümern. Und dennoch gibt es signifikante Unterschiede:

- Die Zentrale Versammlung setzt sich zu 90 % aus einer bestimmten Berufsgruppe zusammen: den Soldaten. In Katholiken-/Diözesanräten sind Personen unterschiedlicherer sozialer Milieus vertreten.
- Sie setzt sich in gleicher Prozentzahl geschlechtsspezifisch aus Männern zusammen.
- Die Zentrale Versammlung tritt einmal jährlich zusammen, das entsprechende Gremium in den Ortsbistümern tagt öfter, in der Regel 3 bis 4 mal jährlich.
- Die Delegierten der ZV kom-

men aus dem gesamten Bundesgebiet, vereinzelt sogar aus dem Ausland. Die Katholiken-/Diözesanräte haben stärker – auf das Bundesgebiet bezogen – regionales Kolorit.

- Die Zentrale Versammlung setzt sich in ihren Delegierten jedes Jahr neu zusammen. Die Vertreter in den Katholiken-/Diözesanräten sind auf die Dauer von 4 Jahren gewählt.

2. Der Vorstand der ZV

Aus diesem Kontext heraus wird deutlich, dass dem Vorstand der Zentralen Versammlung eine besondere Funktion zukommt:

- Er ist das Element der Stabilität und Kontinuität, denn seine Mandatszeit beträgt 4 Jahre.
- Er steht der ZV gegenüber in der besonderen Verantwortung, deren Beschlüsse vorzubereiten und sie umzusetzen. Im nächsten Jahr gibt er Rechenschaft vor einem Gremium ab, dessen Delegierte oftmals nicht mehr das Wissen um den Beratungsstand des Vorjahres mitbringen.
- Er ist die Zentrale Versammlung „in working“.

Der Vorstand tritt nach der Ordnung der Zentralen Versammlung wenigstens zweimal im Jahr zusammen. Es sind aber immer fünf Sitzungen geworden und zwar an drei Samstagen in Bonn und 2 Sitzungen während der Woche der Begegnung.

An diesen Vorstandssitzungen nehmen teil:

- Der Vorsitzende und die Vorstandsmitglieder,
- der Bischöfliche Beauftragte,
- der Wissenschaftliche Referent im KMBA, Referat V, als Geschäftsführer
- der Sachbearbeiter im KMBA, Referat V,

- die Vertreter der ZV im ZdK und
- der Militärgeneralvikar, soweit es seine dienstlichen Verpflichtungen zulassen.

3. Die Beteiligten an der Vorstandsarbeit

3.1. Der Vorsitzende

Dem Amt des Vorsitzenden kommt eine besondere Funktion und besondere Aufgaben zu. Dies wird schon deutlich dadurch, dass der Vorsitzende in einem eigenen Wahlgang von den Delegierten gewählt wird und seine Wahl der Bestätigung durch den Militärbischof bedarf.

In den Außenbereich hinein hat er Repräsentationspflichten. Er vertritt die Zentrale Versammlung bei offiziellen Veranstaltungen der Militärseelsorge, bei gesamtkirchlichen und gesellschaftlichen Ereignissen. Im „Innenbereich“ leitet er die Zentrale Versammlung und die Vorstandssitzungen, gibt Anregungen und Impulse, koordiniert, fasst zusammen. Der Vorsitzende ist erster Ansprech- und Dialogpartner für die Leitung der Militärseelsorge. Seine Mitgliedschaft im Exekutiv-ausschuss verbindet ihn eng mit der Arbeit der GKS. Darüber hinaus empfiehlt es sich, dass der Vorsitzende auch im Zentralkomitee der deutschen Katholiken mitarbeitet.

3.2. Die Vorstandsmitglieder

Neben dem Vorsitzenden wählt die Zentrale Versammlung bis zu acht weitere Vorstandsmitglieder. Sie leiten jeweils einen Sachausschuss des Vorstandes. Als gute Tradition hat sich herausgebildet, dass sie an den Arbeitskonferenzen ihres (Wehr-)Bereiches teilnehmen.

3.3. Die Sachausschüsse (SA) des Vorstandes

Die Ordnung sieht vor, dass die Zentrale Versammlung im Rahmen ihrer Aufgaben Sachausschüsse bilden kann. Dem Vorstand stehen derzeit folgende Sachausschüsse zur Verfügung:

1. Dienstalltag und Christsein
2. Gemeindegarbeit
3. Organisation/Planung
4. Verbandsarbeit
5. Soziales Engagement
6. Entwicklung, Friede, Mission, Umwelt
7. Frau und Familie
8. Information

Die Aufgabenfelder der Sachausschüsse im Einzelnen können Sie im Handbuch für den Pfarrgemeinderat nachlesen.

3.3.1. Grundsätze zur Arbeit der SA

- Sie werden eingerichtet, um für den Vorstand Sacharbeit zu leisten.
- Sie bestehen aus Mitgliedern, die der Vorstand auf Vorschlag des jeweiligen Sachausschussvorsitzenden wegen ihrer Sachkompetenz und ihrer Bereitschaft zum Engagement in der Laienarbeit beruft. Um eine effektive Ausschussarbeit zu leisten hat der Vorstand auf seiner Sitzung am 09.06.1990 festgelegt, dass in einem Sachausschuss bis zu sechs Personen mitarbeiten können. Es können nur Angehörige des Jurisdiktionsbereiches berufen werden.
- Sachausschüsse unterstützen den Vorstand in seiner Arbeit durch Übernahme konkreter

Aufgaben und durch eigene Anregungen.

- Sie bearbeiten das ihnen zugewiesene Aufgabengebiet für und im Auftrag des Vorstandes. Sie werden nicht selbständig nach außen tätig.
- Sie greifen Fragen und Probleme auf und machen dem Vorstand Vorschläge zur Beantwortung von Fragen bzw. Lösung von Problemen.

3.3.2. Arbeitsweise der SA

Die Hauptarbeit des Sachausschusses wird von dem jeweiligen Sachausschussvorsitzenden geleistet. Er leitet, beruft ein, fertigt in der Regel die Vorlagen für die Arbeit. Diese Arbeit gestaltet sich entsprechend den Aufgabengebieten unterschiedlich. Bei manchen Sachausschüssen – ich denke hier insbesondere an „Organisation/Planung“ und „Verbandsarbeit“ – spricht man besser von Beauftragten des Vorstandes, weil die anfallende Arbeit durch einen kompetenten Verantwortlichen geleistet werden kann. Beim Sachausschuss „Information“ sollte die Nähe zum Vorsitzenden und zum KMBA gegeben sein.

Die Arbeitsmethoden sind unterschiedlich. Sachausschüsse treffen sich in unregelmäßigen Abständen zu Sitzungen. Wenn dies aber aufgrund der dienstlichen, zeitlichen und anderen Belastungen nicht so möglich war, dann hatten sich in der letzten Amtsperiode auch Telefonkonferenzen bzw. die Nutzung neuer Medien, z.B. Fax als mögliche Arbeitsweisen etabliert.

4. Die Mitarbeiter/innen

Aus dem Gesagten wird deutlich: Ehrenamt ist Freizeitarbeit.

Wer sollte mitmachen? Derjenige/diejenige, der/die Kirche unter Soldaten ein Stück aktiv mitgestalten will. Er/sie hat die Möglichkeit, über den kleineren Bereich des Seelsorgebezirkes hinaus, Einblicke in das Gesamt der Militärseelsorge zu erhalten.

Die Arbeit im Vorstand oder in einem Sachausschuss gibt Anregungen, sich mit Themen zu beschäftigen, die einer/eine sonst vielleicht nicht so engagiert angehen würde. D.h., wenn man eine konkrete Aufgabe hat, sucht man hierzu Informationen und bildet sich weiter. Von daher kann eigener Gewinn aus der Arbeit gezogen werden.

Gute Voraussetzungen für die Mitarbeit sind Erfahrungen und Einsatz an der Basis. Diese sind auch deshalb von Bedeutung, damit die Arbeit des Vorstandes „geerdet“ bleibt.

Jeder/Jede sollte sich anhand der Aufgabengebiete fragen: Sind da Vorlieben, Interessen und Sachkompetenz meinerseits angesprochen.

Unterstützung erhalten der Vorstand und die Sachausschüsse durch das KMBA; insbesondere das Referat „Kirche und Gemeinde“; durch Militärdekan Theis als Bischöflichen Beauftragten, durch mich als Geschäftsführer und durch weitere im organisatorischen Bereich tätige Kräfte im Referat V.

Abschließend möchte ich betonen: Wir brauchen engagierte, aktive Laien, die Verantwortung übernehmen und die eben auch ein Stück weit zu Mitgestaltern unserer Militärseelsorge werden wollen. □



Ernsthafte Gespräche können auch noch zu vorgerückter Stunde geführt werden, wie hier zwischen dem Militärbischof und OSFw Hans-Jürgen Mathias, neuer stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS (li), Oberst Volker Böhler, Vertreter aus dem WB VII/VIII im Vorstand der ZV, Heribert Lemberger, Chefredakteur KOMPASS. (Foto: F. Brockmeier)

Seelsorgeregionen

Personelle Planung und strukturelle Konsequenzen bei der Fortschreibung des Seelsorgekonzeptes in der Katholischen Militärseelsorge

Walter Wakenhut

Es zeugt von ihrem großen Interesse und es ist ein deutliches Zeichen ihres Engagement für die Belange der Militärseelsorge, dass ich heute wiederum zu Ihnen, zur Woche der Begegnung kommen darf, um über die Planung und Organisation der Militärseelsorge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu referieren.

Neben der großen Akzeptanz des Themas „Seelsorgeregion“ in diesem Kreise hatte mein Referat vom vergangenen Jahr auch andere Folgen. Da sie für ein fast typisches, auch nahe liegendes Missverständnis stehen, sollen sie auch genannt sein. Der AUFTRAG wird nicht nur im Militärbischofsamt mit großer Aufmerksamkeit gelesen, sondern offensichtlich auch im Ministerium. Ein von uns durch und durch pastoral gedachter Ansatz, nämlich die Seelsorgeregionen, und von mir auch nie anders ausgedrückt, auch im Artikel nicht anders genannt, liest sich mit der Brille eines Haushalters und seiner ihm eigenen Systematik ganz anders. Dann heißt das: „Aus drei mach eins!“ – und wir sparen eine Unmenge Geld. Also nicht mehr 92 Dienststellen in der Katholischen Militärseelsorge, sondern nur noch 30. Das zum einen.

Nun die von uns angedachten und gewünschten 92 Planstellen für „Katholische Standortpfarrer“ haben wir bis zum Jahr 2000 auch so erhalten – unserem Generalvikar und seinem Verhandlungsgeschick sei Dank. Personelle Planung soll jetzt aber nicht das Thema sein; im vergangenen Jahr haben wir dem genügend Raum gegeben.

Kehren wir zu dem Missverständnis unserer Haushaltsabteilung im BMVg zurück. So sehr eine Seelsorgeregion (SR) ihren Platz im Land und in der Stadt

hat, so wenig ist sie zunächst ein Ordnungsprinzip, eine neue Struktur, eine Institution. Wäre es so, könnten wir es uns ganz einfach machen. Wir legen von Bonn die Seelsorgeregionen fest und füllen sie personell auf, verteilen Aufträge und machen noch eine Effizienzkontrolle; und die Sache hat sich.

In unseren Vorstellungen und Planungen sind die Seelsorgeregionen ein pastorales Prinzip, eine Qualität des Miteinanderarbeitens (und vielleicht auch Lebens), die sich quantitativ schwer beschreiben lässt.

So sehr das Prinzip, das Anliegen verstanden werden muss, so sehr ist es aber auch wichtig, dass das auch vom Herzen her kommt. Die einzelnen „Träger“ der Seelsorge müssen davon überzeugt sein, die Pfarrer, die Pastoralreferenten und Pastoralreferentinnen, die Pfarrhelfer und Pfarrhelferinnen, und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den verschiedenen Gremien, Verbänden und Ausschüssen der Laienarbeit, also Sie, meine Damen und Herren, die Sie sich hier zur Woche der Begegnung eingefunden haben.

Lassen wir Kardinal Meisner zu Wort kommen, der sich in Sachen der auch in der Erzdiözese Köln zu errichtenden Pfarrverbände an die Pfarrgemeinden wendet. Der Kardinal schreibt:

„Ich weiß, dass neue Wege der Pastoral nicht einfach zu gehen sind. Sie erfordern Mut, sich auf Neues einzulassen. Ich möchte Ihnen diesen Mut machen und Sie bitten, die Chance zu ergreifen, über den Rand Ihrer Gemeinde hinauszublicken und mit anderen Gemeinden zusammenzuarbeiten. Dabei können Sie die Erfahrung machen, dass Ihnen etwas zusammen gelingt, was eine Gemeinde allein nicht schafft. Sie können von-

einander lernen, können geben und nehmen.“ So weit der Kardinal.

Das Thema Seelsorgeregion war im vergangenen Jahr im KMBA und auf den Zentralen Dienstbesprechungen immer ein wichtiger Punkt. Wir haben bei den Dienstbesprechungen auf Wehrbereichsebene und auch in mancher Arbeitskonferenz dieses Thema diskutiert. Erste Ergebnisse liegen vor. Versuche werden und wurden gestartet.

So weit ich mit dabei war, muss ich sagen, es herrschte nicht überall Begeisterung. Es gibt noch viel Skepsis, es gibt aber auch viel Zustimmung. Es ist uns klar, dass Neues behutsam wachsen muss, dass wir nichts überstürzen dürfen und auch nicht können. Manches, was sich zunächst direkt aufdrängte, war weniger gut, anderes, manchmal sogar Unbeachtetes stellt sich hinterher als guter Ansatz, als wichtiger Impuls heraus.

Durch die sinkende Zahl der katholischen Soldaten und die enorme Dislozierung ist die Gefahr der Vereinzelung für die Seelsorger wie für die einzelnen gläubigen Soldaten sehr groß. Die gewohnte; vertraute „katholische“ Umgebung fällt weg. Da gibt es keine PGR, keinen GKS-Kreis, ja vielleicht nicht einmal mehr eine katholische Familie, einen christlichen Bekannten ...

Und manch einer sagt sich, da kommt ja ohnehin nichts zusammen. Was soll ich denn allein, da bleibt nur noch der Frust. Da fallen Veranstaltungen aus, da kommt kaum mehr wer zum Gottesdienst, da sind im LKU zwar Soldaten, aber keine Christen usw. Solche Situationen sind real.

Man kann verschieden darauf reagieren. Die schlechteste Reaktion ist ohne Zweifel der Rückzug. Als Einzelne drohen wir unterzugehen, es bleibt also die gemeinsa-

me Aktion, das, was wir mit dem Begriff einer Kooperativen Pastoral meinen. Lassen sie mich aus einem Kölner Arbeitspapier zu den Pfarrverbänden zitieren:

„Die kooperative Pastoral und eine entsprechende Pastoralplanung erfordern eine genaue Wahrnehmung der örtlichen sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in den Gemeinden (=Seelsorgebezirken) des Seelsorgebereiches (=Seelsorgeregion) und fragen nach den Aufgaben des Christen in dieser konkreten Situation. Diese Herausforderungen bieten den Hauptamtlichen und den einzelnen Gemeinden die Chance, die bisherige Gemeindepraxis zu überprüfen und durch konsequente Lebensfeldorientierung zu einer neuen Schwerpunktsetzung zu gelangen.“

Es geht also nicht darum, die immer weniger werdenden Priester und hauptamtlichen Mitarbeiter möglichst gleichmäßig ausgedünnt über eine größtmögliche Fläche zu verteilen, um möglichst viele Gläubige zu versorgen und zu betreuen.

Unser Ziel ist es, den Militärseelsorgern und den ihnen anvertrauten Soldaten die Wege zu ermöglichen und zu öffnen, die sie die Schwierigkeiten bestehen und bewältigen lassen, die die gegenwärtige Situation mit sich bringt. Sie sollen und brauchen nicht zu resignieren, sondern können den Glauben überzeugend weitergeben und echte Freude daran wecken.

Konkret heißt das, es geht zuerst um die Menschen, um das menschliche Angesicht Gottes, Jesus Christus. Dann geht es sicher auch um Methoden und Modelle.

Es muss konkrete Vorstellungen und Ziele geben. Als Erstes gilt es dieses Modell in den Herzen und Köpfen aller Beteiligten einzupflanzen, die Leute davon zu überzeugen, zu begeistern. Da sind wir zurzeit fest daran.

Ein nächster Schritt, der jetzt und in naher Zukunft getan wird, ist die Begründung der Regionen. Für mich ist das immer zuerst eine Frage und Aufforderung an die Beteiligten, dann erst eine Frage der Geographie. Wer paßt zu wem? (Da gibt es durchaus auch objektive Kriterien, z.B. Truppengattung, Aufgabe der Truppe - KRK, HVK - usw.) Es geht um das gute Zusammenarbeiten und Miteinander der

Betroffenen. „Reibungsverluste“ sollten möglichst gering gehalten werden.

Es soll ein „gemeinsamer Raum“ entstehen, indem sich gut leben und arbeiten lässt. Da soll – im Bild – die Ofenbank ihren Platz haben und der Computer, da gibt es Konferenzen und Feiern, Unterricht und Gottesdienste.

Denn **Ziel** dabei ist:

- Die Arbeit soll weniger, nicht mehr werden.
- Zeit soll gespart werden.
- Unnötige Wege – auch Dienstwege – sollen vermieden bzw. optimiert werden.
- Arbeit, Gebiet, Bezirk und auch die Seelsorgeregion sollen überschaubar bleiben.
- Der Einzelne soll seine besonderen Fähigkeit entfalten können.
- Die Gemeinschaft schützt auch vor Überforderung, vor dem „Ausnützen“ usw.
- Die Verantwortung über den einzelnen Seelsorgebezirk hinaus soll gestärkt werden.
- Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist gefordert, nicht nur der Seelsorger ist gefragt: auch Pfarrgemeinderäte (oder wie auch immer sie heißen werden), GKS-Kreise – so, wie es ja auch in den zivilen Gemeinden geschieht.
- Bereits vorhandene Ansätze sollen gefördert und weitergeführt werden.
- Integration der unterschiedlichen pastoralen Berufe in unserer Kirche auch in die Militärseelsorge (Beispiel Pastoralreferent/in).

Wege dazu:

Im Rahmen der Aus- und Fortbildung:

- Befähigung zur Teamarbeit
- Supervision,
- Austausch von Erfahrungen, Modellen, Methoden
- Technische Voraussetzungen im Rahmen der modernen IT
- Vernetzung, Internet, u. Ä. bis hin zu E-Mail
- Ausstattung der Dienststelle,
- Sitz der Dienststelle in der Kaserne, im Bezirk, im „Zusammen“ einer Region
 - Organisationspläne,
 - Management

Zusammenfassung:

- 92 Dienststellen sind die Schmerzgrenze:
- Seelsorge soll weiterhin möglich sein.
- Die Militärseelsorger und alle anderen Mitarbeiter in der Militärseelsorge sollen unter guten Bedingungen arbeiten können,
- sie sollen die Freude an der Sache“ nicht verlieren.
- Die Arbeit mit und in den Seelsorgeregionen ist ein auch in anderen Bereichen unserer Kirche bewährter Weg.

Wir haben den Vorteil, dass wir keine (oder fast keine) immer wählenden Vakanzen verwalten müssen, sondern dass wir – wie es scheint und begründete Hoffnung ist mit 92 Seelsorgern rechnen können. Also nicht der Mangel stand am Anfang, sondern die Optimierung, die Qualität der Seelsorger.

In diesem Sinn darf ich Sie alle bitten, dieses unser gemeinsames Anliegen weiter voranzutreiben und zu fördern, damit wir auch in den nächsten Jahren unseren Dienst als Seelsorger zum Wohl der uns anvertrauten Soldaten und ihrer Familien verrichten können, damit Kirche unter den Soldaten leben kann.

Zum Schluss noch ein Zitat aus dem Kölner Pastoralgespräch:

„Genauso wichtig wie die Bildung kleiner, überschaubarer Gruppen innerhalb der Gemeinde ist die Entwicklung der Zusammenarbeit über die Gemeinden hinaus. Durch gemeinsame Planung und Arbeit im Seelsorgebereich werden die Einzelgemeinden entlastet und gleichzeitig gestärkt, je mehr die beteiligten Gemeinden sich in die Zusammenarbeit einbringen, desto mehr kann sich der Seelsorgebereich – unbeschadet der Eigenständigkeit der Einzelgemeinden (das wäre das Missverständnis vom Anfang) – zu einer Gemeinschaft entwickeln, in der nach partnerschaftlicher Planung verbindliche Absprachen getroffen werden. ... Die innere Spannung zwischen den beiden Polen 'kleine Gruppen – Pfarrverband (Seelsorgeregion)' bietet die Chance einer fruchtbaren Dynamik zum Nutzen aller Beteiligten.“ □

Die Arbeit muss weitergehen

Der Beauftragte des Militärbischofs für die Zentrale Versammlung zur Diskussion um die neue Ordnung für Pfarrgemeinderäte

Militärdekan Prälat Walter Theis

Die Lage ist zwiespältig, wenn wir den Versuch betrachten, eine neue Ordnung für die Pfarrgemeinderäte (PGR) in der Militärseelsorge zu erstellen. Zwiespältig, weil wir wissen, daß im Herbst des Jahres die Mandate der Mitglieder in den PGR auslaufen und die Neubestellung von Mandatsträgern bevorsteht.

Zwiespältig jedoch nicht, weil ich oder irgendwer im Militärbischofsamt den PGR und seine Legitimation in irgendeiner Weise infrage stellen würde, sondern wegen des noch nicht geregelten Weges, wie die vom Bischof erteilte Beauftragung zur Mitverantwortung aller Gläubigen am Sendungsauftrag der Kirche eine kompetente amtliche Form erhalten kann, die dem Amt eines PGR-Mitgliedes angemessen ist.

Noch haben wir eine gültige bischöfliche Ordnung. Aber was hilft eine solche Ordnung, wenn sie von den Beteiligten als in dieser Form nicht hilfreich gesehen wird, um das beabsichtigte Ziel zu erreichen. Eine Ordnung kann ja nur Mittel zum Ziel sein.

Wissen wir denn, was das Ziel überhaupt sein soll?

Ich versuche, das Ziel einmal ganz vorsichtig zu umschreiben: Für die „Kirche unter Soldaten“ ist es wie für die Ortskirche unverzichtbar, aufgrund der besonderen Umstände und Gegebenheiten

- ständige, zuverlässige Mitarbeiter und Mitverantwortungsträger zu bekommen,
- sich Gedanken zu machen, wie man diese zusammenführen kann,
- Wege zu finden, wie man sie zum Zwecke der Effektivität ihrer Arbeit organisieren kann,
- eine Form zu suchen, wie dies auf einer legitimierten Grundlage geschehen kann, die über jeden Verdacht erhaben ist, nur ein Freundeskreis oder Sympa-

thisantenclub des Militärgeistlichen zu sein.

Der Versuch einer neuen Ordnung ist derzeit von all denen, die davon betroffen sind, zu kontrovers bewertet worden, als dass er im Augenblick weiterführen würde. Nähere Gründe haben wir gestern ausgiebig erörtert.

Durch den Versuch der gemischten Arbeitsgruppe, eine Lösung zu finden, sind die Laienmitverantwortung und ihre Formen tatsächlich in einen Dialog geraten. Das werde ich als einen grundlegenden, wenn auch noch nicht greifbaren Erfolg. Denn die Arbeit geht weiter, sie muß weitergehen. Zeit ist dabei ein nicht zu unterschätzender Faktor (ohne sich dadurch unter Druck zu setzen). Denn die Darstellungsformen von Kirche werden sich ändern: Die Überlebenschancen für Pfarrgemeinden herkömmlicher Art stehen schlecht. Vielleicht noch zehn Jahre gibt der Freiburger Religionssoziologe Michael Eberts den hergebrachten Strukturen kirchlicher Verfasstheit in Deutschland („Kirche von der Dominanten zur Dominierten“). Ist dies das Ende aller Blühträume, die das II. Vatikanische Konzil und die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland entfaltet haben? Bedeutet das damit auch das Ende unseres Engagements für „Kirche unter Soldaten“? – Oder ist es eine Chance, die gerade uns in unserer speziellen Lebens- und Glaubenssituation geboten wird, weil wir zu einer „privaten Sonderzone“ geworden sind, an der man zwar ebenso gut „straflos vorbeileben darf“, aber an der wir nicht vorbei leben wollen, weil wir auch angesichts der Entwicklung überzeugt sind: Offenheit für das Andere und Entschiedenheit für das Eigene sind unverzichtbar.

Bei aller Kontroverse der Einschätzung von konkreten Gegebenheiten, wie z.B. der neuen Ordnung, scheint es mir wichtig festzustellen, ob wir im Essentiellen übereinstimmen. Ist es auch heute noch richtig,

- dass Mitverantwortung der Laien
- das Bewusstsein für den Anruf Christi und das Leben mit der Kirche voraussetzt;
 - durch Kommunikation ermöglicht und verwirklicht wird und wechselseitige Information umfasst;
 - mit Unterrichtung und Meinungsbildung realisiert wird, in kooperativer Arbeitsweise, in der Regel im Team;
 - grundsätzlich die Beteiligung an Entscheidungsprozessen und das Mittragen der Konsequenzen von Entscheidung beinhaltet;
 - Sachkenntnis voraussetzt;
 - durch engagierte Mitarbeit getragen wird und dadurch wächst.

Sollte hierin Einvernehmen bestehen, bin ich optimistisch, beim Umsetzen Wege zu finden, die tragbar und gangbar sind. Die Diskussion hat gezeigt, dass es in der Militärseelsorge auf Grund der speziellen Gegebenheiten schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, einheitliche Regelungen zu schaffen. Ist es aber wirklich unmöglich, nach den gemeinsamen Übereinstimmungen zu suchen? Gibt es wirklich nur singuläre Besonderheiten in ihrer Unvergleichbarkeit, oder lassen sich nicht auch übereinstimmende Gemeinsamkeiten erfahren? Wir laufen sonst Gefahr, dass Theorie und Praxis der Seelsorge bis zur Unkenntlichkeit – vielleicht Unvereinbarkeit – auseinanderlaufen. Natürlich soll auf lokale und regionale Unterschiede geachtet werden, und allgemeine Regelungen müssen im-

mer offen und flexibel gestaltet und angewandt werden.

Bei einer zukünftigen Regelung/Ordnung für den uns hier betreffenden Bereich – und das denke ich war Konsens gestern, dass darauf nicht zu verzichten ist – möchte ich folgende Gesichtspunkte berücksichtigt wissen:

- Es ist nicht in die Hand der Militärgeistlichen gegeben, ob es organisierte Laienarbeit und Formen von Beratungsgremien gibt oder nicht.
- Es ist das den Laien vom Bischof zugestandene Recht, teil zu haben an der Verantwortung des Sendungsauftrages der Kirche, die in Letztverantwortung dem Bischof übertragen ist.
- Ausdruck dieses Rechtes und Anspruchs auf diese Teilhabe ist die Ordnung in der derzeit noch gültigen Form.
- Es ist die Verpflichtung oder Entscheidung der Laien, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen, es einfordern und wahrnehmen.
- Es ist die Verantwortung aller in der Militärseelsorge Tätigen (Leitung, Militärgeistliche, Laien) zu prüfen, ob der Weg, der die Teilnahme an der Mitverantwortung regelt, d.h. die Ordnung, noch ausreicht und hinlänglich praktikabel ist, um möglichst allen, die diese Aufgabe wahrnehmen wollen und können, zu genügen.

Und damit sind wir bei der Realität für die eine Ordnung erstellt werden soll:

- Das Ende des Mandates der Mitglieder der PGR im Herbst 1997 nach vier Jahren und
- die Notwendigkeit neue Pfarrgemeinderäte zu bekommen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich nochmals an die Ergebnisse der PGR-Wahlen von 1993 in unserem Jurisdiktionsbereich und die dadurch entstandene Lage:

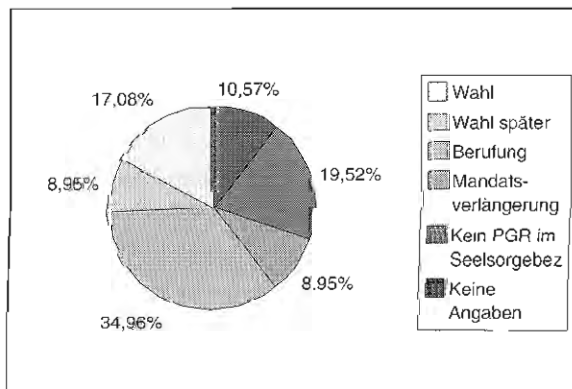
Auswertung der PGR-Wahlen 1993 und Vergleich zu 1989

Durchführung im Seelsorgebezirk	1993	1989
- Wahl	21	69
- Berufung	43	38
- Wahl erfolgte später	11	3
- kein PGR im Seelsorgebezirk	24	27
- keine Angaben	13	--
PGR-Mitglieder		
gewählt / berufen / Mandatsverlängerung	742	1341
amtl. Mitglieder	98	173
gesamt Zahl der Mitglieder	840	1514
davon Frauen	95 (11%)	201 (13%)

Was können bzw. wollen wir im Hinblick auf den Ablauf der Mandate im Herbst tun? Wie kommen wir an legitimierte Mitarbeiter in diesem Bereich? Aus meiner Sicht bieten sich in Anbetracht der derzeitigen Lage und unseres Diskussionsstandes zwei Verfahrensweisen an:

1. Wir besinnen uns auf die alte Ordnung und verfahren danach in dem Maß und in der gebotenen Weise, die diese Ordnung zulässt, und nach den Regeln, die für diese Ordnung bereits 1993 gegeben wurden.

Zahlen, die zu denken geben:



PGR in der Militärseelsorge bilden sich fast zur Hälfte durch Berufungen (~35%) und Mandatsverlängerungen (~9%). Ihnen stehen Wahlen mit ~26% (17% fristgerecht + 9% verschobene?) gegenüber. Der Verzicht auf einen PGR ist mit ~20% angesichts einer Grauzone von 10% ohne Rückmeldung erschreckend hoch. Welche Folgerungen sind daraus zu ziehen?

2. Der Bischof wird gebeten, dass er das Mandat über den Herbst hinaus verlängert auf eine gewissen Zeit. Die Gründe, die wir dafür anbieten, sind bekannt.

Über die Vorgehensweise bitte ich die Delegierten eine Meinung zu äußern und sie zu formulieren. Sollte es im Herbst zu Wahlen kommen, bitte ich zu bedenken und sich ebenfalls heute dazu Gedanken zu machen, wie diese Wahl vorbereitet und bekanntgemacht wird:

- Soll sie unter einem Thema stehen?

Wenn ja, wiederum,

- soll sie mit einem Plakat/Werbung verbunden und bewusst gemacht werden?
- Welches Arbeitsmaterial wird gewünscht und ist erforderlich?
- Bleibt es bei der Wahlspanne von mehreren Wochen, und wann soll sie festgelegt werden?

Die Arbeit muss weitergehen! –

Ich bin, wenn ich Sie hier sehe, wenn ich das Interesse an der Kandidatur zum Vorstand der ZV sehe, optimistisch. Wenn Sie Delegierte und Repräsentanten der Basis sind, scheint mir dort nicht unmöglich, was auf hier auf Ebene der ZV gelingt. Natürlich im Rahmen regionaler Einschränkungen. Die Arbeit muss weitergehen. Sie kennen das Angebot zum Dialog für die Fortführung der begonnenen Projekte im Dialog mit der Zentralen Dienstbesprechung, besser mit dem Priesterrat. Natürlich soll es kein Scheindialog sein und werden. Für Kasperletheater fehlt uns die Zeit und auch die Lust. Wir brauchen kompetente Dialogpartner, die etwas einbringen können und wollen. Was bei Erstellung der „neuen Ordnung“ vermisst wurde: die konkrete Berücksichtigung der Bedingungen/Voraussetzungen vor Ort von Nord bis Süd und West bis Ost. Deshalb habe ich den dringenden Wunsch und die Bitte, dass Sie als Repräsentanten der Basis und mit der Beauftragung der Basis jene Vertreter auswählen und entsenden, die die Voraussetzung für sinnvolles Weiterarbeiten erfüllen.

Die Arbeit muss weitergehen, wenn sie sich weiter wie bisher engagieren, wird sie weitergehen und gut weitergehen. □

Das Erbe in die Zukunft einbringen

Grußwort des Vertreters des Priesterrates Militärpfarrer Hartmut Gremler

Für unsere Zeit ist es charakteristisch, dass überall Menschen mit tiefgreifenden Veränderungen fertig werden müssen.

In Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, in der Politik und im Privatleben stehen wir immer wieder vor neuen Herausforderungen und Anforderungen, uns umzustellen, neue Aufgaben wahrzunehmen, neue Methoden oder Verhaltensweisen einzuüben. Neu sind vor allem die Geschwindigkeit und Fülle der Veränderungen sowie die Gewissheit, dass sich kein Zeitgenosse dem umfassenden Wandlungsprozess entziehen kann. In dieser Phase des weltweiten Umbruchs und Übergangs ist es vernünftig, zu prüfen: Welche Erfahrungen haben hierher geführt? Von welchem Ballast sollten wir uns trennen? Welche Lasten müssen wir auf uns nehmen? Welches bewährte Lebenswissen ist es wert, auch in die Zukunft weitergetragen zu werden? Welche Traditionen und Formen des Zusammenlebens können bleiben, wie sie geworden sind, und was müsste verändert werden?

Solche kritische Sichtung führt zur Auseinandersetzung mit Religion, Glaube und Kirche. Das Christentum zählt zu den großen Kräften, die unsere Welt geprägt haben und auch künftig mitgestaltet werden. Als Christen haben wir den Auftrag, dass wir unser Erbe mit in die Zukunft einbringen.

„Religiös sein bedeutet, leidenschaftlich nach dem Sinn unseres Lebens zu fragen und für Antworten offen zu sein, auch wenn sie uns tief erschüttern.“

(Paul Tillich)

Blick in unsere Zeit

Warum haben Menschen Interesse an Religion?

- Die einen möchten ihre eigene Überzeugung klären und andere Menschen besser verstehen.
- Oder man will genauer wissen, welchen Einfluss Religionen auf Gesellschaft und Politik nehmen kann oder nimmt.

- Je nach Erfahrungen, Beobachtungen und innerer Anteilnahme bringt jeder ein bestimmtes Vorverständnis mit, daher gibt es auch ganz unterschiedliche Wertungen; und sie haben sogar darüber abweichende Auffassungen, was Religion – Kirche – überhaupt ist.

Warum wir als Christen eine Weltaufgabe haben, die unersetzbar ist – gerade angesichts der vielen Nichtgetauften (Bundeswehr 26 %) – im Lande bei uns 84 %) zeigt mir ein Blick in den Ursprung von Religion. Ein Blick in die Tierwelt kann uns da gute Dienste tun.

Man hat gesagt, das Tier sei im Unterschied zum Menschen ein „festgestelltes“ Wesen. Damit will man zum Ausdruck bringen, dass dem Tier jene Freiheit fehlt, die für den Menschen kennzeichnend ist. Tierisches Verhalten wird durch Instinkte gesteuert, und in einer gleichsam programmierten Weise reagiert das Tier auf Reize aus seiner Umwelt.

In dem Maße, in dem sich der Mensch aus dem Tierreich herausentwickelt hat, hat er diese Instinktorientierung verloren, damit aber auch jene Verhaltenssicherheit, die dem Tier das Überleben ermöglicht. Die gewonnene Freiheit des Menschen bedeutet zugleich Unsicherheit und Orientierungssuche. Sie zwingt und befähigt ihn, sich in der Welt einzurichten, indem er sie sich zu erklären versucht und sie so gestaltet, dass aus der tierischen Umwelt für ihn mehr und mehr eine menschliche Welt wird. Vielleicht ist in dieser Notwendigkeit, sich in die Welt zurechtzufinden und sie sich heimisch zu machen, der geschichtliche Ursprung der Religion zu suchen. Die Religionsgeschichte lehrt uns, es hat kein Volk ohne Religion gegeben. In der DDR haben Menschen die innere Freiheit verloren und sind daher orientierungslos. Religion entspringt aus der Orientierungsbedürftigkeit und Kulturfähigkeit des Menschen.

Nicht zufällig haben Begriffe Kult [Verehrung] und Kultur [(Acker-)Bau, (Boden-)Pflege] beide lateinischen Ursprungs) eine gemeinsame Wurzel. Religiosität wandelt sich im Laufe eines Menschenlebens, und Religion wandelt sich im Laufe der Geschichte. Das hängt damit zusammen, dass es auch im Glauben Reifeprozesse gibt und dass ein Wechselverhältnis zwischen Glaube und kultureller, sprachlicher und politischer Umwelt besteht. Heute vollziehen sich solche Wandlungsprozesse in einer Geschwindigkeit und unter Bedingungen wie nie zuvor. Fortschritte und Katastrophen des 20. Jh. stellen uns vor die Frage, mit welchen Überzeugungen, Maßstäben und Lebensformen wir die Krisen meistern und die Zukunft verantwortlich gestalten können. Deswegen befinden sich gegenwärtig auch alle Kirchen (Religionen) in einer Krisen- und Umbruchsphase, deren Ausgang offen ist. Wir beobachten Verunsicherung, Austausch von Ideen und religiösem Verhalten, Kontroversen und Experimente und die Bildung neuer Glaubensgemeinschaften. Ich bin kein Vertreter der Meinungen, die behaupten, Kirche sei am Ende. Aber ich denke, dass sich vieles noch aus herkömmlichen Bindungen lösen wird und wieder neue Glaubensgemeinschaften hervorbringt.

Genau da liegt auch unsere Aufgabe: sensibel dafür zu sein, wo Menschen Orientierung suchen. Ihnen durch unser Leben, Möglichkeiten aufzuzeigen. □

DAS INTERVIEW

Das Christentum ist Fundament und Ausgangspunkt



Fragen an OGeFr Nicolaus Prinz zu Sayn Wittgenstein,
Grundwehrdienstleistender und jüngster Teilnehmer bei der ZV

Unter den uniformierten Delegierten der ZV fällt besonders auf, wer ein besonderes Unterscheidungsmerkmal aufweist, so der Militärbischof oder ein anwesender General. Doch wenn unter den Delegierten einer besonders jung ist und zur Gruppe der Mannschaften gehört, kann er sicher sein, dass er besonders wohlwollende Beachtung findet. So findet es die Redaktion des AUFTRAGs richtig, nicht nur „die da oben“ mit wichtigen Äußerungen zu Wort kommen zu lassen, sondern auch der Jugend und dem Newcomer im Kreis der Erfahrenen zuzuhören. Dies trifft sich in diesem AUFTRAG besonders glücklich, weil an anderer Stelle (S. 79) der Jugendbischof der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Franz-Josef Bode von Osnabrück, zu Wort kommt.

hatte auch der Standort etwas damit zu tun. Maßgeblicher sind aber die Begegnungen, Sichtweisen und Erfahrungen gewesen, die diese Zeit sinnvoll gemacht haben.

Wie und zu welchen Gelegenheiten haben Sie in Ihrer Dienstzeit die Militärseelsorge erlebt?

Die Militärseelsorge war sehr aktiv. Sowohl die Gottesdienste als auch gemeinsame Ausflüge waren Ereignisse, an denen ich gerne teilnahm.

Sie sind in der ZV der einzige Grundwehrdienstleistende und Mannschaftsdienstgrad. Wie kommen Sie als Delegierter in die ZV?

Auf die ZV wurde ich durch den dortigen Pfarrhelfer Toni Herber aufmerksam gemacht. Ich interessierte mich sofort für eine Teilnahme.

Sie waren erstmals bei der ZV, wie haben Sie sich gefühlt, was ist Ihnen aufgefallen, hatten Sie die Möglichkeit sich einzubringen?

Ich war sehr beeindruckt von der ZV, da von verantwortungsbewussten Delegierten wichtige Themen besprochen und bewegt wurden. In dieser Woche gab es viele Gelegenheiten zum Austausch von Meinungen, an denen sich alle beteiligten. Dies förderte nicht nur die eigene Integration als Gesprächspartner, sondern auch das gegenseitige Kennenlernen. Für die Zukunft ist es sicherlich notwendig mehr Wehrpflichtige für die ZV zu begeistern und einzubinden.

Ihre Dienstzeit geht in wenigen Ta-

gen zu Ende. Was haben Sie als Nächstes vor?

Anfang Mai werde ich für ein Jahr an die Katholische Universität in Lublin/Polen gehen um dort die Sprache und Kultur unseres „neuen Nachbarn“ kennen zu lernen.

Was gibt Ihnen der christliche Glaube?

Das kann man nicht in Kürze beantworten. Ein wichtiger Punkt ist, dass er mir Halt und den roten Faden für mein Leben gibt.

Wie stehen Sie zur katholischen Kirche. Sind die Themen, die innerhalb und außerhalb der Kirche diskutiert werden - Zölibat, Primat des Papstes, Sexualität, Beratungssystem, Priestertum der Frau u.a. - auch für Sie wichtig oder welche Schwerpunkte würden Sie gern setzen; wo sehen Sie Defizite?

Die meisten dieser Themen sind nach meiner Meinung zu sehr an die heutige Generation gebunden. Es sind nicht unbedeutende Fragen, doch werden sie zu hoch gespielt. Die eigentliche Wahrheit und Weisheiten des Christentums bleiben auf der Strecke und werden von uns aus den Augen verloren.

Was möchten Sie den Lesern noch mitteilen?

Wir alle sind gefordert uns für Europa zu engagieren. Die christliche Grundhaltung muss dabei das Fundament und der Ausgangspunkt sein, denn nur das Christentum kann Menschen mit verschiedener Geschichte einen. (PS)

AUFTRAG: Zum Einstieg: Wer sind Sie, wo kommen Sie her, was hat Sie bisher geprägt?

Nicolaus Prinz zu Sayn Wittgenstein: Geboren 1975, wuchs ich als zweiter Sohn von sieben Kindern in Odenthal bei Bergisch-Gladbach auf. Prägend war für mich das Elternhaus, besonders das Leben in der großen Familie. Zur Schule ging ich auf das Alloysiuskoleg in Bonn, die ich mit dem Abitur abschloss. Im Anschluss begann sofort der Wehrdienst. Ich hatte das große Glück nach der Grundausbildung als Stabsoldat in Decimomannu/Sardinien eingesetzt zu werden.

Warum erfüllen Sie ihre Wehrpflicht und haben nicht vom Recht der KDV Gebrauch gemacht?

Ein KDV-Antrag kam bei mir nicht im Entferntesten in den Sinn. Meine Motivation den Wehrdienst zu leisten war die Überzeugung, dass Frieden, Freiheit und Demokratie in Zukunft nur dann gesichert werden können, wenn wir bereit sind dies auch mit der Waffe zu verteidigen.

Haben Sie den Wehrdienst eher positiv oder als verlorene Zeit erlebt?

Ich kann nur positives über meine Dienstzeit berichten. Natürlich

Begegnungen mit moderner Malerei in den Werken von Roland Peter Litzenburger (1917–1987)



Norbert Lepping

I. Bilder sind Netze

„Ein Weg zur Wirklichkeit geht über Bilder. Ich glaube nicht, dass es einen besseren Weg gibt. Man hält sich an das, was sich nicht verändert, und schöpft damit das immer Veränderliche aus. Bilder sind Netze, was auf ihnen erscheint, ist der haltbare Fang.“

Manches entschlüpft und manches verfault, doch man versucht es wieder, man trägt die Netze mit sich herum, wirft sie aus und sie stärken sich an ihren Fängen.

Es ist aber wichtig, dass diese Bilder auch außerhalb vom Menschen bestehen, in ihm sind selbst sie der Veränderlichkeit unterworfen. Es muss einen Ort geben, wo er sie unberührt finden kann, nicht er allein, einen Ort, wo jeder, der unsicher wird, sie findet. Wenn er das Abschlüssige seiner Erfahrung fühlt, wendet er sich an ein Bild. Da hält die Erfahrung still, da sieht er ihr ins Gesicht. Da beruhigt er sich an der Kenntnis der Wirklichkeit, die seine eigene ist obwohl sie ihm hier vorgebildet wurde.

Scheinbar wäre sie auch ohne ihn da, doch dieser Anschein trägt. Das Bild braucht seine Erfahrung, um zu erwachen. So erklärt es sich, dass Bilder während Generationen schlummern, weil keiner sie mit der Erfahrung ansehen kann, die sie weckt.

Stark fühlt sich, wer die Bilder findet, die seine Erfahrung braucht.“

(Elias Canetti, Die Fackel im Ohr. München 1980)

Unser Verhältnis zum Bild stellt sich heute weitgehend ambivalent dar: Wir erleben das Phänomen der **Mediengesellschaft**, die uns mit Bildern jeglicher Art überschwemmt und der es gelingt, mit ihren Medien optisch perfekte Scheinwelten aufzubauen, Erfahrungen anzubieten, die kein Mensch in seinem realen Alltag wieder findet.

Die Bilder der Kunst versuchen etwas anderes: Sie eröffnen einen Raum der **Begegnung!** In der Kommunikation mit dem Bild kann sich eine gleichsam partnerschaftliche Beziehung zwischen Bild und Betrachtendem einstellen. Das Bild kann auf besondere Weise eine Erfahrung und Weltdeutung verdichten, und prophetisch-kritische Sprengkraft entwickeln, wenn der Betrachter sich selbst und seine Lebens-Erfahrung mit ins Bild setzt. Provokativ ist ein Bild immer dann, wenn es den Betrachter „herausruft“ aus

seinem Trott und ihn konfrontiert mit dem je Größeren, Unbekannten, Erhofften in ihm selbst, das er beim Betrachten des Bildes entdeckt! Die Theologie nennt diesen Vorgang des Sich-Überschreitens „Transzendenz“.

Eine Stärke der Kunst ist es, den Finger auf die Wunden des Gegenwärtigen zu legen, Fragen und Wünsche, auch Sehnsüchte (oder gerade) aufzudecken. Ein solcher Anstoß kann sogar ein erster Schritt in einem Heilungsprozess sein für denjenigen, der sich der Provokation stellt.

Ein Bild (oder Kunst überhaupt) ist immer dann „gut“, wenn es Gesprächsräume eröffnet, wenn es dialogisch ist und Sehweisen erweitert, statt zu verengen. Wenn es „Erlebnisse“ verdichtet in eine „Erfahrung“, die sich – bildgeworden – auch anderen Menschen mitteilt.

Canetti sagt über die Kunst und den Menschen:

„Wenn er das Abschlüssige seiner Erfahrung fühlt, wendet er sich an ein Bild.“

II. Was ist überhaupt „Erfahrung“

Doch was ist überhaupt „Erfahrung“, und dann „künstlerische“ oder „ästhetische“ Erfahrung?

„Im Verständnis der modernen Wissenschaften ist Erfahrung die empirische Erforschung von Gegebenheiten und Prozessen, die nach exakten Regeln erklärt werden können.“

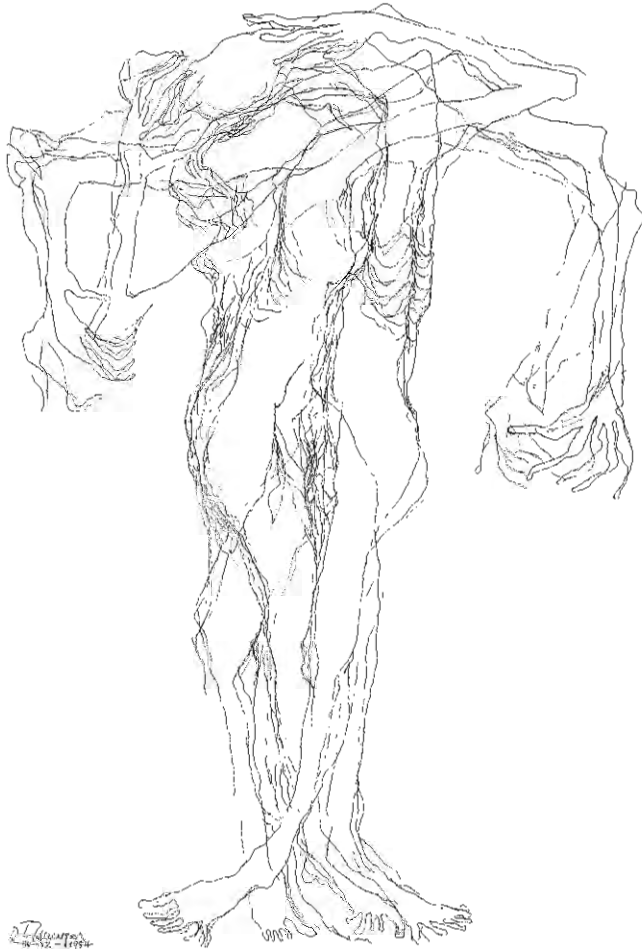
Auf dieser Ebene liegen die meisten der lebenspraktisch relevanten Erfahrungen: Wir machen Erfahrungen, indem wir uns auf bereits stattfindende Verständigungsprozesse einlassen; wir erweitern unseren Horizont, indem wir irritierende Phänomene mit bisherigen Einsichten vergleichen und dabei unsere kognitiven und emotionalen Gewohnheiten verändern.

Erfahrungen verfestigen sich zu einem Lebenswissen, das Sicherheit und Orientierung gibt, das aber auch die Offenheit bewahrt für neue, plötzliche Eindrücke, für Fremdes, Bedrohliches und Beglückendes.

Diese **Einübung einer offenen und kreativen Wahrnehmungsbereitschaft** ist das Ziel aller großen spirituellen Traditionen und aller Kunstschaffenden.

Ästhetische Erfahrung im Sinne von „Wahrnehmung von Kunst“ ist innerhalb der Vielfalt moderner Erfahrungsarten jener Wahrnehmungsmodus, der das Subjekt in eine Zuschauerrolle versetzt und ihm aus dieser Distanz eine Fülle neuer Eindrücke ermöglicht: den Genuss der Schönheit eines Werkes, den Abstand vom Alltag, die Entdeckung anderer Welten, aber auch die Identifikation mit Figuren eines Romans oder eines Films.

Der Betrachter kann diese Erfahrung aus dem sicheren Abstand des Betrachtens machen oder in eine imaginierte Welt eintauchen. Es ist diese Ambivalenz



1. Menschenbaum

Kugelschreiber 16.2.1984

Natur: Werden, wachsen, blühen, reifen
 Baum als Symbol für Tod und Leben
 Menschenbaum = Stammbaum
 Baum als Assoziation zum Kreuz
 Kreuz als Zeichen für Ende und Wandlung
 Schicksal von Mensch und Baum in einem Bild
 Begegnung
 Ein Menschenpaar umschlungen in Liebe
 Einheit zwischen Mann und Frau, Mensch und Natur
 Liebe des Menschenpaares als Symbol für Schöpfung

III. Roland Peter Litzenburger: Bilder sind Spiegel

„Eine Antwort des Malers auf die berühmte, obligate Frage „was hat sich der Maler dabei gedacht“, kann das Sehen, die Geduld des Betrachters im Umgang mit dem Bild nicht ersetzen. Allein wichtig ist, was dem Betrachter durch das Bild geschieht. Ein Bild ist selbst Interpretation seines Inhalts, eben in Formen, Farben und Komposition.“

Was sind Bilder? Bilder sind Spiegel. Spiegel, wie die spiegelglatte Fläche eines Teiches über seinem Grund, eines Sees über seinen Untiefen, einer Lache in ihrer Verletzlichkeit. Sie sind auch Spiegel des Betrachters – wie das Spieglein, Spieglein an der Wand.

[...]

Bild ist ein Prozess, eine Geschichte von, aus und mit dem Leben; mit meinem Erleben. Somit ist Bild das, was sich verändert, sich wandelt, sich entwickelt und worin ich mich entfalten und ergehen kann.

Alles Leben, die ganze Schöpfung ist Bild. Aber wo bleibt sie, wenn wir sie nicht betrachten, nicht anschauen? Wer, und auf welche Weise sind wir, wenn uns niemand ansieht, hört und fühlt? Wer bin ich, wenn mich keiner wahrnimmt? Wenn keiner mit mir redet und mit mir schweigt? Was ist ein Bild von Rembrandt oder van Gogh, wenn es im Banktresor eingeschlossen ist – oder auch „nur“ auf einem Speicher steht? Es ist nicht. Niemand erlebt es, niemand liebt oder hasst es, mag es oder lehnt es ab. Es ist tot. Aber irgendeiner wähnt es zu besitzen.

Wenn die Bibel im Alten Testament in der Genesis, in der Entstehungsgeschichte davon spricht, dass „Gott den Menschen schuf nach seinem Bild“, so verstehe ich das auch als Spiegelbild. Anders gesagt: als Dialog. Dem entspricht gleichnishaft: Er erschuf ihn als einen Mann und eine Frau. Also wieder Dialog. Das Gespräch zwischen Gott und Mensch ist ein Prozess, die Weggeschichte und Entfaltung von Frau und Mann; von Menschen mit Menschen.

[...]

der ästhetischen Erfahrung, die dem Umgang mit Kunst seine angebliche Harmlosigkeit nimmt.

Kunstgenuss kann als einsamer Rausch erfolgen oder als Austausch über gemeinsame Seh-, Hör- und Leseerfahrungen.

Kunstbegeisterung führt in die Isolation oder in intensive Kommunikation.

Kunst kann bestehende Verhältnisse glorifizieren oder Menschen in Aufruhr bringen.

Künstlerinnen und Künstler produzieren eine (schöne) Scheinwelt aus dem Repertoire persönlicher Vorstellungen und lebensweltlicher Gegebenheiten und arrangieren diese so, dass sich neue Perspektiven erschließen, ohne damit die spezifischen Leistungen anderer Erkenntnis- und Urteilsformen abzulösen.

Ästhetische Erfahrung vermittelt keinen Zugang zu einer höheren Wahrheit; sie ist ein spielerisches Experiment mit Möglichkeiten – nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

(Walter Lesch, Theologie und ästhetische Erfahrung)

„Ich benötige keinen Grabstein, aber wenn ihr einen für mich benötigt, wünschte ich, es stünde darauf: Er hat Vorschläge gemacht. Wir haben sie angenommen.“

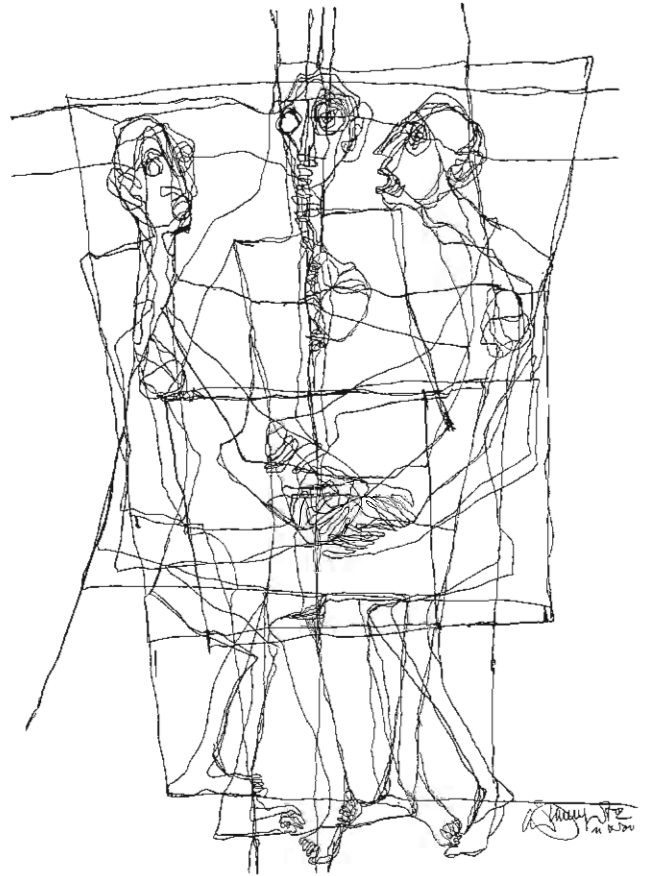
Durch eine solche Inschrift wären wir alle geehrt.“ (Bert Brecht)

Bilder sind wie Propheten, die gegen die Trägheit aufstehen und uns wachrütteln wollen!

2. Emmaus

Feder 1972

eingerahmte Personen, Gemeinschaft
Ermöglichung der Kommunikation
Tisch und Kreuz, Brotbrechen
Kreuz nur angedeutet in Linien
Tod und Auferstehung, Erfahrung der Jünger
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
Sehnsucht nach harmonischer Partnerschaft
intensives Einssein, menschliche Dreifaltigkeit
göttlich-menschliche Einheit als Zielvorstellung
Beispiel: Kunst kann simultan mehrere Geschichten erzählen



Bild, das ist auch Anruf, gleichzeitig zugleich mehrfach, vielschichtig; möglichst offen und verborgen zugleich.

So ist Bild-Kunst das, was Zukunft anbietet und erwirbt. Kunst ist ganz Gegenwart, Augenblick – je umfassender, desto mehr. Kunst, das ist die Kunst zu leben im Angebot des anderen – für das Angebot an den anderen. Kunst ist deshalb nicht einfach nur schön im Sinn von ästhetischem Genuss – sondern gut im Sinne konstruktiver Lebensqualität. Sie muss auch wahrnehmen, was wir hässlich nennen und darf das Unfassliche, das Absurde, nicht leugnen. Sie kann nicht jenseits von gut und böse, von Tod und Krankheit „schön“ sein. Das Leben selbst, das ist in all seinem Gelingen und Misslingen die Sache, in der sich dramatische und völlig undramatische Verdichtungen ergeben.“

Kunst ist Verdichtung.

IV. Wer ist Roland Peter Litzemberger?

Roland Peter Litzemberger ist am 31. Oktober 1917 in Ludwigshafen am Rhein geboren. 1935 musste er aus gesundheitlichen Gründen seine Gymnasialbildung unterbrechen. 1936 begann er mit Modellieren und Zeichnen in einer Mannheimer Abendschule. In Oberbayern fand er bessere Lebensbedingungen. Die Oberammergauer Fachschule für Bildhauer und das Haus von Anton Lang brachten ihm eine andere Bilderwelt, die in der Geschichte des Christentums tief verwurzelt ist. 1939 wurde er zum Kriegsdienst berufen, zu Architekturstudien beurlaubt, zu Praktika für Denkmalspflege ins Elsaß gesandt. Sein Erfahrungshorizont und seine Sehfähigkeit für das Konstruktive und das Zerstörerische menschlichen Lebens wuchsen. Freiburg ist der Ort, an dem er sich nach seinem Examen für Kunstgeschichte in Stuttgart in den Jahren 1951/52 für Kunstgeschichte und Germanistik immatrikulierte.

Das Europa zwischen 1914 und 1945, die Situation zwischen christlichem Elternhaus und aggressivem Nationalsozialismus, zwischen dem zerstörten Ludwigshafen und der Oberammergauer Passion, zwischen Anton Bruckner und Paul Klee: Das waren Herausforderungen, die seine Zeit, seine Gesellschaft, seine Kirche ihm anboten. Litzemberger hat sie angenommen und beantwortet.

Ich möchte das an einigen Bildern aufzeigen

V. Bilder

1. Menschenbaum
2. Emmaus

Schluss

„Ein Bild ist alles Leben überhaupt. Es ist nie vollkommen.“

Entscheidend ist, dass es lebendig bleibt in des Schöpfers unendlicher Phantasie und dass wir es leben lassen.

Das Bild wird nur vollkommen in dem, der es liebt.“

(Roland Peter Litzemberger, 1978)

NACHBARSCHAFTSHILFE 1996/97

Ein Zuhause für gefährdete Jugendliche

Peter Weber/Walter Hütten

Solidaraktion „Nachbarschaftshilfe“ der katholischen Soldaten

Im Jahre 1990, kurz nach dem Fall der Mauer, beschlossen die in Räten und GKS organisierten katholischen Soldaten bei der 30. Woche der Begegnung in Bad Segeberg, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Aufbau der bis dahin kommunistisch regierten Ländern zu beteiligen. Dies auch als Dank dafür, dass sie als Soldaten nicht für die Beseitigung der trennenden Mauer mit militärischen Mitteln beitragen mussten.

Folgende Projekte wurden bisher unterstützt:

- 1990/91 Erweiterung des Mutterhauses schlesischer Schwestern in Trebnitz b. Breslau.
- 1991/92 Aufbau eines Kindergartens für Behinderte in Klausenburg/Rumänien.
- 1992/93 „Soldaten lindern Kriegsleiden“ in Zusammenarbeit mit der Caritas in Kroatien
- 1993/94 „Heimkehr in Würde“ Hilfsmaßnahmen für erkrankte Kinder von Soldaten der sowjetischen Westtruppen.
- 1994-97 „Ein Zuhause für gefährdete Jugendliche“, Renovierung eines Wohn- und Ausbildungszentrums in Nitra/Slowakei.

Seit 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken das Hilfswerk RENOVABIS (*renovabis*, lat. = *du sollst erneuern*) ins Leben gerufen wurde, arbeitet der Vorstand der ZV als Träger der Nachbarschaftshilfe eng mit diesem zusammen. Es werden insbesondere die Kontakte des Hilfswerkes und seine Organisationsmitteln genutzt. Damit wird gewährleistet, dass nur lohnende Objekte und wirklich Hilfsbedürftige unterstützt werden.

Es sind keine Millionenbeträge, die in der „Kirche unter Soldaten“ gesammelt werden. Soldaten beteiligen sich ja auch in den Orts-

kirchen an den Sammelaktionen und tragen damit zu deren großen Spendenaufkommen bei. Trotzdem wollen wir als Teilkirche Zeichen setzen bei den Solidarmaßnahmen.

Projekt Nitra/Slowakei

Seit nunmehr drei Jahren haben die katholischen Soldaten der Deutschen Bundeswehr mit ihrer Aktion Nachbarschaftshilfe die christliche Kommunität „Königin des Friedens“ in Nitra /Slowakei beim Aufbau eines Wohn- und Lebensheimes für junge Männer unterstützt.

Als die Kommunität vor dreieinhalb Jahren damit begann ein Heim für junge Männer ohne Familie, bzw. aus zerrütteten Familien einzurichten, stand sie quasi vor dem Nichts. Lediglich ein altes, zerfallenes, ehemaliges bischöfliches Kastell und etwas Land konnte von der zuständigen Diözese zur Verfügung gestellt werden. Um das Gebäude bewohnbar zu machen und die Felder bewirtschaften zu können, war ein finanzieller Anschlag notwendig.

Die Zentrale Versammlung beschloss 1994 in Stapelfeld, mit Unterstützung durch die Solidaraktion RENOVABIS der Kommunität beim Aufbau der Landwirtschaft behilflich zu sein und somit dem Projekt eine wirtschaftliche Grundlage zu verschaffen.

Die Bilanz kann sich sehen lassen: Dank einer breiten Unterstützung aus den Seelsorgebezirken, Arbeitskonferenzen und aus GKS-Kreisen konnte den Projektpartnern innerhalb von drei Jahren ein Betrag von 85.700 Mark zur Verfügung gestellt werden. Mit dieser Spenden konnten notwendige Geräte und Maschinen angeschafft werden.

Die wichtigsten waren

- ein Arbeitsgerät für Gartenbau,
- ein Großtraktor,
- mehrere Gewächshäuser,

- eine Sämaschine,
- erforderliches Saatgut.

Allein im letzten Jahr konnten 80 t Getreide, 40 t Erbsen und 10 t Kastanien ernten. Heute kann man davon ausgehen, dass die Landwirtschaft der Kommunität auf einem tragfähigen wirtschaftlichen Fundament ruht und sich das Gesamtprojekt dank der Anfangsunterstützung nun selbst tragen kann.

Entsprechend dem Grundsatz der Nachbarschaftshilfe der ZV, Projekte nur zeitlich befristet zu unterstützen, kann damit die Aktion „Ein Zuhause für gefährdete Jugendliche in Nitra/Slowenien“ beendet werden.

Projekt Burgas/Bulgarien 1997/98

Der Vorstand schlägt der Zentralen Versammlung zunächst für den Jahreszeitraum 1997/98 als neue Maßnahme der Nachbarschaftshilfe katholischer Soldaten der Bundeswehr das Projekt

„Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“

vor. Auch dieses soll gemeinsam mit der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa RENOVABIS angepackt werden.

Zunächst eine kurze Information zur allgemeinen Situation in der Republik Bulgarien:

Fläche: 110.994 km² (Weltrang 102.)

Einwohner (1994): 8,818 Mio.

= 79 je km², davon

85,5% Bulgaren, 9,7% Türken,
3,4% Roma, 1,1% Sonstige
(Russen, Armenier, Walachen,
Griechen, Juden)

Hauptstadt: Sofia 1,2 Mio. Einw.

Größte Städte: Plovdiv 341.000

Varna 308.000

Burgas 200.000

Ruse 170.000

Städt. Bevölkerung 70 %,

damit ist Bulgarien das am stärksten urbanisierte Land in Südosteuropa.



Religion: mehrheitl. bulg.-ortho-doxe Christen, 15% Muslime (Türken, Pomaken = bulgarischspr. Muslime, Roma), Minderheit von Katholiken, Protestanten und Juden. Es gibt ca. 90.000 kath. Christen in zwei Diözesen (Plovdiv, Ruse).

Bulgarien steht am Beginn der Demokratisierung. Die Bevölkerung möchte ihr am Boden liegendes Land aufbauen, damit es als gleichberechtigtes Land in der Völkergemeinschaft akzeptiert wird.

Im Sog des Umbruchs in fast allen osteuropäischen Ländern fand auch in Bulgarien 1990/91 die politische Wende und Lösung vom Kommunismus statt. Die 1991 erste demokratisch gewählte Regierung blieb mit ihren Reformversuchen in den alten Strukturen hängen. Für das nachfolgende Durcheinander in Politik und Wirtschaft verantwortlich gemacht, verlor sie im Herbst 1994 die Wahlen an die Sozialisten. Diese waren zu durchgreifenden Reformen unfähig und Bulgarien schlitterte in eine katastrophale Wirtschaftskrise, die es zum Armenhaus Europas machte. Brot und Benzin wurden knapp. Das Gesundheits- und Sozialwesen steht vor dem Zusammenbruch. Die Hyperinflation (allein im Jan./Feb 1997 über 400%) ließ das Land verarmen.

Die einfachsten Dinge des täglichen Lebens sind unerschwinglich geworden. Besonders Alte und Kranke haben unter der Not zu leiden. Zahlreiche Kinder sind aus den verschiedensten Gründen gezwungen, auf der Straße zu leben. Diese Kinder sind in aller Regel dem Abdriften ins soziale Abseits ausgeliefert. Oft ist ihr Lebensweg als gesellschaftlich Ausgegrenzte und Kriminelle vorgezeichnet.

Doch auch in den Kinderheimen des Landes herrscht große Not. Es fehlen die Mittel für elementarste Dinge wie Heizung, Medikamente und Lebensmittel.

Um einigen Straßenkindern wenigstens die Hoffnung auf ein Leben in der Gesellschaft zu geben, wurde im November 1995 von der örtlichen Caritas das „Haus Roncalli“ in Burgas, einer Hafenstadt an der Schwarzmeerküste,



gegründet. Das Haus bietet Wohnraum für 20 Kinder. Es kommen jedoch weit mehr Kinder von der Straße, um hier zu essen und weitere Hilfe zu erfahren.

Den Kindern, die fest im Haus wohnen wollen, bietet es Unterkunft, Nahrung und eine umfassende psycho-soziale Betreuung. Eine Pädagogin wurde im Juni letzten Jahres eingestellt, die gemeinsam mit der Caritas Burgas das Haus führt.

Das „Haus Roncalli“ hat sich unter dem Schutz des Papstes Johannes XXIII. gestellt, der unter seinem bürgerliche Namen Guiseppe Roncalli Nuntius in Bulgarien war. Der Ansatz des Projektes ist gut durchdacht. Es bietet der Zielgruppe eine Chance auf Integration in die Gesellschaft. RENOVABIS veranschlagt zur Anschubfinanzierung einen Gesamtbetrag von ca. 75.000 Mark, der sich auf drei Jahre verteilen kann.

Unter dem Motto „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ führt die Zentrale Versammlung die Nachbarschaftshilfe zunächst im Jahr 1997/98 fort, um das „Haus Roncalli“ in Burgas/Bulgarien zu unterstützen. Dazu bittet die Zentrale Versammlung alle Seelsorgebezirke, Arbeitskonferenzen der Wehrbereichsdekane und die GKS-Kreise, sich für das Projekt einzusetzen. Wer für Kinder investiert, setzt sich für die Zukunft und für Menschlichkeit ein. Helfen Sie mit, eine Brücke der Freundschaft und Liebe nach Osteuropa zu bauen.

Die Delegierten der ZV haben dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig zugestimmt. Der Militärbischof hat das Projekt gebilligt. Auch die GKS hat bei ihrer Bundeskonferenz dem Projekt ihre Unterstützung zugesagt. □

Begegnung von Militärbischof Dyba mit engagierten Laien

Dank für den herzlichen Empfang und Dank für die ehrenamtliche Laienarbeit, die mit Opferbereitschaft und mit viel Einsatz an Zeit und Herz verbunden sei, sprach der Katholische Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, Bischof von Fulda, den Delegierten der Zentralen Versammlung und der Gemeinschaft der Katholischen Soldaten aus.

Anlass war die 37. Woche der Begegnung, die Hauptveranstaltung der katholischen Militärseelsorge für das organisierte Laienapostolat unter den Soldaten, die vom 21. bis 26. April in Mülheim/Ruhr in der katholischen Akademie „Wolfsburg“ stattfand.

Militärbischof Dyba hatte am Mittwochnachmittag Gelegenheit zur Aussprache mit den gewählten Vertretern aus den Pfarrgemeinderäten bei den Katholischen Standortpfarrern und den Arbeitskonferenzen bei den Wehrbereichsdekanen sowie der GKS. Nach dem jeweils klaren und straffen Bericht der beiden Vorsitzenden, Oberst i.G. Werner Bös (ZV) und Oberst-

leutnant Karl-Jürgen Klein (Bundesvorsitzender der GKS), bestätigte Erzbischof Dyba den wieder gewählten, bewährten Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs, Oberst i.G. Werner Bös, und beglückwünschte zugleich den neugewählten Vorstand der ZV. Unter den acht Vorstandsmitgliedern ist Brigitte Mathias aus dem Wehrbereich II die einzige Frau. Zum ersten Mal wurde auch ein Delegierter, Oberst Volker Böhler, aus dem Wehrbereich VII/VIII in den neuen Bundesländern gewählt.

Bestätigt wurden von Erzbischof Dyba auch das Projekt der Zentralen Versammlung: „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“, das in Absprache und mit Unterstützung der Solidaraktion RENOVABIS durchgeführt werden soll, und die Mandatsverlängerung der Pfarrgemeinderäte auf weitere zwei Jahre. Anlass für die Verschiebung der Wahlen war die mangelnde Akzeptanz einer im Entwurf entwickelten „Neuordnung“ für Pfarrgemeinderäte. Für die unterschiedlichen kirchlichen Strukturen in den Wehrbereichen müsse nach Aussage des Vorsitzenden Werner Bös ein radikal neuer Ansatz in der Gestaltung einer Ordnung gefunden werden. Der Vorstand der ZV wird mit den verschiedenen Gremien innerhalb der

Militärseelsorge (Priesterrat, Dekanekonferenz etc.) eine Neuordnung konzipieren, deren Profil der religiös-ethischen Mitverantwortung gerecht wird. Auch das Anliegen von Soldatenfrauen, ein Seelsorgekonzept für Familien als unabdingbarer Bestandteil der Militärseelsorge zu entwickeln, wurde in der Zentralen Versammlung dahingehend verabschiedet, dass der Vorstand sich angemessen für die Belange der Familien in einem vorgesehenen neuen Pastoralkonzept einsetzen wird.

Abschied nahm Stabsfeldwebel Walter Hütten als Stellvertreter der Bundesvorsitzender der GKS und als Vorstandsmitglied der ZV. Nach 22 Jahren scheidet er aus der aktiven Laienarbeit der Militärseelsorge aus.

Militärbischof Dyba wies die Teilnehmer der Woche der Begegnung auf zwei Veranstaltungen hin, die ihm sehr am Herzen liegen. Das ist zu einem der Weltjugendtag in Paris mit Papst Johannes Paul II., zu dem er junge Leute aus der Militärseelsorge und der Bundeswehr einlud, und zum anderen die Weltfamilienkonferenz in Rio de Janeiro, an der zumindest eine Familie aus dem Bereich der ZV oder GKS teilnehmen kann.

Der geistliche Höhepunkt der Woche der Begegnung war ein Pontifikalamt, das Erzbischof Dyba mit allen Anwesenden in der Kapelle der Katholischen Akademie feierte. Ein Empfang, zu dem auch zahlreiche Vertreter der Öffentlichkeit eingeladen waren, schloss sich dem an. M. Beyel, KMBA



Für seine Verdienste und sein unermüdliches Engagement im Laienapostolat der „Kirche unter Soldaten“ überreichte der Militärbischof, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, Walter Hütten als Geschenk die älteste Faksimileausgabe des deutschen Soldatengebetbuches des Martin von Cochem. (Foto: F. Brockmeier)

Wie ein Delegierter die ZV sieht

Nun ist schon das dritte Mal, dass ich an der Zentralen Versammlung (ZV) teilgenommen habe. Ich weiß es noch genau, beim ersten Mal habe ich mich gefragt, was denn die ZV eigentlich sei. „Das ist das oberste Laiengremium der kath. Soldaten der Bundeswehr“, erklärte mir damals ein älterer Kamerad, der schon öfter daran teilgenommen hatte. „Oberstes Laiengremium“, habe ich gedacht, kannst du da überhaupt mitreden? Ich war gerade vor einem Jahr zur katholischen Kirche übergetreten, und wurde, über meinen Pfarrgemeinderat beim Kath. Standortpfarrer dorthin entsandt. Und es war gut. Es war auch spannend. Und genau so war es dieses Mal.

Die ZV ist das beratende Laiengremium für den Militärbischof, der in der Kath. Militärseelsorge den Ton angibt. Das er dieses nicht vorbei an den Soldaten tut, dafür tagt einmal im Jahr die ZV, zu der Soldaten aller Dienstgrade, aus allen Gebieten der Bundesrepublik und allen Teilstreitkräfte anreisen, um ihre Erfahrungen aus der Kirche unter Soldaten vor Ort in die Arbeit einzubringen. Sogar aus Auslandsstandorten kommen Soldaten. Auch Militärgeistliche aus den Seelsorgebezirken und dem Militärbischofsamt sind anwesend. Dessen Leiter ist der Militärgeneralvikar, der als Gastgeber zur ZV einlädt.

In diesem Jahr stand die ZV unter

dem Motto: „Wahrnehmen, Austauschen, Umsetzen – Mittendrin Nachfolge leben“. Das heißt, dass man sich Gedanken darüber gemacht hat, wie Militärseelsorge für die Soldaten und deren Familien denn heute aussehen kann. Man kam zu dem Ergebnis, dass es regional ganz unterschiedliche Bedingungen für die Seelsorgearbeit und auch die Laienmitbestimmung gibt. So sind im Osten des Landes kaum Leute zu finden, die sich ehrenamtlich für die Mitarbeit in Militärgemeinden einsetzen. Im Süden hingegen scheint die katholische Welt noch in Ordnung zu sein, während es über den Westen zum Norden hin auch immer dünner wird.

Dabei hat die Militärseelsorge viel zu bieten. Im wesentlichen hilft sie uns Soldaten unseren Wehrdienst ethisch zu begründen. Zudem stehen uns die Seelsorger bei ganz persönlichen Problemen, die auch außerhalb des Dienstes zu finden sein können, mit Rat und Tat zur Seite. Darüberhinaus wird

viel für die Familien getan. So ist in dieser Zentralen Versammlung ganz konkret der Antrag der Laien an die Seelsorger ergangen, in ihren pastoralen Konzeptionen die Familienseelsorge besonders zu berücksichtigen. Außerdem beschloss die ZV, in den kommenden drei Jahren im gesamten Bereich der Bundeswehr für Straßenkinder in Bulgarien Geld zu sammeln, denen damit in der Stadt Burgas ein Zuhause geschaffen werden soll. Ähnliches tun Soldaten im übrigen seit einigen Jahren, zuletzt wurde ein Projekt für gefährdete Jugendliche in Nitra/Slowakei mit rund 85.000 Mark gefördert. Somit helfen Soldaten, und dies wird in einer ZV wie der diesjährigen beschlossen.

Schön wäre es, wenn auch in Zukunft diese Laienarbeit fortgesetzt werden könnte. Dazu braucht es ehrenamtliches Engagement auf allen Ebenen der Militärseelsorge. So kann ich nur auffordern, dabei zu sein und mitzumachen.

Ralf Eisenhardt, Oberfeldwebel

Seelsorger helfen Soldaten vor Einsatz im Krisengebiet

Pfarrer und Betroffene diskutieren in der Wolfsburg

„Vor den und während der Einsätze in Krisengebieten stürmen viele Fragen auf Soldaten ein, die sonst an ihnen vorbeiziehen“, so Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld. Nicht zuletzt deswegen sei Seelsorge für Soldaten ein wichtiges Thema.

In der Wolfsburg diskutieren seit Montag etwa 110 katholische Pfarrer und Soldaten im Rahmen der „37. Woche der Begegnung“ über seelsorgerische Aufgaben. Die Hauptveranstaltung der katholischen Militärseelsorge läuft noch bis zum 26. April. Sie gliedert sich

in die zentrale Versammlung katholischer Soldaten (ZV) und in die Bundeskonferenz der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS).

„Etwa ein Drittel aller Soldaten ist katholisch“, erläuterte Oberst Werner Börs, Vorsitzender der ZV. Es gebe innerhalb der Militärseelsorge etwa 92 Seelsorgebezirke mit mindestens einem Pfarrer. Zwar handle es sich um eine eigene Diözese, doch solle die Militärseelsorge auch Teil der Gesamtkirche sein. „Unser Anliegen ist es, die Bischöfe an die Sorgen der Soldaten da draußen zu erinnern“, erklärte Börs. Man bemühe sich, in jeder Kaserne ei-

nen GKS-Pfarrer zu haben, der den Soldaten vor Ort hilft.

Allerdings habe man die Dienststellen von 138 auf 92 Posten reduzieren müssen, so Nabbefeld. Jeder Soldat habe Anspruch auf eineinhalb Stunden Seelsorge im Monat. Bei der relativ geringen Anzahl an Militärseelsorgern müsse man sich fragen, welche Aktivitäten als erstes anstünden. So lautet das Motto der ZV dieses Jahr „Wahrnehmen, Austauschen, Umsetzen – Mittendrin Nachfolge leben“. Die GKS veranstaltet die Bundeskonferenz unter dem Motto „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg.“ CoB

Und so stand es
in der WAZ vom
13.04.1997



BUNDESKONFERENZ DER GKS 1997

Leitthema: „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“

Jürgen Bringmann/Paul Schulz

Vom 24. – 26. April 1997 fand in der „Wolfsburg“, der katholischen Akademie des Ruhr-Bistums Essen, unter dem Motto „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“, die diesjährige Bundeskonferenz der GKS statt. Neben der Behandlung des Jahresthemas standen die Wahlen des Bundesvorsitzenden, die Besetzung der Leiter der Sachausschüsse und der Funktionen in der Geschäftsführung durch den Bundesvorstand im Mittelpunkt der Konferenz.

AUFTRAG dokumentiert die Konferenz mit ihren Vorträgen und wesentlichen Beratungen. Auch Spiritualität und Bildung haben traditionell ihren festen Platz und werden als wesentliche Teile mit in die Dokumentation aufgenommen. Auftakt der Bundeskonferenz der GKS 1997 noch vor ihrem offiziellen Beginn war die Teilnahme der Delegierten der GKS gemeinsam mit den Teilnehmern an der Zentralen Versammlung am **Pontifikalat und anschließenden Empfang des Katholischen Militärbischofs** am 23. April (s.a. S. 42). Der erste Beratungstag begann, nach der Begrüßung der Gäste durch den Bundesvorsitzenden und den Grußworten, mit dem Lagebericht des Bundesvorsitzenden. Der Nachmittag war dem Jahresthema gewidmet.

Die Bundeskonferenz in der Übersicht

Begrüßung

Der Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, eröffnete am 24. April die Bundeskonferenz und begrüßte den Katholischen Militärgeneralvikar, Prälat Jürgen Nabbefeld, den Geistlichen Beirat der GKS, Prälat Walter Theis, den Vertreter des Priesterrats, MilPfr Hartmut Gremler, als Vertreter der evangelischen Soldaten OTL Reinhard Augenreich, für die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreich Vizeleutnant Erich Hansmann, für die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) den Geschäftsführer, Detlef Warwas, für die aktion kaserne und den BDKJ Josef König, für KOMPASS Heribert Lemberger und Richard Pergler, für RADIO CAMPANILE Willy Trost und den scheidenden Wehrbereichsdekan I, Militärdekan Franz Stenzaly.

Militärgeneralvikar

Militärgeneralvikar (MGV) Prälat Jürgen Nabbefeld dankte für das Engagement in der GKS. Seinem Appell zum Weitermachen fügte er die Mahnung bei, Soldaten der GKS in den neuen Bundesländern sollten nicht auf Tauchstation gehen, sondern im Gegenteil sich zu erkennen geben und besonders dort die Militärseelsorger unterstützen. Prälat Nabbefeld betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesvorsitzenden der GKS und dankte dafür. Er wies

Gliederung

- Die Bundeskonferenz in der Übersicht S. 44
- Bericht des Bundesvorsitzenden S. 47
- Bericht des Geistlichen Beirats S. 51
- Vortrag zum Jahresthema „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“ von Dr. Dirk Ansorge S. 54
- Bericht des Generalsekretärs des Apostolat Militaire International (AMI) S. 62
- Stellungnahme „GKS gegen Verleumdung der Rolle der deutschen kath. Kirche im Zweiten Weltkrieg“ S. 63
- Einführung in das Jahresthema 1998 S. 64
- Glaube und Kunst: Ansprache von Prälat Walter Theis zum Abschluss der Bundeskonferenz S. 65

Begrüßung der Gäste zur Eröffnung der Bundeskonferenz der GKS. Im Bild stehend Vizeleutnant Erich Hansmann, Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreich, rechts davor neben SFw Walter Hütten der Geschäftsführer der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn), Detlef Warwas, rechts hinter ihm der Vertreter der evangelischen Soldaten OTL Reinhard Augenreich und ganz rechts vorn Josef König, Geschäftsführer der Aktion Kaserne und Referent Bw des BDKJ.

(Foto: F. Brockmeier)



auf den Wechsel im Referat IV (Seelsorge) des KMBA hin: Der Referatsleiter MilDekan Dr. Peter Prassl übernahm nach 12 Jahren Zugehörigkeit zur Militärseelsorge bei der Deutschen Bischofskonferenz die Aufgaben des Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge; Nachfolger ist MilDekan Georg Kestl (41), bisher Standortpfarrer Hammelburg (s.a. PERSONALIA S. 73 und 108).

Der MGv ging auf die neu zu erarbeitende Pastoralkonzeption für die „Kirche unter Soldaten“ ein. Er forderte die GKS auf, bis zu vier Vertreter zu benennen, die mit Delegierten aller Bereiche der Militärseelsorge – WB-Dekane, MilPfr, KAS, ZV – daran mitarbeiten sollen. (Die Bundeskonferenz beauftragte später Klein, Brochhagen, Hübsche, Demmel, diese Aufgabe wahrzunehmen.)

Desweiteren erläuterte Prälat Nabbefeld, warum die Häuser der Militärseelsorge geschlossen werden mussten. Nach seinen Worten gebe es in den pastoralen Angeboten deswegen aber keine Einschränkungen.

Er wies auch darauf hin, dass in Personallisten der Bundeswehr die religiöse Zugehörigkeit angegeben werden solle; geschehe dies nicht, werden betreffende Personen als ohne Religion geführt. Von daher äußerte er Zweifel an den statistischen Angaben über kath. – ev. – keine Konfession/Religionszugehörigkeit.

Nach Auffassung des MGv haben die Auslandseinsätze der Bw im Auftrag der VN oder NATO nicht nur friedenssichernden, sondern (speziell durch den persönlichen Einsatz der Soldaten) deutlich friedensfördernden Charakter. Er regt an, dass die (Wehr-)Bereiche „Patenschaften“ zu anderen Ländern (über MilSeelsorge) übernehmen sollten, z.B. WB VI zu Ungarn. Entsprechende Partnerschaftstreffen könnten auch in den Veranstaltungskatalog aufgenommen werden.

Lagebericht des Bundesvorsitzende (siehe Seite 47)

Bericht über die Zentrale Versammlung

Der Vorsitzende der Zentralen Versammlung, Oberst i.G. Werner Bös, berichtete über den Verlauf der Versammlung und unterstrich die gute Zusammenarbeit mit der GKS. Merkpunkte:

- Antrag der ZV: Familienseelsorge soll im Seelsorgekonzept besonders herausgestrichen werden. (Die Bundeskonferenz beschloss, diesen Antrag der ZV zu unterstützen.)
- Neues Partnerschaftsprojekt in Bulgarien wird der GKS zur Teilnahme empfohlen. – StFw Walter

Hütten berichtete an anderer Stelle über das Hilfsprojekt, das über das Hilfswerk RENOVABIS „Ein Zuhause für Straßenkinder in Bulgarien“ bieten will. Die GKS beschloss, sich wie in den Vorjahren am Projekt der ZV zu beteiligen. (Projektbeschreibung s.S. 40 f.)

- Für PGR 2000 gibt es noch kein gebilligtes Konzept. Die PGR-Wahlen werden auf Antrag ZV mit Genehmigung des MilBischofs auf 1999 verschoben. ZV und GKS sind zur Mitwirkung am neuen Seelsorge-/Pastoralkonzept aufgefordert worden (s. dazu auch die Ausführungen von MGv Nabbefeld oben und Berichte auf Seite ...).
- Oberst i.G. Werner Bös wurde als Vorsitzender ZV ohne Gegenstimmen wieder gewählt; neuer Vorstand: Oberst Volker Böhler, Oberstleutnant Paul Brochhagen, Stabsfeldwebel Wolfgang Kober, Frau Brigitte Mathias, Oberstleutnant i.G. Franz Josef Pütz, Oberstleutnant Richard Schmitt, Oberstleutnant Hartmut Steinborn, Hauptfeldwebel Peter Weber.

Bericht des Geistlichen Beirats

Der Geistliche Beirat, Militärdekan Prälat Walter Theis, ergänzte seine Ausführungen im Lagebericht 1997 (s.S. 52). Er wies darauf hin, dass ein Geistlicher Beirat zum Nutzen der Gemeinschaft berufen ist: Als Helfer, aber auch als Mahner, wenn es um das geistig-geistliche Profil der Gemeinschaft gehe. Das Thema „Lern- und Lebensgemeinschaft“ sei mit der Bundeskonferenz 1997 nicht abgeschlossen. Nicht nur das Ziel sei in den Blick zu nehmen, auch der Weg dorthin sei von Bedeutung. Es gelte, nicht das zu tun, „was ankommt, sondern das, worauf es ankommt“. Auf dem Weg zu sein, bringe auch Enttäuschung und Frustration. Auch dies sei als Erfahrung nötig; es präge und fördere die Gemeinschaft wie den Einzelnen, meinte Walter Theis.

Jahresthema der GKS

Den Grundsatzvortrag zum Thema „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“ hielt Dr. Dirk Ansorge, Referent der Kath. Akademie „Wolfburg“ Mülheim (Wortlaut s.S. 54).

In vier Arbeitsgruppen wurde das Thema anhand der vorgestellten Thesen anschließend vertieft.

Sonstige Beiträge

Der Förderkreis GKS (FGKS) hat Verbindung zur Selbsthilfeorganisation „Bruderhilfe/Familienfürsorge“, einem Versicherer im Raum der Kirchen aufgenommen. Ein Vertreter der Bruderhilfe stellte die Organisation vor. Ihre Angebote (Versicherungen aller Art zu günstigen Bedingungen) können durch die Mitglieder des Förderkreises genutzt werden. Repräsentant der Bruderhilfe für den FGKS ist Stabsfeldwebel Johann A. Schacherl. Zu einem späteren Zeitpunkt wird AUFTRAG über die Möglichkeiten und das Angebot der Bruderhilfe berichten.

Der Referent beim Bundesvorstand, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, berichtete über die Seminare dritte Lebensphase, das Seminar für Funktionsträger der GKS, über das vom 03.-07.11.1997 unter dem Thema „Soldat im internationalen Friedensdienst. Sinn – Identität – Ethik“ stattfindende 6. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn, über die internationale Jakobus-Wallfahrt Ende Juni 1997 von Bremen nach Münster und trug als Generalsekretär des AMI über die Lage des Apostolat Militaire International vor (s.S. 62).

Die Bundeskonferenz wurde über eine Stellungnahme „GKS gegen Verleumdung der Rolle der deutschen katholischen Kirche im Zweiten Weltkrieg“ informiert. Diese ist als Reaktion der Gemeinschaft auf eine im April veröffentlichte Erklärung der deutschen Sektion von Pax Christi gedacht (s.S. 63).

Wahlen und Bestellungen zum Bundesvorstand

Als Ergebnis der Wahlen und Berufungen zum Bundesvorstand am 24.04.1997:



Mit stehenden Ovationen bedankt sich die Bundeskonferenz zu Recht bei Stabsfeldwebel Walter Hütten für zwanzigjährige, engagierte und zuverlässige Mitarbeit im Bundesvorstand der GKS. Im Jahr 1977, bei seiner ersten Teilnahme als junger Delegierter an der 17. Woche der Begegnung in Bad Honnef, lernte er noch den ersten Bundessprecher der GKS Oberst Dr. Helmut Korn († 1983) kennen. In Freising 1979, als Georg Heymen († 1991) Bundessprecher/-vorsitzender wurde, wählte der Hauptausschuss (später in Bundeskonferenz umbenannt) Walter Hütten zu dessen Stellvertreter. 18 Jahre hatte er diese wichtige Funktion unter den Bundesvorsitzenden OTL Willy Trost, OTL i.G. Paul Schulz, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, bis zur diesjährigen Bundeskonferenz unter OTL Karl-Jürgen Klein inne. Dem scheidenden Freund ein herzliches Vergelt's Gott und die besten Segenswünsche für die Zukunft. (Foto: F. Brockmeier)

Bundesvorsitzender:	OTL Karl-Jürgen Klein
– Stellv. Bundesvorsitzende:	OTL Paul Brochhagen OSTFw Hans-Jürgen Mathias
– Berufungen:	
Referent beim Bundesvorstand:	Oberst a.D. Jürgen Bringmann
Bundesgeschäftsführer:	Hptm a.D. Günter Hagedorn
Chefredakteur AUFTRAG:	OTL a.D. Paul Schulz
Pressesprecher:	Hptm Stefan Merget
– Berufungen Sachausschüsse:	
„Innere Führung“:	OTL Helmut Jermer
„Sicherheit und Frieden“:	BG Friedhelm Koch
„Internationaler Sachausschuss“:	Oberst i.G. Franz Thiele
„Konzeption und Information“:	Hptm Alfred Warner
– Berufungen Sachverständige:	
„Justitiar“:	Oberst a.D. Günther Reichel
„Verbindung zur KAS“:	Oberst a.D. Hans-Georg Marohl
„Seminare 3. Lebensabschnitt“:	OTL a.D. Heinrich Havermann, Bereich Nord und OTL a.D. Volker Trassl, Süd
„Schatzmeister Förderkreis der GKS“:	StFw Walter Hütten und OSTFw Gerold Rückert.
als Stellvertreter:	

Stabsfeldwebel Walter Hütten, der nicht mehr für die Position des stellv. Bundesvorsitzenden der GKS kandidiert hatte, verabschiedete sich nach 20 Jahren Mitgliedschaft im Bundesvorstand von der Bundeskonferenz. Dennoch wird Walter Hütten der GKS über seine Funktion als Schatzmeister des Förderkreises weiterhin eng verbunden bleiben.

Jahresthema für 1998

Das Jahresthema 1998 wurde in Anlehnung an die Aufgabenstellung in TERTIO MILLENNIO ADVENTE grundsätzlich festgelegt. Nach den Ausführungen des Geistlichen Beirats zum Jahresthema 1998 (s.S.) wurden folgende Themenvorschläge dem Bundesvorstand zur weiteren Erörterung und zur Entscheidung übergeben:

- „In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern“,
- „Als neue Menschen in seinem Geist für eine neue Welt“,
- „Im Geist aus Angst und Enge in neue Weiten“.

In seinem Schlusswort dankte der Bundesvorsitzende allen Teilnehmern – besonders dem Vertreter des Priesterrats, dem Wehrbereich III als „Veranstalter“, den Mitarbeitern des Referats V im KMBA – für die Vorbereitung und für die Mitarbeit während der Bundeskonferenz. Er stellte fest, dass die GKS auf einem guten Weg sei und bat um engagierte Weiterarbeit: Hinausgehen – Berichten – Werben. Er schloss die Bundeskonferenz der GKS 1997 am 26. April 1997 um 10.15 Uhr.

Bericht des Bundesvorsitzenden zur Lage

1. Rückhalt in der Gesellschaft

Das vergangene Jahr war im Wesentlichen innerhalb der Bundeswehr von dem abschließenden Umstrukturierungsprozess bei den Streitkräften und durch die Übernahme neuer Verantwortung durch die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen zur Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) bzw. der NATO geprägt. Diese neuen Aufgabenstellungen durch Teilnahme an IFOR- und SFOR-Einsätzen erforderten von uns Soldaten ein neues Selbstbewusstsein und ein neues Selbstverständnis. Es reicht nicht, dass nur in offiziellen Dokumenten über das Selbstverständnis der Soldaten referiert wird. Gerade im Hinblick auf den täglichen Dienst sowohl hier in der Bundesrepublik als auch in dem Rahmen, der mit den Auslandseinsätzen verbunden ist, geht es im Kern darum, wie Soldaten in den Streitkräften als Personen, als sittlich in die Verpflichtung genommene Menschen, innerlich bestehen können.

Junge Männer und Frauen, die heute in die Bundeswehr eintreten – als Zeitsoldaten, Berufssoldatenanwärter oder auch gerade

als Wehrpflichtige, die schon eine bestimmte Auswahl darstellen – fragen mehr als früher danach, ob nicht nur der Staat, sondern auch die ganze Gesellschaft ihren Auftrag und ihren Dienst mittragen. Wenn auch manche den Prozess als abgeschlossen ansehen möchten, so glaube ich, dass der von interessierten Kreisen der Friedensbewegung angezettelte Streit um den Mörder-Vorwurf (Mörder-Urteil) weitreichendere innere Konsequenzen zur Folge hat, als das in früheren Jahren der Fall war. Soldaten, die sich viel konkreter mit dem Einsatz militärischer Gewalt, mit Töten, Getötetwerden, Geiselnahme und Sterben auseinander setzen müssen, benötigen die Vergewisserung und Erfahrung, dass die Gesellschaft ihren Auftrag und ihren Dienst vorbehaltlos mitträgt.

2. Rückhalt in der GKS und Rückbindung an die Militärseelsorge

So darf die von mir eben geschilderte Entwicklung auch nicht ohne Reaktion und ohne innere Anteilnahme spurlos an unserer Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) vorbeigehen. Hier

sehe ich eine Verpflichtung für alle, die Verantwortung tragen – von der Basis bis hin zur Bundesebene –, unseren Mitgliedern und jenen, die uns nahe stehen oder sich uns verbunden fühlen, Hilfe, Unterstützung und Aufmunterung zu gewähren. Besonders, wenn es um Fragen unseres eigenen Selbstverständnisses als Soldaten, die Übernahme von Verantwortung, das persönliche Gewissen und das sittliche Bewusstsein geht, sind wir aufgerufen, eine angstfreie, von gegenseitigem Vertrauen geprägte Plattform für Diskussionen und Auseinandersetzungen zu schaffen. Ich persönlich sehe die christliche Werteordnung unseres Grundgesetzes, christliche Traditionen und Tugenden in unserer gegenwärtigen Gesellschaft in Gefahr. (Derzeit gehören ca. 38 % aller Soldaten der evangelischen, 32 % der katholischen und 30 % keiner dieser beiden Kirchen an.)

Bei vielen meiner Besuche an der Basis konnte ich mit großer Freude feststellen, dass sich die dort Verantwortlichen genau diesen von mir eben skizzierten und erwähnten Herausforderungen gestellt haben. Diese von mir so häufig erwähnte Basis, die ich aufgrund eigener persönlicher Bindung in besonderer Weise unterstützt wissen möchte, leistet beständig gute Arbeit. Ich freue mich über die Neugründung bzw. Wiederbelebung von Kreisen und, wo dies nicht möglich ist, dass engagierte Mitglieder als Ansprechpartner der GKS in ihren Truppenteilen tätig werden. Wir sind hier auf einem guten und richtigen Weg für unsere gemeinsame Arbeit.

Während meiner persönlichen Teilnahme an der Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten im Kardinal-Schulthe-Haus in Bensberg und der jährlichen Arbeitstagung der Pfarrhel-

Zwei, die sich gut verstehen, wie bei der Bundeskonferenz zu spüren war. MGK Prälat Jürgen Nabbefeld und der Bundesvorsitzende der GKS Karl-Jürgen Klein. (Foto: F. Brockmeier)





Die gewählten Bundesvorsitzenden der GKS mit dem Geistlichen Beirat Prälat Walter Theis vor dem Garteneingang der Jugendstil-Villa „Die Wolfsburg“.

(v.l. OStFw Hans-Jürgen Mathias, OTL Karl-Jürgen Klein, OTL Paul Brochhagen Foto: F. Brockmeier)

fer/innen im Kloster Reute konnte ich über unsere Arbeit im Verband ausführlich berichten und auf unsere Zielsetzungen hinweisen. Dabei konnten viele Missverständnisse im persönlichen, vertrauensvollen Gespräch ausgeräumt werden. Erfreulich waren die Wertschätzung, das gegenseitige Vertrauen und die große Offenheit, die ich persönlich erfahren durfte.

Dankbar möchte ich diese Erfahrungen an Sie alle weitergeben, die mich im vergangenen Jahr so unermüdlich begleitet und unterstützt haben. Ihnen allen gilt für die geleistete Arbeit und Ihre Mühen, die Sie neben ihren dienstlichen Verpflichtungen auf sich genommen haben, Dank und Anerkennung. Mir ist hinreichend bewusst, dass ohne Ihre Arbeit mein Engagement weitgehend leer und wirkungslos wäre; nur gemeinsam lässt sich unser Auftrag erfüllen. So ist es mir ein großes Anliegen, innerhalb unseres Verbandes die Führungsmethode anzuwenden, und zwar auf allen Ebenen, die als Besonderheit deutscher militärischer Führungslehre gilt, das „Führen durch Auftrag“, die so genannte Auftragstaktik. So soll sich bei uns jeder seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend einbringen und verwirklichen können. Die Auftragstaktik ist die Führungsmethode für mitdenkende, innerlich freie und loyale Mitarbeiter. Das Führen durch Auftrag ist anspruchsvoll und braucht Persönlichkeiten, keine Funktionäre. Die Grundidee ist die auf Vertrauen gegründete Delegation von

Aufgaben. Ich denke, diese Forderungen und Grundanliegen können wir für uns alle in Anspruch nehmen. Sie werden uns am ehesten in unserer Arbeit gerecht.

3. Veröffentlichungen aus der GKS

Unser **AUFTRAG** als Presseorgan der Gemeinschaft Katholischer Soldaten erfährt innerhalb und außerhalb unseres Verbandes große Anerkennung und Wertschätzung. Hier handelt es sich um eine katholische Verbandszeitschrift, die ein weites Spektrum zwischen theologischen Grundsatzfragen, Fragen politisch-gesellschaftlicher Relevanz, Fragen des Verbandskatholizismus, spirituellen Themenbereichen bis hin zu Informationen und Aktivitäten aus dem kirchlichen und dem eigenen Bereich abdeckt. Bereits die äußere Aufmachung und das Design sind ansprechend. Hier gilt unser aller Dank unserem Ehrenbundesvorsitzenden und verantwortlichen Redakteur, OTL a.D. Paul Schulz, für sein Engagement und seine fleißige Arbeit, aber auch Ihnen allen, die Sie durch Ihre Beiträge mit zum Gelingen dieser Zeitschrift beitragen.

Leider sind wir aufgrund unseres finanziellen Rahmens gezwungen, uns künftig auf eine Ausgabe pro Quartal zu beschränken, so dass Kritiker eine nur bedingte Aktualität beklagen könnten. Hier hat sich durch mein persönliches Gespräch mit dem Chefredakteur **Kompass**, Herrn Heribert Lemberger, dankenswerter Weise eine praktikable Lösung angeboten. Aktuelle Themen und Informationen werden künftig in einer eigenen Rubrik unter GKS veröffentlicht (GKS-Kolumne). Durch das 14-tägige Erscheinen von **Kompass** ist ein aktueller Bezug gewährleistet. Ungeachtet dieser Maßnahme darf ich Sie alle weiterhin ermuntern, aus Ihren Bereichen und Kreisen sowohl in **Kompass** mit ei-

nem größeren aktuellen Bezug sowie auch im **AUFTRAG**, wenn eine besondere, aber nicht von ihrer Aktualität abhängende Botschaft überzubringen ist, fleißig und ausführlich zu berichten. Auch gerade von solchen Veröffentlichungen lebt unsere GKS und leben wir als Mitglieder, die sich immer wieder an diesen geschriebenen Informationen erfreuen. Wir wollen wissen, was in der GKS geschieht, und dies auch anderen mitteilen.

Gerade in einer Welt, wo heute vornehmlich Negativbotschaften über alle Arten von Medien ausgesandt werden, können wir einen kleinen Beitrag zum positiven Denken leisten. An dieser Stelle möchte ich den Herausgebern von **Weltbild** und hier besonders auch dem Chefredakteur **Kompass** für die stets faire, kritische und umfangreiche Berichterstattung über unseren Verband danken. Damit werden wichtige Informationen an die von mir so geschätzte Basis und an an uns interessierte Gruppen transportiert.

4. Bildungsarbeit der GKS

Der Wirkung nach innen wie nach außen dienen viele Veranstaltungen, Akademien, Seminare der GKS. Einige will ich hier kurz und beispielhaft erwähnen:

Mit insgesamt 18 Teilnehmern, insbesondere aus den Sachauschüssen „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ wurde eine **Informationsreise** im August 1996 in den Raum Dresden – Cottbus – Görlitz durchgeführt. Mit Mitgliedern des sächsischen Landtags, Angehörigen der VBK 76 und 83, Vertretern der Fachhochschule der Polizei Sachsen, der Städte Cottbus und Görlitz sowie der Wenden/Sorben, besonders aber auch mit Bischof Rudolf Müller von Görlitz, Domkapitular Prälat Bernd Richter, Pfarrer Heckel, Dekan Friedrich Quack, Militärdekan Prälat Heinrich Hecker und außerdem mit dem Generalsuperintendent der evangelischen Landeskirche Brandenburg, Dr. Rolf Wischnath, wurden die politische, soziale, wirtschaftliche, militärische und kirchliche Situation erörtert. Insgesamt wurden von den Gesprächspartnern wie auch von den Teilnehmern die Gespräche als nützlich und wichtig bewertet.

Das **6. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 1997** mit dem Thema: „Soldat im internationalen Friedensdienst. Sinn – Identität – Ethik“ findet vom 3. bis 7. November 1997 im Bonifatiushaus Fulda statt. Die Akademie Oberst Helmut Korn ist, wie die meisten von Ihnen wissen, eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre jeweils Anfang November statt. Ihr Ziel ist es, jüngeren Offizieren und Unteroffizieren im Rahmen staatsbürgerlich-politischer Bildungsarbeit Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf, Politik und Ethik aufzuzeigen. Mit dem Thema der sechsten GKS-Akademie „Soldat im internationalen Friedensdienst: Sinn – Identität – Ethik“ stellen wir uns den Anforderungen, die das erweiterte Einsatzspektrum der Bundeswehr – vor allem die neuen, internationalen Friedensaufgaben – an die Soldaten und besonders an die militärischen Führer stellen. Fragen der Ethik für den soldatischen Dienst allgemein, für Führungsverhalten und Führungsverantwortung, der geistig-geistlichen Vorbereitung von Einsätzen und Bewältigung von kritischen Situationen sollen gestellt und aus unterschiedlicher Sicht beantwortet werden. Anmeldungen für die diesjährige Akademie können umgehend an den Referenten beim Bundesvorstand erfolgen.

Erstmals führte der Bundesvorstand der GKS vom 7. bis 9. Juni 1996 im Kardinal-Schulte Haus in Bensberg ein **Seminar für Funktionsträger in der GKS** durch – für solche, die schon längere Zeit Aufgaben auf der Kreis- und (Wehr-)Bereichsebene ausüben wie auch, und besonders, für solche, die mit dieser Arbeit gerade erst anfangen wollen. Das Thema lautete: „Die Arbeit der GKS an der Basis und im Standort – Informationen und Erfahrungsaustausch“. Damit entsprach der Bundesvorstand den Anregungen der Basis nach einer konzentrierten Schulung und Motivierung der Inhaber von Führungsfunktionen in der GKS. Es ging um Information und Erfahrungsaustausch. Teilnehmen konnten auch Ehefrauen und Kinder – zum Ersten deshalb, weil

Ehefrauen und Jugendliche ab 14 Jahren ja auch Mitglied der GKS sein können und zum Zweiten, weil sich erwiesen hat, dass die Bereitschaft zur Mitarbeit deutlich wächst, wenn sie nicht immer wieder mit einem Wochenende ohne die Familie bezahlt werden muss. Teilnehmer waren 31 Soldaten der verschiedensten Dienstgrade, 17 Ehefrauen und 20 Kinder bzw. Jugendliche zwischen 2 und 19 Jahren. Ich unterstreiche hier noch einmal die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines solchen Austausches von Informationen und Erfahrungen. Zugleich betone ich die Bedeutung des Erlebnisses der Gemeinschaft während des Seminars, denn die GKS ist eben mehr als ein Verein, sie ist – und muss sein – Gemeinschaft.

5. Zur Finanzlage der GKS

Seit Januar 1996 verfügt die GKS als Katholischer Verband nach Canon 215 des CIC (Codex Juris Canonici) durch die Zuweisung von eigenen Haushaltsmitteln nun endgültig über die volle Souveränität. Aufgrund dieser Tatsache wurde es notwendig, neben dem Bundesgeschäftsführer, der alle Abrechnungen zu tätigen hat und die zugewiesenen Haushaltsmittel gemäß den Richtlinien des KMBA und der Wirtschafts-Prüfungsgesellschaft SOLIDARIS (Veranstaltungskatalog und eigene Zielsetzung) zu verwalten hat,

einen Referenten beim Bundesvorstand auf Honorarbasis zu beschäftigen. Nur so können alle Aufgaben sachgerecht und termingerecht erledigt werden. Ich persönlich kann bereits heute aufgrund der gemachten Erfahrungen feststellen, dass sich die Arbeitsverteilung zwischen Referenten und Bundesgeschäftsführer sehr bewährt hat. Nur so ist es möglich, unserem Verband auch im Verbund mit anderen katholischen Verbänden den Stellenwert zuzuordnen, der ihm gebührt.

Wir sind uns natürlich auch der größeren Verantwortung bewusst, die diese haushaltsmäßige Selbständigkeit mit sich bringt. Auch hier gilt, wie überall: Je größer die Freiheit, desto größer die Verantwortung. Erste Erfahrungen über die Haushaltsführung unserer zugewiesenen Mittel liegen inzwischen vor und konnten von mir ausgewertet werden. Dabei kann ich feststellen, dass alle Veranstaltungen auf allen Ebenen, besonders aber an der Basis, gemäß Handbuch durchgeführt und entsprechend bezuschusst werden konnten, sodass wir unserer pastoralen Arbeit zur Unterstützung unserer Militärpfarrer vor Ort in vollem Umfang gerecht werden konnten. Das ist mir auch für die Zukunft ein besonderes Anliegen, dass wir den geänderten Rahmenbedingungen besonders an der Basis gerecht werden können. In der Mittelzuweisung für 1997 sind

Der Blick ins Plenum der Bundeskonferenz täuscht: Etwa ein Drittel der Teilnehmer an der Bundeskonferenz sind Soldaten außer Dienst. Was in keinem kath. Verband ein Problem darstellt, wird bei den Soldaten von außen zur strittigen Frage hochstilisiert. Aber gerade weil die Zugehörigkeit der kath. Soldaten zur Jurisdiktion des Kath. Militärbischofs mit dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst endet, hat die GKS als ein freier Zusammenschluss von Laien hier auch eine seelsorgliche, fürsorgliche und kameradschaftliche Aufgabe gegenüber den „a.D.-lern“ wahrzunehmen. Denn Seelsorge an den Ehemaligen kann die Militärseelsorge aus juristischen

Gründen offiziell nicht mehr ausüben. Die Pensionäre revanchieren sich in nicht wenigen Fällen mit der Übernahme wichtiger Aufgaben in der GKS, die von den aktiven Soldaten aus zeitlichen und familiären Gründen oft nicht erfüllt werden können.

(Foto: F. Brockmeier)



auch wir um ca. 12% gekürzt worden. Eine sparsame Haushaltsführung ist also zwingend erforderlich. Ich bin aber der Überzeugung, dass wir mit den zugewiesenen Mitteln alle Aufgaben unter Anlegen eines strengen Maßstabes erfüllen können. Dazu ist es unbedingt notwendig, geplante Veranstaltungen rechtzeitig anzumelden und danach unverzüglich abzurechnen. Die unverzügliche Abrechnung betrifft besonders Veranstaltungen zum Jahresende. Bei verspäteter Abrechnung belasten diese Kosten den Haushalt des Folgejahres. Hierzu ist Ihre Hilfe besonders notwendig.

Im Verlauf der Bundeskonferenz werde ich über den Haushalt noch detailliert Rechenschaft ablegen. Durch Transparenz will ich das Vertrauen in die Arbeit des Bundesvorstandes gewährleisten. Wichtig ist noch, in diesem Zusammenhang anzuführen, dass wir bei all unseren Ausgaben und Zuschüssen den gleichen Kriterien unterliegen wie unsere Militärpfarrer, sodass es auf der gleichen Geschäftsgrundlage haushaltsrechtlich keinerlei Konkurrenz geben darf. Ich möchte auch Sie bitten, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir alle, ob als Pfarrgemeinderäte oder als GKS-Kreise, zum Wohle unserer Soldaten und deren Familien im „Weinberge Gottes“ unseren Beitrag leisten. Dabei kann es ausschließlich um ein vertrauensvolles Miteinander und gegenseitige Unterstützung gehen, nicht aber um Konkurrenz.

6. „Förderkreis der GKS e.V.“

Während der Bundesvorstandssitzung am 1. Februar 1997 in Bonn wurde der „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“ gegründet. Dies geschah u.a. auf Anregung der Teilnehmer der letzten Bundeskonferenz 1996 in Beilngries. Ziel des gemeinnützigen Vereins ist die Förderung der Aufgaben, Aktivitäten und Publikationen der GKS sowie die Betreuung der ehemaligen, aktiven katholischen Soldaten. Dieser Verein wird während unserer Bundeskonferenz nochmals eingehend vorgestellt, und ich darf Sie bereits jetzt schon bitten, intensiv für diese „gute Sache“ zu werben und natürlich auch selbst Mitglied zu werden.

Ich verspreche mir davon eine Unterstützung unserer Arbeit auch unter dem Gesichtspunkt knapper werdender Finanzmittel und eine mehr denn je notwendig werdende effektive Mitgliederpflege.

7. Zum Jahresthema 1997

Ganz bewusst haben wir uns in diesem Jahre das Leitthema für die Bundeskonferenz gewählt: **„Lebens- und Lerngemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“**. Damit wollen wir unsere eigene Arbeit reflektieren und eigene Grundsatzpositionen festlegen, besonders im Hinblick auf die uns selbst gestellten Aufgaben und auf die Möglichkeiten der Mitgestaltung unseres Umfeldes. Dabei werden wir auf der Grundlage des einführenden Referates in Arbeitsgruppen zu vier Themenbereichen weiter arbeiten:

- AG 1: Lern- und Lebensgemeinschaft „Kirche „
- AG 2: Lern- und Lebensgemeinschaft „GKS „
- AG 3: Lern- und Lebensgemeinschaft „Bundeswehr „
- AG 4: Lern- und Lebensgemeinschaft „Familie“.

Entscheidend wird hierbei sein, dass es uns gelingt, Impulse aus dem Vortrag und den Ergebnissen der Arbeitsgruppen in unsere tägliche Arbeit zu integrieren und für die Arbeit in den Kreisen fruchtbar zu machen. Dabei wird für jeden Einzelnen sehr schnell das Spannungsverhältnis offenbar werden zwischen „moderner Individualisierungstendenz“ und bisweilen hoher „konservativer Gesellschaftsverpflichtung“. Eine Synthese dieser beiden Pole auf der Grundlage unseres gemeinsamen christlichen Glaubens könnte fast eine Lösung und einen Anreiz für die weitere Arbeit bieten.

8. Internationale Zusammenarbeit

Nicht vergessen will ich die internationale Arbeit der GKS. Ich halte sie für besonders wichtig, da wir als GKS ja nicht allein in unserem Lande leben, sondern in vielfacher Weise international eingebunden sind: Als Bundeswehr in internationale militärische Organisationen wie beispielsweise UN, NATO, WEU; als Soldaten direkt in internationale Stäbe und inter-

nationale Einsätze nicht nur in Europa, sondern weltweit; als Mitglieder einer Kirche, die sich nicht national, sondern als Weltkirche versteht. Unter den Folgen der Umgliederungen und Umstrukturierungen, sowohl in den deutschen als auch in alliierten Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland, haben allerdings auch die Aktivitäten der GKS-Kreise im internationalen Bereich gelitten. Es ist anzunehmen, dass die Konsolidierung in den neuen Strukturen noch einige Zeit brauchen wird. Es ist auch noch nicht gelungen, in den neuen multinationalen Großverbänden auf deutschem Boden Fuß zu fassen.

Die internationale Arbeit der GKS im vergangenen Jahr stand vor allem im Zeichen der Vorbereitung und Durchführung der großen **Hilfsaktion GKS für Nowospasskoje/Smolensk**, die mit der Übergabe einer kompletten LKW-Ladung an medizinischen und sonstigen Hilfsgütern zum erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnte. Die Unterstützung dieser Gemeinde, die in verschiedenen Briefen ihre Dankbarkeit bekundet hat, wird grundsätzlich fortgesetzt, aber in deutlich kleinerem Rahmen.

Zur Generalversammlung 1996 des **Apostolat Militaire International (AMI)** bereitete die GKS den deutschen Beitrag zum Thema **„Ethische und soziologische Aspekte des Übergangs von Wehrpflicht- zu Freiwilligenstreitkräften und neue militärische Aufträge im internationalen Bereich“** vor. An der Konferenz des AMI in Driebergen/NL nahm die GKS teil. Auch bei der diesjährigen AMI-Generalversammlung in Manila/Philippinen unter dem Thema: **„Militärische Führung 2000 – die christliche Sicht“** wird die GKS durch Mitglieder des Internationalen Sachausschusses vertreten sein.

An der internationalen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela auf dem „Camino de la Plata“ in Spanien 1996 war die GKS mit einer beachtlichen Gruppe beteiligt. Derzeit ist eine wichtige Aufgabe die Vorbereitung der **Jakobus-Wallfahrt 1997 in Deutschland** zwischen Bremen und Münster. Die organisatorische Zuständigkeit liegt beim Wehrbereich II.

9. Dank des Bundesvorsitzenden

Zum Schluss danke ich allen Mitarbeitern und Zuarbeitern aller Ebenen für ihre qualitativ hochwertige Arbeit, ihr Engagement und ihren unermüdlichen Einsatz. Ein besonderer Dank gilt unserem Geistlichen Beirat, Herrn Militärdekan Prälat Walter Theis, der unseren Verband spirituell und theologisch durch seine Kompetenz begleitet und stets persönlich darauf bedacht ist, dem Verband GKS in der Außenwirkung und nach innen das Ansehen zu

verleihen, das unserer Arbeit und unserem persönlichen Einsatz angemessen ist. Seinen vorzüglichen Beitrag zu den Bedingungen unserer verbandlichen Gemeinschaft im gedruckten Lagebericht empfehle ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit (wiedergegeben auf Seite ...). Danken möchte ich unserem Herrn Militärbischof, der unsere Arbeit begleitet, uns bei „Sondervorhaben“, wie beispielsweise der Akademie Oberst Helmut Korn, vorbehaltlos mit seiner ganzen Person unterstützt und sich in schwierigen Situationen in

der ihm eigenen Art vor uns Soldaten stellt. Unserem Herrn Generalvikar, Prälat Jürgen Nabbefeld, gilt mein Dank für die vielen persönlichen Gespräche, für deren Inhalte ich besonders dankbar bin. Diese Hinweise und Ratschläge weiß ich für unsere tägliche Arbeit im Verband umzusetzen, und ich weiß sehr genau um die Bedeutung, die der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes unserem Verband beimisst.

Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein,
Oberstleutnant,
Bundesvorsitzender der GKS

Lebens- und Lerngemeinschaft – Auf dem Weg des Glaubens

Bericht des Geistlichen Beirats

Leitungsgremien eines Verbandes müssen sich ständig überlegen, wie sie ihre Gemeinschaft aktuell, d.h. auf dem Weg und damit lebensfähig, halten können. Andernfalls kann diese Gemeinschaft ihre Zielsetzung nicht erreichen. Sie würde zu einem Relikt, das kuriose Züge trägt. Schwindende Mitgliedszahlen werden diesen Eindruck verstärken und Versäumnisse aufdecken.

Bei dem Bemühen, einen Verband jung und auf Kurs zu halten, dürften zwei Sichtweisen von Bedeutung und vielleicht auch hilfreich sein:

- Einmal die Einbeziehung der Kenntnis von Gesetzmäßigkeiten, die jeder Entwicklung innewohnen, ob es sich nun um große Gemeinschaften wie Religionen, politische Bewegungen, gesellschaftliche Prozesse oder kleinere Gemeinschaften wie Verbände und Gruppierungen oder auch um persönliche Beziehungen von Menschen untereinander handelt.
- Zum anderen die Berücksichtigung aktueller Herausforderungen und Chancen zur Gestaltung und Bewältigung der derzeitigen Situation.

1. Zur Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten von Entwicklungen

Am Anfang eines jeden Zusammenschlusses steht ein mitreißen des positiven Erlebnis, eine Vision, dass vieles anders verlaufen kann, wenn man seine Idee verwirklichen würde. Es ist mehr als nur die bloße Negierung von äußerlich oder innerlich erfahrenen Missständen.

Dann wird eine Theorie entwickelt, dass eine widerspruchsfreie Wahrheit sicher zu finden ist. Hieraus wird eine ebenso eindeutige Handlungsanweisung herausgearbeitet, der es unbedingt zu folgen gilt.

Leicht übersehen wird dabei, dass es eine solch widerspruchsfreie Wirklichkeit nie gegeben hat, nie gibt und nie geben wird. Um dennoch zu erklären, warum das so genannte „Neue“ nicht schon früher oder schon immer gesehen werden konnte, konstruiert jede neue Gemeinschaft ihre eigene Geschichte und feiert zu gegebener Zeit Jubiläen. Die gemeinsame Ursprungserfahrung verbindet die Mitglieder zu einer verschworenen, zunächst noch kleinen, Gemeinschaft.



Foto: M. Beyel, KMBA

Zumeist bildet sich eine Führergestalt und Führungspersönlichkeit heraus, die sich aber nicht durch eine andere Erfahrung, sondern nur durch die Fähigkeiten auszeichnet, die Theorie- und Geschichtsbildung voranzutreiben.

Ein Gruppenethos wird herausgebildet, basierend auf dem Austausch der Einzelerfahrung. Typisch dabei ist der Trend zur Einmütigkeit. Dies geschieht nicht, weil die Mehrheit die Minderheit vereinnahmt, sondern weil der Einzelne die Erwartungen seiner Freunde nicht enttäuschen will. Ansehen der Person, Titel und Dienstgrade gelten nicht oder nur sehr bedingt.

Fälschlicherweise sieht die Gruppe ihren Zusammenhalt vornehmlich als Freundschaft an. Ziele und Lebensstil der Gemeinschaft werden als so plausibel angesehen, dass es für die Mitglieder schwer einsehbar ist, dass es neben den angeblichen Zielen noch sehr viele andere Interessen und Intentionen gibt.

Der Schwebezustand des Ursprungs bleibt nicht lange erhalten. Die Notwendigkeit der Institutionalisierung wird eingesehen. Diese bewahrt einerseits das Ursprungsgeschehen mit seiner umfassenden Erfahrung, verlangt jedoch andererseits unausweichlich schmerzliche Klärungen, Unterscheidungen, Trennungen. Das Bemühen um geschichtliche Dauer und der Überlebenswille der Gemeinschaft kosten diesen Preis.

Die alltägliche Erfahrung, dass die Wirklichkeit dieser Welt, in der man Tag für Tag lebt, anders, widerständiger ist, als man vermutet, wünscht und einplant, und nicht selbstverständlich alle Ziele der neuen Gemeinschaft in der beabsichtigten Weise akzeptiert, führt schnell zu Krisen. Diese wiederum führen ihrerseits dazu, dass in der Regel die Gemeinschaft, da die Umwelt nicht gutwillig zu überzeugen ist, ihre Ideale gegen jegliche Angriffe von Kritikern zu verteidigen sucht. Die Rückseite dieser Verteidigungen bewirkt bei den Mitgliedern gegenseitige Vorwürfe, dass sie ihre eigenen Ideale und Ziele zu wenig kennen und sich dazu zu wenig bekennen.

Das Beugen vor der Alltagsrealität äußert sich in der Bereitschaft zu Reformen.

Die offenkundige Diskrepanz zwischen dem angestrebten Ideal, das auf einer symbolischen, nicht aber auf der existenziellen Ebene in gleicher Weise realisiert wird, und der erlebten Alltagswirklichkeit verlangt nach einer brauchbaren und realisierbaren Regel für die Gemeinschaft. Dahinter steht nicht zuletzt auch der Wunsch nach Unterscheidung der Geister. Diese soll vermeiden helfen, dass nicht länger

- unkritische Begeisterung mit Überzeugung,
- kollektive Solidarität mit persönlicher Freundschaft,
- Verbrüderung der Mitglieder mit Leugnung individueller Unterschiede,

- vergangenes Lebensgefühl mit gegenwärtiger Alltagsbewältigung verwechselt werden.

Dieser Erklärungsprozess ist zugleich auch Entscheidungsprozess. Dabei kann es zur Abspaltung Einzelner oder gar ganzer Zweige kommen.

Eine andere Gefahr liegt in der Herausbildung von Herrschaftsstrukturen, die als neue Organisationsformen dargestellt werden. Sie schaffen neue Kräftefelder und Abhängigkeiten und gefährden das ursprüngliche Ideal: Die Gleichheit der Mitglieder ohne Ansehen der Person.

Einmütigkeit ist nicht mehr länger das Ergebnis spontaner Freiheit, sondern wird jetzt als Norm auferlegt. Und Kritiklosigkeit wird zum Testfall der Solidarität erklärt. Anstelle von Freiheit und Ebenbürtigkeit tritt Gehorsam gegenüber der Regel ein und eine gewisse „Selbsterniedrigung“ unter die Führung wird verlangt. Die Leistungen und ggf. die „Leiden“ der Führung zählen viel mehr als die ständigen Bemühungen und Einsätze der „unbedeutenden Basis“.

Die weitere Entwicklung kann leicht zur Überfrachtung durch fremde Funktionen und Interessen führen, und damit droht die Ursprungskraft und Ursprungsidee der Gemeinschaft zu verdunsten. Der geistliche Fortbestand der Institutionen gerät in Gefahr, zum Selbstzweck zu werden. Die bloße Wiederholung gewohnter Abläufe und eingeübter Formalien wird zur Tagesordnung. Am Ende bleibt von der kraftvollen Idee des Anfangs kaum mehr als eine sinnleere Form.

Viele dieser Entwicklungsschritte sind auch bei uns in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten mehr oder weniger deutlich auszumachen. Denn nur unter der Annahme und Voraussetzung eines ständigen Wunders, das die Regeln, die wohl offenkundig in der Schöpfung angelegt sind, außer Kraft setzen würde, träfen diese aufgewiesenen Gesetzmäßigkeiten von Entwicklungsabläufen bei uns nicht zu.

Das lässt die Frage aufkommen: Wo liegen Ansätze geglückter Institutionalisierung einer Gemeinschaft, die es ja auch geben muss, wenn solche Gemeinschaften zukunftsfähig bleiben sollen und auch müssen?

2. Zur Berücksichtigung aktueller Herausforderungen und Chancen heute

Einige solcher guten Ansätze sind bei unserer Gemeinschaft unternommen worden. Ich erinnere an die Bemühungen, sich selbst neuen Entwicklungen anzupassen und Herausforderungen aufzugreifen, wie z.B.

- der damalige Übergang vom *Königsteiner Offizierskreis* zur *Gemeinschaft Katholischer Soldaten* im Jahr 1970 oder
- die Neuorientierung „*Gemeinsam in die Zukunft – Ziele und Wege der Gemeinschaft Katholischer Soldaten*“ vom Mai 1995 sowie
- der derzeitige Versuch, angemessene Zugänge und Beteiligung an der Mitgliedschaft für jenen Personenkreis zu organisieren, der den Bereich der aktiven Soldaten und Soldatinnen überschreitet: die *Gründung des Förderkreises der GKS* am 1. Februar 1997.

Dies sind zunächst alles organisatorische Maßnahmen, die ins Leben umgesetzt werden müssen. Dieses Bemühen ist eine ständige Anstrengung. Hier setzt das ein, was spirituelles Umsetzen heißt. Die Ursprungserfahrung, basierend auf der Einsicht einer geschichtlich katastrophalen Entwicklung, und die Rückbesinnung auf eine verantwortete Zukunftsgestaltung auf der Grundlage der christlichen Berufung mit all ihren Dimensionen war damals Anlass der Gründung der Gemeinschaft. Ihre abgewandelte Erfahrung muss ständiger Antrieb sein, Neues in die Geschichte dieser Gemeinschaft einzubringen. Die geistliche Grundlage geht aus unserem Selbstverständnis, vor allem von dem Christusereignis aus, wie es uns im Kreuz und in der Auferstehung begegnet und wie dies uns heute prägt und was es in unseren Tagen für unser Selbstverständnis bedeutet.

Aus diesem Geist christlicher Berufung heraus haben damals überzeugte Christen den Schritt in die Bundeswehr getan. Es war ihnen zu wenig, einfach nur ihren soldatischen Auftrag zu übernehmen. Sie wollten ausdrücklich und öffentlich auch diese staatliche Institution aus ihrem christlichen

Glauben heraus aktiv mitgestalten und als Menschen mit dieser besonderen Prägung erkennbar sein.

Wir bleiben heute nur in dem Maß authentisch, wie unsere Gemeinschaft und unser Wirken von jener Ursprungserfahrung geprägt bleibt. Das Urteil darüber, ob dies der Fall ist, kommt weniger der Selbstwahrnehmung aus unseren eigenen Reihen zu, als vielmehr dem Zeugnis von Außenstehenden. Deshalb ist die Frage berechtigt, ob wir heute überhaupt noch von Außenstehenden und in unserer Zielsetzung erkannt werden oder ob wir uns beschränken auf innergemeinschaftliche Kosmetik. Wachsamkeit und Interesse dafür zu entwickeln, wie wir von außen gespiegelt werden, ist eine unverzichtbare Aufgabe heute.

Eine andere Gefahr, der es zu begegnen gilt, ist der Trend zu abgehobener Theoretisierung und Intellektualisierung von Problemen und unseren Stellungnahmen dazu. Sicher müssen Positionen zu Tagesfragen und -lagen von uns bezogen und zur Kenntnis gebracht werden. Wenn dies aber Kompensation für die Tatsache ist, dass Beziehungen und Leben in unserer Gemeinschaft nicht mehr vorkommen, so ist dies zumindest bedenklich und einseitig. Unsere Gemeinschaft soll nicht Erkenntnisgemeinschaft, sondern Lebens- und Erfahrungsgemeinschaft beinhalten. Grundlegende menschliche Bedürfnisse, Gefühle und Entwicklungen dürfen nicht auf abstrakte Ziele hin übersprungen werden.

Der ehrliche Blick auf die Ideale der „Männer der ersten Stunde“ tut der Zusammenschau auf die differenzierte Realität der Gegenwart des Lebens mit seinen Herausforderungen gut. Er erlaubt die kritische Prüfung, ob „das Neue“ was man jeweils einbringen möchte, in Wirklichkeit doch letztlich nichts anderes ist, als die Wiederholung von gesetzmäßigen, wenn auch lieb gewordenen Abläufen.

Keiner braucht alles zu machen. Das gilt auch für unsere Gemeinschaft, die sich als katholischer Verband versteht. Sich auf die eigene, spezifische Aufgabenstellung zu besinnen, um diese im Blick auf das Gesamtspektrum anderer katholischer Verbände zu re-

lativieren, eröffnet uns die Möglichkeit, ja die unverzichtbare Notwendigkeit, uns im Rahmen der Katholizität zu anderen Gemeinschaften und Verbänden zu öffnen. Eine solche Haltung profiliert den eigenen spezifischen Beitrag im Hinblick auf das Ganze.

Ohne Innovation verkommt jede Institution zur Routine und wird über kurz oder lang ihren geschichtlichen Auftrag, so sie denn einen solchen hatte, beenden oder verraten. Konkret könnte das unter anderem heißen: Jedes Mitglied des Verbandes müsste jederzeit Antennen ausfahren, um frühzeitig neue Aufgaben und Impulse zu orten. Darauf ist eine lebendige Gemeinschaft unverzichtbar angewiesen. Nur so lassen sich neue Herausforderungen, auch Provokationen, ausmachen, um ihnen zu begegnen. Dass dazu eine starke Steuerung und Führung unerlässlich ist, um das so Geordnete zu werten und zu gewichten, versteht sich von selbst.

Untersteuerte Gruppierungen verfallen der Trivialität und Banalität. Übersteuerte Gebilde enden zumeist in blindem Aktionismus. Die gesunde Mischung besteht in den spontanen, originären, lebensnahen Beiträgen der Basisgruppen, die sich leider nur allzu oft gegenüber der Leitung als „Randfiguren“ verstehen, und in flexiblen Leitungspersönlichkeiten.

„Die da oben“ und „die da unten“ müssen jeweils aus ihrer Sicht akzeptieren, dass sie aufein-

ander angewiesen sind. Die Position der Leitung ist in der Regel gekannt und mehr oder weniger anerkannt. Zur Position der so genannten Basis als Randfiguren bedarf es immer noch und immer wieder der Verdeutlichungen. Jean Vanier schreibt in seinem Buch „Ort der Versöhnung und des Festes“, Salzburg 1983:

„Die Randfigur mit ihren Schwierigkeiten hat etwas Prophetisches. Sie rüttelt an der Gemeinschaft, denn sie fordert Wahrhaftigkeit. Viel zu viele Gemeinschaften sind auf Träume und schöne Worte gebaut. Man spricht immerzu von Liebe, Wahrheit, Frieden. Die Randfigur stellt aber echte Anforderungen. Ihr Schrei ist ein Schrei nach Wahrheit. Hinter den schönen Worten spürt sie die Lüge: den Abstand zwischen dem, was man sagt, und dem, was man lebt.“

Nicht nur auf der Leitungsebene, sondern mehr noch in diesen „Randfiguren“ haben die Gemeinschaft und der Verband eine Öffnung, ein Fenster, um ihre tatsächliche Außenwirkung in sich hineinzulassen. Damit tun sich Gemeinschaften leichter, festzustellen, ob sie jeweils immer wieder als Lern- und Lebensgemeinschaft auf dem Weg sind. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat sich, weil es ihr fester Wille ist, dieses als Ziel und Jahresprogramm vorgenommen.

Militärdekan Walter Theis

GEFUNDEN

General Naumann zu NATO-Abrüstung

Im Durchschnitt haben die NATO-Staaten ihre Streitkräfte um etwa 20 Prozent mehr abgerüstet, als sie es nach dem KSE-Vertrag hätten tun müssen. Hinzu kommt, daß die Bereitschaftsgrade der verbliebenen Einheiten drastisch reduziert wurden. Hatten wir zu Zeiten des Kalten Krieges noch 110 Divisionen, von denen fast 100 innerhalb von zwei Tagen verfügbar waren, so hatten wir 1995 noch 70 Divisionen, von denen nur noch zehn Divisionen in 20 Tagen verfügbar sind. Von 250 fliegenden Staffeln, von denen 170 Staffeln in zwölf Stundenbereitschaft standen, sind jetzt noch 170 Staffeln verblieben, von denen lediglich 20 Staffeln in fünf Tagen verfügbar sind. Von den 500 größeren Schiffseinheiten waren 1990 370 in zwei Tagen auslaufbereit, 1995 sind von den verbliebenen 370 Einheiten noch ganze 20 in derselben Zeit verfügbar. Ich habe auch die Befürchtung zerstreut, die NATO wolle die umfangreiche militärische Infrastruktur, die die frühere Sowjetunion und der Warschauer Pakt zur Vorbereitung ihrer Offensivpläne angelegt hatten, in den künftigen Bündnisländern nutzen und sie sozusagen einfach in entgegengesetzte Richtung nutzen. Das Beispiel der früheren DDR, die mit ihren rund 50 Flugplätzen regelrecht zum Sprungbrett ausgebaut worden war, diene als ein gutes Beispiel, denn die Bundeswehr nutzt gerade drei davon weiter. (... ..)

Lern- und Lebensgemeinschaft Im Glauben auf dem Weg

Vortrag vor der Bundeskonferenz zum Jahresthema 1997 der GKS

Dirk Ansorge

Bei meinen ersten Überlegungen zum Thema „Lern- und Lebensgemeinschaft. Im Glauben auf dem Weg“ schien es mir unbedingt nötig, das recht breit und offen formulierte Thema näher einzugrenzen. Jedenfalls sollten am Ende nicht bloß allgemeine und deshalb vielleicht ganz unverbindliche Wahrheiten stehen.

Aber wie kann ein so allgemein gehaltenes Thema wie „Lern- und Lebensgemeinschaft. Im Glauben auf dem Weg“ präziser gefasst werden? Immer wieder stießen meine Überlegungen in Sackgasen. Deshalb regte sich schon bald ein Verdacht: Sollte etwa die Grundthese gar nicht stimmen? Setzt das Thema möglicherweise etwas voraus, was so gar nicht stimmt?

Destruktion

(1) Drei Thesen vorab

Es sind diese Erfahrungen, die mich nunmehr veranlassen, meinen Ausführungen drei möglicherweise provozierende Thesen voranzustellen. Diese Thesen sollen jene Voraussetzungen, die unsere Themenformulierung unausdrücklich beinhaltet, kritisch befragen.

1. These:

Unterstellt wird in der Themenstellung meines Vortrags die Existenz einer Lerngemeinschaft im Glauben. Diese Lerngemeinschaft im Glauben soll es in der Kirche geben, in der GKS, in der Bundeswehr, in der Familie ...

Meine These ist, dass es genau diese Lerngemeinschaft im Glauben oft gar nicht gibt. Und dass sie, wenn es sie denn gibt,

Gliederung

Destruktion:

- (1) Drei Thesen vorab
- (2) Begründung der Thesen

Rekonstruktion

- (2) Glaube, Religion und Gesellschaft
- (3) „Leben“ – „lernen“ – „glauben“
- (4) „Im Glauben auf dem Weg“
- (5) Plädoyer für eine Gesprächs-, Praxis- und Feiernkultur des Glaubens

vielleicht eher eine glückliche Ausnahme ist – aber jedenfalls nicht die Regel.

2. These:

Unterstellt wird in der Themenstellung meines Vortrags nicht nur eine Lerngemeinschaft im Glauben, sondern sogar eine Lebensgemeinschaft im Glauben.

Meine zweite These ist deshalb: Eine solche Lebensgemeinschaft im Glauben gibt es nur höchst selten – wenn es sie denn überhaupt gibt.

3. These:

Unterstellt wird in der Themenstellung meines Vortrags die Existenz eines gemeinsamen Glaubensweges. Gemeinsam unterwegs in der Kirche, gemeinsam unterwegs in der GKS, gemeinsam unterwegs in der Bundeswehr, gemeinsam unterwegs in der Familie ...

Meine dritte These lautet: Wenn es denn schon einen Glaubensweg geben sollte,

dann geht diesen Weg in der Regel der Einzelne allein, höchst selten jedoch in Gemeinschaft.

Diese drei Thesen habe ich ganz bewusst an den Anfang gestellt, damit wir uns an ihnen abarbeiten und auf diese Weise bestimmte Sachverhalte etwas präziser erfassen können. Die Thesen werden gewiss nicht unverändert stehen bleiben können, aber vielleicht schärfen sie unsere Aufmerksamkeit für das, was wir überhaupt meinen, wenn wir über das Thema „Lern- und Lebensgemeinschaft. Im Glauben auf dem Weg“ nachdenken wollen.

Zuvor ist es jedoch nötig, die drei Thesen im Einzelnen zu begründen.

(2) Begründung der Thesen

Meine erste These lautete: „Eine Lerngemeinschaft im Glauben gibt es nicht – oder es gibt sie doch nur höchst selten.“

Um diese These begründen zu können, frage ich vorab: Was ist das überhaupt: „Glauben lernen“? Was meinen wir, wenn wir von „Lerngemeinschaft im Glauben“ reden? Was ist überhaupt „Glauben“?

In einem ersten Zugang könnten wir „Glauben“ vielleicht so definieren: „Glauben“ meint eine bestimmte Deutung der Welt und des Lebens im Licht der biblischen und kirchlichen Überlieferung. Aus dieser Deutung resultiert zugleich eine bestimmte Orientierung meines Lebens, die in Gott und in Jesus Christus ihr Maß besitzt.

„Glauben lernen“ meint dann die Vermittlung oder den Erwerb

einer Haltung, in der ich die Welt und das Leben in einer Weise deute, die sich an der biblischen und an der kirchlichen Überlieferung orientiert.

Wenn das so ist, wenn also „Glauben lernen“ der Vermittlungsprozess einer Weltdeutung ist und einer Deutung des Lebens, die sich an der biblischen und kirchlichen Überlieferung orientiert –, dann wäre die Voraussetzung für eine Lerngemeinschaft des Glaubens eben doch die, dass wir über den gemeinsamen Glauben sprechen und dass wir uns untereinander über unsere Glaubenserfahrungen austauschten.

Und jetzt einmal Hand aufs Herz: Wann haben Sie zuletzt über Ihren Glauben gesprochen – über ganz persönlichen Glauben? Damit meine ich nicht: Gesprochen über die Kirche, über den Papst, über die Bischöfe, oder anderes, was die Strukturen und die Organisation der Kirche betrifft. Ich meine vielmehr das, was es mir wichtig und kostbar erscheinen lässt, mein Leben auf Gott und Jesus Christus hin zu beziehen und von ihm her bestimmen zu lassen.

Wann also haben wir über diesen unseren ganz persönlichen Glauben zuletzt gesprochen – in den Familien, mit unseren Freunden, mit unseren Berufskollegen?

Ich vermute einmal: Wenn wir hier ganz ehrlich zueinander sind – und vor allen Dingen: auch ehrlich vor uns selbst sind –, dann wird es uns einigermaßen schwer fallen, solche Situationen konkret zu benennen.

Doch wären es gerade solche Gespräche, in denen wir voneinander etwas über unseren Glauben erfahren könnten: Gespräche, in denen wir miteinander glauben lernten; Gespräche, die uns einen Schritt weiter brächten auf dem gemeinsamen Weg im Glauben.

Und wenn es diese Gespräche nicht gegeben haben sollte, dann wäre es mit der Lerngemeinschaft nicht sehr weit her. Wie nämlich sollten wir dann voneinander lernen, wie Glauben geht?

Natürlich – Glauben erschöpft sich nicht im gemeinsamen Gespräch. Glauben bedeutet auch, sich zu engagieren, sich für Notleidende einzusetzen, für Andere da zu sein. Denn auch dies ist Glauben: von Gott und von Jesus Chri-

stus her auf den anderen Menschen in seiner Not zuzugehen. An dieser Stelle soll es uns jedoch zunächst und vor allem darum gehen, besser zu verstehen, was es heißt, im Glauben in einer Lern- und Lebensgemeinschaft gemeinsam auf dem Weg zu sein.

Unbestritten kann es auch eine Gemeinschaft im Glauben geben, in der sich Menschen im Geist Jesu Christi für Andere engagieren, ohne darüber groß zu sprechen. Aber die Gefahr ist doch, dass dieses Engagement irgendwann einmal auf der Stelle tritt, dass es nicht mehr weiß, worauf es sich gründet. Zumindest bedarf es dann des Gespräches, der Zwiesprache mit Gott, des Gebetes. Hilfreich ist aber auch dann das ausdrückliche Gespräch über die Wurzeln des gemeinsamen Engagements. Und genau dann wird das wirklich, was ich hier „Lerngemeinschaft im Glauben“ nennen möchte.

Und eben diese Lerngemeinschaft, so lautete meine erste These, gelingt nur sehr selten. Denn in der Regel fällt es uns nicht eben leicht, über unseren Glauben zu sprechen und einander mitzuteilen, worauf wir letztendlich unsere Existenz bauen.

Weshalb aber fällt uns dieses Sprechen über unseren Glauben, der gemeinsame Austausch über das, was uns zuinnerst bestimmt, so schwer? Eben diese Frage führt mich zu meiner **zweiten These: Eine Lebensgemeinschaft im Glauben gibt es nur höchst selten – wenn es sie denn überhaupt gibt.**

In dieser These liegt die Betonung auf dem Begriff der Lebensgemeinschaft. Und auch hier frage ich: wo gibt es denn heute überhaupt noch wirkliche Lebensgemeinschaften? Wir finden uns in vielfältigen Bezügen wieder, die unser Leben in unterschiedliche Bereiche zergliedern. Diese Bereiche sind geprägt durch unsere jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten, durch unseren Beruf, durch die Familie, unsere Freizeitaktivitäten, unsere Hobbys ... Dabei bewegen wir uns in ganz vielfältigen Bezügen; wir begegnen Menschen, haben Freunde – aber ist das bereits eine *Lebensgemeinschaft*?

Und was wäre überhaupt eine Lebensgemeinschaft?

Eine Lebensgemeinschaft scheint mir dort vorhanden, wo Menschen gemeinsam die Herausforderungen ihres Alltags anzunehmen und zu bewältigen versuchten.

Aber auch hier noch einmal ganz konkret: Wo gehen wir die Herausforderungen, vor die uns der Alltag stellt, wirklich gemeinsam an? Vielfach sehen wir uns doch bei den Aufgaben, die sich uns stellen, entweder alleingelassen oder auf jene Menschen bezogen, mit denen wir in den genannten Bereichen zusammen sind. Eine umfassende Lebensgemeinschaft ist dies jedoch nicht.

Natürlich – es mag Situationen geben, in denen sich so eine umfassende Lebensgemeinschaft andeutet. In der Regel sind dies Situationen, in denen wir uns bedroht finden – bedroht durch die geplante Auflösung eines Standortes beispielsweise oder durch eine bevorstehende Versetzung. Dies sind Situationen, in denen man aneinander rückt und versucht, die Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Außerhalb solcher Situationen aber gehen wir in der Regel unseren gewohnten Tätigkeiten nach, üben unsere Berufe aus, erfüllen unsere Aufgaben in der Familie ... Und eines hat mit dem Anderen nur wenig gemeinsam.

Wie wenig wir tatsächlich in einer umfassenden Lebensgemeinschaft verankert sind, zeigt sich beispielsweise dann, wenn in langjährig bestehenden Familienkreisen scheinbar plötzlich eine Partnerschaft zerbricht, eine Ehe scheitert. Obwohl sie sich oft Jahre lang, vielleicht sogar jahrzehntelang kennen, erleben die Mitglieder solcher Kreise nicht selten, dass sie den Betroffenen nicht wirklich helfen können. Ohnmächtig erkennen sie dann: Eine wirkliche Lebensgemeinschaft, die über den engeren Bereich der Familie hinausreicht, hat es auch in unserem Kreis nicht gegeben.

Wenn es aber zutrifft, dass der Glaube eine bestimmte Deutung der Welt und des Lebens im Licht der biblischen Botschaft und der kirchlichen Überlieferung ist – wie können wir dann über den Glauben sprechen, wenn es keine Lebensgemeinschaft gibt? Es gibt dann ja kaum etwas, worüber wir uns austauschen könnten, um es

im Spiegel des christlichen Glaubens zu deuten. Es fehlen die Erfahrungen, die wir gemeinsam im Licht unseres Glaubens deuten könnten.

Es waren solche Überlegungen, die mich zu meiner zweiten These veranlasst haben: Eine Lebensgemeinschaft im Glauben gibt es nicht, oder sie gelingt doch allerhöchstens nur in einigen glücklichen Ausnahmefällen.

Auch die **dritte These, dass wir uns nämlich höchst selten nur auf einem gemeinsamen Glaubensweg befinden**, möchte ich kurz begründen.

Diese These legt den Akzent auf den Gedanken des Weges, des Glaubensweges, der gemeinsam gegangen werden soll.

Das Bild des Weges ist ein altes Bild. In ihm haben Menschen immer wieder sich selbst und die Geschichte ihrer jeweiligen Gemeinschaft gedeutet. Das Volk Israel begreift sich als das „Volk Gottes“ auf dem Weg: Gott führt es aus der ägyptischen Sklaverei hinaus in das Gelobte Land. Für das Volk Israel war diese Bewegung der Befreiung eine ganz konkrete Erfahrung mit Gott.

Aber wie steht es mit uns? Dass wir uns bewegen im Glauben – was heißt das? Manch einer mag hier an seine Wallfahrt nach Lourdes oder anderswohin denken. Aber „im Glauben auf dem Weg“ meint doch wohl etwas anderes. Wohin sollten wir uns bewegen? Vielleicht auf ein vertieftes Glaubensverstehen hin? Oder sollten wir

uns bewegen hin zu einer immer rückhaltloseren Glaubenspraxis?

Stattdessen vermute ich, dass wir eine Bewegung im Glauben eher scheuen, dass wir uns häufig ganz gut mit dem bequemen, was wir vom Glauben bereits – vielleicht sogar vor langer Zeit oder gar in unserer Kindheit – erfasst haben. Oder wir bequemen uns mit dem, worin wir uns engagieren – und dies auch dann, wenn uns dieses Engagement durchaus Opfer abfordert.

„Im Glauben auf dem Weg“ meint doch wohl: die Richtung unseres Engagements immer wieder kritisch zu befragen und zu prüfen, ob unser Glaube noch auf dem Stand der Zeit ist. „Im Glauben auf dem Weg“ meint deshalb die stetige Veränderung im Glauben selbst.

In welche Richtung aber kann und soll sich unser Glaube verändern?

Was unser praktisches Engagement betrifft, so ist zunächst ganz nüchtern festzustellen: Christen wissen keineswegs immer schon besser als ihre Mitmenschen, wo es mit der Welt hingeht. Christen verfügen über keine Patentrezepte für die globalen Probleme oder für das Gelingen intimer Lebensformen. Auch für sie gilt, dass vielfältige Wege möglich sind, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, den vielfältigen Herausforderungen, in denen Christen heute stehen, zu begegnen.

„Im Glauben auf dem Weg“ zu sein, bedeutet also nicht nur, im-

mer wieder neu auf den anderen Menschen zuzugehen und in Notlagen kräftig zuzufassen. „**Im Glauben auf dem Weg“ zu sein, bedeutet auch, sich im eigenen Glauben zu bewegen.**

Aber noch einmal: Bewegen wir uns in unserem Glauben überhaupt? Bescheiden wir uns nicht vielmehr häufig mit dem, was wir einmal vom Glauben erfasst zu haben meinen? Es sind solche Fragen, die mich vermuten lassen, dass wir uns keineswegs alle und immer auf einem Weg des Glaubens bewegen.

So weit also die Begründung meiner drei Thesen. Im Ausgang von diesen Überlegungen möchte ich im Folgenden versuchen, das mir aufgegebene Thema tiefer zu verstehen. Dazu möchte ich meine Thesen in den umfassenderen Rahmen „Glaube, Religion und Gesellschaft“ einordnen.

Rekonstruktion

(3) Glaube, Religion und Gesellschaft

Wir leben unseren Glauben nicht in einem schwerelosen Raum, sondern mitten in der Gesellschaft. In der Bundesrepublik Deutschland ist diese Gesellschaft heute, im Jahre 1997, als vielfältig plural, ja pluralistisch zu charakterisieren. Wir erleben sie oft als verwirrend und unüberschaubar, und sie erscheint in ganz unterschiedliche Facetten aufgefächert.

Versuche, diese Gesellschaft mit einem umfassenden Namen wie etwa „Erlebnisgesellschaft“ (Schulze) oder „Risikogesellschaft“ (Beck) zu kennzeichnen, spiegeln ein Bemühen, die Vielfalt zu ordnen und eine möglichst vielen Phänomenen zugrunde liegende Tendenz zu benennen.

Nach dem fesselnden Vortrag stellt sich Dr. Dirk Ansorge (li), Dozent der Kath. Akademie „Die Wolfsburg“ des Bistums Essen, den Fragen der Bundeskonferenz der GKS. Rechts im Bild der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein. (Foto: F. Brockmeier)



Trotz – oder vielleicht sogar gerade – aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit beobachten wir in unserer Gesellschaft eine vielgestaltige Suche nach Orientierung. Das gegenüber früheren Generationen ungleich gesteigerte Risiko, das der Einzelne gerade aufgrund einer niemals zuvor gegebenen Auswahlmöglichkeit im Bereich des Privaten und des Berufes auf sich nehmen muss, lässt ihn nach Sicherheiten Ausschau halten. Denn es ist immer möglich, auch das Falsche zu wählen.

In der gesellschaftlichen Situation individueller Ortlosigkeit werden die Geborgenheit einer Partnerschaft oder Familie, der Verein, die Wohnung, die finanzielle Absicherung, aber auch der Halt in einer religiösen Orientierung als stabilisierend empfunden.

Die Suche des Einzelnen nach Sicherheit, nach einer Verortung seiner selbst, die Suche nach Sinn schlägt sich nicht zuletzt auch in vielfältigen religiösen Bewegungen nieder. Diese Bewegungen laufen nicht notwendigerweise auf die christlichen Kirchen zu. Sie äußern sich in Phänomenen wie „New Age“, Esoterik oder gar Okkultismus.

Nach den materialistischen Prophetien der siebziger Jahre mag es überraschen, dass sich die Gegenwart keineswegs mit einer reinen Diesseitigkeit zufrieden gibt. Erkennt man hinter den vielfältigen Suchbewegungen jedoch das tiefverwurzelte Bedürfnis des modernen Menschen nach Sinn und Geborgenheit, so erhalten auch die religiösen Phänomene ihre Plausibilität.

Zugleich aber stößt die Suche nach einer religiösen Verortung innerhalb der Gesellschaft selbst auf erhebliche Schwierigkeiten. Denn in unserer durchrationalisierten und hoch technisierten Gesellschaft tritt das Moment unmittelbarer Erfahrung zunehmend in den Hintergrund. Wir erleben uns als eingebunden in zahlreiche institutionelle Zwänge und soziale Bindungen. Diesen versuchen wir allenfalls durch ein ausgefallenes Hobby oder im Rahmen einer exotischen Urlaubsreise zu entrinnen – ohne dabei doch der Allgemein-

heit der Freizeitindustrie oder des Massentourismus vollständig entgehen zu können.

Die unmittelbare Erfahrung, die Erfahrung, über sich selbst hinaus in einem Umgreifenden geborgen zu sein, diese Erfahrung scheint auf den Bereich des Privaten reduziert. Genau diese Erfahrung aber steht am Ursprung jeder religiösen Erfahrung.

Denn Gott in der Technik zu finden, ist außerordentlich schwierig. Aldous Huxley hat dies 1932 in seinem utopischen Roman „Schöne neue Welt“ formuliert: „Gott isn't compative with machinery and scientific medicine and universal happiness“: Gott erscheint als unvereinbar mit der Technik, mit der medizinischen Wissenschaft vom Menschen und mit dessen Glücksstreben. Wo das Unvorhersehbare systematisch ausgeschlossen ist, bleibt für die Erfahrung Gottes kein Raum. Dort verliert der Glaube seine Plausibilität.

These 4:

In unserer Gesellschaft besitzt der Glaube eine Bedeutung allenfalls noch für unsere „kleinen Lebenswelten“. Hinsichtlich ihrer Einstellungen zu politischen und sozialen Problemen unterscheiden sich Glaubende nicht von Kirchenfernen oder Nichtglaubenden. Zu glauben bedarf deshalb der Rechtfertigung ebenso wie der Vermittlung.

Unmittelbare Auswirkungen hat der Glaube allenfalls noch auf die so genannten „kleinen Lebenswelten“. Dabei handelt es sich um den Ehepartner, die Familie, vielleicht gerade noch der engere Freundeskreis. Religiös orientierte Menschen leben in diesen „kleinen Lebenswelten“ nachweislich stabiler als andere. Offenbar sind ihnen Werte wie Treue und Beständigkeit sehr wichtig. Religiöse Menschen bemühen sich um Toleranz und das Verstehen jener Menschen, denen sie unmittelbar begegnen.

Anders hingegen ist es im Bereich des sozialen und des politischen Engagements. Hier scheint der Glaube kaum eine Rolle zu spielen. Für Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz engagieren sich in gleichem Maße auch Menschen, die nicht religiös orientiert sind. Religion und Glaube begünstigen eine Art „Mikrosolidarität“,

eine Solidarität im Bereich der „kleinen Lebenswelten“, die keineswegs zugleich auch den Bereich globaler Solidarität umfasst.

Offenbar bieten Religion und Glaube eine Art „Motivationsreservoir“ an, das Menschen immer wieder neu befähigt, die konkreten Herausforderungen des unmittelbaren Zusammenlebens zu bestehen, Versöhnung zu wagen und Neues zu beginnen. So anerkennenswert dies sein mag – wird der Glaube damit nicht auf den Bereich des Privaten reduziert? Und wenn das so sein sollte – wie können wir dann voneinander den Glauben lernen? Warum lohnt es sich, zu glauben? Warum sollen wir voneinander im Glauben lernen und so leben, dass andere von uns lernen können? Warum also überhaupt glauben?

Zu glauben lohnt sich schon deshalb, so ein erster Antwortversuch, weil im Glauben der Mensch nicht allein auf sich selbst gestellt ist. Im Glauben ordne ich mich in ein universales Sinngefüge ein, das auch über den Tod hinaus reicht. Im Glauben erhalte ich das Angebot einer Antwort auf die unermessliche Sehnsucht des Menschen nach Beheimatung, Verlässlichkeit und Gewissheit. Im Glauben bin ich von mir selbst entlastet.

Die Verortung des Menschen in einem universalen Sinngefüge befreit ihn davon, verzweifelt er selbst sein zu müssen. Wer glaubt, kann Gelassenheit üben. **Im Bewusstsein, nicht alles selbst leisten zu müssen, kann sich der glaubende Mensch in der Welt engagieren.** Er kann sich einsetzen, entsprechend seinen Möglichkeiten auf den Anderen zuzugehen, und zwar auch dann, wenn er weiß, dass er das Heil aller Menschen niemals wird verwirklichen können.

Hinter diesen ersten Antwortversuchen steckt eine Erfahrung, die selbst bereits aus dem Vollzug des Glaubens hervorgegangen ist. Wie lässt sich diese Erfahrung in unserer Gesellschaft vermitteln? Hier begegnen wir einem großen Traditionsabbruch des christlichen Glaubens.

Dass der Glaube etwas menschlich Bereicherndes ist, dass ich mich als glaubender Mensch gerade nicht selbst aufgebe, sondern mich als jemanden empfangen, der zum freien und gelassenen Engagement in der Gesellschaft befähigt ist – dies lässt sich eben dieser Gesellschaft kaum noch vermitteln. Engagierte Christen und Christinnen, die sich darum bemühen, Kindern und Jugendlichen den Glauben nahe zu bringen, erfahren diese Schwierigkeit in hohem Maße.

Wie also können wir, wenn wir den Glauben als für uns bereichernd erkannt haben, diesen Glauben weitergeben?

Gewiss ist es in unserer pluralen Gesellschaft nicht möglich, den Glauben in einer autoritären Form zu verkünden. Vor dem Hintergrund zahlreicher geschichtlicher Erfahrungen erscheinen uns Menschen, die von sich behaupten, sie seien im Besitz der alleinigen Wahrheit, als verdächtig. Zu komplex, zu vielfältig, zu unüberschaubar erleben wir unsere Welt, als dass wir scheinbar einfachen Lösungen trauten.

Wie aber kann Glaube dann als hilfreich und bereichernd dargeboten werden?

Würden wir den Glauben autoritär als die einzige und alleinige Form gelingenden Lebens präsentieren, dann würden wir genau das, was den Glauben wesentlich ausmacht, zerstören: das gemeinsame Gespräch über den Glauben, das Deuten von Lebenserfahrung, das Bezeugen der eigenen Glaubenshaltung. Das gemeinsame Gespräch über den Glauben hingegen widerstritte genau jenem Individualismus, der unsere Gesellschaft so tiefgreifend kennzeichnet und verunsichert.

Die undialogische Verkündigung des Glaubens führte diesen also in einen Selbstwiderspruch hinein. Wie aber kann unter den Bedingungen unserer modernen Gesellschaft der Glaube so gelebt werden, dass wir voneinander – und andere von uns – glauben lernen können?

(4) „Leben“ – „lernen“ – „glauben“

Geht es in unserer Gesellschaft, in der Familie, in unserem Freundeskreis um den Glauben, so beobachten wir dort nicht selten eine verbreitete Sprachlosigkeit. Auch wenn das Sprechen über den Glauben nicht das Einzige – und vielleicht nicht einmal das Wichtigste ist –, so kann unser Glaube doch ohne das deutende Wort nicht bestehen. Spätestens dann, wenn wir uns herausgefordert sehen, auf die Frage unserer Kinder zu antworten: „Papa, warum glaubst du eigentlich?“, dann erschrecken wir, weil wir bemerken, dass wir gar nicht so recht sagen können, warum wir glauben.

Wenn es aber zutrifft, dass **„Glauben“ nicht zunächst das Festhalten an übernatürlichen Wahrheiten meint, sondern eine bestimmte Deutung des Lebens im Licht der biblischen und kirchlichen Überlieferung**, dann gilt dies auch und vor allem für das, worauf Glaube überhaupt gründet. Dieses Ursprüngliche ist die Behauptung dessen, dass Gott nicht nur die Welt geschaffen hat, sondern dass er sich den Menschen in der Geschichte des Volkes Israel und in der Person Jesu Christi selbst geoffenbart hat.

These 5:

„Glauben“ bedeutet kein bloßes Für-wahr-Halten übernatürlicher Wahrheiten („Katechismuswissen“), sondern das Deuten von Lebenserfahrung im Licht der biblischen Überlieferung. „Glauben“ wird praktisch im Engagement, das aus dieser Deutung folgt.

Hier nun zeigt sich eine Grundstruktur dessen, was Glauben überhaupt heißt. Ist nämlich Glauben wesentlich das Deuten bestimmter Lebenserfahrungen im Licht der biblischen und der kirchlichen Überlieferung, dann gilt dies auch für jene Ereignisse, von denen wir behaupten, dass Gott in ihnen wirksam war. Und von diesen Ereignissen her können wir lernen, was es heißt, zu glauben, und was „glauben“ bedeutet.

Auf den ersten Blick geben bestimmte Ereignisse keineswegs unmittelbar zu erkennen, dass in ihnen Gott am Werke ist. Dass bei-

spielsweise vor mehr als dreitausend Jahren eine Hand voll hebräischer Nomaden aus der ägyptischen Sklaverei entkommen konnte, ist ein Ereignis, das in keiner Weise unmittelbar erkennen lässt, dass es von Gott bewirkt ist. Zu einem Handeln Gottes wird es erst durch eine bestimmte Interpretation: die Deutung der Bibel nämlich, dass *Gott* es war, der Israel aus Ägypten befreit hat.

Ähnlich ist es mit Jesus von Nazareth. Rein äußerlich betrachtet ist Jesus ein jüdischer Wanderprediger, der um die Zeitenwende in Galiläa mit einem gewissen Erfolg vom Reich Gottes gepredigt hat, schließlich aber, nachdem die jüdischen Autoritäten auf ihn aufmerksam geworden sind, in Jerusalem als Unruhestifter hingerichtet wird. Und dann plötzlich kommen einige aus seinem vorherigen Jüngerkreis und behaupten, eben dieser Wanderprediger Jesus sei keineswegs tot, er sei ihnen vielmehr als ein Lebender erschienen! Und von diesen Erfahrungen her deuten sie nun die Predigten und Taten Jesu in Galiläa und in Jerusalem als Erscheinungen des göttlichen Wirkens: In Jesus war Gott selbst am Werke!

Auch hier liegt ein Deutezusammenhang vor. Gemeinsam deutet man eine bestimmte Erfahrung, die Erfahrung der Befreiung aus Ägypten oder die Erfahrung mit Jesus von Nazareth, als Gestalten göttlichen Handelns in der Welt.

Unverkennbar liegt hier ein Zirkel vor: **Im Licht des**

Glaubens bestimmte Ereignisse als Manifestationen des göttlichen Wirkens in der Welt zu deuten, setzt den Glauben bereits voraus. Umgekehrt bestärkt das Bewusstsein dessen, dass Gott in der Welt handelt, wiederum den Glauben.

Zahlreiche Religionskritiker haben diesen Zirkel zum Anlass genommen, den Glauben als eine Ideologie zu verdächtigen. Wie aber können wir diesem Ideologieverdacht entgehen? Nur so, dass wir den Glauben nicht als ein theoretisches Fürwahrhalten übernatürlicher Wahrheiten begreifen,

sondern als eine lebendige Praxis.

Glauben ist Selbstvollzug des Menschen. Der glaubende Mensch lässt sich und sein Leben ganz von der Beziehung zu Gott her bestimmen; er riskiert sich selbst, indem er die Welt und sein Leben aus der Beziehung zu Gott deutet. Deshalb ist für den Lernprozess des Glaubens die **Glaubwürdigkeit der Zeugen** entscheidend. Glaubenlernen setzt die Glaubwürdigkeit derjenigen voraus, von denen gelernt werden soll. Deshalb kann man den Glauben nicht wie ein theoretisches Wissen erlernen; der Glaube fordert vielmehr Vorbilder, an denen ich mich orientieren kann, weil sie überzeugend und glaubwürdig sind.

Ein Beispiel kann dies verdeutlichen. An der Emmausgeschichte (Lk 24) können wir ablesen, wie Glauben gelernt werden kann. Zunächst gibt es dort die Erfahrung des Scheiterns in Jerusalem. Auf der Flucht nach Emmaus ereignet sich die Begegnung der fliehenden Jünger mit einem ihnen zunächst Unbekannten; im gemeinsamen Gespräch wächst ein Vertrauensverhältnis, und in dessen schützendem Rahmen wird eine Deutung des Voraufgegangenen möglich, welche die Katastrophe in Jerusalem, aber auch alles Vorausgegangene, in einem neuen Licht erscheinen lässt. Am Ende eines gemeinsamen Weges, auf dem sich eine geschichtliche Erfahrung allmählich in einem neuen Licht darbietet, steht ein Fest: das gemeinsame Brechen des Brotes, bei dem die Wahrheit der Deutung offenkundig wird.

Die Emmausgeschichte stellt uns in typischer Weise vor Augen, wie wir den Glauben im gemeinsamen Gespräch über das, was unsere gemeinsame Erfahrung ist, erlernen können. Und wenn uns die Theologen darüber Auskunft geben, dass in der **Emmausgeschichte nicht nur eine einmalige Begebenheit überliefert ist, dass sich in ihr vielmehr die Erfahrung der ganzen frühen Christenheit wieder findet, im gemeinsamen Lesen der Schrift und im Brechen des Brotes dem Auferstandenen begegnet zu sein**, dann wird deutlich, dass der Weg nach Emmaus ein Beispiel dafür ist, wie

„Glaubenlernen“ auch heute noch gelingen kann: Im gemeinsamen Gespräch und im Deuten gemeinsamer Erfahrungen im Licht des biblischen Glaubens und der kirchlichen Überlieferung.

Weil im Zentrum unseres christlichen Glaubens keine abstrakte Wahrheit steht, sondern derjenige, der von sich selbst sagt: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“ (Joh 14,6), deshalb ist auch das Glaubensgeschehen selbst wesentlich ein personales Geschehen. Als solches wird es nicht zunächst gelehrt, sondern bezeugt.

Ohne die Glaubwürdigkeit der Zeugen kann dieses Zeugnis nur misslingen. Dies bedeutet freilich nicht, als sei hier eine Art „religiöser Hochleistungsakrobatik“ gefordert. Glaubwürdig ist vielmehr derjenige, der in seinem Glauben wahrhaftig ist, der ehrlich zu dem steht, was ihm sein Glaube bedeutet – darin eingeschlossen auch die Zweifel –, der aber in all dem daran festhält, sich und sein Leben von Gott und Jesus Christus her bestimmen zu lassen.

„Wahrhaftigkeit“ ist die Bedingung dafür, dass wir im Glauben voneinander lernen können. Denn das glaubwürdige Zeugnis besteht nicht darin, jeden Zweifel von sich zu weisen, sondern auch eingestehen zu können, worin die eigenen Schwierigkeiten mit dem Glauben bestehen. Eingestehen zu können, wo ich an die Grenzen meines eigenen Glaubens stoße, ermutigt unser Gegenüber, von seinen eigenen Schwierigkeiten zu sprechen. Auf diese Weise kann ein Deutegeschehen in Gang kommen, in dem beide Gesprächspartner ihren Glauben immer tiefer erfassen.

These 6:

„Glauben“ kann „gelernt“ werden, und zwar durch das gemeinsame Deuten von Erfahrungen im Licht der biblischen Botschaft. Dabei ist die Glaubwürdigkeit der Gesprächspartner (Eltern, Priester, Arbeitskollegen) gefordert. „Glaubwürdigkeit“ bedeutet nicht: ethische und/oder religiöse Hochleistungsakrobatik, sondern Wahrhaftigkeit.

(5) „Im Glauben auf dem Weg“

Das soeben Gesagte sollte verdeutlichen, dass „Glauben lernen“ und „gemeinsam auf dem Weg“ zu sein, zwei Momente ein- und desselben Geschehens sind. Bedeutet nämlich „Glauben“ kein bloßes Fürwahrhalten übernatürlicher Wahrheiten, sondern das Deuten von Lebenserfahrung im Licht der biblischen und kirchlichen Überlieferung, so kann dies angemessen nur auf einem gemeinsamen Weg geschehen.

Schon im Neuen Testament werden die Christen ausdrücklich als die „Leute des Weges“ bezeichnet (App 9): Christen sind Menschen, die auf dem Wege sind. Wohin aber führt dieser Weg? Auch hierauf gibt das Neue Testament eine Antwort, wenn es von „Nachfolge“ spricht: „Nachfolge“ bedeutet, Jesus Christus als den Orientierungspunkt meines Glaubens- und Lebensweges anzunehmen. Denn Glauben bedeutet, einen Weg zu gehen, dessen Richtung durch Christus gewiesen ist. Die frühen Christen haben das ganz wörtlich genommen: Als Wanderprediger sind sie in der Nachfolge Christi durch das Römische Reich gezogen.

Freilich gerät diese Dynamik genau in dem geschichtlichen Augenblick in Vergessenheit, als die Kirche zu einem ordnenden und stabilisierenden Faktor in einer zunehmend unüberschaubaren Welt wird. Setzt Benedikt der Völkerwanderung das Ideal der „stabilitas loci“ entgegen, wird die Kirche im Mittelalter zunehmend zu einer Ordnung garantierenden Institution. Am Ende ist diese Institution so unbeweglich, dass sie sich nicht mehr zu erneuern vermag. Das Ergebnis sind die Kirchenspaltungen des 16. Jahrhunderts.

Vor mehr als dreißig Jahren hat das Zweite Vatikanische Konzil das Ideal einer „Kirche auf dem Weg“ wieder entdeckt. In ihren Lehrdokumenten begreifen die Konzilsväter die Kirche in Entsprechung zum Volk Israel als das „pilgernde Gottesvolk“. Kirche ist nicht mehr die „feste Burg“; sie lässt sich ein auf die Ängste und Nöte, aber auch auf die Freude und die Hoffnung der Welt. In den „Zeichen der Zeit“ erkennt sie neu, worin ihre jeweili-

ge Berufung besteht.

Aber worin besteht diese Berufung für den einzelnen Christ im Konkreten? Was heißt Nachfolge, was heißt Glauben in meinem Beruf, in meiner Familie, in der Bundeswehr? Welche Antworten kann ich von Christus auf jene Fragen erwarten, die mich in den vielfältigen Bereichen meines Lebens bedrängen? Nach dem bereits Ausgeführten dürfte klar sein: Von Christus her können wir nicht fertige Antworten auf die vielfältigen und komplexen Fragen erwarten, die sich uns heute als glaubenden Menschen stellen. Das Neue Testament sagt uns nicht unvermittelt, wie Glauben heute geschehen kann.

Vielmehr ist es gerade umgekehrt: Erst in der aufmerksamen Wahrnehmung dessen, was uns heute als Herausforderung entgegentritt, erkennen wir so recht, was Glauben überhaupt heißt. **Wir entdecken unseren Glauben neu und tiefer genau dann, wenn wir unsere Wahrnehmung der Welt mit eben jener Botschaft konfrontieren, die uns von Christus her und in ihm zugesagt ist:** der Botschaft von seinem guten Vater, der das Heil aller Menschen will.

Worin dieses Heil im Konkreten liegt, ist damit keineswegs von vornherein ausgemacht. Hierzu bedarf es des gemeinsamen Gesprächs aller Menschen guten Willens. Nicht immer ist dabei vorherzusagen, dass es am Ende nur eine Lösung geben wird; Kompromisse sind bisweilen unumgänglich. Aber diese Kompromisse werden Glaubende in einer Richtung lenken, die dem Willen Gottes zum Heil aller Menschen entspricht.

(6) Plädoyer für eine Gesprächs-, Feier- und Praxiskultur des Glaubens

Ist, wie es Papst Johannes Paul II. in seiner Antrittsenzyklika „Redemptor hominis“ ausgedrückt hat, „der Menschen der erste Weg der Kirche“ (13–14), dann wird damit ausdrücklich anerkannt, dass die Kirche – und mit ihr alle glaubenden Menschen – auf die konkreten Erfahrungen verwiesen sind, die sie in den vielfältigen Bereichen ihres Lebens machen. Diese Erfahrungen gilt es, miteinander und im Licht des Glaubens zu deuten – und hieraus Konsequenzen für das praktische Engagement zu ziehen.

Da hieraus kein Patentrezept folgt, wie Glaube heute gelernt und gelebt werden kann, abschließend ein vierfaches Plädoyer:

Zunächst einmal wäre es wichtig, **die Sprachlosigkeit des Glaubens zu überwinden.** Dies kann gelingen, indem wir uns über unseren ganz persönlichen Glauben austauschen, uns mitteilen, wie wir zum Glauben gekommen sind, was uns am Glauben wichtig ist. Wir könnten uns sagen, was für uns konkret daraus folgt, dass wir glauben, und wo der Glaube unsere konkreten Entscheidungen beeinflusst.

Für einen solchen Austausch bedarf es nicht nur eines vorgängigen Vertrauensverhältnisses; hierzu bedarf es möglicherweise

auch bestimmter Räume, die Diskretion ermöglichen. Das Gespräch über den Glauben gelingt nur ganz selten auf dem Marktplatz – auch wenn der gelebte Glaube den Marktplatz keineswegs zu scheuen braucht.

Im Raum der Diskretion könnte es gelingen, miteinander über den Glauben zu sprechen. Wie bin ich eigentlich zum Glauben gekommen? Wenn ich an meine Kindheit zurückdenke – was sind das meine frühesten Erlebnisse, die ich mit dem Glauben und mit der Kirche verbinde? Habe ich über diese Erlebnisse bereits einmal mit jemandem gesprochen? Weiß ich, wie die ersten religiösen Erfahrungen meiner Frau aussehen? Worin bestehen ihre frühesten Glaubenserfahrungen? Welche Religionsbücher waren für mich wichtig, meine Frau, meine Freunde? Was hat mich bewegt, als ich als Kind oder Jugendlicher zur Kirche gegangen bin? Welche Personen sind mir wichtig geworden, in meiner Gemeinde, in der Jugendarbeit vielleicht?

Über diese Fragen miteinander zu sprechen und so die Sprachlosigkeit des Glaubens zu überwinden, scheint mir grundlegend, damit Glauben als „Lern- und Lebensgemeinschaft“ gelingen kann.

Ein Zweites: **Glaube fordert auch, dass ich mich weiterbewege,** dass ich nicht auf der Stufe meines Kindheitsglaubens stehen bleibe. Aus unserer naturwissenschaftlich-technischen Weltsicht erwachsen Fragen an den überlieferten Glauben, denen

Aufmerksame und interessierte Zuhörer im Plenum der Bundeskonferenz. Vorn rechts der Katholische Militärdékan im Wehrbereich I, Msgr. Franz Stenzaly. Es ist sein letzter Besuch bei einer Bundeskonferenz der GKS, denn MD Stenzaly verlässt mit Erreichen der Altersgrenze nach vielen Jahren der Zugehörigkeit als Militärpfarrer und als dienstaufsichtsführender Militäregeistlicher die „Kirche unter Soldaten“, um seine reichen Erfahrungen in eine zivile Pfarrgemeinde einzubringen.

(Foto: F. Brockmeier)



wir mit den Antworten unseres Kindheitsglaubens einfach nicht gerecht werden können.

Hier gilt es, sich **im Glauben weiterzubilden, den Glauben im gemeinsamen Verstehen zu vertiefen**. Wissen wir eigentlich, was wir tun, wenn wir unsere Kinder zu den Sakramenten führen – wenn wir sie taufen lassen, in die Eucharistiegemeinschaft der Kirche aufnehmen? Schließen wir uns hier einfach nur der Mehrzahl an – vielleicht, weil es ein gesellschaftliches Ereignis ist, zu dem Verwandte und Bekannte von Ferne anreisen? Oder verbinden wir mit den Sakramenten elementare Lebensäußerungen unseres Glaubens?

Zu einer solchen Vertiefung unseres Glaubens bedarf es keineswegs eines eigenen Theologiestudiums. Glaubensgesprächskreise in der Gemeinde, thematische Abende im Familienkreis können hier viel bewegen. Geht es doch zuletzt gerade nicht um ein theoretisches Glaubenswissen, sondern um gedeutetes Leben und gemeinsames Engagement im Licht der biblischen Überlieferung.

Von deshalb auch meine dritte Anregung: Eine „Lern- und Lebensgemeinschaft im Glauben“ gelingt dort, wo wir **gemeinsam im Licht des Evangeliums unsere Alltagsprobleme erörtern und zu bewältigen versuchen**.

Felder, auf denen dies gelingen kann, sind etwa die religiöse Kindererziehung, aber auch das soziale und politische Engagement in einer kirchlichen oder kommunalen Gemeinde. Christen können sich hier als Sauerteig der Gesellschaft erweisen. Sie fragen: Was ist in der Gesellschaft wichtig, was ist vom christlichen Glauben her gefordert? Das gemeinsame Wort beider Kirchen zur sozialen Lage kann hierzu zahlreiche Anregungen geben.

Christen werden dabei die Zusammenarbeit mit Anderen suchen, die ähnliche Ziele verfolgen. Sie werden dabei nicht zunächst das Unterscheidende suchen und Gegensätze verstärken; sie werden sich vielmehr um Verständigung bemühen. Christen geht es um das Vernetzen und Zusammenfügen von Sachkompetenzen, umso möglichst wirksam am Wohl der Menschen mitarbeiten zu können.

Im Geist Jesu werden Christen

Initiativen gründen oder bei bestehenden Initiativen mitwirken. Über die Mikrosolidarität in ihren „kleinen Lebenswelten“ hinaus werden sie sich für die Eine Welt engagieren oder Partnergemeinden unterstützen. Dabei leitet sie die Option für die Randgruppen und Benachteiligten. Gerade so werden sie im Geist Jesu ihren Glauben leben können.

Und schließlich – viertens – werden sich Christen dadurch auszeichnen, dass sie **im Geist Jesu ihren Glauben feiern**. Christen kennen eine Kultur des Lebens und eine Kultur des Feierns; sie achten den Sonntag, um auf diese Weise sicherzustellen, dass die Produktivität und der Selbstbehauptungswille des Menschen nicht das Letzte sind, was den Menschen bestimmt. Auf diese Weise geben sie Zeugnis dafür, dass alles, was ist, zunächst und vor allem Geschenk und Gabe ist.

Das Ideal einer „Lern- und Le-

bensgemeinschaft im Glauben“ bleibt solange eine fromme Utopie, als wir uns über die realen Schranken hinwegtäuschen, die in unserer Gesellschaft bestehen. Deshalb ging es mir mit meinen Überlegungen auch nicht um einen weltfremden Romantizismus. Die realen Bedingungen in unserer Gesellschaft hingegen aufzunehmen, sie gemeinsam im Licht des Glaubens zu bedenken und als Herausforderungen aufzugreifen, den Glauben wirklich werden zu lassen, öffnet die Chance, auch heute den Glauben zu leben.

Die vielfältigen Möglichkeiten der Kommunikation und des Engagements in unserer Gesellschaft zu ergreifen, dabei auch neue Wege des Engagements zu entdecken, diese mit dem Geist Jesu zu erfüllen und eben darüber miteinander zu sprechen – dies könnte den Glauben auch in unserer Zeit auf den Weg bringen.

These 7:

Glaube vollendet sich im gemeinsamen Feiern und im gemeinsamen Engagement für die Benachteiligten – und zwar im Großen wie im Kleinen.

GEFUNDEN

Psychologen beklagen Verlust der Sonntagskultur

Nach den Kirchen beklagen jetzt auch Psychologen den Verlust der Sonntagskultur. „Wenn der Sonntag nur noch einer der Hauptvergnügungspunkte auf der Transit-Strecke des sozialen Erfolgs und des gnadenlosen Amusements ist, dann verliert er seine Basis und Eigenart“, schreibt die Psychotherapeutin Irmtraud Tarr Krüger in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Psychologie heute“.

Die dem Menschen innewohnende Sehnsucht nach Fest- und Feiertagsstimmung wird laut dem Bericht heute oft überwuchert von „Sonntagsneurosen“ und dem Gefühl der Langeweile und Leere. Für die meisten betroffenen Menschen sei die Erwartung, dass der Sonntag ein „Lust- oder Genusstag“ sein soll, Hauptursache ihrer Enttäuschungen. „Unter dem Nützlichkeitsdiktat haben sie verlernt, was es heißt, freie Zeit zu haben“, folgert die Psychotherapeutin. Unter einem glücklichen Sonntag verstünden Menschen dagegen Muße, Zeit, Geborgenheit in der Familie, Harmonie. Ein richtig gestalteter Sonntag könne die „erschreckende Schlagseite zum Nützlichen hin“ zu rechtrücken.

(KNA 02.05.1997)



Internationale Zusammenarbeit katholischer Soldaten für den Frieden

Das Apostolat Militaire International (AMI) –

Im September/Oktober 1996 fand die Generalversammlung des AMI zum Thema „Ethische und soziologische Aspekte des Übergangs von Wehrpflicht- zu Freiwilligenstreitkräften und neue militärische Aufträge im internationalen Bereich“ in Driebergen/NL statt. Italien wurde nach sechsjähriger deutscher Präsidentschaft das Präsidium übertragen; Deutschland wurde für das Generalsekretariat gewählt: Oberst a.D. Jürgen Bringmann als Generalsekretär, Oberst i.G. Franz Thiele und Oberstleutnant i.G. Ralf Wittkamp ins Generalsekretariat. Das Thema der diesjährigen AMI-Generalversammlung in MANILA/Philippinen lautet: „Militärische Führung 2000 – die christliche Sicht“.

Lassen Sie mich hier etwas zum AMI sagen: 1965 schlossen sich in Santiago de Compostela in Spanien katholische Soldaten aus vielen Ländern zu einem internationalen katholischen Verband zusammen – dem Apostolat Militaire International (AMI) – um gemeinsam dem Einfluss der so genannten Friedensbewegung in der katholischen Kirche die Auffassung katholischer Soldaten von ihrem Dienst für den Frieden entgegenzustellen. Seitdem nimmt diese Internationale Katholische Organisation in der Kirche, den Streitkräften der verschiedenen Länder und der Öffentlichkeit ihre selbst gewählten Aufgaben wahr, Normen und Wertvorstellungen christlicher Soldaten zu klären, zu verdeutlichen und national und international zu vertreten, die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern – als Beitrag zum Frieden in der Welt, gemeinsam die geistigen, ethischen und gesellschaftlichen Probleme im militärischen Bereich aus der Sicht des Evangeliums und der Lehre der Kirche zu studieren.

Die Wichtigkeit einer Organisation wie das AMI hat sich in den Jahren seit seiner Gründung nicht verringert, sondern verstärkt. Gerade heute, wo der Frieden, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Würde des Menschen und die Rechte der Völker vielfach in Frage gestellt, gefährdet, angegriffen sind, geht es darum, dass katholische Soldaten sich Gedanken über ihren Dienst machen und ihn aus ihrem christlichen Glauben heraus gestalten, den Dienst des Soldaten als Dienst für einen wirklichen Frieden innerhalb ihrer Kirche und in der Öffentlichkeit vertreten.

Die Mitglieder bzw. Mitgliedsländer des AMI, katholische Soldaten, besonders auch die Vorgesetzten, sollen sich aus ihrer zweifachen Verpflichtung als Soldat und Christ dafür einsetzen, dass die inneren Strukturen der Streitkräfte dem christlichen Bild von der Würde des Menschen Rechnung tragen, auch innerhalb der Streitkräfte die Religionsausübung respektiert und unterstützt wird – in der Regel im Rahmen der Militärseelsorge, der Soldat sich der hohen ethischen Normen bewusst wird, die ihn einerseits zur Erfüllung seines Dienstes für die Gemeinschaft mit gutem Gewissen berechtigen, andererseits aber auch Grenzen militärischer Machtausübung festlegen.

Die jährlichen Generalversammlungen des AMI seit 1965 dienen diesen Zielen – nicht nur zum Nutzen der Mitglieds- und befreundeten Länder, sondern auch im Interesse der Streitkräfte, der Militärseelsorge aller Nationen. Es zeigt sich dabei immer wieder, dass trotz sehr unterschiedlicher nationaler und geographischer Herkunft zwischen katholischen Soldaten und Militärseelsorgern ein tief gehender Konsens über die Aufgaben und innere Verfassung von Streitkräften, aber auch über die Verwirklichung und das Leben des Glaubens unter den Soldaten möglich ist. Die Ergebnisse dieser Konferenzen, die allen Ländern mit einer katholischen Militärseelsorge zugänglich gemacht werden, und die aus ihnen hervorgegangenen Erklärungen zu wichtigen Fragen des Dienstes und des persönlichen Lebens katholischer Soldaten sprechen für sich. Hinzu kommt, dass das AMI Mitglied in der Konferenz der OIC ist, die 36 internationale katholische Organisationen vertritt. Auch hier haben wir erfolgreich unsere Sicht des soldatischen Dienstes und der militärischen Friedenssicherung und -förderung eingebracht und Vorbehalte, die es gerade in den Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas gibt, abgebaut. □

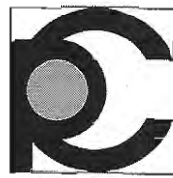
BEOBACHTUNGEN AM RANDE

Lourdes, Anfang Mai 1997. Während der Internationalen Soldatenwallfahrt begegnet ein deutscher General einer Gruppe von nachtschwärmenden deutschen Soldaten. „Äh, Mensch, äh“, brüllt ein nicht mehr ganz nüchterner Landser. „Dat is ja man stark, wie hasse dat denn jeschafft?“, meint er mit Hinweis auf die begehrten goldenen Schulterstücke. Wirft ein verschreckter Kamerad ein, der wohl noch den Überblick hatte: „Mensch halt die Schnauze, das ist ein echter!“ Die Gruppe soll schlagartig nüchtern gewesen sein, und sich in relativer Ruhe und Ordnung, allerdings auffällig schnell davon gemacht haben. (PS)



KONTROVERS

„Gegen Verleumdung der Rolle der kath. Kirche im Zweiten Weltkrieg“



Pax Christi
Europäische Katholische Friedensbewegung

„Pax Christi: Katholische Kirche unterstützte Hitlers Krieg“!

Unter dieser Schlagzeile veröffentlichte die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) eine Pax Christi Erklärung mit massiven Vorwürfen an die Adresse der Deutschen Bischöfe und die katholische Kirche Deutschlands. Anlass für die deutsche Sektion von Pax Christi war die Eröffnung der umstrittenen Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–45“ am 13.04.1997 in der Frankfurter Paulskirche. AUFTRAG dokumentiert kommentarlos die KNA-Meldung wie die Stellungnahme der GKS dazu.

Stellungnahme der GKS in einer Mitteilung an die Presse

Mülheim/Ruhr, 26.04.97. „Rücksichtslose Profilierungssucht auf Kosten der katholischen Kirche und auch der Soldaten der ehemaligen Wehrmacht“ warf die Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf ihrer Bundeskonferenz in Mülheim an der Ruhr am heutigen Tage der so genannten katholischen Friedensbewegung Pax Christi vor. Die heuchlerische Selbstgerechtigkeit des Geschäftsführenden Pax-Christi-Vorstands gegenüber den deutschen katholischen Bischöfen der Hitlerzeit, die sich „entsetzlich geirrt“ hätten – was Pax Christi natürlich niemals passieren könne – sei geradezu lachhaft, wenn sie nicht so verleumderisch wäre.

Wer wider besseres Wissen oder aus Voreingenommenheit behaupte, die katholische Kirche in Deutschland habe „Hitlers Krieg“ fast ausnahmslos unterstützt, mache sich selbst unglaublich.

Im Gegensatz zu Pax Christi ist die GKS der Auffassung, dass die Stellung der Kirche und der deutschen Bischöfe differenzierter gesehen werden muss. Wahr sei vielmehr, dass die katholische Kirche in Deutschland, ebenso wie der Papst in Rom, sich auf vielfältigste Weise und ununterbrochen gegen die menschenverachtende Ideologie und die unsäglichen Verbrechen des Dritten Reiches gewandt und diese mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern oder zu mindern versucht hätten. Der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, sei eines der bekanntesten, aber sicher nicht das einzige Beispiel hierfür. Zugleich hätten sie das Verbrechen eines Angriffskrieges Hitlers in Europa erkannt und verurteilt. Niemand in Deutschland habe in der katholischen Kirche den Krieg Hitlers als gerechten Krieg bezeichnet. Aufrufe zu Gehorsamsverweigerung und Widerstand allerdings hätten nichts genutzt, sondern nur Gefängnis und sogar Tod vor allem für die „normalen“ Gläubigen, weniger für die Bischöfe selbst, bedeutet. Unabhängig von dieser Einschätzung und Verurteilung des Dritten Reiches, seiner Verbrechen und Kriege, habe die katholische Militärseelsorge in der Deutschen Wehrmacht im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Pflicht erfüllt, den Soldaten in ihrer schweren menschlichen Situation religiösen Beistand zu leisten. Jeder Mensch, besonders aber Menschen in extremen Ausnahmesituationen wie Krieg und Lebensgefahr, habe ein Recht, ja einen Anspruch auf diese Hilfe seiner Kirche. Dies habe nichts mit Billigung des Krieges zu tun – genauso wenig, wie Seelsorge in Gefängnissen mit Billigung der begangenen Verbrechen zu tun habe.

In diesem Zusammenhang verurteilte die GKS auch die pauschale Verurteilung der Deutschen Wehrmacht und ihrer Soldaten als verbrecherisch. Viele deutsche

Pax Christi: Katholische Kirche unterstützte Hitlers Krieg

Frankfurt, 9.4.97 (KNA) Die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi hat die „fast durchgängige Unterstützung“ der katholischen Kirche Deutschlands für „Hitlers Krieg“ beklagt. Ein „Verdrängen oder Verschweigen dieser Wahrheit wäre selbstzerstörerisch“, heißt es in einer am Mittwoch in Bad Vilbel veröffentlichten Erklärung des Geschäftsführenden Pax-Christi-Vorstands anlässlich der Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–45“, die am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche eröffnet wird. Pax Christi nimmt nach ihren Worten die Wehrmacht ausstellung zum Anlass, die Kirche „nach ihrer Beteiligung an diesem entsetzlichen Krieg und nach ihrem Verhalten im Krieg zu fragen“. Fast alle katholischen Bischöfe in Deutschland hätten sich damals „in Hirtenbriefen an die Gläubigen gewandt und sie zur ‚Pflichterfüllung‘ und zur Tapferkeit, zum Gehorsam gegenüber der Staatsführung und zur Hingabe ihres Lebens aufgerufen“, heißt es in der Erklärung. In dem Glauben, ihre Pflicht zu tun, hätten die Bischöfe sich „entsetzlich geirrt“. Die Bischöfe seien offenkundig davon ausgegangen, dass Deutschland einen „gerechten Krieg“ führe und dass die Katholiken als Staatsbürger – „traditioneller Staatsethik gemäß“ – zur Teilnahme am von der Obrigkeit verordneten Krieg verpflichtet seien.

„Heikles Thema“

In der Erklärung heißt es, dass es bis heute keine kirchenhistorische Untersuchung zu der Frage gebe, wie die Kirche sich im Krieg und zum Krieg verhalten habe. Es scheine, als machten die Kirchenhistoriker und die kirchlichen Zeitgeschichtler einen „großen Bogen um dieses offensichtlich nach wie vor heikle Thema“. Nicht um „Verurteilung oder Freispruch“, sondern „um Erkenntnis und Anerkennung der je eigenen Verstrickung“ müsse es der Kirche angesichts der Mitverantwortung ihrer Amtsträger gehen, schreibt Pax Christi.

Soldaten hätten im letzten Krieg guten Glaubens für Volk und Heimat gekämpft. Infolge einer rigorosen Abschottung und strenger Überwachung hätten sie vielfach zu spät erkannt, dass sie für verbrecherische Ziele missbraucht wurden. Die ehemaligen Gegner und selbst der rigorose Pazifist Sartre hätten der Deutschen Wehrmacht – wenngleich nicht pauschal deren Führung – Tapferkeit, Opfermut und moralische Integrität bescheinigt. Nicht zuletzt hätten auch viele Angehörige der Deutschen Wehrmacht aktiv im Widerstand gegen Hitler mitgewirkt und dabei ihr Leben verloren. □

Einführung in das Jahresthema 1998

Auch das Jahresthema 1998 soll sich wie das diesjährige an dem Apostolischen Schreiben

TERTIO MILLENNIO

ADVENIENTE

von Papst Johannes Paul II. zur Vorbereitung auf das Jubeljahr 2000 orientieren.

1998 ist das zweite Jahr der Vorbereitungsphase. Es steht unter dem Thema „Gottes Geist in der Welt – Jahr des Entdeckens von Hoffnungszeichen“. Damit wird es in besonderer Weise dem Heiligen Geist und seiner heiligmachenden Anwesenheit in der Gemeinschaft der Jünger Christi gewidmet.

Hierzu sollten 5 Schritte gegangen werden:

1. Wiederentdeckung des Heiligen Geistes in der Geschichte und als

Beweger auch der Geschichte unserer Zeit.

2. Wiederentdeckung des Wirkens des Heiligen Geistes in uns selbst. Er bestimmt unser Leben von Anfang an: Besonders deutlich wird das in den Sakramenten der Taufe und in der Firmung.

3. Vertraut machen mit dem Heiligen Geist – Vertrauter meines Lebens. In uns selbst erkennen, welche Gaben uns der Geist gegeben hat.

4. Neuschaffen des Menschen aus dem Geist als Reaktion auf die Geistwirklichkeit. Nach anfänglicher Angst vor dieser Wirklichkeit muss das Ziel erkannt werden: neu werden – nicht nur mit neuen Ideen, son-

dern mit einem neuen Kopf und einem neuen Herzen. Wir müssen zeigen, „wes Geistes Kind wir sind“. Steckbrief des Hl. Geistes: Der Hymnus „Veni, Sancte Spiritus – Komm, Heiliger Geist“.

5. Gemeinschaft suchen mit den vom Geist Geprägten. – Das beschränkt sich nicht auf die eigene Konfession, sondern meint den Bereich der Ökumene.

Hierzu wären folgende (Jahres-) Themen möglich:

- (1) In der Kraft des Geistes das Angesicht der Erde erneuern
- (2) Als neue Menschen in seinem Geist für eine neue Welt
- (3) Im Geist aus Angst und Enge in neue Weiten. □

GEFUNDEN

„Dein Glaube hat dir geholfen“

Warum religiöse Menschen gesünder leben

Wer glaubt, hat mehr vom Leben, und das schon im Diesseits. Das zeigen neuere Studien US-amerikanischer Psychologen, wie die Weinheimer Zeitschrift „Psychologie heute“ in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet. Danach sind Gläubige weniger anfällig für stressbedingte und psychosomatische Krankheiten; sie begehen weniger Selbstmorde, sind weniger anfällig für Suchterkrankungen und haben eine niedrigere Scheidungsquote. Zu diesem Fazit kommt jedenfalls David Larson vom National Institute for Healthcare Research in Rockville, Maryland, in einer Auswertung mehrerer Forschungsarbeiten aus elf Jahren.

„Psychologie heute“-Chefredakteur Heiko Ernst sieht die Psychologie an einem Wendepunkt angekommen. Als Wissenschaft pflegte sie seit den Zeiten Sigmund Freuds traditionell ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber jeglicher Religiosität. Gläubigkeit galt als Ausdruck von Realitätsflucht, Engstirnigkeit, als „universelle Zwangsneurose“,

verursacht durch frühkindliche Verformungen. Entsprechend richtete sich das Forscherinteresse auf krankmachende Wirkungen bestimmter Praktiken religiöser Erziehung. Begriffe wie „Gottesvergiftung“ oder „ekklesiogene Neurose“ wurden aus der Taufe gehoben. Wie gesundheitsfördernd der Glaube an eine höhere Macht sein kann, wurde vor allem in Deutschland lange Zeit unterschätzt.

Rauchende Kirchgänger untersucht

Anders als hierzulande hat sich in den USA in den letzten 30 Jahren eine Forschung entwickelt, die den Zusammenhang von Religiosität und leib-seelischer Gesundheit weniger vorurteilsbeladen anging. In einer Raucherstudie im Bundesstaat Georgia fand Larson heraus, dass die Kirchgänger der untersuchten Gruppe viermal weniger unter hohem Blutdruck litten als Nicht-Kirchgänger. Die Werte der frommen Qualmer lagen sogar auf dem Niveau nicht-religiöser Nichtraucher.

Der Harvard-Kardiologe Herbert Benson verweist in seinem neuen Buch „Heilung durch Glauben“ auf die „tiefe körperliche Entspannung“, die durch konzentriertes Wiederholen von Gebeten einkehre. Allerdings könnten nur diejenigen von der gesundheitsfördernden Kraft des Glaubens profitieren, die ihr Schicksal vertrauensvoll in die Hand Gottes legten. Typisch für diese passiv-akzeptierende Frömmigkeit seien Gebetformeln wie „dein Wille geschehe“. Ein aktivfordernder und damit eher berechnender Glaube habe hingegen keine positiven Effekte.

Der Münchner Religionspsychologe Bernhard Grom will solche Ergebnisse nicht überbewerten. Nach seiner Auffassung bieten die „weit über 200 Studien“ aus den USA lediglich Anhaltspunkte dafür, dass eine persönlich gelebte Religiosität leichten psychischen Störungen vorbeugt. In Selbsthilfegruppen und in der Behandlung habe sich der Grundsatz bewährt, dass Religion Therapie unterstützen, aber nicht ersetzen könne. Für einen „Frömmigkeitsbonus“ bei den Krankenkassen reichten die gesundheitsfördernden Wirkungen des Glaubens nicht aus.

(Christoph Renzikowski, KNA-Korr. 16.05.1997)

Glaube und Kunst

Ansprache zum Schlussgottesdienst der 37. Woche der Begegnung zu einem schwierigen Thema

Walter Theis

Liebe Schwestern und Brüder!

Was interessiert uns wirklich?

Abstrakt ausgedrückt: Die Welt und mittendrin der Mensch. Und dies auf eine Weise, wie wir konkret beides – Welt und Mensch – erleben.

Der große Unterschied bei gleicher Interessenslage, der uns Menschen voneinander trennt, ist die Folie, der Background, auf dem wir Welt und Mensch sehen und letztlich werten.

Für uns gläubige Menschen ist bei der Betrachtung von Welt und Mensch, so hoffe ich, immer mitgedacht, dass beides Schöpfung ist, d.h. beides in Beziehung steht zu dem, den wir Schöpfer nennen. Das gibt der Welt und dem Menschen von vorne herein eine neue Qualität.

In der Schöpfungsgeschichte lesen wir: „**Gott sah alles, was er getan hat, und es war sehr gut**“ (Gen 1,31). Damit sind Welt und Mensch eingeschlossen und auf eine Qualitätsstufe bezogen, die da heißt: Sehr gut. Ist das heute auch noch so?

Während seiner Entwicklung benutzte der Mensch seinen Lebensraum Welt als Hilfe zur eigenen Lebenserweiterung bis heute, und das im steigenden Maße. Das Ergebnis ist: Unsere Gesellschaft hat tatsächlich ein anderes Bild und eine andere Einschätzung: Welt und Mensch driften immer mehr auseinander. Dies lässt sich im Schlagwort *Umwelt* begreifen, zu der unsere Welt immer mehr verkommen ist. Mit der Entwicklung seiner Technik wird der Mensch zur Bedrohung dieser Umwelt und dies wiederum schlägt auf ihn selbst zurück.

Gibt es Auswege aus dieser Zerrissenheit, oder anders gefragt, fin-

den wir die Wurzeln des Menschseins und sind wir in der Lage, sie freizulegen für einen neuen Umgang mit Natur nicht nur auf der Basis der Naturwissenschaft und der Technologien, in die sich der Mensch *hinein identifiziert* hat?

Vielleicht wissen wir als Gläubige theoretisch zu selbstverständlich von der Bibel her, was richtig sein müsste: Der Mensch ist die Spitze der Schöpfung, aber nicht ihr absoluter Herr.

Damit verbindet sich für den Menschen die Verantwortlichkeit für diese Schöpfung vor dem Herrn der Schöpfung. Indem der Mensch dies tut, verherrlicht er den Schöpfer, d.h. der Mensch erkennt ihn als Herrn an.

Wie können wir dieses Wissen, vielleicht sogar diese Überzeugung Praxis werden lassen?

Vielleicht haben wir uns bisher viel zu sehr auf Rationalität gestützt, die ihren Ausdruck in reflektiertem, gut artikuliertem Wort und Schrift findet. Offenkundig nicht mit überzeugendem Erfolg. Vielleicht haben wir einen Bereich übersehen oder verdrängt, der in früheren Zeiten Menschen geringerer Bildungsstufen Zugang zu Glauben und Lebensgeheimnissen verschaffen konnte: Die Kunst mit all ihren Ausdrucksformen als kompetente Vermittlerin.

Nicht nur vergessen haben wir die Kunst. Im Gegenteil: Glaube und Kunst, einst eng miteinander verbunden, sich gegenseitig befruchtend, stehen heute gelegentlich wie Gegensätze zueinander, die sich gegenseitig ausschließen. Wird dabei nicht übersehen, dass sowohl Glaube als auch Kunst nichts anderes wollen, als Einsicht ins Leben zu vermitteln und Lebenshilfe geben zu wollen.

Sicher sind die Aufgaben unterschiedlich; aber das Ziel ist dasselbe. Was sind nun die Aufgaben der Kunst bzw. der Künstler?

- Sie setzen sich eigenständig mit Fragen des Lebens auseinander,
- sie machen Bestandsaufnahme ihrer Umgebung und der Gegenwart,
- sie stellen Mensch, Natur, ja das ganze Leben in ihrer Schönheit, Angefochtenheit und Zerschmetterlichkeit dar.

Natürlich geschieht dies alles durch den jeweiligen Filter des Künstlers. Das setzt voraus, dass sich jeder ernsthafte Künstler nicht nur der vordergründigen Wirklichkeit, sondern dem dahinterliegenden Anspruch der Wahrheit stellen muss. Nur dadurch wird sein Werk als echt und überzeugend empfunden, weil nur dadurch spürbar ist, dass sich die Künstlerpersönlichkeit in seine Arbeit eingebracht hat bzw. einbringt. Alles andere wäre billiger Abklatsch, Kitsch im wahrsten Sinne des Wortes und damit unecht und unwahr.

Liegt in einem solchen Verhalten nicht eine überzeugende Parallele zur Persönlichkeit, die sich ihrem Glauben verpflichtet weiß?

Wenn aber diese Parallelität erkannt und anerkannt würde, dürfte dann der wahre Künstler heute in unserer Gesellschaft immer noch im Gegensatz zum Gläubigen stehen? Denn dann sind seine Ansichten, sein Werk nichts anderes als Bewertungen und zugleich Anfragen an das derzeitige Leben, die Lebensumstände und an die verantwortliche Gestaltung dieser Welt und unseres Menschseins. An der Einsicht und der Gestaltungsfähigkeit des Künstlers, die dieser der Wahrheit entrungen hat, wird und muss sich der Mensch, zumal wenn er als gläubiger Mensch in einer vergleichbaren Lage ist, reiben. Allerdings nur dann, wenn er sich unvoreingenommen und mit wachem Interesse den Kunstwerken stellt. Man müsste daraus schließen, dass für den christlichen Glauben Kunst immer unabdingbar war und ist.

Für den gläubigen Menschen kommt ein entscheidender Grund hinzu: Glaubensinhalte übersteigen menschliche Vernunft und sind

nur schwer rational zu verdeutlichen. Über die Kunst, die Menschen ganzheitlich umfasst und einbezieht, erreichen Glaubensinhalte oft viel unmittelbarer, intensiver, effektiver den aufgeschlossenen Betrachter und Hörer.

Umgekehrt kann und will die Kunst durch die Art und Weise, welche Fragen sie stellt und wie sie die Fragen stellt, provozieren, d.h. heraustrufen aus gängigen Vorstellungsweisen und Denkmodellen. Sie trägt, sofern sie wahre Kunst ist, immer Exoduscharakter, genau wie der Glaube. Kunst und Künstler werden so zu Kritikern des Glaubens und des Lebens und

können zu neuen Einsichten verhelfen.

Die Kunst ihrerseits – will sie überzeugend bleiben – ist ebenso angewiesen auf die Anfrage durch den Glauben. Wenn Glaube wirklich zum Leben gehört, will sie sich den Sinnfragen, die im Glauben gestellt und durch den Glauben beantwortet werden, nicht entziehen und ihre Stilmittel und Ausdrucksformen zur Sinnvermittlung verweigern.

Wie die Kunst die Forderung nach dem Glauben braucht, so braucht sie natürlich ebenso die Förderung durch den Glauben. Gegenseitiges Abfragen gibt so-

wohl der Kunst als auch dem Glauben die Chance, Inhalte, die das Leben bereichern, zu sehen, die Lebenserfahrung zu erweitern, Werte, die das Leben mit Sinn erfüllen zu entwickeln und entsprechend weiterzugeben.

Wer in unserer heutigen Welt, aus welchen Gründen auch immer, auf solche Möglichkeiten der Lebensdeutung und Lebenserweiterung verzichtet, verarmt bei sich selbst, schränkt sich selbst ein. Tut er dies freiwillig, so wird er den Vorwurf der Fahrlässigkeit bei seiner Lebensführung auf sich ziehen. Amen. □

DEMOKRATIE IN DER PRAXIS

Werte bei jungen Ost- und Westdeutschen ähnlich

Jugendliche in Ost- und Westdeutschland haben nach einer Untersuchung des Soziologen Gerhard Schmidtchen von der Universität Zürich trotz der unterschiedlichen Verhältnisse „ähnliche Werte und Moralvorstellungen entwickelt“. Die Erwartung, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus habe sich im Osten ein Werte- und Orientierungsvakuum entwickelt, habe sich als „Mythos“ entpuppt, erklärte Schmidtchen am 5. März in Leipzig bei der Vorstellung einer sozialpsychologischen Untersuchung, in deren Verlauf zwischen 1993 und 1995 in West- und Ostdeutschland 5.500 junge Menschen von 15 bis 30 Jahren befragt worden waren.

In beiden Teilen Deutschlands sei es jungen Menschen gleichermaßen wichtig, in Familie, Schule und Beruf zuverlässig zu sein, so Schmidtchen. Rund die Hälfte der Befragten folge altruistischen Grundsätzen; die Quelle dieser Moral sei das Alltagsleben. Unterschiede zwischen Ost und West liegen laut Schmidtchen in der höheren Geltung von Werten wie Höflichkeit und Bescheidenheit im Osten; zugleich sei dort eine größere organisatorische Disziplin und ein ausgeprägterer Wille zur Selbst-

durchsetzung zu finden. Im Blick auf die Gewaltbereitschaft ergab die Studie, dass ostdeutsche Jugendliche militanter als die Westdeutschen sind. Eine „subjektive Gewaltdoktrin“ sei bei 33 Prozent der ostdeutschen und bei 22 Prozent der westdeutschen Jugendlichen ausgeprägt. Nach Auffassung Schmidtchens geht die größere Militanz der Ostdeutschen „kaum auf das höhere Frustrationsniveau zurück“, sondern hänge mit der in der DDR stärker „militarisierten Gesellschaft“ zusammen, in der Kampfbereitschaft hoch bewertet worden sei. Wesentlich für die Politik gegenüber Gewalt ist nach Einschätzung Schmidtchens die „geistige Auseinandersetzung“: „Junge Menschen sollten viele praktische Gelegenheiten erhalten, gewaltfreie Verfahrensweisen der Konfliktregelung praktisch einüben zu können“, so der Soziologe.

Die religiöse Situation in Deutschland

Deutliche Unterschiede stellte die Untersuchung zur religiösen Situation in Deutschland fest: In Ostdeutschland gebe es unter Jugendlichen 64 Prozent bekennende Atheisten, 21 Prozent gehörten

einer Kirche an. Im Westen seien 87 Prozent konfessionell gebunden, und 20 Prozent bezeichneten sich als Atheisten. Im Osten gebe es dabei „kaum einen antikirchlichen Affekt“, 67 Prozent der Befragten hätten erklärt, die Kirche sei ihnen gleichgültig. Die Kirchenferne des Ostens hat laut Schmidtchen „tiefere historische Wurzeln als 40 Jahre Sozialismus“. Die Jugendweihe habe bei zwei Dritteln der Jugendlichen im Osten eine positive Resonanz, auch von den Kirchenbesuchern gingen 35 Prozent zur Jugendweihe. Sekten seien im Osten bekannt, „haben aber kaum Chancen“.

Umfrage: Mehrheit der Deutschen glaubt an Übersinnliches

59 Prozent der Deutschen glauben nach einer Anfang April veröffentlichten Forsa-Umfrage an übersinnliche Kräfte und Erscheinungen. In den alten Bundesländern ist dieser Trend mit 63 Prozent wesentlich stärker ausgeprägt als in den neuen Ländern mit 43 Prozent. Insbesondere die unter 30jährigen seien mit 73 Prozent von esoterischen Erscheinungen überzeugt. An die Existenz eines siebten Sinns oder an übersinnliche Kräfte glauben der Umfrage zufolge 41 Prozent der Deutschen, an außerirdische Lebewesen oder Ufos 23 Prozent und an Astrologie und Horoskope 21 Prozent. (KNA)

Keine Lebensform so populär wie die Ehe

Die hohe Wertschätzung von Ehe und Familie bestimmt auch an der Schwelle zum neuen Jahrtausend das Bild unserer Gesellschaft. Obwohl die Lebenswege der Menschen sich heute vielfältiger gestalten, sind die Ehe und die Familie die meist gewünschte und praktizierte Lebensform. Die Menschen sind bereit füreinander Verantwortung zu übernehmen. Die ermittelten Strukturdaten widersprechen dem oft gezeichneten Bild, dass die Familie in Auflösung begriffen sei. Dies wurde kürzlich durch die Veröffentlichung einer repräsentativen Studie zur Situation der Familien in Deutschland deutlich.*

Die Ergebnisse kurzgefasst

- **Keine andere Lebensform ist derzeit so populär in Deutschland wie die Ehe.**

70 Prozent der Befragten, die sich zwischen 1988 und 1994 für eine andere Lebensform entschieden, wählten die Ehe

- **Partnerschaften sind durch Stabilität gekennzeichnet.**

Der voreilig prophezeite Trend zu häufig wechselnden Partnern hat sich nicht eingestellt. Nur bei 12,6 Prozent der Befragten hat im Beobachtungszeitraum ein Partnerwechsel stattgefunden.

Nicht alle Arbeitszeitformen und Arbeitszeitmodelle, die zwar allgemein die Zeitsouveränität der Beschäftigten erhöhen, müssen auch zwangsläufig zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit führen.

Unabdingbar ist eine gesicherte Kinderbetreuung. Je flexibler die Kinderbetreuung ist, desto vielfältiger sind die Möglichkeiten für die Eltern, erwerbstätig zu sein.

Die Haupthemmnisse bei der Umsetzung neuer Arbeitszeitmuster stellen bei den befragten Klein- und Mittelbetrieben die Unsicherheiten bezüglich der Anwendung rechtlicher und tarifrechtlicher Regelungen oder deren Folgen dar. Hier erwies sich die Beratung als besonders effektiv, um bei Klein- und Mittelbetrieben die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten korrekt auszuschöpfen.

- **Die Eheschließung wird auf ein immer späteres Lebensalter hinausgeschoben.**

Unter den 18- bis 24jährigen hat sich der Anteil der Verheirateten zwischen 1988 und 1994 von 12,8 auf 4,4 Prozent verringert. Frauen heiraten zum ersten Mal mit durchschnittlich 27 Jahren, Männer mit durchschnittlich 29 Jahren. Die Ehe kennzeichnet immer seltener den Beginn einer Lebensgemeinschaft. Vielmehr wird sie erst eingegangen, wenn die Partner ihren Platz im Leben gefunden haben und sich die Partnerschaft bereits als tragfähig erwiesen hat. Die Ehe bildet die rechtliche Bestätigung einer meist jahrelang bestehenden vorehelichen Beziehung.

- **Immer mehr Kinder erleben die Heirat ihrer Eltern.**

Ein Großteil der Eltern nicht-ehelich Geborener heiratet bis zum Einschulungsalter der Kinder. Rund zwei Drittel der nicht-

ehelich Geborenen wachsen später in einer ehelichen Familie auf. Der Anteil an Kindern, die bei einem unverheirateten Elternteil leben, ist in den neuen Bundesländern höher als im Westen. Er liegt dort bei 25 Prozent, in den alten Ländern bei 13 Prozent.

- **Unterschiedliche Karriereaussichten von verheirateten Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland.**

In Westdeutschland sind Frauen durch eine eigene Familie in ihren Karrierechancen stark eingeschränkt, während verheiratete Männer um so besser auf der Karriereleiter weiterkommen. Verheiratete Väter gehören zu fast 50 Prozent zu den beruflichen »Aufsteigern« im Verhältnis zu ihrem beruflichen Einstieg (ledige Männer nur zu 32 Prozent). Bei den verheirateten Müttern konnten sich lediglich 27 Prozent beruflich verbessern. Ledige und kinderlose Frauen hingegen erwiesen sich beruflich als ähnlich erfolgreich wie verheiratete Familienväter.

In den neuen Bundesländern haben berufstätige Mütter derselben Jahrgänge geringere Karriere Nachteile als im Westen erfahren: Mit 40 Jahren hatten sie durchschnittlich ähnliche Berufschancen realisiert wie die Familienväter: 34 Prozent der 38- bis 43jährigen in den neuen Ländern hatten sich im Vergleich zu ihrer ersten Position im Beruf verbessern können. CDU-Politikerin Ministerin Claudia Nolte: „Materielle Hilfen für Familien sind für die Besserung der Rahmenbedingungen für Familien wichtig, aber ebenso ist ein familienfreundliches Klima nötig. Kinderlose haben erhebliche Konkurrenzvorteile in der Gesellschaft, zum Beispiel bei der Wohnungssuche und im Arbeitsleben. Deshalb ist es wichtig, Familien Vorrang einzuräumen.“

(aus: UNION 1/97)

* Die Studie „Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend“, Hrsg. Walter Bien, ist bei Lese + Budrich erschienen und im Buchhandel erhältlich, ISBN 3-8100-1713-2. Die Untersuchung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in München erstellt. Sie führt als Familiensurvey VI die großangelegten Studien über die Lebensverhältnisse von Familien in West- und Ostdeutschland (Familiensurvey I bis V) weiter. Bei einer ersten Befragung wurden dabei 1988 in Westdeutschland 10.000 Personen im Alter von 18 bis 55 Jahren und 1990/91 erstmals auch 2.000 in Ostdeutschland befragt. 1994 wurde die Erhebung zum zweiten Mal durchgeführt. Erste Auswertungen dieser sogenannten „Zweiten Welle“ des Familiensurveys liegen nun als Publikation „Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend“ vor. Rund 11.000 Personen, von denen etwa 5.000 schon 1988 befragt wurden, geben erneut Auskunft über ihre derzeitige familiäre Lebenssituation.

KURZ NOTIERT

Werbung: Konsumenten deutlich kompetenter

Im Umgang mit Werbung sind die Konsumenten in Deutschland während der vergangenen 25 Jahre deutlich kompetenter geworden. Darauf hat der Deutsche Werberat zu seinem 25jährigen Bestehen im März 1997 in Bonn hingewiesen. Insgesamt sei die Gesellschaft heute „offener, unverkrampfter und toleranter“, das Bild vom unmündigen und schutzlosen Bürger sei überholt. Seit Gründung des Kontrollorgans der Werbewirtschaft gab es knapp 6.000 Proteste, über die das Gremium entschieden habe. Im Jahr 1996 habe es 324 Beschwerden gegen 214 Werbemaßnahmen gegeben; dies entspreche fast exakt den Zahlen des Vorjahres. Lediglich in vier Fällen seien, jeweils wegen der Diskriminierung von Frauen, öffentliche Rügen ausgesprochen worden.

Der Deutsche Werberat wurde 1972 von den im Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) zusammengeschlossenen Verbänden der werbenden Wirtschaft, der Werbeagenturen, Medien, Werbeberufe und Forschung gegründet. Ihm gehören 40 Orga-

nisationen an. Das Gremium versteht sich als Selbstkontrollorgan und verfügt über keinerlei juristische Mittel. Die Bündnisgrünen bezeichneten den Werberat zum Jubiläum als „Feigenblatt der Werbewirtschaft“, das bestenfalls als „Kummerkasten der Nation“, jedoch nicht zu mehr taue. Dazu sagte Werberats-Sprecher Volker Nickel vor Journalisten, das Gremium könne eben gerade deshalb effizient arbeiten, weil es anders als vergleichbare Einrichtungen nicht durch eine Besetzung nach Proporz belastet sei.

„Unbequem, aber effektiv“

Der Vorsitzende des Werberats, Jürgen Schrader, bezeichnete die Institution als „verlängerten Arm der Bürger“. Sie sei „unbequem, aber effektiv“ und diene sowohl den Bürgern als auch der Wirtschaft und dem Staat, der ansonsten für diesen Bereich eine eigene Bürokratie einrichten müsse. Nach seinen Angaben bilden Verstöße gegen das Regelwerk des Werberats die absolute Ausnahme. Die Einhaltung der Richtlinien sei das Normale, die Werbewirtschaft

sei sich ihrer Verantwortung bewusst. Schrader wies darauf hin, dass das Gros der 6.000 beendeten Fälle niemanden treffe, „der in die Oberliga der deutschen Werbetreibenden gehört“. Es zeige sich auch, dass es „kaum Wiederholungstäter“ gebe. Der Vorsitzende wörtlich: „Wer einmal im Kreuzfeuer stand, hat daraus seine Konsequenzen gezogen.“

Geschmacklosigkeit werde von dem Gremium nicht beurteilt, erläuterte Schrader. Allerdings richte sich geschmacklose Werbung wahrscheinlich selbst. Nickel nannte als „Beweis“ dafür die umstrittenen Werbekampagnen des Benetton-Konzerns. Die Verbraucher hätten dabei genau durchschaut, wenn Werbung etwas vorgaukele oder sich ein moralisches Mäntelchen umhänge, nur um Produkte zu verkaufen. – Nach Angaben des Werberats nahmen in den letzten zehn Jahren 95 Prozent der betroffenen Firmen kritisierte Anzeigen, Plakate oder Spots zurück; lediglich in fünf Prozent sei eine öffentliche Rüge, die schärfste Maßnahme des Werberats, ausgesprochen worden. (KNA)

Menschenwürde und Pressefreiheit

Juristentreffen zu einem heiklen Thema

Für einen besseren Schutz der Menschenwürde in den Medien hat sich Verfassungsrichter Kirchhof ausgesprochen.

„Der einzelne darf nicht sein Recht auf seelische Unversehrtheit durch Pressedarstellungen verlieren“, sagte Kirchhof bei einem Juristentreffen im Februar in Saarbrücken. Die Journalisten sollten etwa im Rückblick auf Ereignisse eigene Maßstäbe bilden, inwieweit ihre Berichterstattung richtig akzentuiert gewesen sei. Das Ergebnis einer solchen Bilanz müsse der Gesellschaft mitgeteilt

werden. Der Jurist verlangte zudem Maßnahmen des Gesetzgebers gegen Exklusiv-Honorare, durch die etwa Straftäter ihre Geschichte erwerbsmäßig vermarkten könnten. Das erstmals vom Bistum Trier veranstaltete Juristentreffen stand unter dem Leitwort „Menschenwürde und Menschenrechte im Wandel der Zeit“.

Der in der Deutschen Bischofskonferenz für Medienfragen zuständige Bischof von Trier, Spital, warnte vor überspitzten Satiren, die die religiösen Gefühle anderer verletzen könnten. Betroffenen

würde es vom Gesetz her schwer gemacht, sich gegen solche Darstellungen zu wehren. Nach Ansicht Kirchhofs muß die Rechtsprechung mehr korrigierende und schützende Maßnahmen für solche Fälle vorsehen. Es könne nicht angehen, daß die Berechtigung des sprachlichen Angreifers prinzipiell als vorrangig gelte. Zugleich fehle ein gesellschaftliches Bewusstsein, gegen jene vorzugehen, die andere öffentlich anprangerten „und das, obwohl wir den Pranger schon lange abgeschafft haben“.

(nach: DT vom 18.04.1997)

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG

Der Dank des Vaterlandes

P. Lothar Groppe SJ

„Der Dank des Vaterlandes wird euch ewig nachschleichen und nie erreichen“. So witzelten in der Wehrmacht selbst begeisterte Nazis. Allerdings konnte sich wohl niemand vorstellen, wie schmähsch nach dem Krieg Soldaten behandelt wurden, die jahrelang für ihr Vaterland im Feld waren. So erhielt der weltberühmte General v. Lettow-Vorbeck, der bereits 1920 aus der Reichswehr ausgeschieden war, also kein Offizier der „Naziwehrmacht“ war und bei Kriegsende 75 Jahre zählte, keinen Pfennig Pension. Er hätte – wie viele alte Offiziere – verhungern müssen, wenn ihm nicht sein Gegner aus dem Ersten Weltkrieg, Feldmarschall Smuts, inzwischen Ministerpräsident von Südafrika, eine Pension ausgesetzt hätte. Die Witwe des von den Nazis ermordeten legendären Admiral Canaris wurde von General Franco versorgt. Nicht wenige alte Soldaten sind buchstäblich verhungert. Diese Vorgänge fallen dem Kenner der Materie ein, wenn er erlebt, wie ein Ex-Kommunist, ein wegen Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt verbestrafter „Historiker“ das Andenken von Millionen Wehrmachtsoldaten nicht nur ungestraft besudelt, sondern hierfür noch belobt wird. So bezeugte die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts den Veranstalter der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ „ihren Respekt“. Der SPD-Oberbürgermeister von München, Ude, nahm diese Ausstellung ins Rathaus auf und unterstrich so ihre Bedeutung. Angeblich ging es den beiden Hauptverantwortlichen für die Ausstellung um Zerstörung der „Legende von der sauberen Wehrmacht“. Jedoch hat es diese nie gegeben. Berufssoldaten erhielten z.B. erst ab 1951 ihre wohlverdienenden Versorgungsbezüge. Offiziere durften jahrelang nur in untergeordneten Stellungen beschäftigt werden, so-

fern sie überhaupt Arbeit fanden. Dies alles, obwohl das Nürnberger Tribunal weder Wehrmacht noch Generalstab als verbrecherische Organisationen verurteilte, sondern lediglich einige ihrer höchsten Repräsentanten. Unbestritten gab es auch in der Wehrmacht Verbrechen. Aber wie kann dies in einer Armee von 19 Millionen anders sein, zumal das blutige Kriegsgeschehen leicht zur Abstumpfung der Gewissen führt. Wieviele Verbrechen werden denn unter 19 Millionen Zivilisten begangen? Die Kriminalstatistik zeichnet da ein düsteres Bild. Im Gegensatz zur Praxis vieler heutiger Gerichte griff die Militärgerichtsbarkeit scharf durch. Schwere Verbrechen wie Plünderung, Vergewaltigung und Mord wurden meist mit der Todesstrafe geahndet. Bemerkenswerterweise wollen unsere linken Ideologen sämtliche Kriegsgerichtsurteile als „von Anfang an Unrecht“ klassifizieren. Was sagen eigentlich unsere führenden Politiker zur Schmäherung der Generation ihrer Väter? Während sich Bundeskanzler Adenauer stets vor die Wehrmacht stellte, halten sich seine „Enkel“ merkwürdig „bedeckt“. Bundesmi-

nister Seehofer sagte in einem Interview vom 02.03.97: „Ich kann Ihnen nur aus meiner Erfahrung sagen, dass Feigheit und Ängstlichkeit der tägliche, ja der stündliche Wegbegleiter vieler Berufspolitiker ist. Es wird nur gefragt: Wie wirkt das, gibt es Widerstand?“ Es wäre ein bescheidenes Zeichen für den Dank des Vaterlandes, wenn sich unsere Politiker vor die zu Unrecht diffamierten Soldaten stellten.

Dass es in der Wehrmacht nicht nur Verbrecher gab, macht das folgende kleine Beispiel deutlich. Unter ihnen nimmt der weithin unbekannte Dr. Albert Battel einen herausragenden Platz ein. Sein kühnes Husarenstück, mit dem er im Einverständnis seines Kommandeurs rund 100 sog. Wehrmachtsjuden in Sicherheit brachte, erregte die Empörung von SS und Gestapo und drang sogar bis Himmler vor. Merkwürdigerweise passierte ihm nichts. Himmler schrieb an Martin Bormann, die graue Eminenz, er beabsichtige, Battel sofort nach dem Krieg verhaften zu lassen. Auch solle er aus der Partei ausgeschlossen werden. Dr. Battel überlebte den Krieg. Eine Spruchkammer befand bei der Entnazifizierung, eine Wiederzulassung als Rechtsanwalt und Notar käme wegen seiner Mitgliedschaft in der Partei nicht in Frage. Dr. Battel erwähnte den Vorfall von Przemysl mit keinem Wort. □

GEFUNDEN

Spektakel um Deserteure

Die Initiatoren um die Deserteure, die in mehreren Städten Denkmale für die Deserteure aufgestellt haben, wollten schon in den achtziger Jahren mit der Illusion, Desertionen von morgen würden den Dritten Weltkrieg verhindern, den Bundesbürger verdummen. Nachdem auf friedlichem Wege, ..., der böse Feind ... beseitigt worden ist, will man wenigstens die Deserteure, die als „nützliche Idioten“ herhalten mussten, mit einer Prämie belohnen. Hier zeigt sich wieder eine typische deutsche Heuchelei; es wird gerne übersehen, dass die Desertion internationalen Charakter hatte. Es wird nirgendwo Mitgefühl mit der

Masse der Deserteure der Roten Armee gezeigt, die zu den deutschen Truppen übergelaufen sind, um so dem Stalin-GULag zu entkommen. Diese Schicksalsgenossen wurden aber von den damaligen Alliierten an die Stalin-Kommissare ausgeliefert. In Sibiriens Straflagern fanden sie ein trauriges Ende. Als überlebender Deserteur und kritischer Zeitzeuge sehe ich es als meine Pflicht an, auf dieses Unrecht hinzuweisen, und verzichte auf den Judaslohn (gemeint ist die vom dt. Bundestag beschlossene Prämie für Deserteure, Anm. der Redaktion).

Leserbrief von Erwin Frank, Eschborn in der FAZ vom 20.05.1997

KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Bioethik: Vom Umgang mit dem Fortschritt

Eva-Maria Streier

In Deutschland werden die Ergebnisse moderner Wissenschaft und Forschung oft in einer irrationalen Atmosphäre diskutiert. Jüngstes Beispiel sind die Auseinandersetzungen um die so genannte Bioethik-Konvention des Europarates. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat auf seiner Frühjahrsvollversammlung Ende April den Zwischenbericht seiner Arbeitsgruppe „Biomedizin“ über die mit der Konvention aufgeworfenen ethisch-rechtlichen Fragen mit großem Ernst diskutiert, ohne allerdings abschließend zur Frage der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland Position zu beziehen. Aufgrund der Empfehlungen der Arbeitsgruppe, die von Dr. Eva-Maria Streier geleitet wird, und der Stellungnahmen in der Vollversammlung wird der dafür zuständige Hauptausschuss des ZdK dazu eine Erklärung erarbeiten.

„Dolly“, das geklonte Schaf, hat alle aufgeschreckt. Wochenlang beherrschte das Thema die Medien, gab Anlass zu Titelgeschichten und Kommentaren, kaum je hat eine Entwicklung der modernen Wissenschaft die Gemüter so erregt.

Jemand, der sich tagtäglich darum bemüht, die oft trockenen und schwer zu vermittelnden Ergebnisse aus der Wissenschaft für die Öffentlichkeit verständlich zu machen, könnte sich über so viel Aufmerksamkeit eigentlich freuen. Aber bei genauerer Analyse der Berichte bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Kaum einer der Texte bleibt sachlich, nach einer oft genug unzulänglichen Schilderung der biowissenschaftlichen Fakten folgen häufig regelrechte Horrorszenerarien vom geklonten Menschen, dem menschlichen Körper als Ersatzteillager zur Organentnahme und Ähnliches mehr. Damit werden Urängste des Menschen wachgerufen oder verstärkt – die rationale Auseinandersetzung bleibt auf der Strecke. Um nicht missverstanden zu werden – Befürchtungen angesichts der rasanten Entwicklungen der modernen Biowissenschaften bestehen zu Recht. Die Frage ist, wie wir mit diesen Befürchtungen umgehen, wie wir uns zu den Entwicklungen stellen. Selbst wenn „Dolly“ doch nicht der identische Klon ihrer Mutter ist, wie ernst zu nehmende Wissenschaftler inzwischen behaupten – letztlich tut dies nichts zur Sache. Ob jetzt oder

später – die Quantensprünge in der Leitwissenschaft aller modernen Wissenschaften, der Biomedizin, sind nicht aufzuhalten.

Beispiel Bioethik-Konvention

Wie steht es angesichts dieser Situation mit unserem Vertrauen in die regelnde Kraft von Gesetzen und Verboten? Wie mit dem Glauben an die ethische Selbstverpflichtung von Forschung und Wissenschaft?

Am 4. April 1997 haben im spanischen Oviedo 21 Mitgliedstaaten die sogenannte Bioethik-Konvention des Europarates unterzeichnet: Deutschland gehörte nicht dazu. Bei uns ist die Konvention nach wie vor heftig umstritten, obwohl das Vertragswerk immerhin Mindeststandards setzt, die es bislang in vielen der Mitgliedstaaten nicht gab und andererseits kein Staat gezwungen ist, seine nationalen strengeren Gesetze zu lockern. Bei der Verabschiedung der „Konvention über Menschenrechte und Biomedizin“ durch das Ministerkomitee im November vergangenen Jahres enthielten sich Deutschland, Belgien und Polen der Stimme, alle anderen Staaten stimmten mit Ja. Im Vorfeld der Straßburger Entscheidung, aber auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ratifizierung der Konvention durch die Bundesrepublik Deutschland wird – nicht nur in Zeitungen – immer wieder die Preisgabe des christlichen Men-

schenbildes, das Ende des christlichen Abendlandes beschworen.

Letzter Hort der Zivilisation?

Ist Deutschland wirklich die letzte aufrechte Bastion im Kampf gegen die Barbarei? Der verstorbene Münsteraner Sozialethiker Franz Furger, der an der Beratung und Formulierung des Konventionsentwurfes als Delegierter der Schweiz beteiligt war, meinte: Wer dem Inhalt dieser Zeitungsberichte Glauben schenkt, „muss entweder den Europarat als ein von seinen Gründungsintentionen völlig verlassenes Opfer einer internationalen Verschwörung und die Bundesrepublik für das einzig verbliebene zivilisierte europäische Land halten ... oder an den Beurteilungskriterien zweifeln, die die zitierten Berichte und Erklärungen verraten.“

Probleme der Aufklärung und des Fortschritts

Woher rührt diese Stimmung in Deutschland, wo liegen die Gründe für eine weit verbreitete Haltung, die Ängste schürt und Emotionen – nicht nur von Behindertenverbänden – weckt? Ein Teil liegt sicher in unserer Verbrechensgeschichte, die eine andere ist als die der Mehrzahl der Völker des Europarates. Niemand verübelt es den Deutschen, wenn sie unter Hinweis auf die Geschichte ihrer Medizin, ihrer Wissenschaft und mancher ihrer Ärzte im Dritten Reich um Verständnis für Ausnahmeregelungen werben. So richtet das deutsche Embryonenschutzgesetz weit höhere Schranken auf als alle anderen nationalen Richtlinien, aber eine Ratifizierung der Konvention setzt – wie gesagt – nationales Recht nicht außer Kraft. Wer allerdings nur mit der Erinnerung an die Nazis argumentiert, übersieht, dass vom Eingriff am Embryo über die Präim-

plantationsdiagnostik bis zur Behandlung von Alzheimer-Kranken nichts bekannt war, als 1946 in Nürnberg erstmals ein Kodex für den experimentellen Umgang mit dem Menschen verfasst wurde. Die erwähnten Möglichkeiten der modernen Medizin entstanden in demokratischen Gesellschaften. Wir haben es hier mit den Problemen der Aufklärung und des Fortschritts, nicht mit dem Kampf gegen eine totalitäre Ideologie zu tun.

Heuchelei

In der Kritik an der Konvention wird immer wieder der unvollständige Schutz für Embryonen hervorgehoben. Kaum jemand weist allerdings darauf hin, dass durch Embryonenforschung erzielte Ergebnisse aus England und Frankreich selbstverständlich in Deutschland angewendet werden dürfen. Die moralische Drecksarbeit machen die anderen, die deutschen Hände bleiben sauber – das kann man nur als Heuchelei bezeichnen. Und was ist davon zu halten, dass in unserem Land die in-vitro Fertilisation erlaubt ist, die Präimplantationsdiagnostik aber, bei der einzelne Embryonen nicht überleben können, verboten, dann aber ein geschädigter Embryo in den Mutterleib eingepflanzt, dort als geschädigt diagnostiziert und nach sechs Wochen legal abgetrieben werden kann? Von konsequentem Embryonenschutz kann angesichts dieser Gesetzeslage nicht die Rede sein. Wäre es da nicht logischer, die Methode der künstlichen Befruchtung in ihrer Nützlichkeit und vor allem wegen der ethischen Folgen in Frage zu stellen?

Den Fakten stellen

„Wenn der menschliche Körper seinen Ursprung in der lebendigen Materie hat, die vor ihm existierte, dann ist doch seine Seele unmittelbar von Gott geschaffen“, so schrieb Papst Johannes Paul II. im Oktober 1996 in einer Botschaft an die Päpstliche Akademie der Wissenschaften. Die programmatische Versöhnung mit der modernen Biologie durch die Anerkennung, dass die Evolutionstheorie mehr ist als eine bloße Hypothese und die gleichzeitige Begründung der menschlichen Würde in der

Ebenbildlichkeit Gottes stößt uns in alle jene Spannungen, die durch Normsetzung nicht mehr zu lösen sind. Die Spannung, in welcher der Christ in dieser Welt lebt, wird durch die Versöhnung der Kirche mit der naturwissenschaftlich fundierten Moderne nicht kleiner, sondern größer. Mit der Versöhnungsgeste der Kirche gegenüber der modernen Wissenschaft ist allerdings auch jede Schwarz-Weiß-Malerei redundant – nach dem Motto: ganz gleich, was passiert, wir bleiben katholisch. Es hilft nichts, wir müssen uns den Fakten stellen und uns zu ihnen stellen. Man wird den Fortschritt nicht aufhalten, indem man ihn dämonisiert.

Um der menschlichen Würde und um des Lebens willen brauchen wir internationale Konsensabkommen, weil die Wissenschaft schon längst international agiert und denkt. Bei einem Festvortrag anlässlich des 70. Geburtstags von Bischof Manfred Müller in Regensburg sagte der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Prof. Wolfgang Frühwald, kürzlich in diesem Zusammenhang: „Der nationale Ethizismus, den wir uns zur Kompensation verlorener anderer Einflusspositionen in der Welt derzeit leisten, ist nationalistisch und daher unethisch.“

Ethos des Kompromisses

In allen diesen Auseinandersetzungen sind uns zwei Überlegungen noch zu wenig bewusst. Annette Schavan, Vizepräsidentin des ZdK, hat den Begriff vom Ethos des Kompromisses geprägt,

das vor allen Normentscheidungen und Festlegungen geprüft werden muss, weil es ein politisch-demokratisches Grundprinzip ist und das Zusammenleben der Völker erst ermöglicht. Bei der Güterabwägung zwischen der vorliegenden Konvention einerseits und keinem Schutz vor möglichem Missbrauch explodierender Forschungsergebnisse andererseits legt sich die Entscheidung nahe. Wobei den noch auszuhandelnden Zusatzprotokollen im Hinblick auf die deutschen Bedenken besondere Bedeutung zukommt.

Die Menschenrechtskonvention zur Biomedizin ist eine völkerrechtlich bindende Übereinkunft zu den Anwendungen von Ergebnissen aus Biologie und Medizin, also ein Rechtsdokument. Wenn gegen ein solches Dokument fast ausschließlich moralisch argumentiert wird, stellt dies die Anerkennung von Rechtsentscheidungen als Wertentscheidungen in Frage.

Schlecht gerüstet

Eines wird aus den Debatten deutlich: Wir Christen sind für bioethische Fragen und Auseinandersetzungen noch nicht so gut gerüstet wie zum Beispiel für sozial-ethische Debatten, für die es in der katholischen Kirche eine lange Tradition gibt.

Um noch einmal auf „Dolly“ und ihre möglichen Folgen zurückzukommen: Artikel 1 und 13 der Menschenrechtskonvention zur Biomedizin verbieten Modifikationen am menschlichen Genom und damit implizit und explizit auch das Klonen. □

KURZ NOTIERT

Wurzeln des Antisemitismus bei den Christen erforschen

Der Vatikan will „Die Wurzeln des Antisemitismus in der christlichen Welt“ erforschen. Bei einer Fachtagung, deren Ergebnisse Papst Johannes Paul II. zugeleitet werden sollen, werde im Herbst darüber beraten, berichtete der Theologe des päpstlichen Hauses, Dominikanerpater George Cottier. Der Papst hatte zum Heiligen Jahr 2000 eine Gewissenserforschung über die Fehler der Kirche im Laufe ihrer Geschichte angeregt. Bei der Expertentagung gehe es aber nicht um eine historische Aufarbeitung des Antisemitismus sondern um ein theologisches Urteil, sagte Pater Cottier. Die Frage sei daher, „wie es möglich war, daß Christen, Bischöfe, Päpste und sogar Heilige angesichts der Verfolgungen gegenüber Juden passiv bleiben, sie tolerieren, sie vielleicht sogar ausführten und dies mit Glaubensgründen rechtfertigen konnten. (DT 22.04.97)

Heimliche Entmachtung der Priester

Machtanmaßende Laien versuchen
die Kompetenz des Hirten zu zerstören

Christa Meves

Das Wort von der „Demokratisierung der Kirche“ grassiert immer häufiger in den deutschsprachigen katholischen Gemeinden. Ohne zu bedenken, wie wenig angemessen es ist, einen Ausdruck aus der weltlichen Politik auf die von Christus so und nicht anders gegründete Mater Ecclesia anzuwenden, wird nach Entmachtung der Priester nicht nur gerufen, sondern auch mit Intensität daran gearbeitet. In den einzelnen Gemeinden findet unterschwellig häufig so etwas wie eine Spaltung statt. Die einen verstärken ihre Bemühungen um eine entschiedene Romtreue, die anderen proben mit oder gegen ihren Pfarrer den Aufstand, wobei selten bedacht wird, dass der Kampf um die Abschaffung der Hierarchie einer veralteten revolutionären Ideolo-

gie entlehnt ist – der marxistischen. Dass diese aber ein atheistischer Religionsersatz ist, der nicht einmal seine weltlichen Versprechungen hat einlösen können, wird selten durchschaut.

Zwei Beispiele aus der Vortragstätigkeit der Berichtenden stehen für viele. Nach einem Abendvortrag in einer katholischen Gemeinde im Rheinland wurde sie von dem Ausschuss für Erwachsenenbildung um Mitarbeit gebeten: „Wir haben uns von dem Aufruf unseres Papstes als Gemeindemitglieder angesprochen gefühlt und haben in unserem Umfeld eine Neuevangelisierung ins Leben gerufen. Deshalb führen wir seit zwei Jahren im achtwöchigen Turnus Vorträge durch, um die wir namhafte Katholiken bitten. Anfangs haben wir die Mit-

glieder unserer Gemeinde persönlich angeschrieben und sie ange-regt, zu diesen Veranstaltungen besonders auch Angehörige und Bekannte mitzubringen, die der Kirche bereits ferner stehen und die auf dem Boden von Glaubens-zweifeln nicht mehr praktizieren. Daraus hat sich eine lebendige Gemein-schaft gebildet, die außerordentlich diskussionsfreudig ist und den Vortragenden mit vielen ihrer Fragen zum Glauben konfrontieren.“

Nach dem Vortrag kam es mit dem Pfarrer der Nachbargemeinde zum Gespräch. Er macht einen gedrückten Eindruck, der von seinem Bericht nachhaltig bestätigt wurde. „Ja, Laienmitarbeit in dieser Form wie hier, die ist beneidenswert vorbildlich“, erklärte er, „diese Mitarbeiter stehen geschlossen selbstlos im Dienst am Evangelium. Aber bei uns hat sich ein anderer Geist eingeschlichen. Der Hauptakzent der sich in meiner Gemeinde engagierenden Laien liegt darauf, kämpferisch Trends voranzutreiben, die im Dis-

Fortsetzung auf Seite 73, Sp. 2 u. 3

Die Moderne als Chance begreifen

Kaum Überlebenschancen für
"Pfarrgemeinden herkömmlicher Art"

Christian Buschmann/DT

Die Überlebenschancen für „Pfarrgemeinden herkömmlicher Art“ stehen schlecht. Noch „vielleicht zehn Jahre“ gibt der Freiburger Religionssoziologe Michael Eberts den hergebrachten Strukturen kirchlicher Verfasstheit in Deutschland. Dann verursache der gesellschaftliche Wandel auch hier den „großen Crash“, sagte Eberts in Bergisch Gladbach bei einer Tagung der Thomas-Morus-Akademie Bensberg zum fünfzigjährigen Bestehen des Diözesanrats im Erzbistum Köln.

In einer pluralistischen Gesellschaft hat die Religion Eberts zufolge ihren übergeordneten Status

von einst radikal eingebüßt. Sie sei zu einer „privaten Sonderzone“ geworden, an der man ebensogut „straflos vorbeileben darf“.

Das bedeutet nach den Worten des Religionssoziologen jedoch keinesfalls, das Religion überflüssig wird. Neu sei allein die Offensichtlichkeit dieses Zustands. Neben die „klassischen“ Religionen sei eine Fülle konkurrierender Sinnangebote getreten. Wer wolle, könne seine religiösen Bedürfnisse auf diesem „Markt“ außerhalb der Kirchen erfüllen.

Die Kirche, gewandelt „von einer Dominanten zu einer Dominierten“, täte nun gut daran, den

Dialog mit allen Menschen guten Willens zu suchen, und zwar „nicht mit der Absicht, vorrangig neue Mitglieder zu rekrutieren, sondern in diesem Dialog zu lernen“, wo die christliche Botschaft „andocken kann an das, was im Leben zählt“. Was ist beispielsweise innerkirchlich wirklich bekannt über Ausgetretene, Nichtmitglieder oder Fernstehende? Hier sieht Eberts die Aufgabe der Laien. Als Experten im gesellschaftlichen Leben müssten sie einerseits ihren Glauben in diesen Dialog mit der Gesellschaft einbringen und andererseits ihre Erfahrungen als Material für theologische Reflexion und kirchliche Praxis beisteuern.

Pfarrgemeinde- und Diözesanräte dürften sich in diesem Zusammenhang nicht selbstgenügsam

Fortsetzung auf Seite 73, Sp. 1

„Die Moderne als Chance begreifen“

Fortsetzung von Seite 72:

auf innerkirchliche Fragen beschränken, sondern müssten vielmehr die Moderne begreifen als Entwicklungs- und Lernchance. In ihren Reihen müssten deshalb Menschen aller Berufe, Lebensalter und unterschiedlichster Kompetenzen vertreten sein, die ihr Amt nicht als Erbhof missbrauchten, sondern beispielsweise auch nur begrenzt bis zum Erreichen eines Teilziels verwalteten. In kirchlichen Laiengremien verzeichnete Eberts derzeit ein zu unflexibles Verharren im Gewohnten und Widerstand gegen allen Wandel, so daß die Kirchenleitung manchmal gut beraten sei, eben nicht auf den Rat solcher Gremien zu hören.

Der Kölner Generalvikar Norbert Feldhoff stimmte dieser Diagnose im Wesentlichen zu. Wenn er auch fest daran glaube, „dass Kirche nicht kaputtzukriegen ist“, so bedeute diese Zuversicht dennoch keineswegs eine Bestandsgarantie für vorhandene Strukturen oder eine bestimmte Region. Die Einrichtung des Domforums in Köln oder auch die massive Verstärkung der Krankenhausseelsorge seien Beispiele, wie die Kirche von Köln auf die Moderne reagiere. Auch im Pastoralgespräch sei die enggeführte Gemeindefixiertheit wenigstens im Ansatz überwunden worden, bemerkte Feldhoff dankbar. Denn selbst „mit doppelt und dreifach so vielen Priestern“, wie derzeit vorhanden, müssten die Gemeinden zu größeren Einheiten umstrukturiert werden.

Guten Rat in Fragen der Pastoral erwarte der Erzbischof dabei vornehmlich von den kirchenrechtlich vorgegebenen Gremien Priesterrat und Pastoralrat. Demgegenüber sehe er, sagte Feldhoff, den Diözesanrat als „autonomen Zusammenschluss“ und „Entscheidungsgremium für das Laienapostolat“.

Bei der immer wieder geforderten Mitbestimmung der Laiengremien in pastoralen Fragen sei er an das geltende Kirchenrecht gebunden, das eine solche Mitwirkung des Diözesanrats nicht vorsehe, sagte Feldhoff. Doch könne er sich „auch ganz andere Rechtsordnungen in der Kirche vorstellen“. Aufs Ganze gesehen verzettelten sich zu viele Räte in zu vielen Fragen. Hier sei eine deutlichere Aufgabenabgrenzung notwendig.

(DT vom 27.03.1997)

„Heimliche Entmachtung der Priester“

Fortsetzung von Seite 72:

sens zu den Verlautbarungen des Vatikans stehen. Deren „Neuevangelsingierung“ besteht darin, vor allem erst einmal die Hierarchie in der Kirche abschaffen zu wollen. Sie verstehen sie als Machtanmaßung: Aber diese Absicht hat konkret zur Folge – der Pfarrer lachte bitter auf – „selbst eine Machtanmaßung ohnegleichen in unserer Gemeinde zu praktizieren. Man tut alles, mich zu entmachten und aus ihren Aktionen auszuschließen.“

Zwei sehr unterschiedliche Stile von Laienarbeit in zwei katholischen Gemeinden. Der ersten wird sie zum Segen gereichen, so ließ sich bereits konstatieren. Sie wird gute Früchte ernten können. Denn ihre Bemühungen um eine Belebung des Glaubens maßen sich nicht an, die Grund-Struktur der katholischen Kirche auflösen zu

wollen. Die halten sich mit Christus („Was ihr, die Priester, löst, werde auch ich lösen“) daran, nicht die Vorrangstellung des Gemeindepfarrers anzutasten. Sie verstehen sich als Laienmitarbeiter an seiner Seite. Sie versuchen nicht, ihm seine Kompetenz streitig zu machen. Solche Laienmitarbeit ist ein dringliches Gebot der Stunde. Solche verständigen, demütigen, statt machtanmaßenden Laienhelfer braucht der heilige Leib Christi! Revoluzzer mit Enthronungsbedürfnissen um der eigenen – oft uneingestanden – Machtbedürfnisse willen haben mit dem Geist Christi nichts gemein. Belebung der Kirche bedarf gewiss der einfallreichen Initiativen der Laien in den Gemeinden. Aber der Rahmen dazu kann allein durch die Vorgaben des Gründers der Mater Ecclesia – von Jesus Christus selbst – abgesteckt werden. (DT vom 04.03.1997)

PERSONALIA

Prassel neuer Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge

Als engagierten Vertreter und Gestalter der Soldatenwallfahrt nach Lourdes bezeichnete Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld den Leiter des Seelsorgereferates im Katholischen Militärbischofsamt, Militärdekan Monsignore Dr. Peter Prassel (46), bei seiner Verabschiedung in Bonn. Nabbefeld hob Prassels klaren Blick für das Leben und die Sprache des Soldatenalltags hervor und dankte für seine diskrete Art, mit der er als Berater und Helfer für die Mitarbeiter in der Militärseelsorge tätig war, für seine Kollegialität und nicht zuletzt für seinen 12-jährigen Dienst in der „Kirche unter den Soldaten“.

Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, Leiter der Abteilung Recht im BMVg, händigte Prassel die staatliche Entlassungsurkunde aus. Dr. Dau nannte besonders zwei wesentliche Aufgabengebiete von Prassel, die in den staatlichen Bereich hineinwirkten: Den Lebenskundlichen Unterricht und die Soldatenwallfahrten nach Lourdes. Es habe Prassel oblegen in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr und dem BMVg jährlich die Themen des Lebenskundlichen Unterrichts festzulegen und für die Militärpfarrer die Unterrichtshilfen

für den Lebenskundlichen Unterricht herauszugeben. Ministerialdirektor Dau lobte den ausscheidenden Militärgeistlichen für die Qualität der Inhalte dieser Hefte und seine ausgezeichnete Arbeit. Er dankte ihm für die eindrucksvolle Art der Vermittlung von Versöhnung und Frieden auf den Soldatenwallfahrten nach Lourdes.

Prassel hat am 1. April 1997 die Stelle des Nationaldirektors für die Ausländerseelsorge in Deutschland übernommen. Verbunden ist diese Aufgabe mit der des Sekretariats der neu geschaffenen Kommission 14 der Deutschen Bischofskonferenz für Migrationsfragen. Es gibt zurzeit rund 2 Millionen katholische Ausländer in Deutschland, die von 540 ausländischen Seelsorgern betreut werden, die in 450 Pfarreien ihren Dienst tun. Die Migrations-Kommission wird sich im größeren Rahmen mit weltweiten Wanderungsbewegungen, den Migranten in Deutschland und Fragen des Asylrechts beschäftigen und dazu der Deutschen Bischofskonferenz Vorschläge machen.

Der aus Sinzig stammende Trierer Priester trat 1985 als Standortpfarrer Mainz in den Dienst der Katholischen Militärseelsorge. 1989 wechselte er in den Seelsorgebezirk Sobernheim. Zum 01.10.1991 wurde Prassel zum Leiter des Seelsorgereferates im KMBA berufen.

M. Beyel, KMBA

Kleine Kirchenbeschreibung der katholischen Kirche in den neuen Bundesländern

Franz Georg Friemel

Zahlenmäßig unbedeutend

Wer über die Katholische Kirche in den neuen Bundesländern berichtet, ist geneigt, mit einem Zitat aus Exuperys berühmtem Buch „Der kleine Prinz“ zu beginnen. Er erzählt von seinem Planeten und sagt, „es ist so klein bei mir zu Hause“. In den neuen Bundesländern ist eine Gemeinde mit 4.000 Katholiken eine sehr große Gemeinde. Es gibt davon nicht viele. Die normale Gemeindegröße beträgt 1.000 bis 2.000 Gemeindeglieder. Diese absoluten Zahlen sagen aber nicht viel, denn man könnte sich ein dünn besiedeltes christliches Land mit Gemeinden solcher Größe vorstellen. Um ein Bild zu bekommen, müssen wir uns die Umwelt dazu vorstellen: In Hildburghausen leben 870 katholische Christen unter 28.670 Einwohnern; in Gotha 3.700 unter 81.000; 700 Katholiken leben unter 12.000 Andersdenkenden in der Erfurter Innenstadtpfarrei, der Schottenkirche. Diese Zahlen werden in ihren Relationen – abgesehen von den kleinen volksskirchlich geprägten Gebieten – nach Norden hin eher ungünstiger: In der Propsteipfarrei Halle leben 3.500 Katholiken unter 82.000 Nichtkatholiken.

Auch die nach der Neuordnung der kirchlichen Gebiete 1994 entstandenen Diözesen sind klein: Erfurt ist mit 202.000 Katholiken die größte der neuen Diözesen. Es folgen Magdeburg mit 200.000; Dresden-Meißen mit 170.000 Katholiken. Görlitz ist mit knapp 50.000 Katholiken die kleinste Diözese in Deutschland¹.

Kirche unter Andersdenkenden

Wenn wir von einer Diasporakirche sprechen, muss im Zusammenhang mit den neuen Bundesländern sofort eine besondere Qualifikation dieser Diaspora erwähnt werden. Bis zum Ende des

2. Weltkrieges handelte es sich um eine konfessionelle Diaspora. Katholische Christen lebten weitab von ihren katholischen Bischofsstädten: Breslau, Paderborn, Würzburg oder Osnabrück². Sie lebten auch weit entfernt von katholisch bestimmten Milieus unter evangelischen Christen. 90 % der Bevölkerung zählten sich in den endvierziger Jahren zu den großen evangelischen Landeskirchen. Diese bis zur Mitte des Jahrhunderts eindeutig protestantisch bestimmten Gegenden, die man mit Recht Stammländer der Reformation nennen kann, erlitten durch die vierzigjährige ideologische Einwirkung des Marxismus-Leninismus, die systematisch und anhaltend Glauben als Aberglauben, Religion als unwissenschaftlich und Kirche als fortschrittsfeindlich denunzierte, einen starken Mitgliederschwund. Das geschah teils durch formellen Kirchenaustritt, teils durch ein langsames Verdunsten jeglichen Interesses für Transzendenz und für Fragen, die über das unmittelbare Dasein hinausgehen. Man machte einfach nicht mehr mit, verweigerte auch zunehmend die materielle Unterstützung der Kirchen, die Jahr für Jahr um eine immer noch „Kirchensteuer“ genannte Abgabe, die in einer gewissen Relation zum Einkommen stehen sollte, baten. Die Folge war, dass auch die Kinder nicht mehr getauft wurden und allmählich die Konfirmation durch die sozialistische Jugendweihe ersetzt wurde. Am Ende der sozialistischen Herrschaft waren nur noch 25 % der Bevölkerung mit der evangelischen Kirche verbunden. Auch die katholische Kirche erlitt natürlich aufgrund des beständigen ideologischen Stresses große Einbußen. Aber einmal war sie durch die Flüchtlingsströme des Osten nach dem Krieg ein wenig „aufgefrischt“ worden, andererseits fiel die kleine katholische Minderheit ohnehin nicht so ins Gewicht. Sie

war und blieb Minderheit, während bei den Protestanten eine Umwandlung von einer Volkskirche zu einer Minderheitskirche erfolgte. Die Folge dieser Entwicklung war für beide Kirchen zuerst eine ideologische Diaspora, in der katholische und evangelische Christen gemeinsam als die Andersdenkenden der offiziellen und staatlich verordneten atheistischen Ideologie gegenüberstanden, und dann – nach dem offenkundigen Scheitern dieser Ideologie – das Leben in einer Gesellschaft, die allem Religiösen fremd und verständnislos gegenübersteht. In den neuen Bundesländern ist die Mehrzahl der Menschen sozusagen immun gegen Religion geworden, so sehr, dass selbst die Sekten, die nach der Wende natürlich sofort hoffnungsvoll ihre Aktivitäten in der ehemaligen DDR entfalteten, nur geringe Chancen hatten, ihren Einfluß auszuüben.

Wenn wir uns von der nichtchristlichen Umgebung, in der die Christen in den neuen Bundesländern – katholische wie evangelische – leben, ein zutreffendes Bild machen wollen, müssen wir realisieren, dass es sich in der Generation der bis Fünfzigjährigen nicht zuerst um sogenannte „abgefallene“ Christen handele, auch nicht um an der Kirche resignierte, auch nicht um bekümmerte Atheisten, die es ja in den alten Bundesländern zuhauf gibt, sondern um ganz normale Zeitgenossen, für die der Gedanke an Gott oder eine absolute Zukunft einfach sinnlos erscheint, ja verschwendete Zeit ist. Sie haben mit Kirche und Glaube nichts zu tun gehabt und wollen damit auch nichts zu tun haben. Sie halten sich für irreversibel ungläubig. Das ist ein qualitativ anderes Heidentum als das noch immer katholisch eingefärbte etwa in Köln oder das protestantische in Hamburg. Zu diesem mangelnden Sinn für alles, was sich nicht naturwissenschaftlich und positiv-

stisch ausweisen lässt, kommt eine beträchtliche Unkenntnis. Es ist keine Provokation, wenn jemand die Frage stellt, wer der Mann ist, der da an diesem Kreuz hängt. Man weiß noch, dass Spartakus gekreuzigt worden ist, aber bald wird man auch das nicht mehr wissen. Die kommunistischen Kader haben ideologisch ganze Arbeit geleistet und den Bewohnern der ehemaligen DDR bis hin in die mittlere Generation die Religion „gründlich ausgetrieben“.

Innerer Zustand

Sich als einzelner ein Urteil über den „inneren Zustand“ mehrerer Ortskirchen im gleichen Milieu zu erlauben, ist natürlich verwegen; aber auch ein Seelsorgeamt mit seinen größeren Möglichkeiten der Überschau und der Nähe zu Problemen würde wohl auch keine bis in die Einzelheiten zutreffende Zustandsbeschreibung geben können. Was hier gesagt wird, bleibt approximativ und nach allen Seiten der Korrektur bedürftig.

Katholische Christen, die Gemeinden, der Klerus nehmen natürlich teil an den Sorgen aller Bewohner der neuen Länder, für die das Lebensgefühl seit 1989 außerordentlich verändert ist. Diese Veränderung kann in diesem Zusammenhang nur in Andeutungen beschrieben werden. Ich nenne einige Stichworte: Die Veränderung von Währung und Wirtschaft, die gleichzeitig viele neue Möglichkeiten bietet, aber auch viele neue Unsicherheiten bringt: Die Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Kriminalität stehen für die meisten neu dazu-

gekommenen Bürger der Bundesrepublik im Vordergrund. Geld, das in der DDR kein „Thema Nummer eins“ war – weil Beziehungen zur Beschaffung von Gütern wichtiger waren –, hat nun eine außerordentliche Bedeutung erhalten. Die neu-gewonnene Freiheit wird als Redefreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationenfreiheit, Reisefreiheit und als

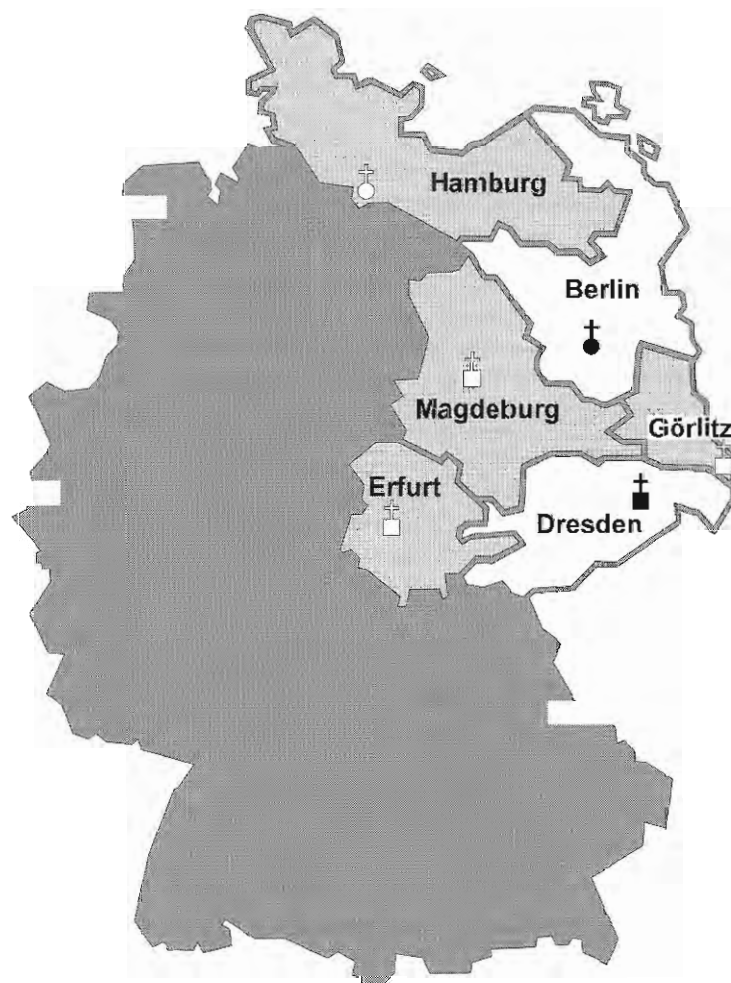
Daher gab es für die Mehrzahl der Bewohner der neuen Länder nach der außerordentlichen Euphorie des Herbstes 1989 und des Frühjahrs 1990 eine zunehmende Ernüchterung, die in einigen Segmenten der Gesellschaft inzwischen Züge einer DDR-Nostalgie annimmt. Das ist oft nicht reflektiert, sondern kommt aus dem

emotionalen Bereich. Man hat nicht mehr den Ausgangspunkt der Wende, den ökonomischen und ökologischen Niedergang der DDR, vor Augen. Man hat Mauer und Stacheldraht vergessen; gleichzeitig sind aber die neuen Möglichkeiten selbstverständlich geworden. Man müsste sich nur ein wenig intellektuell anstrengen, um zwischen den heutigen Problemen und dem finalen Zustand der DDR einen Zusammenhang herzustellen. Das unterbleibt oft. Da inzwischen aber die neuen, dem Westen verdankten Möglichkeiten – von der Versorgung mit frischem Obst bis zum Telefon – selbstverständlich sind, werden für die gegenwärtigen Probleme und Mißhelligkeiten die neuen Politiker und die Politik der Bundesrepublik verantwortlich gemacht.

Ich habe aber den Eindruck, der durch viele Gespräche und durch eine Umfrage, die von Studenten des Philosophisch-

Theologischen Studiums Erfurt unter katholischen Kirchgängern in sechs unterschiedlichen Gemeinden veranstaltet wurde, bestätigt wird, dass katholische Christen, die mit ihren Gemeinden verbunden leben, nicht nur die Wende uneingeschränkt positiv sehen, sondern auch die mit ihr gegebenen Nachfolgeprobleme bereitwilliger zu meistern versuchen. Sie haben im Rückblick weniger Res-

Bistümer in den neuen Bundesländern



Grafik: H. Hecht

✠ Erzbistum ✠ Bistum ■ 1994 gegründete Bistümer

Freiheit der politischen Wahl hochgeschätzt. Viele Leute haben aber den Eindruck, dass das Leben in vieler Hinsicht unsicherer geworden ist und dass die neue Freiheit auch Möglichkeiten bietet, die nicht nur gegen gute Sitten verstoßen, sondern auch den Menschen missachten; manchmal wird Freiheit in Ähnlichkeit zur Anarchie erlebt. Freiheit in den neuen Ländern wird deshalb ambivalent erfahren.

sentiments als andere, und die Versuchungen, die Verhältnisse in der DDR in der Retrospektive zu entschärfen oder gar zu verklären, sind geringer als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Das hängt damit zusammen, dass die kleine katholische Kirche dem sozialistischen Staat gegenüber immer misstrauisch war und nichts Gutes von ihm erwartete. Man war in sozialistischer Zeit der Meinung, wenn es nicht noch schlimmer käme, könne man schon von Erfolg reden. Die aus dem Osten vertriebenen Katholiken, die in den katholischen Minigemeinden der Diaspora natürlich eine bedeutendere Rolle spielten als die evangelischen Vertriebenen in ihren viel größeren und gefestigteren Gemeinden, hatten ihre Erfahrung mit den Sowjets gemacht, ungute Erfahrungen. Ihnen war mehr emotional als reflektiert klar, dass Kommunismus nichts Gutes sein kann. Im Gegensatz dazu gab es in der evangelischen Kirche immer wieder auch Hoffnungen auf einen „verbesserlichen“ Sozialismus. Es gab Kreise, die sahen im Sozialismus wenigstens die Möglichkeit zu einer gerechteren Gesellschaft. Allerdings gab es auch in der evangelischen Kirche gleichzeitig immer starke Kräfte der Ablehnung der sozialistischen Diktatur.

Von den durch die Gemeinden hergestellten zahlreichen Ost-West-Kontakten unter den Christen brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht weiter zu reden.

Zur Beschreibung des inneren Zustandes der katholischen Kirche in den neuen Ländern gehört auch die Feststellung, dass das kirchliche Leben in Pfarreien und Diözesen durch die Wende nicht grundsätzlich neu gestaltet wurde. Die Kontinuität ist größer als die Diskontinuität. Die Kirche hat in der neuen Situation im Grunde die gleiche Aufgabe wie in den Zeiten, da die Kommunisten herrschten, nämlich den Menschen die Wahrheit und die Liebe Gottes deutlich zu machen und dafür so klar als möglich Zeugnis abzulegen. Kirche ist für die Leute in den neuen Ländern – für Gläubige und Ungläubige – das, was es sozusagen „immer schon gab“. Die am Sonntag im Gottesdienst zusammenkommende Gemeinde, die Predigt, die Ka-

techese an Kindern und Jugendlichen, die Arbeit in Familienkreisen, die beständige Bemühung, in einer nicht an Gott glaubenden Welt als Christ zu glauben, zu hoffen und zu lieben. Auch die beständige Sorge, dass aus einer Pfarrei eine Gemeinde wird – eine der Hauptforderungen der Dresdner Pastorsynode –, bleibt bestehen. Nicht erst nach der Wende sind „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi“. Für die Kirche heißt „Wende“ nicht, es wird alles anders: Die uralten Wahrheiten bleiben aktuell und sind zu verkündigen und zu feiern. Der Auftrag, denen, die nichts von Gott wissen, von Gott zu erzählen, bleibt gültig. Die Sorge für die Menschen auf der Schattenseite des Lebens war in sozialistischer Zeit nötig und wird auch in Zukunft nötig sein, freilich hat sich die Art und Weise des Lebens in Not und Beschwerlichkeit geändert. Auch in einer freiheitlichen Gesellschaft bleiben die Grundaufträge der Kirche bestehen. Kontinuität heißt selbstverständlich zuerst, das theologische Wesen von Kirche aus der sozialistischen Zeit über die Wende in die neue nicht weniger, aber auf andere Weise problematische Zeit herüberzubringen. Zu dieser Kontinuität gehören aber auch einige Eigenheiten in der Kirche in der ehemaligen DDR, die nicht aufgegeben werden sollten. Zuerst ist zu nennen die Nähe der Hierarchie zu den Pfarrern und den Gläubigen in den Pfarreien. Das hängt einerseits mit der Kleinheit der Verhältnisse zusammen, andererseits auch mit dem entschiedenen Willen der Bischöfe im sozialistischen Staat, jedem Versuch der Spaltung der Kirche in Leitung und Basis zu begegnen. Es gehörte nämlich zur Strategie der Kommunisten zu versuchen, „mit denen da oben Sekt zu trinken und die da unten vor das Schienbein zu treten“. Diese Nähe, die Möglichkeit, „beim Bischof zu klingeln“, sollte erhalten bleiben, auch wenn nun in den Kalendern der Bischöfe immer wieder Termine bloßer, leider nicht zu vermeidender Repräsentation zu finden sind³.

Vor der Wende war die Katholische Kirche in der DDR eine Kirche ohne nennenswerte innere Spannungen; es kam kaum zu Polarisierungen oder innerkirchlichen Auseinandersetzungen, die zu Rissen in der Gemeinschaft der sechs Ortskirchen führen konnten. Es gab in der Bischofskonferenz natürlich die Diskussion über Strategie und Taktik gegenüber den Einschüchterungsversuchen des Staates. Es gab den jahrelangen Streit des Aktionskreises Halle⁴ mit Bischof Braun – ein Streit, der im Grunde über die Anwendung der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* auf die Verhältnisse in einem sozialistischen Staat geführt wurde; es ist die gegen Ende der DDR immer deutlicher vorgebrachte Forderung der katholischen Akademiker-Kreise zu erwähnen, die Bischöfe sollten ihren Kurs der strikten gesellschaftlichen Zurückhaltung aufgeben. Wer bei der Pastorsynode in Dresden dabei war, erinnert sich an einen manchmal heftigen Meinungsstreit. Wenn ein Bischofssitz vakant war, gab es natürlich Vorurteile vor und nicht in jedem Fall Jubel nach der Bischofsnennung. Aber Auseinandersetzungen geschahen jeweils vor dem Hintergrund größerer Einheit. Eine Dauerdiskussion über die Messe Pius' V., wie sie seit Jahren in der „Deutschen Tagespost“ geführt wird, ist für einen katholischen Christen aus den neuen Ländern völlig unverständlich. Eine kirchliche Bürgerbewegung wie das „Kirchenvolksbegehren“ wäre vor der Wende bestenfalls als antikirchliche Kampagne der SED mit Hilfe von „nützlichen Idioten“ vorstellbar gewesen, aber nicht als ernsthafter Versuch zur Kirchenreform. Das Kollegium der zehn Bischöfe und Weihbischöfe der Berliner Bischofskonferenz mag oft heftig untereinander debattiert haben: nach außen das bedeutete zuerst: dem sozialistischen Staat gegenüber – wurde Geschlossenheit und Einigkeit demonstriert. Kein Katholik hätte etwas anderes erwartet. Vorgänge, wie sie uns jetzt aus Chur berichtet werden, hätte kein katholischer Christ in der DDR für möglich gehalten. Das Ansehen der Bischöfe bei den Gläubigen in den Gemeinden war hoch. Viele Eltern hielten es für

richtig, ihre Vierzehnjährigen trotz Schikanen seitens der Schule nicht zur Jugendweihe zu schicken. Sie taten es, weil die Bischöfe in ihren Hirtenbriefen von diesem sozialistischen „Ersatzsakrament“ abrieten. Vermutlich haben sie die Argumente der Oberhirten nicht in jedem Fall nachvollziehen können.

Der Papst war nicht nur „der Papst“ und als solcher anerkannt, er war gleichzeitig als Repräsentant der Weltkirche ein gewisser ideeller Schutz der katholischen Kirche. Zweifellos war eine einheitliche katholische Kirche in einem atheistischen Staat lebenswichtig. In einer belagerten Stadt ist das Zusammenhalten notwendig. Aber man darf nicht sagen, die Kirche in der DDR habe die Komödie der Einheit gespielt, sie war im Grunde wirklich eine geschlossene Kirche – das Wort ist durchaus in seiner doppelten Bedeutung zu verstehen: Man kam nicht so schnell hinein. Etwas von dieser Einheitlichkeit ist bisher erhalten geblieben. Die innerkirchliche nervöse Dauerdiskussion über Strukturen, Einflußmöglichkeiten, Gremien, Personalien, Rechte und Mitsprachen, über Bischofswahl und Frauenpriestertum, um Rechte oder Linke in der Kirche oder darüber, was Fortschritt ist, konnten die Katholiken in der DDR nicht mitmachen und wollten es auch nicht. Sie wollen es auch heute nicht, und sie sind zufrieden, dass nicht jeder Zug der westlichen postmodernen Kirchlichkeit seine Entsprechung in den neuen Ländern findet. Es gibt gewisse Anhaltspunkte dafür, dass die Eigentümlichkeit einer wenig polarisierten Kirche bisher erhalten blieb. Die PDS-freundliche Erfurter Erklärung vom Januar 1997, bei der evangelische Theologen entweder heftig dafür oder dagegen sprachen, hat kein katholischer Theologe aus den neuen Bundesländern unterschrieben. Das Kirchenvolksbegehren hatte keinen nennenswerten Rückhalt im Kirchenvolk der neuen Länder. Sympathische oder unsympathische Kirchenführer bis hin zum Papst sind kein Thema, für das sich ein Prediger engagiert. Der Klerus – im Regionalseminar und am Philosophisch-Theologi-

schen Studium Erfurt zentral ausgebildet – ist relativ einheitlich und ein wenig konservativ.

Eine Eigentümlichkeit der Katholiken in den neuen Ländern, die sich auch bisher nicht verloren hat, ist die Tatsache, dass der Begriff „Kirche“ in einer natürlichen Verbindung zu dem Begriff „Freiheit“ gesehen wird. Im sozialistischen Staat war Kirche eine Stätte des freien Wortes. Hier musste man auch nicht sagen, was man nicht sagen wollte, hier wurden keine Deklarationen verlangt. In den Zusammenkünften der Gemeinde glaubte man sich ziemlich sicher vor Spitzeln. Kirche und Gemeinde waren und sind für einen katholischen Christen, der die DDR wachen Herzens miterlebt hat, positive Begriffe. Gemeinde hat mit Beheimatung zu tun, mit dem Gefühl, akzeptiert zu sein. Das hat natürlich auch eine gewisse Nähe zu dem, was Günter Gaus die „Nischen-Gesellschaft“ genannt hat. Über die damit gegebenen Probleme ist hier nicht zu reden. Jedenfalls hatten die katholischen Christen – bei den evangelischen war es vermutlich nicht anders – das Erlebnis der positiven Zuordnung von Kirche und Freiheit. Damit verbunden war auch ein gewisses Selbstwertgefühl, das ganz im Gegensatz zur statistisch geringen Zahl stand. Es handelte sich um ein Wissen um den eigenen Wert. Man fühlte sich der Ideologie überlegen, nicht zahlenmäßig und nicht an Macht, aber man ahnte, dass das Evangelium dieser Ideologie aus dem vorigen Jahrhundert überlegen ist.

Gemäß der Aussage des 2. Vat. Konzils bringt jede Ortskirche „ihre eigenen Gaben den übrigen Teilen und der ganzen Kirche hinzu“. Die aufgrund vieler Erfahrungen positive Zuordnung von „Freiheit“ zu „Kirche“ und „Kirche“ zu „Freiheit“ ist eine wertvolle Gabe, die die etwa 800.000 Katholiken der neuen Länder den etwa 25 Millionen in den Altbundesländern bringen könnten. Es wäre ein Denkanstoß für Christen, die in der Kirche nur ein System sehen, gegen dessen Anmaßung sie glauben aufbegehren zu müssen. Es ist freilich die Frage, ob die Erfahrungen der wenigen von den vielen ernst genommen und aufgenommen werden.

Priesterausbildung und Klerus

Für die Ausbildung der künftigen Priester der Bistümer der neuen Länder gibt es das schon seit 1952 bestehende Regional-Priesterseminar in Erfurt, das als Katholisch-Theologische Hochschule – seit der Wende auch staatlich anerkannt – und als Alumnat besteht. Seit 1990 studieren hier nicht nur Priesteramtskandidaten wie früher, sondern auch Religionslehrer und Laien, die ein Diplom in Theologie anstreben. Der Freistaat Thüringen hat die Absicht, dieses sogenannte Philosophisch-Theologische Studium als Katholisch-Theologische Fakultät in die Universität Erfurt zu übernehmen, die seit einigen Jahren in einer ersten Aufbauphase der Wiederbegründung ist. An dieser Hochschule tritt nach und nach die zweite Generation der Hochschullehrer in den Ruhestand, eine dritte Generation – nun gesamtdeutsch – schickt sich an, die Aufgaben in Lehre und Forschung zu übernehmen.

Im Wintersemester 1996/1997 waren 187 Studierende in Erfurt immatrikuliert.

Es gibt in den neuen Ländern – zusammen mit dem gesamten Erzbistum Berlin – am Anfang des Jahres 1997 1.312 Priester (davon sind 175 im Ruhestand) sowie 82 Ständige Diakone. Durch die Wende haben sich die Möglichkeiten der Kirche(n), sich diakonisch einzubringen, enorm gesteigert. Die Diözese Erfurt hat z.B. 247 caritative Einrichtungen⁵. Immer wieder werden Bitten an die Kirche herangetragen, Sozial Einrichtungen zu übernehmen. Die Katholische Kirche ist so lange bereit, auf solche Angebote einzugehen, wie sie sich in der Lage sieht, eine solche Einrichtung – vom Kindergarten bis zum Altenpflegeheim – als erkennbar christliche zu führen. Die bloße Tatsache, dass ein Heim oder eine Sozialstation in kirchlicher Trägerschaft existiert, reicht nicht aus. Die personellen Möglichkeiten der katholischen Kirche, sich einzusetzen, mit diesem Anspruch für christliche Diakonie, sind allerdings bald erschöpft.

Probleme

Die katholische Kirche in einem Land, das noch vor kurzer Zeit eine sozialistische Diktatur war, muss mit der beschämenden Tatsache leben, dass etwa dreißig bis vierzig Amtsträger und Hauptamtliche Berichte für den Staatssicherheitsdienst geschrieben und sich für die Überwachung des kirchlichen Lebens seitens der Geheimpolizei haben in Dienst nehmen lassen. Man kann nun sagen, dreißig bis vierzig „Informelle Mitarbeiter“ – verteilt auf vierzig Jahre und auf eine Kirche, die in den fünfziger Jahren fast 2 Millionen Katholiken zählte – seien nicht eben viel, und der Schaden, den sie angerichtet haben, sei nicht beträchtlich. Es bleibt eine Wunde der Kirche, und wir sollten die Erinnerung daran nicht zu schnell vergessen oder gar verdrängen.

Unter den besonderen Problemen der katholischen Kirche in den neuen Ländern ragen drei heraus, nämlich ein finanzielles, ein demographisches und ein spirituelles. Zuerst ist die mangelnde finanzielle Eigenversorgung der ostdeutschen Diözesen zu erwähnen. Nach der Wende ist zwar das Kirchensteueraufkommen aufgrund des Einzugs des Finanzamts gewaltig gestiegen,

es reicht aber – zusammen mit den Kollekten – bei weitem nicht aus, einen einigermaßen ausgeglichenen Etat zu erstellen.

Die Diözesen hängen gleichsam am Tropf, den die anderen deutschen Diözesen bereitstellen. Nur etwa ein Drittel der notwendigen Ausgaben können aus dem Kirchensteueraufkommen der eigenen Diözese gedeckt werden. Zwei-Drittel sind Zuschüsse, die in einem Umlageverfahren der katholischen Kirche in Deutschland aus den Kassen der reichen Bistümer an die ärmeren überwiesen werden, und diese armen Diözesen haben jetzt vor allem ihren Sitz in den neuen Bundesländern. Es sieht nicht so aus, als würde sich das in den nächsten zehn Jahren ändern⁶.

Das demographische Problem wird durch eine einzige Angabe dargestellt: Die Hälfte der katholischen Christen in den neuen Ländern ist im Rentenalter. Es gibt zwar Zuzüge junger Leute aus den alten Ländern, aber sie fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass die kleinen Diözesen im Osten Deutschlands in den nächsten zwanzig Jahren noch kleiner werden.

Das geistliche Problem nenne ich am Ende meiner kleinen

Kirchenbeschreibung. Es ist der mangelnde missionarische Elan und die geringe Phantasie von einem ansteckenden Glauben in der katholischen Kirche der neuen Länder, die eine Kirche unter den Heiden ist. Die Aufgabe, sich um Menschen, die nichts von Gott wissen, zu sorgen, steht vor Augen. Sie wird als dringlich empfunden, aber wir wissen nicht, wie wir bei den scheinbar „irreversibel“ Ungläubigen, die der SED-Staat produziert hat, Interesse für das Geheimnis der Welt, das Gott heißt, wecken sollen. Es gab auch in der sozialistischen Zeit, vor allem in Studentengemeinden, Menschen, die sich für den Glauben interessierten, aber das waren einzelne. Es gibt auch jetzt in größeren Pfarreien Angebote, das Christentum kennenzulernen, Kurse, die oft zu Bekehrung und Taufe führen. Aber es handelt sich wiederum um – vielleicht viele – Einzelfälle. Es ist uns bisher nicht gelungen, die Suche nach Suchenden aufzunehmen, wir haben keine Methode, auf die Nichtglaubenden zuzugehen und sie auf ihren Unglauben hin anzusprechen. Das ist das eigentliche Defizit der katholischen Kirche in den neuen Ländern, alles andere ist zweitrangig.

Anmerkungen

- 1 Die Zahlen stammen aus dem Jahr 1996. In der ehemaligen DDR gab es noch zwei Kirchenbezirke, die hier nicht genannt sind. Es handelt sich um den Jurisdiktionsbezirk Schwerin, mit 58.000 katholischen Christen, der nun zur neugegründeten Erzdiözese Hamburg gehört, und um den Bezirk der Diözese Berlin, der – durch die Mauer abgetrennt – im Ostteil der Stadt und im Gebiet der DDR, das heute zu Brandenburg und Vorpommern gehört, liegt. Die Erzdiözese Berlin ist aufgrund des hohen Katholikenanteils von Westberlin die größte der Ortskirchen in den neuen Bundesländern. Sie umfaßt reichlich 411.000 katholische Christen. Von den 3,4 Millionen Berlinern waren 1992 50 % konfessionslos, 31 % evangelisch, 10 % katholisch, 5 % Muslime, und 4 % lassen sich nicht in diese großen statistischen Gruppen einfügen. Zum Vergleich: Die Stadt Essen hat etwa 280.000 Katholiken.
- 2 Eine Ausnahme bildeten die Bistümer Meißen, mit Sitz in Bautzen, und Berlin, die erst am Anfang des Jahrhunderts gegründet wurden (Meißen 1921, Berlin 1930). Beide hatten kein nennenswertes katholisches „Hinterland“.

- 3 Bischof Huhn wurde in einem Interview zu seinem 25. Jahrestag der Bischofsweihe danach gefragt, ob so ein kleines Gebiet wie Görlitz nicht auch Probleme hat. Er antwortete: „Ein kleines Gebiet hat keineswegs nur Probleme, sondern auch Chancen. Es gibt eine erfreuliche Tuchfühlung unter Seelsorgern und Gemeinden. Man kennt sich nach Herkunft und Eigenart. Als Bischof mit 70 Priestern und 50 Gemeinden kenne ich nicht nur die Kirchen, Wege und Stege quer durch die Diözese, sondern ich würde auch in den meisten Pfarrhäusern den Kühlschrank finden, wenn ich in Not wäre, und der geschädigte Mitbruder dort würde mir das nicht einmal übelnehmen. Kleine Verhältnisse schaffen Nähe und Vertrauen.“ (Berliner Kirchenblatt 51.12.1996)
- 4 Der sogenannte AKH war und ist eine lockere Verbindung von katholischen Priestern und Laien (meist Intellektuellen), der über Wege der katholischen Kirche im sozialistischen Staat nachdachte und dafür Vorschläge machte, die dem zuständigen Bischof in Magdeburg als zu gewagt erschienen.
- 5 dazu 70 Kindergärten. Berlin hat 530 caritative Einrichtungen sowie 137

Krippen, Kindergärten und Horte. Görlitz hat 54 caritative Einrichtungen, dazu 11 katholische Kindergärten. Magdeburg hat 101 caritative Einrichtungen sowie 29 Kindergärten. Zu Dresden-Meißen gehören 186 Sozial-einrichtungen und 22 Kindergärten. Zum in Mecklenburg-Vorpommern liegenden Teil der Erzdiözese Hamburg gehören 80 caritative Einrichtungen und 12 Kindergärten.

- 6 Als Beispiel diene die Diözese Erfurt: Im Haushaltsplan 1997 kommen 29 % der Einnahmen (22 Mill. DM) aus dem Kirchensteueraufkommen des Bistums. An überdiözesanen Hilfen erwartet man 61 % (46,8 Mill. DM). Zuschüsse aus öffentlichen Kassen machen 4 % des Etats (3,4 Mill. DM) aus, 3 % (2,6 Mill. DM) sind unter dem Titel „Sonstige Einnahmen“, weitere 3 % sind unter dem Titel „Erstattungen“ gebucht. Die finanzielle Situation der neuen Bundesländer ist in ähnlicher Weise problematisch. Wieder diene der Freistaat Thüringen als Beispiel: Nur 30 % des Haushalts können aus eigenen Steuermitteln aufgebracht werden, 70 % sind Transferleistungen der anderen deutschen Länder. □



DAS INTERVIEW

„Junge Menschen in ihrer Vielfalt wahr- und ernstnehmen“

Fragen an Jugendbischof Franz-Josef Bode

Am 26.11.1995 war der Paderborner Weihbischof und frühere Fröndenberger Pfarrer Dr. theol. Franz-Josef Bode (* 16.02.1951) mit 44 Jahren als jüngster deutscher Ortsbischof in Osnabrück eingeführt worden. Bischof Bode sieht den Schwerpunkt seiner Aufgaben als Ordinarius der Diözese Paderborn weniger in der „Abwicklung eines Managements“, denn als pastorale Aufgabe „mit vielen Gesprächen, Predigten, Entscheidungen und Begleitungen“, wie er es gegenüber KNA äußerte. Dies wird auch deutlich in der Wahl der pastoralen Schwerpunktthemen: 1996 – „Den Menschen zugewandt“ und 1997 entsprechend der Vorbereitung auf das Hl. Jahr 2000 – „Jesus Christus – Das menschliche Antlitz Gottes“. Im September 1996 wurde Bischof Bode durch die Fuldaer Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz zum Jugendbischof gewählt. Für den AUFTRAG stellte Paul Schulz dem Bischof Fragen zur Jugendpastoral und zur Bundeswehr.

AUFTRAG: Herr Bischof, haben Sie für die Arbeit in der Jugendkommission schon ein Programm, bzw. wo sehen Sie die Schwerpunkte kirchlicher Jugendarbeit?

Jugendbischof Bode: Ein „Programm“ im Sinne einer „Regierungserklärung“ habe ich nicht. Ich halte es insgesamt für wichtig, dass die kirchliche Jugendarbeit die gesellschaftliche Situation Jugendlicher in den Blick nimmt. Eine besondere soziale Benachteiligung Jugendlicher ist meines Erachtens die skandalös hohe Jugendarbeitslosigkeit. Es ist schlimm, wenn Jugendliche nach dem Schulabschluss erst gar nicht in Arbeit hineinkommen, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden. Auf dem Hintergrund ist es dann manchmal schwierig, mit jungen Menschen glaubwürdig über „Zukunft“ und „Hoffnung“ zu sprechen. Ich sehe in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine besondere Herausforderung unserer Zeit. Eines meiner persönlichen Anliegen ist es, durch viele Gespräche und Begegnungen die Alltagskultur junger Menschen in ihrer Vielfalt wahr und ernst zu nehmen und darin auch eine religiöse Dimension zu entdecken. Ich habe im Übrigen als Vorsitzender

der Jugendkommission von meinem Vorgänger, Bischof Nowak, ein gut bestelltes Feld übernommen, außerdem gibt es eine kompetente Fachstelle, nämlich die „Arbeitsstelle Jugendseelsorge“ der Deutschen Bischofskonferenz in Düsseldorf.

Was sagt die Jugend-Kommission zu dem sehr sensiblen Thema „Partnerschaft und Sexualität“ und wie sehen Sie als Jugend-Bischof die Diskrepanz zwischen Praxis und Lehre?

Wir haben in der Jugendkommission eine Arbeitsgruppe „Sexualität“ eingerichtet, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Ich glaube ansonsten, dass es auch viele Übereinstimmungen zwischen Jugend und Kirche gibt, zum Beispiel was den Wert der Treue angeht, oder dass Sexualität eingebunden sein soll in eine intakte partnerschaftliche Beziehung.

Welches ist für Sie der vorrangige Kooperationspartner – die verbandliche oder die nicht verbandliche Jugend?

Ich halte nichts davon, verschiedene Angebote innerhalb der gesamten Jugendseelsorge und kirchlichen Jugendarbeit gegen-

einander auszuspielen. Sowohl in der verbandlichen als auch in der kirchenamtlich verantworteten Jugendarbeit und Jugendpastoral geschieht auf allen Ebenen vielfältige und gute Arbeit.

Wie stellen Sie sich nach der Trennung der kirchlichen Arbeitsstelle für Jugendseelsorge und Bundesarbeitsstelle BDKJ im Jugendhaus Düsseldorf die weitere Zusammenarbeit dieser beiden Stellen vor? Was haben Sie mit dem „aufmüpfigen“ BDKJ vor?

Es wird eine Vielfalt der Träger der Jugendarbeit und Jugendpastoral benötigt, um auf die vielfältigen Herausforderungen in der heutigen ausdifferenzierten Gesellschaft antworten zu können. Persönlich bin ich froh, dass es auch mit kritischen Stimmen, wie zum Teil aus dem BDKJ, einen Dialog gibt. Der BDKJ besteht ja nicht nur auf Bundesebene, wo er die Aufgabe der Interessenvertretung und -bündelung hat und dies auch gut macht. Er leistet auch breitgefächerte Arbeit in den Diözesan- und Mitgliedsverbänden, von Gruppenstunden über Aktionen wie Jugendkreuzwege und anderes.

Als Diözesanbischof sind Sie indirekt auch an der Militärseelsorge beteiligt: Sie stellen dem Militärbischof Seelsorger zur Verfügung, die jungen Männer Ihres Bistums leisten Wehrdienst, im Bistum Osnabrück sind Soldaten stationiert mit denen der Ortsbischof alljährlich den Weltfriedenstag feiert. Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit katholischen Soldaten und mit der Militärseelsorge gemacht?

Aus meinen zahlreichen Gesprächen mit Soldaten aller Dienstgrade ist mir bekannt, dass es ein gewisses Maß an Unsicher-

heit über die künftige Entwicklung hinsichtlich Auftrag, Struktur und Umfang der Bundeswehr gibt. Aus meiner Sicht ist es an der Zeit, dass die Verantwortlichen in der Politik im sachbezogenen Dialog diese Unsicherheiten und damit die begründeten Sorgen der Soldaten ausräumen. Auftrag der Kirchen und insbesondere der katholischen Militärseelsorge ist vor allem die pastorale Betreuung und Begleitung der Soldaten. In Abwandlung eines bekannten Wortes auf eine andere pastorale Zielgruppe hin möchte ich die Militärseelsorge beschreiben als einen Dienst der Kirche „an, mit und durch“ Soldaten. Dazu ist es selbstverständlich notwendig, dass der Rechtsanspruch der Soldaten auf freie Religionsausübung – wie es auch vom Militärbischof Johannes Dyba immer wieder gefordert wird – nicht beeinträchtigt wird. Die dazu zwischen Kirche und Staat geschlossenen Verträge haben sich auch nach meiner Erfahrung in der Praxis bewährt. Meinen „Anteil“ als Diözesanbischof sehe ich vor allem darin, dass ich in meinem Bistum immer wieder bestrebt bin, einzelne Priester für den Dienst in der Militärseelsorge zu gewinnen. Dies ist dringend notwendig, da „Kirche unter Soldaten“ auch als personales Angebot erfahrbar sein und konkret werden muss.

Die Bundeswehr hat seit einiger Zeit einen erweiterten Auftrag erhalten: über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus an Friedensmissionen der VN und NATO teilzunehmen. Wie stehen Sie als Seelsorger zu diesen Aufgaben?

Als Seelsorger ist es nicht meine Aufgabe, politische Entscheidungen zu legitimieren, sondern aus dem pastoralen Auftrag heraus den Soldaten in dieser besonderen Situation zu begleiten beziehungsweise für angemessene

Es ist an der Zeit, dass die Verantwortlichen in der Politik die Unsicherheiten und begründeten Sorgen der Soldaten hinsichtlich Auftrag, Struktur und Umfang der Bundeswehr im sachbezogenen Dialog ausräumen.

Begleitung zu sorgen. Allerdings stelle ich fest, dass die vorhin bereits angesprochene Unsicherheit unter den Soldaten zu einem großen Teil aus der Erweiterung des Auftrags der Bundeswehr resultiert. Aus pastoraler Sicht stelle ich fest, dass die Einsätze im Auftrag der UN die Soldaten vor völlig neue Herausforderungen stellen, da viele von ihnen erstmals mit der konkreten Erfahrung von Leid, Tod, Folter und Gefangennahme konfrontiert sind. Persönlich zolle ich ihnen Respekt dafür, dass sie unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens sich an den humanitären Aufgaben im Rahmen des UNO-Auftrags beteiligen. Innerhalb der Militärseelsorge ergibt sich damit nach meiner Einschät-

zung die Herausforderung, den veränderten Anforderungen mit einer neuen ethischen Debatte zu begegnen, die dazu beiträgt, auf die berechtigten Fragen der Soldaten Antworten aus dem Glauben anzubieten.

Unser freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat sieht im Wehrdienst auf der Grundlage der Allgemeinen Wehrpflicht die Regel und im zivilen Ersatzdienst – wie schon der Name sagt – die Ausnahme. Das wird innerkirchlich von einigen Gruppen immer wieder infrage gestellt. Wie sehen Sie als Seelsorger aus religiös-ethischer Sicht die Gewichtung?

Ihre Interpretation des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung im Muster von „Regel-Ausnahme“ steht so nicht im Grundgesetz. Der Wehrpflicht sind alle dazu geeigneten Männer unterworfen, es sei denn, sie lehnen einen Kriegsdienst mit der Waffe ab. Sie leisten dann einen zivilen Ersatzdienst. Als Seelsorger kann und will ich keine Gewichtung vornehmen. Das Dilemma aller Dienste für den Frieden, von dem in dem Wort der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ die Rede ist, besteht nach wie vor. Beide von Ihnen angesprochenen Dienste sind dort mit ausdrücklicher Wertschätzung versehen und beide halte ich auch heute noch für unverzichtbar. Insofern kann der pastorale Auftrag immer nur bedeuten, den Einzelnen zu begleiten sowohl in der Phase der Entscheidungsfindung als auch nach der getroffenen Entscheidung. Da diese Entscheidung immer vor dem Gewissen verantwortet werden muss, bedeutet dies eine Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pastoral, nicht nur in der Militärseelsorge.

Osnabrück, 2. Mai 1997.

Jugendbischof Franz-Josef Bode,
Diözesanbischof Osnabrück, auf der
Hauptversammlung des BDKJ 1997 in
Altenberg (Foto: Th. Pinzka)



Weggemeinschaft – Gastfreundschaft – Zeitgenossenschaft

Jürgen Nabbefeld

I.

Menschen unterschiedlicher Zeiten und Kulturen beschreiben Religion(en) als „Weg(e)“ und bringen in diesem Wort die lebensorientierende Bedeutung zum Ausdruck, die Religion für sie gewonnen hat. Dies gilt auch für die jüdische und die christliche Glaubensüberlieferung. „Es ist dir gesagt worden, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir erwartet: nichts anderes als dies: Recht tun, Güte und Treue geben, in Ehrfurcht den Weg gehen mit deinem Gott“ (Mi 6,8) – so pointiert der Prophet Micha Gottes Forderung an sein Volk. Und die Apostelgeschichte bezeichnet die frühen Christen als „Anhänger des Weges“ (Apg 9,2). Jesus Christus wird für die, die ihm nachfolgen, so „der Weg“ (vgl. Joh 14,6). Glauben als einen Weg verstehen, den wir miteinander gehen, und Glaubensgemeinschaft als Weggemeinschaft verstehen – was heißt das und welche Konsequenzen hat das?

Juden, Christen und Muslime sehen in Abraham den „Vater des Glaubens“ (vgl. Röm 4). Abraham traut der Verheißung Gottes und wagt den Aufbruch im Vertrauen auf Gottes Zusage. Gewissheit wird sich erst auf dem Weg erschließen, indem er den Weg geht und so Schritt für Schritt die Möglichkeiten ergreift, die in diesem Weg verheißungsvoll beschlossen sind. Er entdeckt Gott, lernt ihn kennen und verstehen, indem er seinen Weg geht. Und ebenso werden alle die lernen, die ihm auf diesem Weg des Glaubens vertrauensvoll folgen. Es ist eine Weggemeinschaft, in der sich Gott entbirgt und verbirgt, in der er sich immer wieder neu und uner-

wartet, als gegenwärtig und als zukünftig – als auf uns zukommend – in Erfahrung bringt. Im Hebräerbrief heißt es: „Glauben ist: Fest stehen in dem, was man erhofft“ (Hebr 11,1).

Der gleiche Hebräerbrief spricht von Jesus als dem „Anführer und Vollender des Glaubens“ (Hebr 12,2). Jesus ruft Menschen in seine Nachfolge. Die Tischgemeinschaft wird im Horizont der hereinbrechenden Gottesherrschaft zum Zeichen neuer versöhnter Gemeinschaft. Die Weggemeinschaft mit ihm und in seiner Nachfolge wird zum Erkennungszeichen derer, die sich zu ihm bekennen. „Geht und verkündet: Das Himmelreich ist nahe. Heilt Kranke, weckt Tote auf, macht Aussätzige rein, treibt Dämonen aus!“ (Mt 10,7 f.; vgl. 11,5) – so lautet der bleibende Auftrag, das sind die Zeichen, die den Weg begleiten sollen. Nachfolge Jesu wird möglich auch über seinen Tod hinaus durch Teilhabe an seinem Geist, in dem er in neuer Weise wirksam und lebendig gegenwärtig ist. Glauben heißt: „seinen Geist haben“ (vgl. 1 Kor 2,16). Weggemeinschaft in der Nachfolge Jesu Christi wird dort möglich und wirklich, wo Menschen und Gemeinschaften sich diesem seinen Geist öffnen und aus seiner Kraft in der Spur Jesu Christi gehen, um in der gelebten Weggemeinschaft mit den Menschen heute in einer heilsamen und verheißungsvollen Weise Gottes Weggemeinschaft mit den Menschen zu bezeugen und zu beglaubigen.

Kirche ist nicht um ihrer selbst willen da. Sie soll als Weggemeinschaft im Glauben ein Zeichen der Hoffnung sein. Das Zweite Vatikanische Konzil spricht von der Kirche als dem „Sakrament, d.h. Zeichen und Werkzeug für die

innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (Lumen Gentium 1). Nur dort, wo sie dieser Berufung, Zeichen und Werkzeug der Versöhnung und der Heilung zu sein entspricht, kann sie Kirche Jesu Christi sein. Dort aber, wo sie diesen ihren Auftrag vergisst und, um sich selbst kreisend, vor allem die eigene Selbstbehauptung im Blick hat und so zum Selbstzweck wird, dort geht sie in die Irre und bedarf selbst der Umkehr. Will Kirche Weggemeinschaft mit den Menschen heute werden, so wird sie selbst in ihren Gemeinden und Gemeinschaften, in der Kirche unter Soldaten, die oft leidvollen und bedrückenden Wege der Menschen teilen müssen, umso konkrete Weggefährtschaft zu lernen und zu verwirklichen. Dies setzt seine bleibende Lernbereitschaft voraus. Die fehlende Bereitschaft, sich auf neue Erfahrungen einzulassen und die darin zum Ausdruck kommende Lernverweigerung und Geistvergessenheit werden in diesem Zusammenhang zu einer Form des Unglaubens. Glauben koexistiert mit einem lebendigen Prozess der persönlichen und der gemeinsamen Umkehr.

Jesus stiftete Gemeinschaft, indem er trennende Grenzen, die diese Gemeinschaft verhinderten, die ausgrenzten und Ausgegrenzte zu Ausgestoßene werden ließ, aufhob und überschritten hat. Er wurde so in seiner Person zum glaubwürdigen Zeugen jener Menschenfreundlichkeit Gottes, die nicht lärmt und schreit, die das geknickte Rohr nicht zerbricht und den glimmenden Docht nicht auslöscht (vgl. Mt 12,20), vielmehr den Niedergedrückten aufrichtet und den Nieder gebeugten wieder aufrecht gehen lässt. Kirche in der Nachfolge Jesu Christi wird aufmerksam und unvoreingenommen wahrnehmen, wo heute Not, Verzweiflung und Gewalt Menschen niederdrücken und zerbrechen lassen, wo heute persönliche und soziale Probleme sich so verschärfen,

dass Menschen zu Außenseitern und Ausgestoßenen werden, zu Randständigen und zu an den Rand gedrängten, wo Menschen ihre Sprache verlieren und stumm werden, alleingelassen, keinen Menschen haben, der für sie da ist und der mit ihnen geht. Sie wird diakonische Kirche sein in der Nachfolge dessen, der kam, „nicht um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen“ (Mk 20,28).

Unsere gegenwärtige Situation zeichnet sich dadurch aus, dass im Zuge der Differenzierung und Pluralisierung der Lebenswelten und infolge der Individualisierung und Personalisierung der Lebensstile die Vielgestaltigkeit der persönlichen Lebensgeschichten zunimmt. Es werden – in der Gemeinschaft der Völker übergreifend – einen Menschheit, aber auch in den kleinen Gemeinschaften des alltäglichen Zusammenlebens – gleichzeitig ungleichzeitige Wege gegangen. Infolge der Vielgestaltigkeit der persönlichen Lebensbedingungen wächst auch die Vielgestaltigkeit der Glaubensbiographien, der Glaubenswege, die in diese Lebensgeschichten eingebettet sind. Im Laufe der persönlichen Biographie werden Glaubensbezüge und Bezüge zur Glaubensgemeinschaft, wird Weggemeinschaft im Glauben in einer vielfältigen und oft sehr unterschiedlichen Gestalt und Intensität gelebt. Kirche wird dort zur Weggemeinschaft mit den Menschen heute finden, wo sie sich in ihren Gemeinden und Gemeinschaften dieser Vielfalt positiv öffnet, sie als Chance und Herausforderung versteht, als eine Chance, dass auch von individuell sehr verschiedenen Voraussetzungen her persönliche Zugänge zu einem profiliert gelebten Glauben gewonnen werden können.

Dort, wo Kirche Weggemeinschaft mit den Menschen lebt, wird sie selbst als Weggemeinschaft im Glauben erfahrbar. Dort, wo wir wahrnehmen und erfahren, dass wir gemeinsam unterwegs

und eben noch nicht am Ziel sind, werden wir zu Weggefährten. Und indem wir uns als Weggefährten entdecken, können wir füreinander und für andere zu Zeugen des Glaubens und zu einem Zeichen der Hoffnung werden. Im Wissen darum, dass Gottes Geist Gemeinschaft in der Vielfalt und nicht in der Gleichförmigkeit schafft, sind wir aufgefordert und sollten wir einander ermutigen, die je besondere Situation als Herausforderung anzunehmen, sie als je spezifischen Auftrag zu verstehen und so auch als Glaubensgemeinschaft unter Soldaten Profil zu gewinnen. Optionen müssen getroffen, konkrete Verbindlichkeiten müssen eingegangen werden. Kirche wird von solchen konkreten Weggemeinschaften her – lernend und suchend – eine neue und zukunfts-offene Gestalt erlangen. Wir wissen nicht, welche Gestalt von Kirche aus ihnen erwachsen wird.



Die mittelalterliche Pilgergruppe – hier nach einem Stich um 1500 – war eine auf gemeinschaftlichem Christsein beruhende Weggemeinschaft, die gerade bei längeren Pilgerreisen von der Gastfreundschaft am Wege lebte. Sie schloss Zeitgenossenschaft und zumindest zeitweilige Lebens- und oft auch Schicksalsgemeinschaft ein.

Aber wir sollten uns glaubend und hoffend und im Vertrauen auf das gegenwärtige Wirken seines Geistes auf den Weg machen, mutig und ohne Angst: Wie Abraham und in der Nachfolge Jesu Christi.

II.

Die frühen Christen verstanden sich als „Fremde und Gäste“ (1 Petr 2,11) in dieser Welt. Ihre eschatologisch motivierte Hoffnung auf die Zukunft Gottes machte sie sensibel für die Nöte dieser Zeit. Der Hebräerbrief deutet die Existenz der christlichen Gemeinde in Bildern, die der Frühzeit der Geschichte des Volkes Israels entnommen sind: In Bildern der Wanderschaft, des Zeltlagers, der Fremdlingschaft. „Wir haben hier keine bleibende Stätte, sondern suchen die zukünftige“ (Hebr 13,14). Das Volk Israel lebt aus der Erinnerung an die eigene

Fremdlingschaft in Ägypten und gewinnt von dieser Erinnerung her Motive für den Umgang mit den Fremden im eigenen Land: „Wer Jahwe“ liebt, liebt die Fremden und gibt ihnen Nahrung und Kleidung – auch ihr sollt die Fremden lieben, denn ihr seid Fremde in Ägypten gewesen“ (Dtn 10,18 f; vgl. Ex 23,9). In ähnlicher Weise wächst auch in den Gemeinden der alten Kirche eine ortskirchenübergreifende Solidarität und eine Spiritualität der Gastfreundschaft, die motiviert ist aus der Nachfolge des Jesus, der sich selbst mit den Fremden und Obdachlosen identifizierte. So fordert die Benediktusregel, die sich selbst als eine exemplarische christliche Lebensordnung verstehe: „Gäste, die ankommen, empfangen man alle wie Christus, weil er selbst einmal sagen wird: Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen“ (c. 53,1; vgl. Mt 25,35).

In diesem Zusammenhang gewinnt die Gastfreundschaft gegenüber Andersglaubenden und Nichtglaubenden als ein wesentliches Kennzeichen des persönlichen und des gemeinschaftlichen Christseins eine neue und aktuelle Bedeutung. Kirche unter Soldaten

hat die Chance, anders zu sein und anders zu leben und durch ihr anders Leben das Unwahrscheinliche Wirklichkeit werden zu lassen: dass Menschen sich begegnen und sich in dieser Begegnung als Menschen erfahren, die eine gemeinsame Herkunft und eine gemeinsame Zukunft haben. Es sind zentrale Motive des Glaubens, die eine solche entgrenzende und Grenze überwindende Gemeinsamkeit wecken und wachsen lassen: die Erinnerung an den universalen Heilswillen Gottes und an eine Erlösung, die allen Menschen gilt; die Verheißung eines allen Völkern geltenden universalen Friedens und einer umfassenden Gerechtigkeit; das Bekenntnis zu der in der gemeinsamen Herkunft aller Menschen begründeten Gottes Ebenbildlichkeit jedes einzelnen Menschen und zu der in eben dieser Würde beschlossenen Gleichheit der Menschenrechte jedes einzelnen. Gemeinschaft wächst dort, wo wir uns öffnen: Gastfreundschaft üben, einladend und nicht vereinnahmend, absichtslos und in einer unverzweckten Bereitschaft der Annahme und der Aufnahme. Sie wächst in einer Lebenskultur, die solcher Gastfreundschaft eine auch situationsübergreifende Dauer verleiht: in einer Kultur der zwischenmenschlichen Anteilnahme, des Dialogs und der Begegnung; in einer Kultur des Teilens; in einer Kultur des Festes, der Muße und der Aufmerksamkeit; in einer Kultur der menschlichen Begleitung in Situationen der Krankheit, des Leids, des Todes; in einer Kultur der Solidarität und des Widerstandes gegen lebensbedrohende und lebenszerstörende Gewalt und gegen die vielen konkreten Formen menschenverachtender Ungerechtigkeit hier bei uns und in der völkerübergreifenden Gemeinschaft der einen Menschheit.

Kirche ist nach ihrem Selbstverständnis Volk Gottes auf dem Weg. Sie ist noch nicht am Ziel. Und so ist ihr die Aufgabe gestellt, immer neu zu fragen und zu suchen, wie hier und jetzt in dieser und jener konkreten Situation dem Willen Gottes entsprochen werden kann, wie Glauben und Leben, Alltag und Evangelium zusammengehören, wie heute Nachfolge Jesu gelebt werden kann. Dort, wo wir selbst suchen und fra-

gen, werden wir Einladende für suchende und fragende Menschen. Gastfreundschaft wird dort gelebt, wo wir sie als Suchende und Fragende in unserer Mitte willkommen heißen und sie teilnehmen lassen am Leben der Kirche unter Soldaten: an unseren Zusammenkünften und Feiern, an unseren Gruppen und Gesprächskreisen, an unserem Einsatz für ein gerechtes und friedvolles Zusammenleben. Solche gemeinsamen Wege werden nur dort gelingen, wo wir uns nicht gegen das Leben abschotten, sondern von ihm her und auf es hin die gegenwartsverändernde Kraft unseres Glaubens neu entdecken und uns in einem Leben im Glauben bewähren. Kirche unter Soldaten wird so zu einem Ort der Sammlung und des gemeinsamen Lernens. Wir werden auf diesem Weg gemeinsamen Lernens zugleich missionarische Kirche. Glauben wird gelernt in der Teilnahme an diesem gemeinsamen Weg und dies gerade auch dort, wo nur zeitig befristete Wegetappen miteinander gegangen werden.

In der uns allen Christen gemeinsam aufgegebenen säkularen Diasporasituation entdecken wir in neuer und ursprünglicher Weise den uns gemeinsam aufgegebenen Zeugnisauftrag. Dieses Zeugnis der Versöhnung wird nur dort glaubwürdig, wo es eingebettet ist in das gelebte Zeugnis einer ökumenischen Gastfreundschaft und Begegnung zwischen den christlichen Gemeinden vor Ort. Diese Zusammenarbeit gewinnt in zunehmendem Maße Impulse aus einem von seinem Begriffsumfang her weit zu fördernden ökumenischen Lernens. Angesichts der Herausforderung durch die drängenden Probleme eines menschenwürdigen Lebens und Überlebens engagieren sich Christen über die Konfessionsgrenzen hinweg für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Sie legen im Horizont einer universalen Verantwortung gemeinsam Zeugnis ab für Gottes verheißende Zukunft und den Grund der sie einenden Hoffnung und lassen darin zugleich die Konturen einer versöhnten Verschiedenheit aufleuchten, die als Ziel des ökumenischen Lernens zwischen den Konfessionen noch immer aussteht.

III.

Das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet die Pastorkonstitution über „Die Kirche in der Welt von heute“ mit den programmatischen Sätzen: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt wahrhaft nichts Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände. Ist doch ihre eigene Gemeinschaft aus Menschen gebildet, die in Christus geeint, vom Heiligen Geist auf ihrer Pilgerschaft zum Reich des Vaters geleitet werden und eine Heilbotschaft empfangen haben, die allen auszurichten ist. Darum erfährt diese Gemeinschaft sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden“ (Gaudium et Spes 1). Als Christen sind wir berufen, in der Nachfolge Jesu Weggemeinschaft mit den Menschen unserer Zeit zu leben und zu lernen: Weggefährten und Zeitgenossen zu werden. Nur in solcher Zeitgenossenschaft und Anteilnahme vermag Kirche ihrem Auftrag gerecht zu werden. Nur so wird sie wach und aufmerksam die Zeichen der Zeit wahrnehmen und erkennen. Nur so wird es ihr gelingen, die vielfältigen Zeichen des Lebens und des Todes zu entdecken und zu unterscheiden. „Zur Erfüllung ... ihres Auftrages obliegt der Kirche allzeit die Pflicht, nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Lichte des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer jeweils einer Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben“ (Gaudium et Spes 4). Gemeinde als Weggemeinschaft derer, die im Glauben hoffend unterwegs sind, würde sich als Weggemeinschaft in der Nachfolge Jesu Christi aufgeben, wenn sie sich selbst genüge und in sich verschlösse. Sie wird sich selbst untreu, wenn sie sich nicht öffnet, um – selbst einladend, aber auch sich einladen lassend – Weggemeinschaft aufzunehmen mit den Menschen unserer Zeit. Wir dürfen in diesem Zusammen-

hang keine falschen Alternativen aufrichten. Kirche als Weggemeinschaft der Christen untereinander und Kirche als Weggemeinschaft mit denen, die sich selbst nicht zur kirchlichen Glaubensgemeinschaft zählen, sie schließen sich nicht nur nicht aus, sie bedingen sich vielmehr einander, wachsen miteinander und bleiben miteinander lebendig. Die Weggemeinschaft der Christen untereinander wird nur dort lebendig bleiben, wo sie zugleich als Weggemeinschaft mit den Menschen heute gelebt wird.

Im Gehen dieses Weges werden Formen einer neuen, authentischen und zugleich zeitgenössischen Spiritualität wachsen, in denen der persönliche Lebensweg und der gemeinsame Glaubensweg in der Konsequenz des gelebten Engagements zu einer lebendigen und überzeugenden Konvergenz gelangen. Eine Spiritualität, in der das gemeinsame Engagement transparent wird hin auf die es tragenden Fundamente, auf die es gründenden Wurzeln, auf die Quellen, aus denen es sich speist und aus denen es lebt. Im Gehen des Weges werden Beweggründe des Glaubens neu entdeckt, wachsen Motive der Hoffnung zu. Solche Formen einer Spiritualität des Weges bringen bei aller Vielfalt eine gemeinsame Grundstruktur der christlichen Glaubenserfahrung zum Ausdruck. Sie ist eine Erfahrungserkenntnis, die in der lebenspraktischen Bewährung Kontur und Profil gewinnt. Sie erschließt sich dort, wo wir uns persönlich und gemeinsam auf den Glauben als einen Weg einlassen, der uns offen werden lässt für das Geheimnis, das mitten in unserem Leben diesseitig und jenseitig zugleich gegenwärtig ist und dem wir uns vertrauensvoll öffnen dürfen, um so zugleich vor das Geheimnis unserer eigenen Existenz zu gelangen. Dort auf dem Weg können wir einander begegnen. Dort auf dem Weg können wir Ihm begegnen. Die Weggemeinschaft mit den Menschen – das ist immer auch Gottes Weg zu uns. Das ist der Weg, auf dem wir Ihn suchen sollen und auf dem wir Ihm in vielleicht überraschender und unerwarteter Weise neu begegnen können. „Sucht ihr mich, so fin-

det ihr mich. Wenn ihr mich aus ganzem Herzen sucht, so will ich mich von euch finden lassen“ (Jer 29,13 f).

Das gelebte Zeugnis der Solidarität wird dabei zugleich zu einem ursprünglichen Zeugnis des Glaubens. Die Bedeutung dieses „Zeugnisses ohne Worte“ für die Verkündigung des Evangeliums unterstreicht das Apostolische Schreiben „Evangelii Nuntiandi“ Papst Paul des VI. aus dem Jahre 1975: „Die Verkündigung muss vor allem durch ein Zeugnis erfolgen. Das geschieht z.B., wenn ein einzelner Christ oder eine Gruppe von Christen in der Mitte der menschlichen Gemeinschaft, in der sie leben, ihre Verständnis- und Annahmefähigkeit, ihre Lebens- und Schicksalsgemeinschaft mit den anderen, ihre Solidarität in den Anstrengungen alle für alles, was edel und gut ist zum Ausdruck bringen. Ferner auch dadurch, dass sie auf ganz einfache und spontane Weise ihren Glauben an Werte bekunden, die über den allgemein gängigen Werten stehen, und ihre Hoffnung auf etwas, das man nicht sieht und von dem man nicht einmal zu träumen wagt. Durch dieses Zeugnis ohne Worte wecken diese Christen in

den Herzen derer, die ihr Leben sehen, unwiderstehliche Fragen: Warum sind jene so? Warum leben sie auf diese Weise? Was oder wer ist es, der sie beseelt? Warum sind sie mit uns? ... Andere Fragen werden sich noch erheben, die tiefer und anspruchsvoller sind. Sie werden durch dieses Zeugnis geweckt, das Zugehensein, Anteilnahme und Solidarität besagt und ein wesentliches Moment, im Allgemeinen das Erste, in der Evangelisierung ist“ (Evangelii Nuntiandi 21). Der Ursprung unserer Gemeinschaft als Kirche ist die Weggemeinschaft, die Gott mit uns Menschen aufgenommen hat. Gottes Menschwerdung, seine Mitmenschlichkeit, wie sie in Jesus Christus offenbar wurde, ist der Grund unserer Berufung: Zeugen dieser Menschfreundlichkeit Gottes zu sein und dieses Zeugnis zu leben in der Weggemeinschaft mit unseren Mitmenschen. Gott hat sich in seiner Menschwerdung auf den Weg der Menschen eingelassen. Kirche, die sich als Volk Gottes versteht, wird sich daran messen lassen, wie sie in dieser Spur Gottes die Hinkehr und Umkehr zum konkreten Menschen als den Weg ihrer Berufung immer wieder neu sucht und findet. □



Weggemeinschaft in der „Kirche unter Soldaten“: Nicht der „Sitzungskatholizismus“ prägt das Laienapostolat der Katholischen Militärseelsorge, sondern vor allem handfeste Spiritualität, wie z.B. eine Wallfahrt in Frankreich im Jahr 1994 auf den Spuren der Jakobuspilger. Das Foto zeigt die Gruppe auf der Etappe zwischen Le Puy und St. Privat d'Allier in der Auvergne. Solche Gemeinschaftserlebnisse schweißen zusammen und geben Kraft für das nicht immer leichte Glaubenszeugnis. (Foto: PS)

„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“

Anmerkungen zum Sozialwort der deutschen Bischöfe

Das gemeinsame Wort der beiden Kirchen hat in der Öffentlichkeit durchweg eine sehr positive Aufnahme gefunden. Aber das Lob wurde unterschiedlich begründet und auch mit unterschiedlich akzentuierter Kritik versehen. Der Text steht im Spannungsfeld zwischen Konflikt und Konsens, und er spiegelt dieses zugleich wider.

Das gemeinsame Wort der Kirchen scheint gelungen. Man darf es sogar einen großen Wurf nennen, denn es ist eine erste ökumenische Sozialethik für unsere reformbedürftige Gesellschaft. Erst recht ist es zu loben, wenn man bedenkt, dass der Text auch Ergebnis eines breit angelegten öffentlichen Diskussionsprozesses ist. Die Hoffnung, die die Herausgeber mit dem Prozess und mit seinem Ergebnis verbinden, ist in Nr. 44 so formuliert: „Konflikte lassen sich gemeinwohlverträglich eher austragen, Kompromisse als Ausgleich zwischen unterschiedlich oder gegensätzlich bleibenden Interessen lassen sich leichter erreichen, wenn die Konfliktpartner auf dem Boden eines gemeinsamen Grundkonsenses stehen.“

Das gemeinsame Sozialwort darf aber nicht in den Ablagen verschwinden. Es muss die kirchliche Soziallehre ergänzen und vor allem daraufhin geprüft werden, wie es zur Verbesserung der konkreten Situation von Pfarrgemeinden und Verbänden angewandt werden kann. Deshalb wird nachfolgend eine kritische Einführung von Prof. Dr. Bernhard Sutor, die der Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern und Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Sozialkunde und Christliche Soziallehre an der Katholischen Universität Eichstätt vor der Frühjahrsvollversammlung 1997 des ZdK gegeben hat, abgedruckt. Vorangestellt wird den Ausführungen als ein Beispiel, wie die GKS als Verband damit umgehen kann, der Bericht des GKS-Kreises Bonn über eine Diskussion mit Dr. Thomas Hoppe vom Institut Theologie und Frieden Barsbüttel zum gleichen Thema. (PS)

GKS Kreis Bonn diskutiert mit Dr. Thomas Hoppe die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland

Bernd Englert

Der GKS Kreis Bonn hat gemeinsam mit dem katholischen und evangelischen Standortpfarrer Bonn zu einem Vortrag mit Aussprache über das gemeinsame Wort der Kirchen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland in das geistliche Forum auf der Hardthöhe am 21. April 1997 eingeladen. Als Referent wurde Dr. Thomas Hoppe, Stellvertretender Leiter des Institutes für Theologie und Frieden sowie Lehrstuhlanwärter auf der Professur für Katholische Sozialethik an der Universität der Bundeswehr Hamburg, gewonnen.

Der Vorsitzende des GKS-Kreises, Oberst i.G. Bernd Englert, führte einleitend aus, dass ange-

sichts hoher Arbeitslosenzahlen und der Erkenntnis, dass der Sozialstaat an Grenzen stößt und Anspruchsdenken sowie Egoismus zunehmen, der solidarische Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet ist. Vor diesem Hintergrund habe das gemeinsame Wort der Kirchen mit dem programatischen Titel „Für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität“, das einen ethischen Grundkonsens für ein humanes Gemeinwesen anstrebe, große Beachtung gefunden. Es sei daher nahe liegend, dass sich auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten diesem Thema stelle.

Dr. Thomas Hoppe, der als Mit-

glied des Beraterkreises an der Erstellung des Wortes mitgewirkt hat, stellte zu Beginn seines Vortrages heraus, dass Solidarität und Gerechtigkeit für beide Kirchen Maßstab für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik sind. Dr. Hoppe erläuterte anhand folgender zehn Thesen die Hauptgedanken des gemeinsamen Wortes der Kirchen:

These 1: Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen.

These 2: Die Qualität der sozialen Sicherung und das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft bedingen einander.

These 3: Die soziale Marktwirtschaft braucht eine strukturelle und moralische Erneuerung.

These 4: In der sozialen Sicherung spricht nichts für einen Systemwechsel, Reformen aber sind unerlässlich.

These 5: Die vordringlichste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in den nächsten Jahren der Abbau der Massenarbeitslosigkeit.

These 6: Der Sozialstaat dient dem sozialen Ausgleich. Darum belastet er die Stärkeren zugunsten der Schwächeren.

These 7: Der Sozialstaat muss so weiterentwickelt werden, dass die staatlich gewährleistete Versorgung durch mehr Eigenverantwortung und Verantwortung der kleinen sozialen Einheiten gestützt wird. Er bedarf einer ihn tragenden und ergänzenden Sozialstruktur.

These 8: Die Ungleichheit der Lebensverhältnisse im Osten und Westen Deutschlands wird noch für lange Zeit spürbar bleiben. Das Geschenk der Einheit muss wirtschaftlich und sozial mit Leben gefüllt werden.

These 9: Die Menschen teilen die Welt mit anderen Geschöpfen Gottes. Deutschland lebt in der Welt zusammen mit anderen Ländern. Solidarität und Gerechtigkeit sind unteilbar.

These 10: Das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland ist kein letztes Wort.

In der lebhaften Aussprache zu den Ausführungen von Dr. Hoppe stand zu Beginn die soziale Marktwirtschaft und insbesondere die Frage, wie viel Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich aus wirtschaftlichen Zwängen nötig bzw. aus sozialen Gründen tolerierbar ist, im Vordergrund.

In einigen Stellungnahmen wurde kritisiert, dass der moralische Aspekt, vor allem das Gebot der Nächstenliebe und die hieraus erwachsende Notwendigkeit einer moralischen Erneuerung im gemeinsamen Wort zu kurz komme. Die Kirchen hätten die Chance verpasst, noch deutlicher zur Gewissensschärfung aufzurufen und damit ihrem spezifischen Beitrag zur Gesamtdiskussion mehr Gewicht zu verleihen.

Man müsse auch fragen, ob die Kirchen als Arbeitgeber den selbst aufgestellten hohen Ansprüchen gerecht würden.

Ein reger Meinungs- und Erfahrungsaustausch wurde über die Frage geführt, wie der Einzelne bzw. auch Verbände einschließlich der GKS die Weiterentwicklung des Sozialstaates durch so genannte kleine soziale Einheiten fördern können und wie in diesem Zusammenhang ehrenamtliche Arbeit einzuordnen ist.

Außerdem wurde zu bedenken gegeben, dass die hohe Zustimmung, die das Positionspapier erfahren habe, auch kritisch hinterfragt werden müsse, weil jede Seite das für sie günstige Argument herauslese und nicht bereit sei, wirkliche Zugeständnisse zu machen.

Als Erfahrung bleibt festzuhalten: Die Auseinandersetzung mit diesem Wort der Kirchen lohnt sich für einen GKS Kreis. In erster Linie kann damit in dieser für die

Zukunft lebenswichtigen Frage das eigene Wissen vertieft und der persönliche Standort überprüft werden. Zudem kann der Einzelne neben der allgemeinen Wissenserweiterung auch konkrete Anregungen erhalten, wie er selbst seiner sozialen Verantwortung gerecht werden kann. Dies trifft selbstverständlich auch auf die GKS in ihrer Gesamtheit wie auf einzelne Kreise zu.

Die o.a. angeführten 10 Thesen, die im gemeinsamen Wort der Kirchen als Hinführung erläutert sind, eignen sich gut, um in das Thema einzuführen. Darüber ist es von der Sache her sinnvoll, die Veranstaltung ökumenisch auszurichten.

Das Gewinnen eines Referenten dürfte auch für andere Kreise nicht schwierig sein, da sich zahlreiche Institutionen und Gruppierungen aus Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbänden mit dieser aktuellen Frage beschäftigen.

Zwischen Konflikt und Konsens

Eine kritische Einführung in das gemeinsame Wort der Kirchen

„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ aus politisch-ethischer Sicht

Bernhard Sutor

Unsere Leitfrage lautet deshalb unter dem Aspekt von Konsens und Konflikt: Was ist so gut gelungen, dass darin Konsens möglich scheint; und wo sitzen die Konfliktpotentiale?

1. Politik ermöglichen, nicht machen

Die Kirchen, so die erste These, wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen vielmehr Politik möglich machen; möglich machen, indem sie die rivalisierenden Kräfte auf gemeinsame Grundorientierungen einer demokratischen Gesellschaft hinweisen, einen möglichen Konsens formulieren, innerhalb dessen gestritten werden kann; Politik möglich machen durch Erweiterung ihrer Hand-

lungsspielräume bei den Bürgern, die ihre Einstellungen und Verhaltensweisen im Sinne von Solidarität und Gerechtigkeit überprüfen sollen. Umdenken und Reformbereitschaft anstelle der verbreiteten Mentalität der Besitzstandswahrung, dieses Leitmotiv durchzieht den Text.

Die Unterscheidung zwischen „Politik ermöglichen“ und „Politik machen“ ruht auf einer wichtigen Voraussetzung, die im Vorwort nur kurz angesprochen ist, mit dem Hinweis auf den unterschiedlichen Charakter der einzelnen Kapitel. Die Kapitel 3 und 4, so heißt es dort, weisen auf Prinzipien und Maßstäbe für eine solidarische und gerechte Ordnung; darin erhoffen sich die Kirchen Konsens. In Kapitel 3 geht es um die Orien-

tierung aus dem Glauben, in Kapitel 4 um die Maßstäbe weltlicher Ethik. Kapitel 2 und 5 dagegen sind Beiträge zur Verständigung über Probleme. Kapitel 2 bietet eine Situations- und Problemanalyse, Kapitel 5 erörtert mögliche Lösungswege. Beide wollen weniger verbindlich sein als die Grundsatzteile 3 und 4.

Dem liegt die Unterscheidung zugrunde zwischen Einsichten in Prinzipien und Grundwerte einerseits, politischen Klugheitsurteilen andererseits. Aus Prinzipien kann ich nicht die Lösungen ableiten. Leider wird in der öffentlichen Diskussion dieser falsche Eindruck oft vermittelt. Aber wenn wir Solidarität sagen oder soziale Gerechtigkeit, wissen wir noch längst nicht, wie die Altersversor-

gung gesichert werden soll; wir wissen allenfalls, dass wir verpflichtet sind, sie zu sichern. Das Modell Biedenkopf lässt sich daraus ebenso rechtfertigen wie das Modell Blüm. Handlungsleitende Normen und konkrete Lösungen ergeben sich immer erst aus der Verbindung der Prinzipien mit Sach- und Situationsanalyse; und darin bleiben immer Streitfragen, bleibt ein Für und Wider im Konkreten. Deshalb kann ethische Besinnung zwar bessere Politik ermöglichen, aber sie ist nicht schon selbst Politik.

Im Sinne dieser Absicht darf das Wort der Kirchen als gelungen bezeichnet werden. Ich will das hier nur mit stichwortartigen Hinweisen begründen, gerade weil ich später mehr Kritik übe.

Es ist gelungen eine biblisch-theologische Begründung der Sozialethik und ihre Verbindung mit dem ethischen Konsens unserer profanen Gesellschaft in ihrer freiheitlichen, rechts- und sozialstaatlichen Verfassung.

Es ist gelungen die Verbindungen von Individual- und Sozialethik; nämlich der Aufweis, dass politische Reformbemühungen zwar auf die entsprechenden Einstellungen der Bürger angewiesen sind; dass aber Politik nicht die Aufgabe hat, Moral zu predigen, sondern das Recht und die ökonomisch-sozialen Strukturen zu gestalten.

Es ist gelungen die Verbindung von Sozialkultur der Gesellschaft mit der Rahmenordnung des Staates. Eine freiheitliche Gesellschaft darf soziale Gerechtigkeit nicht von Staat und Politik allein erwarten.

Es ist gelungen die Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialstaat. „Die Qualität der sozialen Sicherung und das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft bedingen einander“, so die zweite These in der Hinführung, und in Kapitel 4 wird soziale Marktwirtschaft als ständige Gestaltungsaufgabe beschrieben, die darauf zielt, durch soziale Sicherung und sozialen Ausgleich die wirksame Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte erst zu ermöglichen, auf deren Effizienz der soziale Ausgleich aber zugleich angewiesen ist.

Es ist auch gelungen, wenigstens im Ansatz, die Verbindung von Ökonomie und Ökologie als

neue gesellschaftliche und politische Aufgabe zu beschreiben. Der Text spricht von ökologisch-sozialer Marktwirtschaft und schärft das Prinzip der Nachhaltigkeit ein; er sagt ausdrücklich, dafür genügen nicht Nachbesserungen, vielmehr sei eine Strukturreform erforderlich (vgl. 122 ff.; 224 ff.).

Schließlich ist gelungen die Verbindung der innergesellschaftlichen und der internationalen Perspektive. Der Prozess der Globalisierung wird nicht weinerlich beklagt, sondern als Chance verstanden und als unsere Aufgabe, in Europa und weltweit an der Gestaltung einer ökonomisch-sozialen und ökologischen Rahmenordnung für alle Völker mitzuwirken.

2. Worüber gestritten werden muss – Fragen zu Kapitel 5

Die Hauptthese des Kapitels 5 lautet, nicht der Sozialstaat sei zu teuer, sondern die hohe Arbeitslosigkeit. Konsequenterweise heißt die Hauptforderung, Arbeitslosigkeit abzubauen (167–176). Dagegen zielt das, was über die Reform des Sozialstaates gesagt wird, nur auf Korrekturen unter Beibehaltung des in Deutschland gewachsenen und bewährten Systems. Man kann dieser Argumentation folgen. Ich möchte aber doch fragen, ob man es sich hier nicht zu einfach macht; ob der Text nicht zu beschwichtigend redet. Es könnte doch sein, dass ein falsch, nämlich ein zu kollektivistisch gebauter Sozialstaat Arbeitslosigkeit verstärkt und verfestigt. Aber fragen wir nach, welche Chancen denn bestehen, durch Abbau von Arbeitslosigkeit unsere Versicherungssysteme wieder „flott zu machen“.

Wir haben heute eine sehr viel höhere Nachfrage nach Erwerbsarbeit als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Sie ist mit dem Beitritt der fünf östlichen Bundesländer noch einmal gestiegen. Bei solcher Nachfrage kann eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Vollbeschäftigung nicht garantieren. Leider sagt unser Text dies nicht, vielmehr sagt er, Aufgabe einer sozial verpflichteten und gerechten Wirtschaftsordnung sei es, „allen Frauen und Männern, die dies brauchen und wünschen, den Zugang

und die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu eröffnen“ (168). Das ist verständlich, aber damit wird der klare Tatbestand verschleiert, dass ein freiheitlicher Staat ein „Recht auf Arbeit“ nicht gewährleisten kann. Das ist um so bedenklicher, als in dem Abschnitt über Menschenrechte das Recht auf Arbeit als „Grundrecht“ bezeichnet wird.

Wenn nun aber die Nachfrage nach Arbeitsplätzen nicht befriedigt werden kann, dann heißt die Alternative Arbeitslosigkeit für einen Teil der Arbeitssuchenden oder Teilung von Arbeit. Diese wird denn auch im Text mit großem Nachdruck empfohlen. Das ist zu begrüßen, denn diesbezüglich müssen wir mutiger werden, phantasiereicher, besonders im Interesse der jungen Familien, die heute danach suchen, teils auch darauf angewiesen sind, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Aber Teilung von Arbeit heißt auch Teilung von Einkommen, bringt also keine Mark mehr in die Sozialkassen, entlastet lediglich die Arbeitslosenversicherung.

Ein anderer Weg, der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfohlen wird, ist der so genannte zweite Arbeitsmarkt. Der Text spricht mit Recht von der Notwendigkeit, Menschen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, die ihr „Recht auf Arbeit“ zeitweise oder auch dauernd nicht auf dem regulären Arbeitsmarkt verwirklichen können (174 ff.). Tatsächlich fehlt es uns ja nicht an Arbeit, sondern an tariflich bezahlbaren Arbeitsplätzen. Wir müssen mehr Möglichkeiten entwickeln zu untertariflich bezahlter Arbeit, dass heißt besonders zur Verbindung von Sozial-einkommen mit zusätzlichem Arbeitseinkommen. Nur muss ein zweiter Arbeitsmarkt immer aus dem Ersten mitfinanziert werden; er gibt Arbeit, entlastet aber das Sozialsystem allenfalls marginal.

Es bleibt also als Hauptweg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Schaffung neuer, zukunfts-trächtiger Arbeitsplätze. Das sagt auch unser Text mit Nachdruck. Er fordert dazu eine umfassende Reform des Steuer- und Abgabensystems sowie die Förderung von Innovationen, von Selbständigkeit und unternehmerischer Initiative (170 f.). Nur wissen wir nicht, ob

und wie rasch das gelingt und wie viele Arbeitsplätze inzwischen weiter durch Rationalisierung und Globalisierung verloren gehen. Mit Recht erinnert der Text an die Verantwortung der Tarifparteien; meines Erachtens hätte er es noch deutlicher tun sollen. Denn sie entscheiden zuerst über die Kosten für Arbeit. Die Konfrontation, die sich beide Seiten immer noch leisten, müsste durch ein wirkliches „Bündnis für Arbeit“ abgelöst werden, und zwar unten, vor Ort, in den Unternehmungen und nach Branchen und Regionen differenziert. Es nützt nichts, sich gegenseitig mit Statistiken über Lohnkosten und Gewinnen den schwarzen Peter zuzuschieben. Investitionen lassen sich nicht befehlen, aber sie lassen sich durch Vereinbarung über ihre Bedingungen ermöglichen. Wer sozial sein will, muss auch Markt wollen, und wer Markt will, muss auch soziale Absicherung wollen. Das ist der notwendige Konsens.

Ich füge hinzu: Wer Arbeitsplätze will, muss auch Millionäre wollen. Denn Arbeitsplätze kosten Millionen. Man kann sich die Eigentumsrechte daran anders, besser verteilt wünschen, und mit Recht wiederholt der Text die alte christlich-soziale Forderung nach besserer Vermögensverteilung, besonders an Produktionsmitteln. Aber auf diesem Ohr waren die Tarifparteien vierzig Jahre lang schwerhörig. Das kann der Staat nicht gerade heute korrigieren wollen, falls er es überhaupt kann, durch höhere Lasten auf Vermögenden, die er andererseits zu Investitionen ermutigen möchte. Eher sähe ich eine Chance in der Verbindung von Vermögensbildung mit den Sozialversicherungen, die auf diese Weise nicht nur umverteilen, sondern in die gemeinsame Zukunft investieren würden. Dazu ist im Text leider nichts gesagt. Noch ein Schlaglicht: Von 84 %, die im Schnitt heute die Lohnnebenkosten im Vergleich zum eigentlichen Lohn ausmachen, gehen nicht einmal 1,5 % in die Vermögensbildung; Konsum- statt Investitionsorientierung!

Über die institutionelle Reform der sozialen Sicherungssysteme muss über den Text hinaus weiter nachgedacht und gestritten werden. Der Text fordert ausdrücklich

dazu auf, z.B. wenn er statt einer Spardebatte eine Gestaltungsdebatte fordert. Versicherungspflicht muss nicht Pflichtversicherung heißen, wenn mehr Eigenvorsorge und Transparenz zwischen Leistungen und Ansprüchen erreicht werden sollen (186/190). Vor allem muss auch nachgedacht werden über die Wiederherstellung wirklicher Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Solidarität muss subsidiär organisiert sein, sonst werden die Verantwortlichkeiten verwischt.

Ich meine also, hinter das prinzipielle „Weiter so“ des Textes, was unsere sozialen Institutionen betrifft, ein starkes Fragezeichen setzen zu müssen. Ich meine das auch deshalb, weil uns strukturelle Probleme bleiben, selbst wenn eine erhebliche Entlastung durch Senkung der Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit gelingen sollte. Es bleibt z.B. die schwere strukturelle Benachteiligung der Familien; es bleibt die Aufgabe einer ökologischen Strukturreform; es bleibt das schwere demographische Problem, die Verschiebung der Alterspyramide zugunsten der Älteren, zu Lasten der Jüngeren. Es bleibt schließlich auch die „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen, die eigentlich eine Leistungsexplosion ist; denn sie resultiert aus medizinischem und pharmazeutischem Fortschritt und aus dessen Erfolg, nämlich dem Alterwerden der Menschen und der Ausweitung der präventiven Möglichkeiten. Hier ist ein zukunftsträchtiger Markt entstanden, eine ständig steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen, die mit den Mitteln der herkömmlichen Krankenversicherung offensichtlich nicht mehr bewältigt werden kann. Wiederum zeigt sich erheblicher institutioneller Reformbedarf.

3. Haben wir einen Konsens? – Rückfragen an die Kapitel 3 u. 4

Die Unterscheidung zwischen Grundsatzebene und Lösungsvorschlägen ist wichtig, aber sie ist keine Trennung. Insofern muss man auch fragen, ob und wie weit Defizite in den Kapiteln 2 und 5 nicht auch in den beiden sozial-ethischen Zentralkapiteln des Textes grundgelegt sind. Denn das

Konfliktpotential, das in den konkreteren Ausführungen zutage tritt, resultiert nicht nur aus der Konkurrenz von Meinungen und Interessen im Konkreten; das Konfliktpotential steckt vielmehr auch in den Grundlagen, in den Wertorientierungen selbst. Ich meine, der Text hätte auch dies deutlicher sagen müssen.

Ich sehe im Wesentlichen zwei Gründe, weshalb die Konflikte bereits hier angelegt sind. Zum einen stellen die Prinzipien bzw. Grundwerte in sich ein spannungsvolles Gefüge dar. Zum anderen bedürfen sie der Interpretation und lassen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen.

Zum Ersteren: man kann selbstverständlich begründen, und der Text tut das überzeugend, dass die Prinzipien und Zielwerte der Kapitel 3 und 4 letztlich zusammengehören, dass sie einander bedingen; dass deshalb eine menschenwürdige und gerechte Ordnung nur erreichbar ist, wenn alle diese Prinzipien zugleich beachtet, diese Werte zugleich angestrebt werden. Aber eben dies bleibt immer eine „spannende Aufgabe“ im wörtlichen Sinn des Wortes; ein ständiges Bemühen, Polaritäten auszuhalten; die Institutionen der gemeinsamen Ordnung und die Strukturen der Gesellschaft so zu gestalten, dass Friede und Freiheit, Freiheit und Gerechtigkeit, Entfaltung der Interessen und Gemeinwohl möglichst zugleich gesichert werden, nicht der eine Wert auf Kosten des anderen. Wir sind als Menschen in Gesellschaft und Geschichte so verfasst, dass wir unsere Werte nicht maximieren, sondern nur optimieren können. Wir leben in Wertekonkurrenz. Ich halte diesen Gedanken für grundlegend und für hilfreich zum Verständnis unserer Konflikte. Diese entspringen nicht bösem Willen.

Dieser grundlegende Tatbestand begegnet uns in nachdrücklicher Weise im Streit um soziale Gerechtigkeit, einem der beiden Zentralkonzepte unseres Textes. Die Ausführungen dazu sind prägnant und eindrucksvoll (vgl. 108 ff.), und doch scheinen sie mir defizitär. Zutreffend wird zunächst Gerechtigkeit als Tugend beschrieben, nämlich als Wille und Bereitschaft, jedem das Seine zukommen zu las-

sen. Diese Tugend wird in ihren drei Dimensionen kurz angesprochen, als gesetzliche, als austeilende und als Tauschgerechtigkeit. Über die ordnungspolitische Bedeutung dieser Unterscheidung wäre einiges zu sagen. Ich übergehe das hier, der Text führt es auch nicht aus. Jedenfalls genügen nicht Markt und Tausch.

Überzeugend heißt es dann im Text, der Begriff der sozialen Gerechtigkeit gehe über die Tugend der Gerechtigkeit hinaus, weil er angesichts der Veränderbarkeit der sozialen Ordnungen nicht nach der Gerechtigkeit der Menschen fragt, sondern nach dem Richtigsein der Ordnungen und Strukturen. Der Begriff besage: „Angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen“ (111).

Das scheint mir, so sehr es dem geschichtlichen Ursprung des Rufs nach sozialer Gerechtigkeit entspricht, nun doch eine Engführung, nämlich auf Chancengleichheit, die durch den Zusatz „gleichwertige Lebensbedingungen“ etwas abgemildert, damit aber nicht klarer wird. Ich ziehe hier gar nicht auf den berechtigten Einwand, dass niemand, kein Staat in der Welt, tatsächlich die Lebenschancen aller gleichmachen kann, selbst wenn er alle seine Bürger in Lagern erziehen wollte. Deshalb wäre Chancengerechtigkeit hier der richtigere Ausdruck. Ich will vielmehr darüber hinaus sagen, dass der Zielwert soziale Gerechtigkeit auch noch andere Entfaltungsrichtungen als die der Chancengerechtigkeit hat. Im übernächsten Abschnitt des Textes ist z.B. die Rede von Strukturen verantwortlicher Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und von politischen Beteiligungsrechten. Das sind aber Forderungen, die keineswegs nur für die Ärmern gelten, sondern für alle Bürger eines Gemeinwesens. Im Kapitel 4 taucht als ein konstitutives Merkmal so-

zialer Marktwirtschaft Leistungsgerechtigkeit auf, auf Entgelte wie auf Gewinne bezogen (149), und als Ziel dieser Ordnung wird mehrfach der „soziale Ausgleich“ bezeichnet (143). Ausgleich zwischen welchen bzw. wessen Ansprüchen, wäre zu fragen. Der Text bleibt hier ungenau.

Nun ist ein solches Wort keine systematische sozialetische Abhandlung. Immerhin jedoch soll er den sozialen Grundkonsens unserer Gesellschaft stärken. Seine tragenden Begriffe müssen also möglichst genau umschrieben werden. Zu diesem Zweck wäre es hilfreich gewesen, den Zentralbegriff der sozialen Gerechtigkeit aus Kapitel 3 mit den Ausführungen über Menschenrechte in Kapitel 4 zu verbinden. Dort werden die individuellen Freiheitsrechte, die politischen Mitwirkungsrechte sowie die wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Rechte unterschieden, und völlig

Soziale Gerechtigkeit ist der Ausgleich zwischen unterschiedlichen und konkurrierenden Rechtsgütern.

Zu den auszugleichenden Rechten gehören

- **Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit,**
- **Zukunfts- oder Intergenerationen-Gerechtigkeit**

zutreffend wird die Möglichkeit ihrer Verbindung in einer Ordnung gesehen, die Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit zugleich beachtet.

Hätte man soziale Gerechtigkeit darauf bezogen, dann wäre klarer geworden, dass sie zu oberflächlich gedacht ist, wenn man sie nur als Ausgleich zwischen Reichen und Ärmern, zwischen Starken und Schwachen versteht; so sehr dieser Ausgleich nötig ist. Der Ausgleich besteht zwar auch im Umverteilen materieller Güter, aber er muss als ein Ausgleich zwischen unterschiedlichen und konkurrierenden Rechtsansprüchen gestaltet werden. Als solcher ist er ständig erforderlich, und weil niemand sagen kann, wann er quantitativ gerecht ist, drückt sich soziale Gerechtigkeit zuerst aus in der Gestaltung von Institutionen des Ausgleichs. Zu den auszugleichenden Rechten, die alle den Begriff der sozialen Gerechtigkeit ausfüllen, gehören leistungsgerechte Entlohnung und

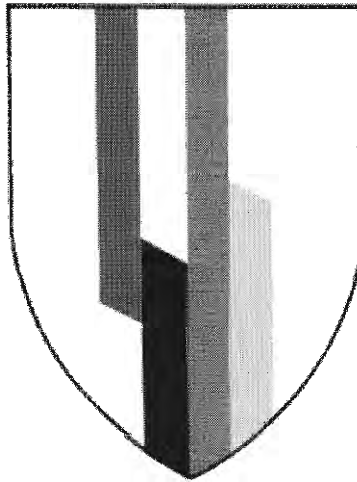
Eigentumsrechte, also Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit, ebenso wie das Recht auf Teilhabe an Chancen und, als Minimum, Sicherung der Grundbedürfnisse, also Chancen- und Bedürfnisgerechtigkeit. Zudem wissen wir heute, daß auch Zukunfts- oder Intergenerationen-Gerechtigkeit beachtet werden muss. Alle diese Rechte institutionell zu sichern, sie wahrnehmbar zu machen, darin besteht die Aufgabe sozialer Gerechtigkeit zuerst. Nur diese institutionelle Balance ermöglicht auch die Verbindung von Produktivität und Markteffizienz mit sozialem Ausgleich, wie sie sich die soziale Marktwirtschaft als Aufgabe stellt.

Unser Problem, das wir mit Reform oder Umbau den Sozialstaates meinen, ist also als Frage zu formulieren, ob dessen Institutionen noch reichen zur Lösung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben. So gesehen wäre es wichtiger, die Institution Eigentum und den Zugang zu Eigentum besser zu gestalten, als Eigentümern, von denen man Investitionen erwartet, noch mehr wegnehmen zu wollen. Statt nach

Möglichkeiten zu suchen, noch mehr Abgaben in die Sozialkassen zu holen, wäre es richtiger zu fragen, wie soziale Sicherheit stärker mit zukunftsorientierter Eigentumsbildung verbunden werden kann. Es ist meine große Sorge, dass das Wort der Kirchen diese institutionelle Frage eher verdeckt; die Frage also nach den Institutionen, die im Interesse aller liegen und deshalb das Gemeinwohl sichern. Der Text kennt leider keinen ausgearbeiteten Gemeinwohlbegriff, nämlich Gemeinwohl als die politisch zu sichernden Bedingungen zur Entfaltung der personalen und sozialen Kräfte, nicht als umfassende Garantie von Wohlfahrt durch den Staat. Aber das ist ein weiteres Thema, mit dem ich Sie nicht mehr behelligen will. Jedenfalls sollten wir den Text nicht lesen zur Selbstbestätigung, sondern als Herausforderung zum Umdenken und zum Nachdenken über Reformen. □

Die Deutsch-Französische Brigade

Matthias Thye



Brigade Franco- Allemande

Schon seit Ende der Fünfziger Jahre strebte man in Europa zur Kostenminimierung und zur besseren militärischen Zusammenarbeit (Interoperabilität) gemeinsame Rüstungsprogramme an. Besonders intensiv betrieben Frankreich und Deutschland die bilaterale Entwicklung und Produktion von Flugzeugen, Hubschraubern und Lenkflugkörpern (Transportflugzeug Transall, U-Boot-Bekämpfungsfahrzeug Breguet-Atlantic, Alpha-Jet, Kampfhubschrauber, Flugabwehr- und Panzerabwehrraketen).

Im Oktober 1982, kurz nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl, wurde bereits eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auf Basis des deutsch-französischen Vertrages von 1963 beschlossen. Die Regierungen vereinbarten u.a., eine gemeinsame Koordinierungsgruppe ins Leben zu rufen sowie regelmäßige, halbjährliche Beratungen zur Sicherheitspolitik zwischen den Außen- und Verteidigungsministern durchzuführen.

Aus diesem Ansatz konkretisierte sich 1987 die Idee eines „deutsch-französischen Verteidigungsrates“ unter Einbeziehung der Fachminister, der Staats- und Regierungschefs sowie der Oberbefehlshaber der beiden Armeen. Der Verteidigungsrat wurde am 24. September 1987 zum Abschluss des Manövers „Kecker Spatz“ von Helmut Kohl und François Mitterrand angekündigt und anlässlich des Karlsruher Gipfeltreffens im November 1987 feierlich beschlossen.

Das gemeinsame Herbstmanöver „Kecker Spatz“ wurde vom 17. bis 24. September 1987 zu einer

politischen Demonstration deutsch-französischer Militärzusammenarbeit durchgeführt. Die Übung von 55.000 deutschen und 20.000 französischen Soldaten unter deutschem Oberkommando sollte den Einsatz der französischen „Schnellen Eingreiftruppe“ (Force d'Action Rapide, FAR) in der Bundesrepublik erproben und damit das entschlossene Engagement Frankreichs bei einer eventuellen militärischen Bedrohung der Bundesrepublik unterstreichen.

Ein Ergebnis der militärischen Zusammenarbeit beider Länder ist die Deutsch-Französische Brigade. Erstmals wurde die Aufstellung eines deutsch-französischen Truppenteils im Juni 1987 von Bundeskanzler Helmut Kohl angeregt. Schon im November 1987 während des deutsch-französischen Gipfeltreffens in Karlsruhe bekundeten Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand gemeinsam ihren Willen, eine Deutsch-Französische Brigade aufzustellen.

Schritte zur Realisation

22. Januar 1988:

Während der Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysee-Vertrages betonten Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand in Paris die „Schicksalsgemeinschaft“ beider Nachbarstaaten. Im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden 51. deutsch-französischen Regierungskonsultationen wurden neben verschiedenen kulturellen Vereinbarungen und einer gemeinsamen Erklärung zur Entwicklungshilfe in

Afrika die in Karlsruhe bereits beschlossenen Einrichtungen eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates sowie eines Verteidigungs- und Sicherheitsrates ins Leben gerufen.

3. Oktober 1988

Der Aufstellungsstab der deutsch-französischen Brigade nimmt in Böblingen seine Arbeit auf.

12. Januar 1989

Offizielle Einführung des Aufstellungsstabes durch den Inspekteur des Heeres und den Generalstabschef des französischen Heeres.

2. Oktober 1989

Übernahme der Kommandogewalt über die ersten deutschen und französischen Truppenteile durch den französischen General Jean-Pierre Sengeisen. Sein deutscher Stellvertreter ist Oberst Günther Wassenberg. Die Deutsch-Französische Brigade ist offiziell aufgestellt.

2. November 1989

Die beiden Verteidigungsminister Stoltenberg und Chevenement unterzeichnen die Verwaltungsvereinbarung über Organisation und Betrieb der Brigade.

1. Oktober 1990

Mit der Unterstellung der letzten Truppenteile ist die Aufstellungsphase der Deutsch-Französischen Brigade beendet.

1. Oktober 1991

Der erste Kommandeur der Brigade, Général de Division Jean

Pierre Sengeisen, übergibt das Kommando an seinen deutschen Nachfolger, General Helmut Neubauer, dessen Stellvertreter der französische Oberst Breg ist.

Herbst 1992

Der Stab der Brigade bezieht Quartier in Müllheim. Damit hat die Verlegung der Brigade in drei „gemischte Standorte“ Müllheim, Immendingen und Donaueschingen begonnen.

1. Oktober 1993

General Neubauer übergibt das Kommando über die Brigade an den französischen Général de Brigade Friedrich. Stellvertreter wird Oberst Quiel.

Am selben Tag erfolgt die Unterstellung unter das Eurokorps.

1. Januar 1994

Die Brigade meldet ihre Einsatzfähigkeit für humanitäre Aufgaben.

14. Juli 1994

Die Brigade defiliert im Rahmen des Eurokorps auf den Champs-Élysées.

30. September 1994

Die Brigade begeht im Rahmen eines feierlichen Appells ihr fünfjähriges Bestehen.

10. Oktober 1994

Die Deutsch-Französische Brigade übt mit polnischen Soldaten friedenserhaltende Maßnahmen.

10. Februar 1995

Das 110. Infanterieregiment und ein deutscher Zug nehmen an einer Kommandoübung in Guyana teil.

7. bis 28. August 1995

Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade werden zur Bekämpfung von Waldbränden auf Korsika eingesetzt.

1. Oktober 1995

Das Kommando über die Brigade wechselt von General Friedrich an General Budde.

Mitte 1996

Abschluss der Verlegung der Brigade in die drei „gemischten Standorte“ Müllheim, Immendingen und Donaueschingen.

August 1996

Deutsche und französische Kontingente der Brigade leisten Dienst im Rahmen der IFOR-Truppen im ehemaligen Jugoslawien.

Zweck einer gemeinsamen Brigade

Die Deutsch-Französische Brigade umfasst heute, sieben Jahre nach ihrer Aufstellung, 5.096 Soldaten, 2.462 Franzosen und 2.634 Deutsche. Die mit der Schaffung dieses binationalen Großverbandes verfolgten Ziele sind in der von den Verteidigungsministern beider Staaten am 2. November 1989 in Bonn unterzeichneten Verwaltungsvereinbarung festgelegt.

Dort heißt es in Artikel 1:

Die Aufstellung der Deutsch-Französischen Brigade soll dazu dienen, beiden Staaten einen kampfkraftigen – unter Führung des Brigadekommandeurs einsetzbaren – Großverband zur Verfügung zu stellen.

Ihre Aufstellung soll darüber hinaus dem Zweck dienen

- wann immer möglich, die Festlegung gemeinsamer Verfahren sowie die Abstimmung der Bedingungen für die Dienstausbildung und der Lebensbedingung der Truppenteile zu erreichen, um die Verfahren der Interoperabilität zwischen den deutschen und französischen Truppenteilen und die Grundsätze für die Ausbildung von Verbänden, die aus Truppenteilen unterschiedlicher Nationalität besteht, zu überprüfen,
- das gegenseitige Kennenlernen zu fördern,
- die Standardisierung von Material und Ausrüstung wirksamer zu gestalten.

Unterstellung und Auftrag

Seit dem 1. Oktober 1993 ist die Deutsch-Französische Brigade dem Eurokorps im Hinblick auf Einsatzplanung, Übungen und Ausbildung unterstellt, wird aber weiterhin truppendienstlich durch das WBK V/10. PzDiv in Sigmaringen und die FFSA/1° DB in Baden-Baden geführt.

Die Brigade hatte ursprünglich – bei ihrer Aufstellung – die Aufgabe, ein Bindeglied zu sein zwischen den französischen Streitkräften

und der Vorneverteidigung der NATO. Dieser Auftrag ist mit der veränderten politischen Situation in Europa entfallen. Der „Deutsch-Französische Rat für Sicherheit und Verteidigung“ prüft neue Einsatzmöglichkeiten für den Großverband. Gegenwärtig hat die Brigade einen Auftrag wie jede andere deutsche auch. D.h., sie soll verfügbar sein, soll ihre Einsatzbereitschaft herstellen und, je nach Entscheidung der beiden Regierungen, bereit sein für Einsätze jeglicher Art.

Da die Brigade den Krisenreaktionskräften (KRK) zugeordnet ist, liegt ihr Auftrag neben der Landes- und Bündnisverteidigung auch in dem erweiterten Spektrum von humanitären Aktionen und friedenserhaltenden Maßnahmen. Gerade bei solchen internationalen Aufträgen wird die hohe Einsatzbereitschaft des Großverbandes von besonderer Bedeutung sein, die in folgenden Eigenschaften zum Ausdruck kommt:

- Fähigkeit zur Interoperabilität, d.h. zum Zusammenwirken mit alliierten Großverbänden;
- hohe Mobilität und Flexibilität, bedingt durch geringe Mobilisierungsabhängigkeit sowie einen hohen Anteil von Radfahrzeugen (schnelle Verlegbarkeit).

Die Deutsch-Französische Brigade besteht aus einem Stab und einer Stabskompanie sowie einem Versorgungsbataillon, die deutsch-französisch sind.

Weiterhin gibt es Einheiten, die nur französisch oder nur deutsch sind. Die französischen Einheiten gliedern sich in Husarenregiment, eine Aufklärungskompanie und ein Infanterieregiment. Ein Jägerbataillon, ein Feldartilleriebataillon und eine Panzerpionierkompanie bilden die deutschen Einheiten.

Die Deutsch-Französische Brigade wird wechselweise, in einem Turnus von zwei Jahren, von einem deutschen oder einem französischen General geführt. Stellvertretender Kommandeur ist ein Oberst der jeweils anderen Nation.

Der Kommandeur dieser Brigade verfügt über einen gemischten deutsch-französischen Stab. Auch in diesem werden die Dienstposten Chef des Stabes, Leiter der

Abteilung G 3 (Ausbildung und Einsatz) sowie dessen Stellvertreter im turnusgemäßen Wechsel besetzt. In jeder Stabsabteilung dienen deutsche und französische Offiziere, Unteroffiziere sowie Wehrpflichtige gemeinsam unter dem Befehl eines einzigen Vorgesetzten, der sowohl Deutscher als auch

binationalen Übungen, aber auch bei Übungen mit NATO-Partnern, bewiesen.

Die gemischte Stabskompanie unterstützt den Brigadestab personell und materiell. Bei Übungen und im Einsatz erkundet, betreibt und sichert sie die Gefechtsstände der Brigade. Zur Sicherstellung der

sich damit sprachlich weiterzubilden wird reger Gebrauch gemacht.

Das Versorgungsbataillon ist das einzige gemischte Bataillon der Brigade. In einem Turnus von zwei Jahren wird der Verband von einem deutschen bzw. französischen Kommandeur geführt.

Der Auftrag besteht darin, die logistische und sanitätsdienstliche Unterstützung der Brigade sicherzustellen und französische Rekruten auszubilden. Für das deutsche und französische Material gibt es eine unterschiedliche Logistik, der man sich schrittweise anpassen muss.

Einzigartig auf der Welt dienen Soldaten zweier Nationen Seite an Seite in einem Bataillon und erfüllen ihre Pflicht.

Stationierung und Grundsätze

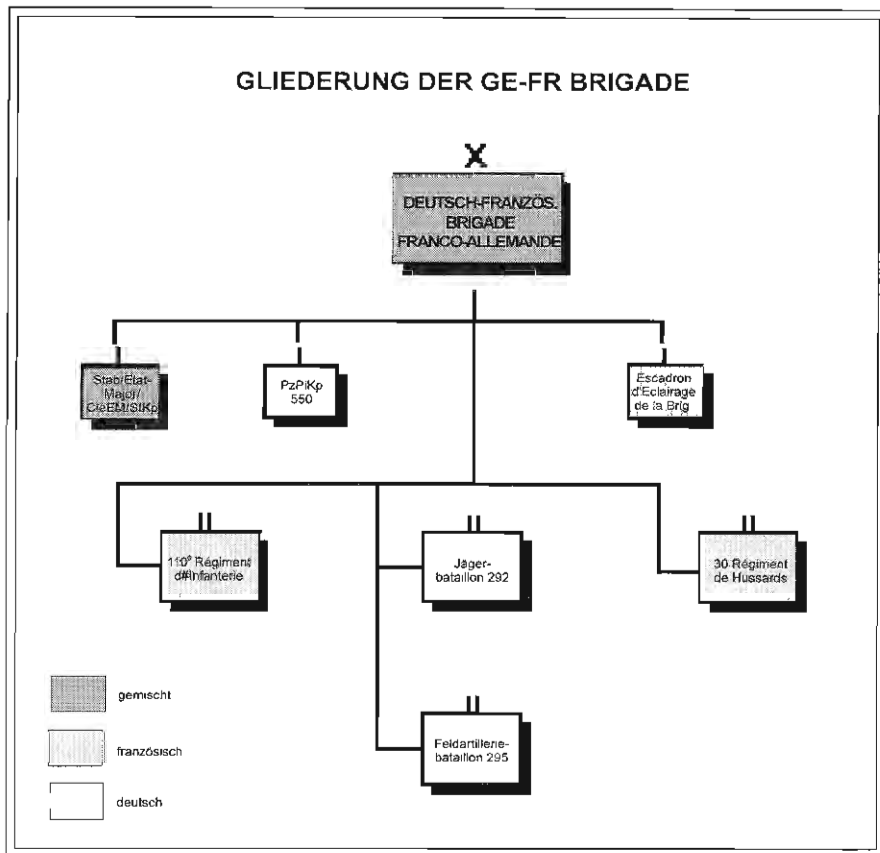
Seit Mitte 1996 ist die Brigade wie folgt stationiert:

Der Stab, die Stabskompanie, die Aufklärungskompanie und das Versorgungsbataillon befinden sich in Müllheim, die Panzerpionierkompanie, das Feldartilleriebataillon und das Husarenregiment in Immendingen und das Infanterieregiment sowie das Jägerbataillon in Donaueschingen.

In jeder Garnison dienen Soldaten beider Nationen, sei es, dass selbst die Kompanien und Züge gemischt sind wie im Stab, der Stabskompanie sowie im Versorgungsbataillon, sei es, dass nationale Truppenteile fortbestehen, die jedoch in binational belegten Kasernen untergebracht sind, die gleichen Betreuungseinrichtungen nutzen und gemeinsam ausgebildet werden.

Jeder Soldat der Brigade hat dann die Möglichkeit, mit Kameraden der jeweils anderen Nation jederzeit in Kontakt zu treten, zusammenzuarbeiten und seine Freizeit zu verbringen.

Spricht man mit den Soldaten, so hat man den Eindruck, dass kaum irgendwo die deutsch-französische Zusammenarbeit besser funktioniert als in dieser Brigade. Zwar wird in den rein nationalen Einheiten die jeweilige Muttersprache verwendet, aber in den gemischten Einheiten und dort, wo Deutsche und Franzosen unmittelbar zusammenarbeiten, geht es zweisprachig zu.



Franzose sein kann. Dieses einzigartige System profitiert vom gegenseitigen Wissensaustausch über die französischen und deutschen Streitkräfte.

Neben den auch in rein nationalen Großverbänden vorhandenen Stabsabteilungen für militärische Sicherheit, Ausbildung und Einsatz, Logistik und Fernmeldewesen verfügt der Brigadestab als Besonderheit über je eine deutsche und französische Personalabteilung, zwei Verwaltungen, einen Rechtsberater, einen Übersetzerdienst, eine Presseabteilung sowie über ein Luftwaffenverbindungskommando.

Er ist ohne Zweifel ein Maßstab für zukünftige Armeen, insbesondere aber auch für die gemeinsame europäische Armee. Der Stab hat seine volle Einsatzfähigkeit erreicht und dies bereits bei vielen

Verbindung zu den unterstellten Truppenteilen und zu übergeordneten Kommandobehörden stellt die Kompanie hochmodernes französisches und deutsches Fernmeldematerial sowie die dazu gehörigen Bediener zur Verfügung. Ihre ca. 300 deutschen und französischen Soldaten werden wechselweise von einem deutschen oder französischen Kompaniechef geführt.

Französische und deutsche Wehrpflichtige verrichten zusammen ihren Dienst und wohnen gemeinsam auf gemischten Stuben. Wie sonst nirgendwo, eröffnet sich hier für die jungen Wehrpflichtigen die Möglichkeit, im täglichen Zusammenleben, die Kameraden der jeweiligen anderen Nation kennenzulernen. Vom Angebot sich aufgrund vorhandener Sprachkenntnisse zur Deutsch-Französischen Brigade zu bewerben und

Um den Umgang mit der Fremdsprache ständig zu üben und zu verbessern, sind alle Angehörigen von gemischten Truppenteilen dazu angehalten, bei binationalen Gesprächen die jeweilige Fremdsprache zu benutzen. Für diejenigen, die damit noch Schwierigkeiten haben, besteht die Möglichkeit an internen Sprachkursen teilzunehmen.

Deutsche und Franzosen haben gemeinsame Verfahren entwickelt, um die Einsatzfähigkeit der Brigade zu verbessern. Dazu gehören Regelungen für die Versorgung der Einheiten ebenso wie die Erarbeitung taktischer Grundsätze, einer gemeinsamen Wachvorschrift oder einer gemeinsamen Stabsdienstordnung.

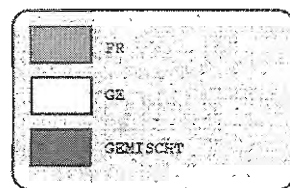
Am Leben der Deutsch-Französischen Brigade teilzunehmen, stellt für alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade, ob Berufs- oder Zeitsoldat bzw. Grundwehrdienstleistender, eine im Leben eines Soldaten einzigartige Erfahrung dar. „Zusammengehörigkeit und Einsatzbereitschaft“ lautet die vorherrschende Devise. Geistige Beweglichkeit und Kompromißbereitschaft waren und sind hierfür nötig, denn die jeweiligen nationalen Regelungen weichen oft stark voneinander ab.

Auch für die Standardisierung von Waffen und Gerät wurden gemeinsame Lösungen gefunden. So sind alle gemischten Truppenteile ausschließlich mit dem deutschen Maschinengewehr MG 3 und mit dem französischen Sturmgewehr FAMAS ausgestattet. Die Fahrzeuge mit einer Nutzlast bis zu 5 t stammen aus Frankreich, die mit höherer Nutzlast aus deutscher Produktion.

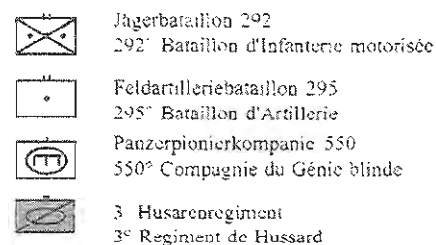
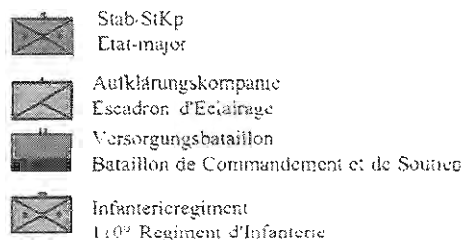
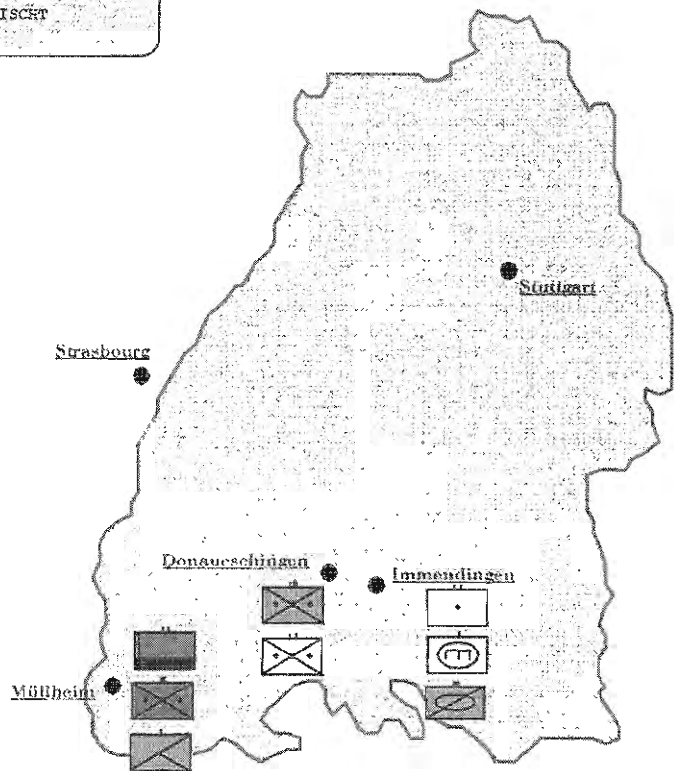
In den Verbänden der Kampf- und Kampfunterstützungstruppe gibt es noch eine rein nationale Bewaffnung. Hier könnten in naher Zukunft noch Fortschritte erzielt werden.

Dahingegen ist die Brigade mit dem französischen RITA-Fernmeldesystem und deutschen Funkgeräten ausgestattet, um die Verbindung zwischen den Truppenteilen und der Brigade, aber auch zu übergeordneten Kommandobehörden sicherzustellen.

Die Deutsch-Französische Brigade ist ein „kleiner Großver-



STATIONIERUNG DER GE-FR BRIGADE



band“. Beweglich, leicht, schnell, anpassungsfähig und einsatzbereit ist sie keine Brigade wie jede andere. Als einziger binationaler Verband seiner Art ist sie zweifelsfrei ein politischer Erfolg.

Im Oktober 1994 konnte die Brigade erstmals auch ihre Fähigkeiten in der Zusammenarbeit mit einem mittelosteuropäischen Partner beweisen. Gemeinsam mit Soldaten des polnischen Heeres übte die Deutsch-Französische Brigade den Betrieb eines Check-Points und eines Flüchtlingslagers wie es im Rahmen eines UNO-Blauhelmeinsatzes vorstellbar ist.

Gerade auf Wehrpflichtige übt die Brigade einen besonderen Reiz aus. Nicht wenige nehmen längere Fahrtzeiten und die Trennung von

den Familien in Kauf, um ihren Beitrag zu einem zukünftigen gemeinsamen Europa zu leisten.

Über ein Jahr hinweg können sie die Mentalität ihres europäischen Nachbarn kennenlernen und Freundschaften schließen, die oft über das Dienstzeitende hinaus Bestand haben und so zu einem besseren Verständnis füreinander und tieferem Vertrauen unserer beiden Völker zueinander führen.

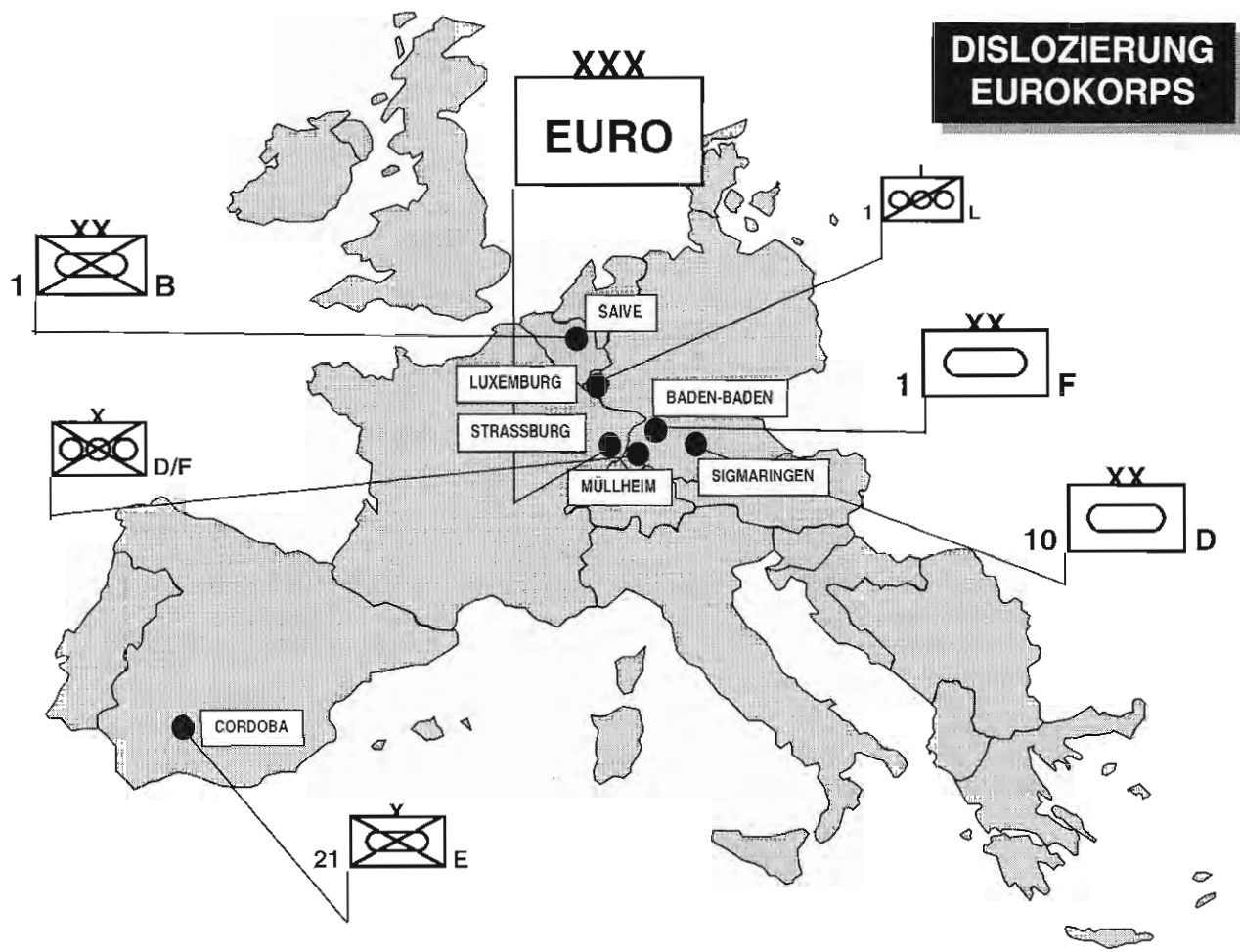
Die Deutsch-Französische Brigade ist aber mehr als ein politisches Symbol. Sie ist ein operativ einsetzbarer Großverband und damit der konkrete Ausdruck des Willens der Regierungen Frankreichs und Deutschlands, auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsam zu handeln.

Zu der Frage eines multinationalen Verbandes sagte der Brigadegeneral Helmut Neubauer (erster deutscher Kommandeur der Deutsch-Französischen Brigade):

„Ich bin der Auffassung, dass sich das Beispiel dieser Brigade mit der Zusammenarbeit von zwei Nationalitäten nicht beliebig erweitern lässt. Ich meine, dass man eine dritte Fremdspra-

che auf Brigadeebene nicht einführen kann. Das würde die Kraft aller Beteiligten überfordern. Sicherlich lassen sich andere Modelle der Zusammenarbeit denken. Wir haben das sehr schwierige und ehrgeizige Beispiel der Deutsch-Französischen Brigade verwirklicht. Ein anderes Modell hat die NATO vor-exerziert, nämlich nationale

Korps, die von einem multinationalen Armeestab geführt werden. Es lässt sich aber sicherlich noch ein Mittelweg finden. Man kann sich vorstellen, dass ein multinationales Korps mit einem gemischten Stab rein nationale Divisionen oder Brigaden führt. Das ist schneller zu verwirklichen als das Beispiel der Deutsch-Französischen Brigade.“ □



Die von Brigadegeneral Neubauer angedeutete Lösung für ein multinationales Korps wurde zwischenzeitlich als EUROKORPS verwirklicht. Die Initiative zu seiner Aufstellung ging bereits im Oktober 1991, wiederum gemeinsam, vom französischen Staatspräsidenten F. Mitterrand und dem deutschen Bundeskanzler H. Kohl aus. Ziel war es, die enge deutsch-französische militärische Kooperation deutlich in einen größeren europäischen Zusammenhang zu stellen. Damit sollte auch der Diskussion um die Ausgestaltung einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)“ der Europäischen Union ein zusätzlicher Impuls gegeben werden. Alle Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) waren eingeladen, dem EUROKORPS beizutreten.

Bis zum Oktober 1995 wurde das Korps aufgestellt. Es hat die notwendigen Vorgaben für die zielgerichtete Planung und den sachgerechten Aufbau eines Übungsprogramms für den Zeitraum 1996 bis zum Jahr 2000 erhalten. Die Grafik zeigt den derzeit Aufstellungsstand und die Dislozierung des Korps.

Die russische Armee in der Krise

Paul Roth

Berichte über die Missstände in den Streitkräften Russlands, über Kriminalität, mangelnde Kampfbereitschaft, schwindende Kampfkraft, Nichtauszahlung des Soldes usw. kann man seit Jahren in der Presse Russlands finden. Im Jahre 1996 verging aber kaum eine Woche, in der nicht neue Schreckensmeldungen verbreitet wurden. Hierfür einige Beispiele:

Am 28.9.1996 meldete Radio Russland, L. Rochlin, Vorsitzender des Komitees für Verteidigung der Duma, habe erklärt: „Wie soll man leben, wenn man zwei Monate keinen Sold bekommt? Die Offiziere des Generalstabs jobben nebenbei als Verladearbeiter, Bodyguards ...“ In der gleichen Sendung wurde A. Lebed zitiert: „Alle angesehenen Offiziere bestätigen, dass auf Grund der Hungersnot – wohlgeachtet wegen des Hungers und nicht aus politischen Gründen – die Armee bald von Rebellionen erschüttert werden könnte ...“

Mitte Dezember (dpa/Süddeutsche Zeitung 17.12.96) wies der Verteidigungsminister auf die katastrophale Lage der Streitkräfte hin, erwähnte den Hunger in vielen Soldatenfamilien. Er bemängelte die niedrigen Ausgaben, die der Staatshaushalt für 1997 für die Streitkräfte vorgesehen hatte. Als eine Hauptaufgabe nannte er die „Gewährleistung der atomaren Abschreckung, um eine Entfesselung einer Aggression gegen Russland zu verhindern“.

Der außenpolitische Aspekt

Der miserable Zustand der russischen Streitkräfte kann von mehreren Seiten her beurteilt werden. Beginnen wir mit dem außenpolitischen Aspekt. In einer Analyse „NATO-WP“ hieß es (Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1980, S. 28): „Die Sowjetunion und mit ihr der WP (Warschauer Pakt) können – durch mächtige Bürokratien unbeweglich geworden, wirtschaftlich

und technisch einseitig entwickelt, ideologisch erstarrt und politisch repressiv – nur durch militärische Stärke politischen Einfluss auf die Welt ausüben.“

In einem vertraulichen Bericht an den Verteidigungsausschuss des deutschen Bundestages (Süddeutsche Zeitung 27/28.01.96) hieß es, die russischen Streitkräfte befänden sich in einer tiefen Krise. Der russischen Regierung könne es nur „unter großen Einschränkungen gelingen, einen kleinen Teil von einsatzbereiten Einheiten in allen Teilstreitkräften zu erhalten ... Die Fähigkeit der Russischen Föderation zur globalen Machtprojektion kann damit nur noch als mittelgut bewertet werden.“

„Ein Land verliert die Armee“, war die Überschrift eines längeren Artikel in den „Moskowskie nowosti“ (September, Nr. 36/96). Er bestätigt die oben zitierte Analyse und führt weiter aus, dass die russischen Streitkräfte gerade noch die Grenzen verteidigen könnten, jedoch nur bei kürzeren militärischen Auseinandersetzungen. Der Verfasser A. Schilin, zieht gleichzeitig eine Folgerung: „Eine sich auflösende, bettelarme, hungerrige Armee verwandelt sich unabwendbar schließlich und endlich in eine Stoßkraft, die das Land in den Faschismus oder eine kommunistische Diktatur abgleiten lässt.“

Rückblick

Wie konnte es zu dem skizzierten Zustand der Streitkräfte kommen? Vor einem Jahrzehnt waren die sowjetischen Streitkräfte mit ihrem Kernwaffenarsenal der große Knüppel in der Hand der Sowjetführung. Dem neuen Steuermann Gorbatschow war jedoch klar, dass die Sowjetunion im Rüstungswettlauf mit der NATO nicht mithalten können, dass angesichts der schwächlichen Wirtschaftslage der UdSSR eine Annäherung an den Westen, ein Abbau der Konfrontation unumgänglich war.

Da ihm jedoch die Wirtschaftsumstellung in der UdSSR nur sehr dürftig glückte und zur Senkung des Lebensstandards führte, weil er ferner den Zerfallprozess der UdSSR nicht richtig einschätzte, entglitt die Perestroika seinen Händen. Im Dezember 1991 zerfiel die Sowjetunion. Damit zerfielen auch die Streitkräfte.

Der Warschauer Pakt zerfiel, Hunderttausende von Soldaten fluteten in die Sowjetunion zurück (u.a. aus der einstigen DDR). Für sie hatte man in der Heimat nicht einmal ausreichend Unterkünfte. Ein Erlass des Präsidenten Jelzin rief am 16.03.92 das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation ins Leben. Damit war eine rechtliche Grundlage geschaffen. General Lebed schrieb 1993 (Information für die Truppe Nr. 7/8, 1993), was nun notwendig gewesen wäre: Ein Konzept zum Aufbau der Streitkräfte, eine neue Rüstungspolitik „mit Rücksicht auf die bestehende Wirtschaftslage des Landes“, eine Umstrukturierung der Streitkräfte, ein Übergang zur Auffüllung der Streitkräfte durch Soldaten auf Zeit und Wehrpflichtige, ein Abzug der russischen Truppen aus fremden Gebieten. Er sah dafür eine Reform in drei Etappen vor. 1995 sollten die Truppen auf 2,1 Millionen reduziert werden. Die Rüstungsaufträge sollten wesentlich eingeschränkt werden. Während auf der einen Seite durch Vereinbarungen über die Reduzierung des Kernwaffenarsenals die internationale Spannung nachließ, verlief die Reform in Russland zögerlich und führte nicht zum gewünschten Erfolg. Die sich ausbreitende Glasnost machte es möglich, den Krieg in Afghanistan zu kritisieren und später den Einsatz in Tschetschenien zu verdammen.

Beim Putsch gegen Gorbatschow im Jahre 1991 und bei der Auseinandersetzung zwischen Jelzin und dem Parlament 1993 hatten einige Generäle dafür gesorgt, dass die Streitkräfte sich auf die

Seite Gorbatschows und später auf die Seite Jelzins stellten. Dies gab die Entscheidung im Machtkampf. 1994 hieß es in der Studie "Kontinuität und Wandel der russischen Streitkräfte unter Jelzin" von H. Tiller und F. Umbach (Bundesinstitut, Köln, Nr. 52/94, S. 4.): "Bei rein quantitativer Betrachtung stellt die russische Armee nach wie vor eine der schlagkräftigsten Streitmächte der Welt dar. Im nuklearen Bereich eröffnet das ererbte Potential derzeit noch alle politischen und militärischen Optionen einer Nuklearmacht."

Diese Einschätzung ist inzwischen sicherlich überholt. Russland möchte zwar noch eine Großmacht sein, nähert sich jedoch mehr und mehr der Situation eines Entwicklungslandes. Der Zersetzungsprozess der Streitkräfte, über den gleich noch zu berichten ist, hat sich fortgesetzt. Und die blamable Schlappe in Tschetschenien hat ein tiefsitzendes Trauma hinterlassen.

Ein paar Zahlen

Alle Zahlenangaben aus Russland müssen mit dem Vorbehalt gelesen werden: „Es können mehr oder auch weniger sein.“ Es hängt immer noch davon ab, wer die Zahlenangabe macht. Ein frisches Beispiel aus der „Iswestija“ (06.11.96) soll dies illustrieren. Dort wird berichtet, dass das Verteidigungsministerium die Größe der Streitkräfte mit 1,6 Millionen angibt, zur gleichen Zeit der Verteidigungsrat 2,5 Millionen angibt und das Wirtschaftsministerium 3,7 Millionen.

Ein weiterer Hinweis auf die Unsicherheit der Zahlenangaben: Im Februar 1996 äußerte sich Oberst V. Borisenko in den „Moskowskie nowosti“ (Nr. 6/96) über die Größe der unter Waffen stehenden Einheiten. Er verweist darauf, dass es neben den Streitkräften sowohl in der Sowjetunion als auch heute in Russland bewaffnete Einheiten des Innenministeriums, der Polizei usw. gab und gibt. Er schreibt: „In der Sowjetunion standen 8 Millionen Menschen unter Waffen. Heute werden in den Machtministerien mehr als 7,6 Millionen Menschen gezählt, ungeachtet dessen, dass die mobili-

sierungsfähigen Ressourcen Russlands sich im Vergleich mit der Sowjetunion um das Zweifache verringert haben.“ Angesichts der Verringerung der Bevölkerung (Sowjetunion etwa 284 Millionen Menschen, Russland etwa 148 Millionen Menschen) habe sich, so schreibt der Oberst weiter, der Anteil der Bewaffneten im Vergleich zur Bevölkerung sogar vergrößert, daher reichten auch die Mittel für die Angehörigen der Streitkräfte nicht aus.

Beschränken wir uns – angesichts dieses Wirrwarrs – auf Angaben über die Streitkräfte. Im Mai 1992 – also kurz nach der Schaffung des russischen Verteidigungsministeriums – sollen die Streitkräfte 2,8 Millionen Mann umfasst haben. Die 1993 verkündete Militärdoktrin sah einen Umfang der Streitkräfte von 1,7 Millionen vor. Verteidigungsminister P. Gratschow erklärte, bei 1,9 Millionen sei die Schmerzgrenze nach unten erreicht. In der Zwischenzeit verringerte sich die Zahl derjenigen, die ihrer Einberufung folgten, und die Zahl der Desertionen wuchs. Im Januar 1994 erschien ein Erlass Jelzins, der die Anwerbung von Bürgern zum Wehrdienst „auf vertraglicher Grundlage“ möglich machte.

Der 15. November ist in Russland der Tag, an dem die Wehrpflichtigen einberufen werden. Die „Iswestija“ (15.11.96) berichtet in diesem Zusammenhang, dass alljährlich 450.000 Mann benötigt würden, bestehend aus Wehrpflichtigen und „Vertragssoldaten“. In Wirklichkeit könnten jedoch nur 215.000 eingezogen werden, die anderen wären aus verschiedenen Gründen freigestellt (z.B. Studium, Krankheit, Inhaftierung).

Am 05.10.96 (ITARTASS 05.10.96) forderte Verteidigungsminister Gratschow eine Vergrößerung der Streitkräfte. Bei einer Stärke von 1,7 Millionen Mann entfielen auf einen Kilometer Grenze nur 28 Mann, in den USA hingegen 62, in China 86. Es sei irrig, wie es in Europa üblich wäre, die Stärke der Streitkräfte auf ein Prozent der Bevölkerung festzulegen.

Angesichts der kläglichen Situation der Streitkräfte scheint man jetzt endlich die Armee reform

einzuleiten. Am 07.11.96 meldete INTERFAX, dass die Anzahl der Armee- und Flottengeneräle von über 1.700 auf 500 reduziert werden solle, die Anzahl der Offiziere und Fähnriche soll um 50.000 verringert werden. Da kein einziger Truppenverband der Streitkräfte hundertprozentig ausgerüstet ist, sollen die etwa 60 Divisionen auf die Hälfte reduziert werden.

Einige wenige Zahlen sollen die Angaben ergänzen. B. Gromow, Dumaabgeordneter und Militärexperte im Außenministerium, hat sich geäußert (Radio Russland, 19. 10. 1996), dass die strategischen Raketenverbände sich noch „halbwegs“ halten, die Zukunft der Raketenarmee jedoch in Frage gestellt sei. Die Luftstreitkräfte hätten nur zehn Prozent der notwendigen Maschinen erhalten. Die Flotte könne nur noch die Küstensicherung gewährleisten, 60 Prozent der Schiffe und U-Boote könnten nicht mehr aufs offene Meer gehen.

Ein entscheidender Stolperstein für die Reform der Streitkräfte besteht darin, dass das Verteidigungsministerium sich weigert, einen Einblick in die zugeteilten Gelder und ihre Verwendung zu geben. In den „Moskowskie nowosti“ (Nr. 46/96) trägt ein ganzseitiger Artikel die bezeichnende Überschrift „Die schwarzen Löcher des Militärbudgets“.

Ein wenig Ideologie und Psychologie

In den Jahrzehnten nach dem Krieg waren die Helden der Revolution etwas in den Hintergrund getreten. In den Vordergrund traten die Helden des „Großen Vaterländischen Krieges“, traten die Streitkräfte. Die zahlreichen Gedenkstätten für die unbekannten Gefallenen, die pompösen Militärdemonstrationen an den großen Feiertagen zeigten dies unübersehbar. Noch vor der Wende des Jahres 1985 wurden auch die Heldentaten russischer Soldaten, Offiziere und Marschälle in der Zarenzeit als Vorbilder herausgestellt. Dieses ideologische Traditionsmuster ist geblieben und mit dem Ende der Sowjetunion weitergeführt worden. Innenminister A. Kulikow hat im Oktober 1996

(ITARTASS 25.10.96) erklärt, Russland habe niemals verbrochene Kriege geführt und würde dies niemals tun. Ob diese Meinung von der Mehrheit der Bevölkerung nach dem Krieg in Afghanistan und dem Einsatz in Tschetschenien geteilt wird, mag dahingestellt bleiben.

Der ehemalige Sowjetoffizier V. Suworow (richtiger Name: V. B. Rjesun), der nach seiner Flucht ein Buch geschrieben hat, „Soldat der Freiheit“ (erschien in einem polnischen Verlag), hat eine völlig andere Meinung, nämlich, dass „die russische Armee wie ein Krokodil weiter unberechenbar sei. Alle Beurteilungen dieses Tieres passen auch auf diese Armee: Von klug und gerissen bis dumm, unersättlich usw. Jedenfalls gehen aus ihr ebenso weiterhin die 'fanatischsten kommunistischen Funktionäre hervor'. Es sei zudem unbestritten, dass in der neuen russischen Armee teils ganz offen, teils latent, der Geist der sowjetischen Armee weiter fröhliche Urstände feiere.“ (zitiert nach: Auftrag Nr. 227/96)

Jelzin hat den erwähnten Traditionskult aufgenommen. Die erste Kompanie seines Leibwächterregimentes hat eine Uniform bekommen, die auf der Uniform aus der Zeit Peters des Großen beruht. Der auffälligste Teil der Uniform sind die Tschakos mit dem großen Staatswappen, das – wenig verändert aus der Zarenzeit übernommen worden ist. Im Jahre 1993 wurde der bisherige sowjetische Tag der Armee und Kriegsmarine am 23. Februar umgetauft in „Tag der Verteidiger des Vaterlandes“. 1996 verlieh Jelzin an diesem Tag einer Gruppe von Soldaten und Offizieren hohe staatliche Auszeichnungen im Georgssaal des Kremls. Unter den mit dem Heldenstern Ausgezeichneten waren auch mehrere, die ihr Heldentum in Tschetschenien gezeigt hatten.

Ratlosigkeit in den Streitkräften

Die Streitkräfte waren eine Schule der Nation gewesen, ein Indoktrinationsinstrument der Ideologie, das u.a. auch eine hasserfüllte Agitation gegen jegliche Religion und die Religionsgemeinschaften betrieb. Dies war Aufgabe

der Politoffiziere, die in Moskau ihre eigene Ausbildungsstätte hatten.

Am 03.09.90 ordnete Gorbatschow an, dass die politischen Organe in den Streitkräften nicht mehr unter der Leitung der KPdSU stünden. Dies stieß auf heftigen Widerstand in den Streitkräften. Lange nachdem die in der Verfassung verankerte Führungsrolle der KPdSU gestrichen worden war (Februar 1990), und Gorbatschow die politischen Organe der KPdSU entzog, wurden Ende 1993/Anfang 1994 die Politoffiziere entfernt (darunter rund 40 Generale) bzw. auf anderen Posten untergebracht.

Nachdem das „imperialistische“ Feindbild getilgt worden war, die militärpatriotische Erziehung nicht mehr in der Hand der KPdSU lag, nachdem die Sowjetunion zerfallen war, breitete sich Verwirrung und Ratlosigkeit in den Streitkräften aus. Hinzu kamen die sich häufenden Berichte über die Entwürdigung von Rekruten, Selbstmorde innerhalb der Armee usw. Die Soldaten kamen mehr und mehr zu der Auffassung, dass ihre Aufgabe sinnlos geworden war. Es gab keinen Feind, keine drohende Kriegsgefahr. Auch war das Ansehen der Armee in der Öffentlichkeit erheblich gesunken. Die Disziplin sank, nur ein Teil der Wehrpflichtigen stellte sich, die Desertionen nahmen zu. Im Verteidigungsministerium befasste man sich im April 1994 mit der Notwendigkeit einer „militärpatriotischen Erziehung“. General Gratschow beklagte, dass der Dienst in den Streitkräften (Radio MAJAK 16.04.94) bei den Jugendlichen immer mehr an Ansehen verliere, sein Stellvertreter, General W. Mironow, berichtete über eine Soldatenbefragung. 70 Prozent hätten erklärt, der Militärdienst sei unnötig. Jeder zweite Soldat sei der Meinung, dass Begriffe wie militärische Pflicht, Ehre und Patriotismus Relikte aus der Vergangenheit seien, die ihre Bedeutung verloren hätten.

Angesichts der öffentlichen Diskussion über die Demoralisierung in den Streitkräften (Misshandlungen, Diebstähle, Morde und Selbstmorde) wurde bereits 1992 darüber gesprochen, dass Militärselbstmorde eingesetzt werden

sollten. Am 02.03.94 unterzeichneten Patriarch Alexej II. und Minister Gratschow eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit „im Interesse des Vaterlandes und der Völker Russlands“. Im Vordergrund stand hierbei die „militärpatriotische Erziehung“, die früher in der Hand der Politoffiziere gelegen hatte. Das Moskauer Patriarchat nutzte die Gelegenheit, um seinen Vorrang gegenüber den anderen Religionsgemeinschaften in Russland zu dokumentieren. Die Frage nach einem Zivildienst wurde nicht gestellt.

Wie weit sich inzwischen die Zusammenarbeit entwickelt hat, ist schwer zu beantworten. Wie dies z.B. von Metropolit Kirill (von Smolensk und Kaliningrad) gesehen wird, ist recht bezeichnend. Am 23.01.95 wurde er im Zusammenhang mit dem Krieg in Tschetschenien interviewt. Seine Antwort war: Es sei nicht Aufgabe des Volkes, sich darüber jetzt Gedanken zu machen, ob der Krieg berechtigt oder unberechtigt sei: „Wo kommen wir denn da hin? Darum muss alles seine Ordnung haben. Ein Wehrpflichtiger muss seine Pflicht tun und die Kirche muss ihm dabei helfen ...“

Die Armee als Abbild der Gesellschaft

Im März 1978 wurde der ehemalige Wehrpflichtige K. Podrabinek in Moskau „wegen unerlaubten Waffenbesitzes“ zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Der wahre Grund war sein Manuskript, in dem er den Rekruten-Alltag in der Sowjet-Armee beschrieben hatte. Natürlich konnte es in der Sowjetunion nicht veröffentlicht werden, denn es schilderte einen menschenentwürdigenden Alltag, angefüllt mit Demütigungen durch die älteren Soldaten und Vorgesetzten, berichtete über Prügel und Diebstahl durch Dienstältere und Vorgesetzte.

Der „Spiegel“ hat diesen Bericht (Nr. 29/1978) abgedruckt. Man kann darin u.a. die Sätze lesen: „Das Hauptübel besteht darin, dass die menschlichen Seelen verkrüppeln: Ein junger Mensch kommt zur Armee. Hier versucht man, ihn zu brechen, und zwingt ihn dazu, äußerste Erniedrigung

und Rechtlosigkeit zu erleiden. Wenn er heimkommt, hat er die Menschenwürde verloren und ist seelisch erniedrigt. Und durch diese Armee gehen jährlich Millionen junger Menschen ... Sie werden nicht fähig sein, Bürger zu sein, sie können nur noch gehorchen ...“

Seit 1987/88 erschien eine Flut von Berichten, Broschüren und Büchern, die sich vor allem mit der „Dedowschtschina“ befassten, der Misshandlung von Rekruten durch Dienstältere. Natürlich war die „Dedowschtschina“ verboten, aber erst jetzt tauchten Zahlen über Urteile auf. 1989 wurden 1.990 Personen deswegen abgeurteilt. Ein Erlass Gorbatschows (Prawda 06.09.90) „Über einige Maßnahmen zur Verstärkung der sozialen und rechtlichen Verteidigung der Militärangehörigen“, wurde veröffentlicht.

Presseveröffentlichungen zeigen jedoch, dass sich in den Streitkräften wenig geändert hat. Thomas Urban hat seinen Bericht über die Zustände in den Streitkräften mit der Überschrift versehen „Wer sich beschwert, unterzeichnet sein Todesurteil“ (Süddeutsche Zeitung 09.01.95). Die „Iswestija“ (28.08.96) berichtete über die Desertion von Soldaten, die die Misshandlungen und Erniedrigungen nicht mehr ertragen konnten. Eine Untersuchung von I. Mazkewitsch und V. Eminow „Verbrecherische Gewaltanwendung unter Militärangehörigen“ (Moskau 1994) kam u.a. zur Schlussfolgerung, dass die Entwürdigung in den Streitkräften von den ehemaligen Soldaten auch ins zivile Leben übertragen würde.

Während in diesen Jahren Berichte über Diebstähle durch Vorgesetzte gegenüber Untergebenen erschienen waren, häuften sich seit 1995 Berichte über kriminelle Aktivitäten in den höheren Rängen. Hier ging es nicht mehr um die Kleinkriminalität, sondern um das Vergreifen an Staatseigentum. Generaloberst Burlekow, einst Befehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, wurde unter Korruptionsverdacht entlassen. Danach wurde die Entlassung Gratschows wegen krimineller Bereicherung gefordert (inzwischen erfolgt). 1996 kam es dann zum „Datscha-Skandal“. Von 1992 bis 1996 hatten sich im Moskauer

Umkreis etwa 300 Generäle komfortable Villen gebaut – bzw. von Wehrpflichtigen bauen lassen. Ihr Wert soll zwischen 200.000 und drei Millionen Dollar betragen (Moskowskie nowosti, Nr. 27/96). „Nowoe wremja“ (Nr. 13/96) gab ihrem Bericht über die kriminellen Aktivitäten von Generalen die Überschrift „Die sieben Datschen des Generals Gratschow“.

Am 24.04.92 legte A. Alexejew, Leiter des Präsidialkomitees für „Angelegenheiten der Truppen und ihrer Familien“, einen Bericht vor, in dem es heißt, der Tyrannei in den Streitkräften seien Tausende von Soldaten zum Opfer gefallen. Ende 1994 gab das Verteidigungsministerium bekannt, im ersten Halbjahr seien 518 Soldaten ums Leben gekommen, ohne dass sie im Kampfeinsatz gewesen waren. Auf Selbstmorde entfielen 27 Prozent, auf Morde 8,5 Prozent, auf Tod nach Misshandlungen 3,4 Prozent. Im Oktober 1996 gab der oberste Militärstaatsanwalt bekannt, dass die Anzahl der Verbrechen in den Streitkräften auf mehr als 13.000 zugenommen habe, darunter 25 Morde. In den ersten sechs Monaten seien Unterschlagungen in Höhe von 60 Milliarden Rubel aufgedeckt worden. Hunderte von Verfahren seien gegen Offiziere eingeleitet, darunter gegen 15 Generäle und Admirale.

Über die Wohnungsnot für Offiziere und Unteroffiziere, ihre Notunterkünfte war bereits 1990 (TASS 29.09.90) berichtet worden. Die Situation verschlimmerte sich in den letzten beiden Jahren zu einer Katastrophe, vor allem dann, wenn der Sold ausblieb. Mit den von der deutschen Bundesregierung zugewilligten Millionen wurden 34.188 Wohnungen in Russland, Weißrussland und der Ukraine errichtet. Ende 1996 fehlten jedoch in Russland für 110.000 Offiziere Wohnungen. Seit Herbst 1995 erfährt die russische Öffentlichkeit, dass Soldaten hungern, ja sogar verhungern. „Die Armee der Hungernden“ überschrieben die „Moskowskie nowosti“ (Nr. 37/96) einen Bericht. Hunger ist der häufigste Grund für Desertionen. Diese im Artikel geschilderte Situation in den Streitkräften kommt Kommunisten und Radikalen zugute.

Im September 1990 fand in Moskau der erste Kongress der

Soldatenmütter statt. Es war noch die Zeit der Sowjetunion, und die Behörden versuchten, die Frauen einzuschüchtern. Ihre Forderungen waren und sind bis heute: Abschaffung der Demütigungen und Entwürdigungen der Rekruten. Dann entstand die gemeinnützige Stiftung „Mutterrecht“. Ihr Ziel ist es, Eltern, deren Söhne in der Armee umgekommen sind, juristisch, finanziell und moralisch zu unterstützen. Im Dezember 1996 erhielten die „Russischen Soldatenmütter“ den „Alternativen Nobelpreis“. Sollte es nicht gelingen, in nächster Zeit eine Armeereform durchzuführen, so wird sich dies auf die gesamte politische Situation in Russland und auch auf ihre Außenpolitik auswirken. Die Radikalen sehen in neuen Feindbildern – Stichwort: NATO – eine Möglichkeit, die patriotische Gesinnung anzufachen. Auch geistert die Vorstellung herum, dass alleine die Armee Ordnung im Lande schaffen könne. 1994 erschien in Moskau die 4. Folge eines „Russischen militärischen Sammelbandes“ mit dem Titel „Die Geschichte der russischen Armee“. Darin konnte man folgenden Absatz lesen (S. 315):

„Russland lebte, lebt und wird weiter leben auch unter schwierigen historischen Bedingungen. Es wird einige Zeit vergehen, bevor die zivilen Institutionen der Macht und die ökonomischen Faktoren die politische Macht des Landes bestimmen werden. Bis dahin wird die Armee traditionsgemäß eine besondere (und überhöhte) Rolle bei der Sicherstellung des Prestiges, dem Status innerer und äußerer Sicherheit des russischen Staates spielen. Von ihrem Zustand, ihren Positionen und ihrem Verhalten wird in vielem das Schicksal des Vaterlandes abhängen ...“ □

HÄTTEN SIE'S GEWUSST?

Mehr als 23 Millionen Menschen dienen in regulären Armeen, in außerordentlichen Truppen oder als Freischärler. Dazu gehören über eine halbe Millionen Frauen und rund 200.000 Kinder unter 15 Jahren.

Weltweit gibt es 120.000 Kampfpanzer (-20%), 35.000 Kampfflugzeuge (-15%) und 1.500 große Kriegsschiffe (-25%) Zahlen in () = Reduzierung nach 1989. (nach: Fischer Atlas Kriege u. Konflikte, 1997)

Ukrainische Armee: Das Russische ist noch da

Joachim G. Görlich

Das derzeit größte Problem der ukrainischen Armee ist nach Meinung der polnischen regierungsnahen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ die Unterernährung der Rekruten, mit der sie in die Kasernen kommen. Deshalb werden derzeit in vielen Garnisonen Kleinst-einheiten eingerichtet, um die jungen Soldaten unter optischer und medizinischer Kontrolle zu haben und um ihnen Zusatzernährung zuzuführen. „Der Gesundheitszustand der Rekruten ist nichts anderes als ein Spiegelbild des Gesundheitszustandes des gesamten ukrainischen Volkes“, konstatiert „Rzeczpospolita“. Jedoch: Nur in den Eliteeinheiten ist eine ordentliche Zusatzernährung für Rekruten möglich.

Die ukrainischen Offiziere reden nicht viel über ihren Sold. Sie geben nur zu, dass sie diesen stets

mit Verspätung erhalten. Er ist aber gering. Der Sprecher des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Oberst Sergej Nagotianski, hebt jedoch hervor, dass die Offiziere „ihre Aufgaben nichtsdestotrotz mit Würde erledigen.“

Die ukrainischen Soldaten lernen heute genau die Geschichte der Ukraine und die Tradition ihrer Streitkräfte kennen. Dazu gehört die Geschichte der Chmielniki-Kosaken, deren Schützeinheiten, die nach dem I. Weltkrieg, als die Ukraine kurzfristig frei war, sowohl gegen die Rote Armee, als auch gegen die polnische Armee kämpften. Und schließlich auch die Geschichte der ukrainischen Partisanenbewegung UPA, die bis weit nach dem II. Weltkrieg primär gegen Sowjets und polnische Kommunisten kämpften.

Die Zusammenarbeit mit den Kirchen ist schwierig und somit auch die Etablierung einer Militär-

seelsorge. Der Grund: Die ukrainisch orthodoxe Kirche ist gespalten – in einen nationalukrainischen und einen prorussischen Flügel. Ein Großteil der Soldaten ist griechisch-katholisch, aber es gibt auch viele römisch-katholische Soldaten. Überhaupt sind die Kirchen untereinander so zerstritten, dass ein Dialog unmöglich ist.

Vor allen Dingen die Garnisonen im russischen Sprachgebiet der Ukraine pflegen die Traditionen ihrer Vorgängerinnen, der sowjetischen Einheiten weiter. Spuren der sowjetischen Armee trifft man in fast allen ukrainischen Garnisonen an, nur im rein-ukrainischen Teil des Landes versucht man sie intensiver zu löschen. In vielen Einheiten, vor allem im russisch sprachigen Teil, dominiert die russische Sprache. Und, viele Soldaten in der gesamten Ukraine haben Brüder, die Berufssoldaten in der russischen Armee sind. □

Polen: Verband deutscher Soldaten

Joachim G. Görlich

Polen ist das einzige Ex-Ostblockland, in dem es eine Interessenvertretung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger gibt: der „Verband deutscher Soldaten“ mit Sitz in Kattowitz. Nach Auskunft seines Vorsitzenden Karl Dlugon leben in Polen 50.000 Menschen, die sich dazu bekennen, in der Wehrmacht gedient zu haben. De facto dürften es mehr sein.

Es sind Menschen, die entweder als Reichs- oder Volksdeutsche in die Deutsche Wehrmacht eingezogen wurden. Bei bis ca. zehn Prozent handelt es sich um Kriegsfreiwillige, die sich meistens zur Luftwaffe meldeten. Hinzu kommen nicht wenige, die zwangsweise einberufen wurden und dann, wenn im Westen eingesetzt, zu den polnischen Streitkräften dort desertierten.

22.000 Menschen von ihnen erhalten aus Bonn Rentenzuschüsse. Hinzu kommen weitere 25.000 Personen – Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen – die deutsche Renten in Höhe von 200 bis 300 Mark erhalten. Die „Deutsche Arbeitsgemeinschaft Versöhnung und Zukunft“ (Kattowitz) hat einen 400-köpfigen „Seniorenkonvent“, der aus ehemaligen Wehrmachtsangehörigen besteht. Die meisten Ex-Wehrmachtsangehörigen leben heute in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, wobei Oberschlesien einsame Spitze ist.

Der „Verband deutscher Soldaten“ fühlt sich nicht nur finanziell gegenüber ehemaligen Wehrmachtsangehörigen aus Elsass-Lothringen seitens der deutschen Bundesregierung im Nachteil und im Stich gelassen. Umso mehr da ja ganz Schlesien, Ostpommern und Ostpreußen Bestandteil des

deutschen Reiches waren. Übrigens: Polen rechnet die deutsche Wehrmachtszeit zur Rente an. Jedoch nicht bei Freiwilligen, Berufssoldaten, Mitgliedern der Waffen SS und der NSDAP.

Polens Kombattantenverbände lehnen mehrheitlich jeden Kontakt zum „Verband Deutscher Soldaten“ ab – auch die Kirche. Der Verband ist primär auf die seelsorgliche Betreuung deutscher Geistlicher beider Konfessionen (die Verbandsmitglieder sind überwiegend katholisch) angewiesen. Jetzt wollen die Veteranen der polnischen „Bauernbataillone“ das Eis brechen und luden die deutschen Kriegsveteranen zu gemeinsamen Treffen mit Feldgottesdienst ein. Man fühle sich als Mensch zweiter Klasse. Die in Deutschland laufende sog. „Wehrmachtsausstellung“ habe das Leben und Verbandsleben noch schwerer gemacht. □

Feindschaft bestimmt immer noch die Situation zwischen den Ethnien in Bosnien

Karl-Heinz Karte

Während sich die Situation zwischen Kroaten und Serben zu einer distanzierten aber doch stabilen Sicherheitslage entwickelt, nehmen die Spannungen zwischen Muslimen und Kroaten in den zentralbosnischen Regionen Sarajevo – Zenica – Tuzla – Bihać ständig zu. Die jeweilige ethnische Mehrheit unternimmt im täglichen Leben alles, um den Minderheiten unmissverständlich klar zu machen, dass sie unerwünscht sind und sie keine Perspektiven haben.

Dieses sieht folgendermaßen aus: Die Angehörigen der Minderheiten verlieren ihre Arbeitsplätze bzw. erhalten erst gar keine Anstellung. Chefarzte in Krankenhäusern werden von ihren Aufgaben entbunden und zu einfachen Ärzten herabgestuft oder entlassen. In den Schulen wird nach Lehrbüchern unterrichtet, in denen unverhohlenen fundamentalistische Ziele herausgestellt werden. Bei den Behörden werden Anträge von Minderheiten zwar angenommen, aber nicht oder nur sehr schleppend bearbeitet. Gewalttätige Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung. Eine funktionierende Kommunalverwaltung, die sich auf eine für alle gültige Gesetzgebung abstützen kann, gibt es innerhalb der Föderation von Bosnien-Herzegowina nicht. 200.000 entlassene Soldaten ohne Pension, ohne Sozialhilfe oder Arbeit stellen ein ungeheures Risiko für die innere Sicherheit dar.

Während des Besuches von Papst Johannes Paul II. in Sarajevo im April hat die muslimische Presse Berichte veröffentlicht, in denen auf Karten gezeigt wird, wie der „muslimische“ Staat in Europa aussehen wird. Aber auch die herzegowinischen Kroaten lassen keinen Tag vergehen, an dem nicht berichtet wird, dieser Teil Bosniens gehöre eigentlich zu Kroatien.

Dies alles hat zur Folge, dass

innerhalb des Gebietes der Föderation die Menschen aus Gebieten wegziehen, in denen sie in der Minderheit sind, und sich in Gegenden ansiedeln, in denen ihre Ethnie die Mehrheit hat.

In diese wirren und schwierigen Verhältnisse werden zusätzlich noch die bosnischen Flüchtlinge aus dem europäischen Ausland – verständlicher Weise – zurückgeführt. Aber was nun? Zur Zeit ist es nicht möglich, Muslime und Kroaten in die serbisch kontrollierten Gebiete der „Republik Srebrenica“ zurückzuschicken. Diese Menschen werden einfach nicht in das Land hineingelassen. Gelingt es ihnen doch auf irgendeine Weise hineinzugelangen, sind sie der Gewalt und dem Terror ausgesetzt. Außerdem sind ihre Häuser zerstört oder von geflüchteten Serben aus der Krajina besetzt.

Muslime und Kroaten können hingegen innerhalb der Föderation in die Gebiete zurück, in denen ihre Ethnie die Mehrheit hat. Damit sind die Probleme allerdings noch nicht gelöst. Auch deren Wohnungen und Häuser sind entweder zerstört oder von Flüchtlingen bzw. Vertriebenen besetzt. Für diese wiederum müssen jetzt neue Unterkünfte gefunden werden. Arbeitsplätze gibt es auch kaum. Die Rückkehrer werden von denen, die ausgeharrt hatten, mit Neid und Ablehnung empfangen: „Wir haben hier alles ertragen und unter Einsatz unseres Lebens die Heimat verteidigt. Ihr habt euch ins Ausland in Sicherheit gebracht und noch dickes Geld erhalten“.

Um das Chaos noch perfekter zu machen, würde die kroatische Regierung es gern sehen, wenn sich die zurückkehrenden bosnischen Kroaten in der Krajina niederlassen würden, selbstverständlich in ehemals serbischen Häusern.

Es fällt sehr schwer, in dieser verworrenen Situation die Übersicht zu behalten und nicht Partei zu ergreifen. Die unterschiedlich-

sten Hilfsorganisationen aus aller Welt – darunter insbesondere auch die internationale Caritasgemeinschaft – geben sich alle erdenkliche Mühe, allen Betroffenen zu helfen und nach dem Motte „Not sehen und handeln“ humanitäre und akzeptable Lösungen zu finden. Wichtige Voraussetzung aber ist, dass die verantwortlichen Politiker vor Ort entschlossener die Rahmenbedingungen für eine Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge herstellen.

Caritas international: 1996 weltweite Hilfe für 85 Millionen Mark

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV), Prälat Hellmut Puschmann unterstrich am 24. April in Bonn, dass trotz der schwierigen Situation in unserm eigenen Land mit den Anstrengungen für die Dritte Welt und Osteuropa nicht nachgelassen werden dürfe. „Die Frage muss lauten, wie größtmögliche Gerechtigkeit, wie sozialer Frieden überall auf der Welt zu erreichen sind.“

Caritas international hat im Jahr 1996 insgesamt rund 85 Millionen Mark für Hilfsleistungen in der Welt aufgewendet. Davon sind 30 Millionen durch Spenden aufgebracht worden. Schwerpunkt der Hilfe war der afrikanische Kontinent mit insgesamt 30 Millionen Mark. Es folgte Europa, bedingt durch die Hilfen insbesondere für das ehemalige Jugoslawien und die Länder des einstigen Ostblocks. 60 Prozent aller Nothilfen mussten für sogenannte „man made disasters“ ausgegeben werden, also für von Menschen verschuldete Katastrophen. Das sind häufig Kriege und Bürgerkriege.

Auf der gleichen Pressekonferenz sagte der scheidende Leiter von Caritas international, Günter Hölter: „Soldaten können dafür sorgen, dass Konfliktparteien nicht aufeinander schießen und damit Voraussetzungen für die Friedensförderung schaffen.“ □

Solidarität mit Katholiken in Bosnien

Katholische Männer Deutschlands
sammeln für Kirchbau in Zavalje bei Bihac

1990 hatte es erstmals freie Wahlen in Jugoslawien gegeben. Dabei verloren die Kommunisten in Slowenien und Kroatien die Macht. Alle Versuche der demokratisch gewählten Regierungen, mit Belgrad eine Neugliederung des Bundesstaates Jugoslawien auf demokratischer Basis zu erreichen, scheiterten am Widerstand Belgrads. So entschlossen sich die Parlamente in Slowenien und Kroatien zur Unabhängigkeit. Anstatt zu verhandeln, antwortete Belgrad mit Krieg, der in Kroatien und Bosnien die gezielte Vernichtung der Kirchen und anderer Kulturgüter sowie die ethnische Säuberungen zum Ziel hatte.

Die Stadt Bihac in Nordwest-Bosnien war mehr als drei Jahre von den Serben eingekesselt und von der Außenwelt völlig abgeschnitten. In Bihac leben überwiegend Muslime, der Anteil der Katholiken liegt bei etwa 8 Prozent.

Außerhalb des serbischen Belagerungsrings liegt die Ortschaft Zavalje. Auf einer Anhöhe inmitten des Ortes steht – oder besser stand – die Pfarrkirche St. Franziskus. Sie wurde von den serbischen Truppen völlig zerstört und entweiht. Nur die äußeren Mauern stehen noch und geben Zeugnis von der früheren Schönheit. Der Innenraum der Kirche ist ein trauriges Trümmerfeld.

Die Kirche St. Franziskus in Zavalje hat für die Katholiken in der Region um Bihac eine besondere Bedeutung: Sie war eine Wallfahrtskirche, zu der die Katholiken pilgerten. Insbesondere fanden hierhin regelmäßig Männerwallfahrten statt. Für die Katholiken, vor allem aber für die katholischen Männer der ganzen Region wäre es ein großes Zeichen der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft und ein starker Beweis christlicher Solidarität, wenn alsbald diese emotional bedeutsame Kirche wieder aufgebaut und ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgegeben werden könnte.

Die in der Bundesgemeinschaft katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke Deutschlands sowie der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) zusammengeschlossenen Männer – die GKS ist Mitglied im Dachverband der GKMD – haben es sich zur Aufgabe gestellt, in gezielten Aktionen Geld zu sammeln für den Wiederaufbau der St. Franziskus-Kirche in Zavalje. Dazu werden nach Berechnungen der einheimischen Architekten 225.000 Mark benötigt.

Herzliche Bitte: Setzen Sie ein deutliches Zeichen christlicher Solidarität und unterstützen Sie diese wichtige Aktion. Geben Sie den Katholiken in Bihac ein Zeichen der Hoffnung!

Msgr. Prof. Dr. Elmar Fastenrath
Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle
und
Karl-Heinz Nüchel
Präsident der GKMD



Spenden für diese Aktion sind steuerabzugsfähig.
Spendenquittungen können auf Wunsch ausgestellt werden.
Überweisungen erbeten an:
Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge der deutschen Diözesen
Kto-Nr: 0028835 – BLZ: 53060180
Genossenschaftsbank Fulda
Kennwort: „Zavalje/Bihac“



AUS DER MILITÄRSEELSORGE

Madonna schlug Lenin

Soldaten aus 30 Nationen bei Friedenswallfahrt in Lourdes

Rund 14.000 Militärangehörige aus 30 Nationen, darunter 1.720 Soldaten und Zivilangehörige der deutschen Bundeswehr, haben an der diesjährigen 39. Internationalen Soldatenwallfahrt in dem südfranzösischen Marienwallfahrtsort Lourdes teilgenommen. Mit einem Friedensgottesdienst aller Nationen in der unterirdischen Basilika Pius X. erreichte die Wallfahrt am Sonntag, dem 2. Juni, ihren Höhepunkt.

Am Samstag hatte in Vertretung von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe dessen Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Rose vor den deutschen Soldaten die Wallfahrt als sichtbares Zeichen für den gemeinsamen Wunsch nach Frieden und Aussöhnung bezeichnet. Der deutsche Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba von Fulda, verwies bei einer Messe für die Pilger aus der Bundeswehr auf die Teilnahme von Militärangehörigen der früheren Ostblockländer als Zeichen der Hoffnung.

Ost und West bei Friedenswallfahrt der Soldaten vereint

Selbst Erzbischof Johannes Dyba, Oberhirte von Fulda und zugleich deutscher Militärbischof, schien es immer noch nicht so recht fassen zu können: Bei der 39. Internationalen Soldatenwallfahrt vom 30. Mai bis 2. Juni im französischen Marienwallfahrtsort Lourdes waren die Armeen der ehemaligen Feindstaaten Osteuropas fast vollzählig da: Dort, wo nach Überzeugung der katholischen Kirche vor knapp anderthalb Jahrhunderten dem Dorfmadchen Bernadette Soubirous mehrfach die Muttergottes erschien und wo seither der Strom der Pilger nicht abgerissen ist, versammelten sich vier Tage lang Polen und Ungarn, Tschechen und Kroaten, Slowaken, Rumänen, Ukrainer zusammen mit Soldaten nahezu sämtlicher Nato-Verbündeter und neutraler Staa-

ten des Westens zum gemeinsamen Friedensgebet so, als hätte es den atheistischen Materialismus als Staatsdoktrin in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas nie gegeben. Ohne Zweifel: Die Madonna von Lourdes hat Lenin hier sichtbar geschlagen!

Militärbischof Dyba liebt plastische Bilder. Polnische Stabsoffiziere, so predigte er den Pilgern in deutscher Uniform an der Erscheinungsgrotte, hätten ihm erzählt, das Ziel aller strategischen Planungen des ehemaligen Warschauer Paktes sei in der Zeit vor der Wende der Vorstoß bis zum Rhein gewesen. „Wenn wir in Bonn stehen, haben wir gesiegt“, habe die Parole gelautet. „Und jetzt sind die Polen und all die anderen an Bonn vorbei bis Lourdes vorgestoßen, und es ist ein Sieg für uns alle, begeisterte sich der oberste Seelsorger der Bundeswehr. „Bei Gott ist eben kein Ding unmöglich.“

Das „Modell Lourdes“ warb bei der 39. Militärwallfahrt seit dem Zweiten Weltkrieg wieder mit seinem ebenso frommen wie fröhlichen Mit- und Füreinander-Dasein von Alten und Jungen, Gesunden und Kranken, von Soldaten aller Hautfarben, Kontinente und Kulturen. Es gehört zur Tradition dieser Wallfahrten, dass Militärs nach dem Tausch ihrer Uniformteile am Ende zu einer einzigen bunten, kaum noch identifizierbaren multinationalen Friedenstruppe verschmolzen sind. Ein wenig vom Geist des Pfingstfestes schimmere da durch, befand Dyba: „Alle verstanden einander!“ Und deshalb müsse diese Tradition auch weitergehen; sie sei für den Auf- und Ausbau Europas von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Das fand auch Staatssekretär Klaus Rose, der in Lourdes seinen Dienstherrn, Verteidigungsminister Volker Rühe, vertrat und sich sichtbar beeindruckt zeigte. Trotz der knappen Kasse dürfen die Pilger in Bundeswehruniform, die für die Teilnahme an dem viertägigen Gebetstreffen übrigens selbst auch tief in die Tasche greifen und einen erheblichen Eigenanteil leisten, auch künftig auf wohl wollende Subventionierung der inter-

nationalen Begegnung hoffen; denn – so Rose – „die Wallfahrt ist immer wieder aufs Neue sichtbares Zeichen für unseren gemeinsamen Wunsch nach Frieden und Aussöhnung.“

Das sah auch eine Hand voll Gäste der deutschen Pilger so: Soldaten aus Benin, Kap Verde, Namibia, Sambia und Tansania sowie der Militärbischof von Peru, Miguel Vidarte. Ein wenig traurig registrierten sie, dass es solche Begegnungen von Soldaten im Zeichen von Aussöhnung und Frieden in Afrika und Lateinamerika leider noch nicht gebe. „Wir würden ebenso wenig auf die Soldaten unserer Nachbarländer schießen können, wie heute die Franzosen und Deutschen nicht aufeinander schießen, wenn wir erst einmal so zusammen gelebt und gebetet hätten wie hier in Lourdes“, meinte ein Luftwaffenleutnant aus Kamerun.

Helmut S. Ruppert (KNA-Korr.)

Teilnahme von Soldaten der Reserve an der Soldatenwallfahrt nach Lourdes

Nach Auskunft des KMBA vom Februar des Jahres wird zur Zeit im Bundesministerium der Verteidigung ein neuer „Lourdes-Erlass“ vorbereitet, der den Grundsatz-erlass BMVg-Fü S I 4 – Az 36-01-06/02 vom 14.03.1986 ersetzen soll. Dort soll auch die Teilnahme von Angehörigen der Reserve an der Lourdes-Wallfahrt geregelt werden.

Als Probelauf wurde für die 39. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes 1997 eine Regelung getroffen, die bei Bewährung ab 1998 in den neuen Erlass einfließen soll. Danach können Angehörige der Reserve und frühere nicht wehrpflichtige Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten bis zur Vollen- dung des 65. Lebensjahres (mit Ehepartnern) teilnehmen. Eine Unterbringung im Zeltlager ist nicht möglich. Es gelten die Kostensätze für Zivilpersonen. Uniformtrageerlaubnis kann auf Antrag (mindest 21 Tage vor Antritt der Fahrt über das zuständige VBK stellen) erteilt werden. (PS)

SOLDATENBETREUUNG

„Den Menschen nachgehen ...“

(Motto der KAS)

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung
(KAS e.V. Bonn) zieht positive Bilanz

Eine positive Bilanz ihrer Arbeit hat die KAS auf ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung am 14. Mai 1997 in Bonn gezogen. Wie der Vorsitzende General a.D. Dieter Clauß vortrug, hat die seit zwei Jahren betriebene Erweiterung von einer stationären Betreuung in Soldatenfreizeitheimen zu einer mehr flexiblen, sich am regionalen Bedarf orientierenden „offenen Betreuung“ gute Früchte getragen. Die KAS hat damit angemessen auf die veränderten Rahmenbedingungen der 90er-Jahre für die Bundeswehr und die Militärseelsorge reagiert.

Die Änderung des Konzepts schlägt sich sowohl in breiteren Betreuungsangeboten und gestiegenen Besucherzahlen als auch in geringeren Fixkosten für die Einrichtungen nieder. Vor allem mit den mobilen Betreuungspavillons in Benkovac/Kroatien (1996) und in Rajlovac /Sarajevo (seit Januar 1997) ist die KAS gemeinsam mit der evangelischen und der europäischen Schwesterorganisation (EAS und ECHOS) den Forderungen der Truppen im Auslandseinsatz und der sie begleitenden Militärgeistlichen nachgekommen. „Die Betreuungsarbeit ist in den letzten zwei Jahren näher an die Soldaten, an die Familien, an die Militärseelsorge und an die konfessionellen wie europäischen Nachbarorganisationen herangerückt“, betonte Clauß.

Bei den Vorstandswahlen wurden General a.D. Dieter Clauß als Vorsitzender und Oberst a.D. Hans-Georg Marohl als Stellvertreter bestätigt. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der KAS e.V. – mit dem Ziel der Nachfolge als Vorsitzender – wurde Ge-

neralleutnant a.D. Winfried Weick (Jg. 1937), bis 1996 Stellvertreter des Inspektors des Heeres, gewählt.

Die KAS betreut gegenwärtig 19 Soldatenfreizeitheime in den alten Bundesländern und leistet in neun Bundeswehrstandorten (vorwiegend in den neuen Bundesländern) „Offene Betreuung“. Darüberhinaus unterstützt sie die Arbeit von Familienbetreuungscentren/-stellen der Streitkräfte und von Soldaten der Freizeitbüros in der Truppe.

Die „Offene Betreuung“ der KAS erfolgt entsprechend dem örtlichen Bedarf und vorhandener Infrastruktur nach drei Modellen:

- In einem Standort wird ein „Arbeitskreis Soldat & Freizeit“

Zum Betreuungsangebot der KAS gehören:

- Wettbewerbe und Turniere:
Skat-, Schafskopf-, Schachmeisterschaften, Crossläufe)
- Kultur und Unterhaltung:
Kleinkunstveranstaltungen in Soldatenfreizeitheimen (Satire, Kabarett, Chanson, Theater), Familienarbeit unter dem Motto „das familienfreundliche Soldatenfreizeitheim“, Ausstellungen, Erlebnisgastronomie (z.B. von kulturellem Programm begleitete Nationalitätenwochen, Zug- und Gruppenabende)
- Audio/Video:
(Filmring mit Kinoangebot, Kabel-/Satellitenfernsehen/Pay-TV, Bereitstellen von Konferenztechnik)
- Sportangebote:
(Aerobik, Angeln, Badminton, Biking, Canoeing, Crosslauf, Exkursionen, Fahrradverleih, Fallschirmspringen, Fitness, Fußball, Inline-skiing, Jazzgymnastik, Motorbootführerschein, Motorradtraining, Segelfliegen, Tanzsport, Tennis, Tischtennis ...)
- Bildungs-/Informationsveranstaltungen.
(Seminare für Familienangehörige bei Auslandskommandos, Nachbereitung von Auslandseinsätzen, Seminare für Freizeitberater der Truppe u.a.m.)

kontinuierlich durch eine(n) Betreuungsreferent(-in) begleitet, beraten und unterstützt.

- In „KAS-Freizeittreffs“ wird eine regelmäßige, tägliche Betreuung durch eine hauptamtliche Kraft der KAS gewährleistet. Das Angebot richtet sich nach den zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten. Wert wird auf eine sich deutlich vom allgemeinen Dienstbetrieb abhebende Atmosphäre gelegt.
- Beim dritten Modell, einer Kombination aus Arbeitskreis und Freizeittreff, arbeitet die KAS eng mit den Freizeitbürosoldaten der Truppe zusammen. Ziel ist es, umliegende Standorte ohne eigene Betreuungsangebote einzubeziehen und zu unterstützen.

An mehr als 20.000 Veranstaltungen der KAS im Jahr 1996 haben rund 550.000 Personen (Soldaten und Zivilisten) teilgenommen.

Durch internationale Einsätze herausgefordert

Die zehn-monatige erfolgreiche Betreuung deutscher Soldaten in Benkovac /Kroatien durch die ökumenische Kooperation der Evangelischen und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS und KAS) wird in Sarajevo und in Mostar fortgesetzt. Das Verteidigungsministerium, die Militärseelsorgeämter, aber auch die betroffenen Soldaten des deutschen SFOR-Kontingents und die sie begleitenden Militärgeistlichen wollen gleichermaßen die Weiterführung der Betreuungsarbeit im Einsatzgebiet. Gewünscht ist sogar eine Ausweitung des Betriebes, damit die Betreuungseinrichtung von französischen und anderen Soldaten der multinationalen Schutztruppe

für Bosnien genutzt werden kann.

Aus diesem Grund arbeiten EAS und KAS eng mit ECHOS (European Christian Home Organisation for the Services – ein Zusammenschluß verschiedener christlicher europäischer Soldatenheimorganisationen) zusammen. So liegt die Leitung des für Mostar geplanten Betreuungspavillons mit Freizeit- und Wirtschaftstrakt in den Händen von EAS, KAS und „Pro Rege“, einem niederländischen, protestantischen Mitglied von ECHOS. Personelle Unterstützung erfährt das Management durch britische, finnische und schweizer Organisationen im Wechsel.

Bereits im Dezember 1996, nachdem der deutsche IFOR-Auftrag in Kroatien abgeschlossen war und die deutschen Truppen im Rahmen der SFOR nach Sarajevo und andere Orte in Bosnien verlegt worden waren, wurde ein in Benkovac gut angenommener Betreuungspavillon in das französisch-deutsche Hauptquartier nach Rajlovac (Vorort im NW von Sarajevo) verlegt. Der Pavillon besteht aus einer 10x30 Meter großen doppelwandigen, klimatisierten Zeltkonstruktion. Er hat einen festen mit Teppichfliesen belegten Boden und bietet rund einhundert Besuchern in einer gepflegten Clubatmosphäre Platz. Nutznießer sind alle Soldaten ohne Ansehen von Person, Rang und Nationalität. Neben Getränken und einfa-

KAS und EAS suchen ehemalige Zeit- und Berufssoldaten. Wer bereit ist, sich in der Betreuungsarbeit im Ausland zu engagieren, wende sich an:

**KAS e.V. Bonn,
Betreuungsreferent Martin Oster,
Justus-v.-Liebig-Str. 31,
53121 Bonn, Tel: 0228/98862-11**

Gefordert sind all-round-Talente mit Fähigkeiten auf den Gebieten Organisation, Infrastruktur, Gastronomie, Betreuung und Fürsorge. Geeignete Personen erhalten eine zentrale Schulung und werden jeweils in Zweier-Teams für einen Zeitraum von 4 Monaten eingesetzt. Aus rechtlichen Gründen werden sie zu Wehrübungen einberufen.

chen, aber schmackhaften Speisen werden auch Satellitenfernsehen, eine Infothek mit Zeitschriften und Büchern, eine Spielothek mit Gesellschaftsspielen sowie kulturelle und unterhaltende Veranstaltungen angeboten.

Da in Sarajevo 3.500 SFOR-Soldaten stationiert sind – darunter 1.800 deutsche Soldaten –, aber auch OSZE-Beobachter und die internationale Polizeitruppe insbesondere die Gastronomie der Betreuungseinrichtung schätzen, ist an eine Erweiterung des Pavillons durch Zelte mit Fernseh- und Lesetrakt sowie einem Gruppen-/Versammlungsteil gedacht.

Für die deutsch-französischen Truppen in Mostar soll ab Juni zur

Betreuung ein Holzhaus von 500–600 qm Größe in Elementbauweise mit 'Berghüttencharakter' errichtet werden. Die Franzosen, die solche Einrichtungen nicht kennen, überlassen den deutschen Organisationen bzw. ECHOS das Management, erwarten aber uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten.

Auch der Militärseelsorge kommt die gemeinsame Dienstleistung von EAS und KAS im Ausland zugute. Sie findet hier einen geschützten, nicht dienstlichen Raum für Kontakte zu den Soldaten. Die Militärpfarrer beider Konfessionen nutzen die Räumlichkeiten für (zumeist ökumenische) Gottesdienste, für Gesprächsrunden und als Kommunikationszentrum. So hat der von Pionieren in Benkovac gezimmerte robuste Holzaltar auch in Rajlovac wieder seinen unübersehbaren Platz im Pavillon gefunden.

Der Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Erzbischof Johannes Dyba, war bei seinem Besuch des deutschen SFOR-Truppen-Kontingents in Bosnien-Herzegowina Anfang April 1997 sehr angetan von der gepflegten Örtlichkeit. Wie aus seiner Begleitung verlautete, hält er den Pavillon für einen würdigen Rahmen sowohl für Gottesdienste als auch für Begegnung und Kommunikation. Solche Betreuungseinrichtungen seien notwendig für eine menschenwürdige und gehobene Betreuung. Sie erleichterten den Militärpfarrern beider Konfessionen zugleich die Durchführung ihrer seelsorglichen Aufgaben. Auch die das SFOR-Kontingent begleitenden Militärggeistlichen äußerten sich sehr zufrieden über die Möglichkeiten des mobilen Betreuungspavillons und die unkomplizierte Unterstützung ihrer Seelsorgearbeit durch die Mitarbeiter von KAS und EAS. (KAS/PS)

Im April besuchte Erzbischof Johannes Dyba die deutschen Soldaten der SFOR in Bosnien. Das Foto zeigt im Pavillon der KAS den Militärbischof im Gespräch mit Rainer Browsers, MilPfr in Ahlen/Westf. (v.r.), Dr. Raimund Mühlhaus, Chirurg am FLaz Rajlovac (Mitte), und Joachim Simon, MilPfr Stadtallendorf (h.r.).

(Foto: W. Theis)



WEHRBEREICH VI

Familienseelsorge unbedingt beibehalten

Verabschiedung von verdienten „Spitzenkräften“ im Leitungsteam des WB VI

Ganz im Zeichen des Abschiednehmens stand die Arbeits-/Wehrbereichskonferenz I/97 mit 52 Delegierten aus 18 Standorten des Wehrbereichs VI im Exerzitienhaus der Benediktinerabtei Schweiklberg bei Vilshofen. Der WB-Dekan, Prälat Peter Rafoth, gab seinen Wechsel ab 1. Oktober des Jahres nach Kiel als WB-Dekan I bekannt. Der Moderator, OTL i.G. Franz Josef Pütz wechselt in den WB III, da er nach Köln versetzt wird. Der GKS-Vorsitzende, Hptm Albert Goll, gab sein Amt wegen Ausscheidens aus dem aktiven Dienst ab und der GKS-Geschäftsführer, OTL a.D. Korbinian Weiß, geht nach Überschreiten der 70-er in den wohlverdienten Ruhestand.

In seinem Lagebericht konnte der WB-Dekan darstellen, dass der WB VI noch 57.000 Soldaten hat, davon 15.000 evangelische, 30.000 katholische und 11.000 ohne Bekenntnis (OB); das sind insgesamt 11.000 Soldaten weniger im Wehrbereich als 1994, aber anteilig mehr OB. Alle Dienststellen/Seelsorgebezirke konnten besetzt werden, wenn auch vermehrt mit Pastoralreferenten oder Militärpfarrern im Nebenamt.

Der GKS-Bundesvorsitzende, OTL Karl Klein, begründete in seinem Grußwort als Mitglied des Verwaltungsrates der Kath. Soldatenseelsorge, warum der Verkauf der Häuser der Kath. MilSeelsorge erforderlich war, denn anders konnte das Haushaltsdefizit nicht gedeckt werden. Die anschließende aktuelle Frage- und Antwortstunde „Jetzt red' I“ drehte sich um die große Sorge, dass bei den Planungen des KMBA die Familienseelsorge zu kurz kommen könnte. „Wann wird der Mil-Pfarrer gebraucht? – hoffentlich nicht erst, wenn ein Unglück eingetroffen ist“. Ausführlich diskutiert wurde auch die Betreuung der aus dem Auslandseinsatz zurückkehrenden Soldaten und ihrer

Familien. Des weiteren wurde nachdrücklich gefordert, dass die Unteroffiziers-Akademien wiederbelebt werden.

Mit Spannung erwartet wurde das Referat von Dipl.-Theol. Manfred Heinz vom KMBA zum Thema „**Quo vadis Militärseelsorge**“. Er stellte die Entwicklung in der Bundeswehr und die Konsequenzen für den Dienst der Militärseelsorge sowie Lage und Perspektiven der Haushaltsentwicklung dar, ebenso wie die Personalsituation in der Militärseelsorge mit ihren Entwicklungen, neuen Aufgaben und Zielsetzungen. Zur Lage der Pastoral führte er aus, dass die Laien echte Mitarbeiter sind und auch im Leitungsdienst eingesetzt werden sollten, indem z.B. der PGR im Seelsorge-Team vertreten ist. Als Mitverfasser schilderte er die Entstehung und den Inhalt der neuen Ordnung für den „Katholiken-Rat“.

In der durch den Moderator, OTL i.G. Franz Josef Pütz, geleiteten Diskussion, die sehr lebhaft, ernsthaft und sachlich verlief, plädierten sowohl WB-Dekan Peter Rafoth als auch viele Delegierte dafür, dass

- die MilSeelsorge keine „kalte Seelsorge“ in einer reinen Männergesellschaft werden darf,
- gewachsene Traditionen zu halten sind und einem möglichen „Funktionärstum“ der MilSeelsorger entgegenzuwirken ist,
- die Familien-Pastoral, entsprechend der bislang unveränderten Jurisdiktion des Militärbischofs, beibehalten und in einem neuen Pastoral-Konzept eindeutig festgeschrieben wird,
- überall dort, wo es gewachsene, lebendige Gemeinden gibt, auch ein Pfarrgemeinderat gebildet wird.

In den **Arbeitskreisen** vertieften die Delegierten die angesprochenen Probleme.

Unter der Leitung von OTL Hartmut Steinborn, Mitglied des Vorstandes der ZV, befaßten sich die PGR-Vertreter mit dem Entwurf der Ordnung für den

„Katholiken-Rat“ und mit dem neuen Handbuch. Sie votierten eindeutig für die Beibehaltung der Bezeichnung „Pfarrgemeinderat“.

In Vertretung der erkrankten Ute Daumann übernahm Anneliese Kraatz die Leitung des Frauenkreises. Dieser verfaßte eine Stellungnahme zum Thema „Militärseelsorge – ohne Frauen und Kinder?“

Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden durch die Delegierten des WB VI in die ZV 1997 eingebracht.

Unter der Leitung des GKS-Vorsitzenden Albert Goll trafen sich die Delegierten der GKS zu ihrer **WB-Konferenz**. Der Bundesvorsitzende der GKS, OTL Karl-Jürgen Klein, gab einen ausführlichen Bericht zur Lage der GKS, zu ihren aktuellen Problemen und Aktivitäten. Sein Referat und die anschließende Aussprache befasste sich mit den Themen: Haushalt der GKS, Förderkreis der GKS, Beteiligung von Ehemaligen und Reservisten an der Lourdes-Wallfahrt, 6. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn, Seminare Dritte Lebens-Phase, Führungseminar 1998, Jakobus-Wallfahrt 1997 und Bruderhilfe.

In seinem Rechenschaftsbericht bedankte sich der bisherige GKS-Vorsitzende, Hptm a.D. Albert Goll, vor allem bei den Delegierten für das Vertrauen, mit dem er vor sieben Jahren ins Amt gesetzt und auch die ganze Zeit getragen wurde. Er hoffe, dass er dieses Vertrauen auch gerechtfertigt und die Erwartungen erfüllt habe. Sein Dank galt auch dem Bundesvorstand, von dem der WB VI immer wieder Unterstützung erfahren habe.

Die anschließenden **Wahlen für den GKS-Vorstand** brachten folgendes Ergebnis:

- Vorsitzender: Hptm Hans-Georg Pauthner, Kaufbeuren
- 1. Stellv. Vors.: StFw Rüdiger Schalke, Hammelburg
- 2. Stellv. Vors.: HFw Josef Wagmann, Freyung
- Geschäftsführer im WB VI: Hptm a.D. Albert Goll

Aus der Kollekte, die u.a. auch für das Hauspersonal und die Freud-/Leidkasse verwendet wird, können auf das Konto der Aktion „Nachbarschaftshilfe“ 700.- DM überwiesen werden.

Der **gesellige Abend** war ganz den Ausscheidenden gewidmet, die ihrerseits zum Gelingen beigetragen hatten.

Der Moderator Franz Josef Pütz würdigte den scheidenden WB-Dekan Peter Rafoth als einen „feinen geistlichen Herrn“ mit ausgeprägten menschlichen Zügen. Er hob besonders hervor, dass er in den 15 Jahren seiner Amtszeit immer ein offenes Herz für die Delegierten und die Sorgen an ihren Standorten hatte. Mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“ überreichte er ihm einen Bildband über Bayern mit Widmung aller Delegierten. Mit bayerischen Gstanzeln und Liedern begleiten ihn die guten Wünsche des WB VI und Gottes Segen ans Meer, zu den „Preißn“.

Mit einem überdimensionalen Bocksbeutel und einem Strauß für Frau Pütz verabschiedete der WB-Dekan den Moderator Franz Josef Pütz und bedankte sich vor allem dafür, wie er das Amt des „Moderators“ im wahrsten Sinne des Wortes vorbildlich erfüllt habe.

Mit einem ebensolchen Bocksbeutel und Blumen für Frau Goll würdigte der WB-Dekan die Arbeit von Albert Goll als Vorsitzender der GKS im WB VI und dankte ihm dafür, dass er nahtlos das Amt des Geschäftsführers übernimmt. Mit Erinnerungsgaben und Gedichten bedankten sich die stellv. GKS-Vorsitzenden und die Delegierten bei ihrem WB-Vorsitzenden.

Auch für den scheidenden Geschäftsführer Korbinian Weiß, der in den langen Jahren zu seinem persönlichen Freund geworden ist, hatte der WB-Dekan als äußeres Zeichen des Dankes die entsprechende Menge an Wein und Blu-

men für Frau Weiß. Albert Goll würdigte die Verdienste des langjährigen Geschäftsführers der GKS im WB VI und überreichte ihm mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“ eine Bronze-Plakette des Hl. Korbinian.

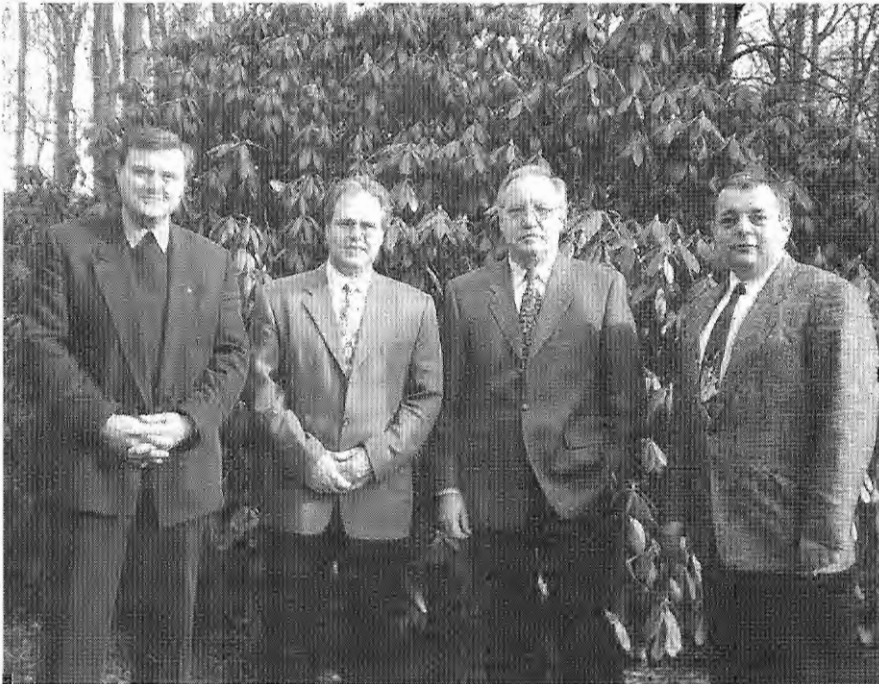
Nach einer Statio und der Teilnahme am Konventamt in der Benediktiner-Abtei blieb dem Leitungsteam am Sonntag nur noch die Danksagung an alle, die diese ereignisreiche Arbeits-/Wehrbereichskonferenz I/97 vorbereitet und durchgeführt hatten, insbesondere auch an Pfarrhelfer Ludwig Lebschi. (Albert Goll)

PERSONALIA

Thomas Elßner (35) ist der erste aus einer ostdeutschen Diözese, nämlich aus Magdeburg, stammende Pastoralreferent der in der Militärseelsorge Dienst tut. Seit 1. April 1997 ist er im Militärseelsorgebezirk Schwerin tätig und dem kath. Militärfarrer bei der Schnellbootflotille zugeordnet.

Elßner, in Görlitz geboren, zunächst Beruf Koch; 1987 Abitur am Norbertinum in Magdeburg, Studium Philosophie und Theologie in Erfurt; praktische Gemeindearbeit in Weiswasser und Halle; verheiratet, zwei Töchter.

Gaby Hagmans (29), Diplom-Psychologin aus Münster, wird neue Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Die Hauptversammlung des Dachverbandes wählte Hagmans, die seit 1993 BDKJ-Diözesanvorsitzende in Münster ist, in Altenberg zur Nachfolgerin von Karin Kortmann (37), die nach sechseinhalb Jahren nicht mehr für dieses Amt kandidiert hatte und verabschiedet wurde. Hagmans setzte sich im ersten Wahlgang mit 49 zu 36 Stimmen gegen Annette Rieks (37) aus Ulm durch und will ihr Amt zum 1. September antreten. Nach ihrer Wahl sagte Frau Hagmans, sie wolle sich als BDKJ-Vorsitzende vor allem kinder- und jugendpolitisch engagieren. Dabei gelte es, Wünsche „intensiv und offensiv“ gegenüber Politikern Gesellschaft und innerkirchlicher Öffentlichkeit zu vertreten. (DT 22.04.97)



Abschied für immer(?) vom Haus St. Meinolf der Katholischen Militärseelsorge am Möhnesee. Die beabsichtigte Schließung der Familienerholungs- und Bildungsstätten der Militärseelsorge war auch bei der ersten Arbeitskonferenz des Jahres beim Wehrbereichsdekan III das Hauptthema, das alle Teilnehmer bewegte. Die Nachricht wurde mit Bestürzung und wenig Verständnis zur Kenntnis genommen. Die „Kirche unter Soldaten“ habe nun keine Heimat mehr für die Intensivformen der Seelsorge und könne nur noch zu Gast in fremden Häusern sein, war die vielfach geäußerte Meinung.

Mit Wehmut stellte sich die Leitung des Wochenendes zum Abschiedsfoto: (v.l.) Dekan Rainer Schadt, Katholischer Wehrbereichsdekan III, Hauptmann Wilfried Geilenkirchen, Moderator der Arbeitskonferenz, Herr Spratte, Leiter des Hauses St. Meinolf, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, Vorsitzender der GKS im Wehrbereich III. (Foto: Stefanie Schacherl)

Begegnungen mit Wilhelm Heß († 18.01.1997)

Helmut Fettweis

1956 erhielt ich einen Anruf von einem Oberst Heß aus dem Heeresamt, der im Personalamt festgestellt hatte, dass ich damals der einzige Offizier war, der schon im Krieg die Versorgungskompanie eines Panzergrenadierbataillons in einer Panzerdivision geführt hatte. Er bat mich, ihm aus der Erfahrung zu helfen, eine Konzeption für die neuen Versorgungskompanien der Bundeswehr zu entwerfen.

Am 10. Oktober 1956, anlässlich des ersten Militärgottesdienstes in St. Gereon in Köln – gehalten von Joseph Kardinal Frings – lernte ich Oberst Heß persönlich kennen.

Auf dem Eucharistischen Weltkongress Herbst 1960 in München begegneten wir uns wieder. Heß war inzwischen zum Brigadegeneral befördert. Er fiel dadurch auf, dass er den Schlussgottesdienst bei einem fürchterlichen Regen – selbst Prälaten flüchteten unter den Regenschirm weiblicher Besucher – vermutlich als einziger trocken überstand: Er hatte über seine Uniform einen Plastikmantel mit Kapuze gezogen. Alle anderen Teilnehmer – vom General bis zum Soldaten – waren triefend nass.

Diese drei Beispiele zeigen etwas von diesem Menschen Wilhelm Heß.

Er war wissensdurstig, belesen, ging den Dingen auf den Grund und fragte nach, wo gründliches Studium ihm keine befriedigende Antwort gab. Frei von Vorurteilen suchte er nach sinnvollen Lösungen. Er war praktisch veranlagt, hielt sich nicht mit theoretischem Wissen auf, sondern kümmerte sich um die Ausführung bis ins Detail. Den Offizier sah er eingebettet in die geistigen und gesellschaftspolitischen Ströme der Zeit.

Von Natur unersetzbar, war er nicht das Idealbild eines preußischen Generals – konnte er auch nicht sein, denn er war Bayer. Aus einer der Kirche sehr nahestehenden katholischen Familie – sein Vater war Komtur des Gregorius-Ordens – hat er den Weg über die Bayerische Landespolizei in die Wehrmacht gefunden.

Er war ein gläubiger Mann. Für ihn war der Mensch das Geschöpf Gottes, geschaffen nach Seinem Bild, in Sünde gefallen und durch Jesus Christus erlöst. Er sagte mir bei den oftmaligen Begegnungen in den späteren Jahren, dass er in seiner Zeit als Generalstabsoffizier in Norwegen viel nachgedacht habe, auch über den Krieg und den "Kriegsherrn". Er habe allerdings durch die Lage am Rande Europas



Foto aus: KMBA (Hrsg.), *Katholische Christen in der Bundeswehr*, Köln 1987, S. 33.

nicht über die Informationen verfügt, die seine Kameraden um Graf Stauffenberg dazu bewogen hatten, Hitler zu beseitigen. Er hatte Hochachtung vor diesen Männern des 20. Juli. Er bedauerte, dass er in dieser Weise nicht aktiver gewesen war, ja gewesen sein konnte. Um so entschiedener war daher sein Einsatz für den Staatsbürger in Uniform, für den Verteidiger von Freiheit und Gerechtigkeit.

Heß hat mit erstaunlichem Fleiß gelesen und nicht nur Fachliteratur, sondern mit großer Disziplin auch philosophische, geschicht-

Fortsetzung auf Seite 108

GKMD kündigt Studie „Unterwegs zum neuen Mann“ an

Eine „Unterwegs zum neuen Mann“ betitelte katholisch-evangelische Studie über Standort, Bedürfnisse und Lebensperspektiven von Männern hat die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) angekündigt. GKMD-Präsident Heinz-Josef Nüchel sagte am 15. Mai in Fulda bei der diesjährigen Haupttagung der Katholischen Männerarbeit, die Studie sei dringlich, weil die Gleichstellung der Geschlechter kein Abstraktum bleiben dürfe.

Es müsse gewährleistet sein, „dass sich auch bei den Männern etwas tut“.

Hinzu komme, so Nüchel, dass seit den letzten repräsentativen Untersuchungen bald ein Jahrzehnt vergangen sei. Gerade was die Entwicklung der Geschlechterrollen angehe, sei dies angesichts des derzeitigen sozialen Wandels eine lange Zeit. Zudem seien in den bisherigen Studien die Männer in den neuen Bundesländern nicht berücksichtigt worden. Laut Nüchel liegt ein Antrag für das For-

schungsprojekt dem Bundesfamilienministerium vor. Sobald der Antrag bewilligt sei, könne mit der Arbeit begonnen werden. Nüchel äußerte die Zuversicht, die Studie im nächsten Jahr der Öffentlichkeit vorlegen zu können.

Bei der Haupttagung der Katholischen Männerarbeit stand das Thema „Die Bibel – ein Buch für Männer!“ im Mittelpunkt. Die GKS war durch ihren Geschäftsführer Günter Hagedorn bei der Männertagung vertreten. (KNA/PS)

Fortsetzung von Seite 107

liche und religiöse Grundsatzwerke. Er identifizierte sich mit dem Menschen von heute und den Aussagen zu den Problemen der Zeit. Als Leiter der Offizierschule war er bekannt für seine Forderungen an die Bildung der Offiziere. Aber er lebte diese Suche nach dem Wissen auch vor und war für jede Anregung dankbar.

Vor mir liegen 14 Hefte „Auftrag“ und „Königsteiner Offizierbriefe (KOB)“. Bemerkenswert ist eine Literatur- und Pressesammlung aus dem Jahre 1969 (KOB 34) mit der Fortsetzung in „Unser Auftrag“ (Heft 40, 1970) von sechs Druckseiten über das Thema „Kirchen, Krieg und Frieden – Friedensdienste mit und ohne Waffen“. Themen und Aufsätze sind auch heute noch aktuell und lesenswert.

Wilhelm Heß war aber nicht nur Soldat. Sein breitgefächertes Interessenfeld umfaßte auch die Kunst, weil er den Menschen in seiner Gesamtheit als Ebenbild des Schöpfers sah. So ist bemerkenswert aus KOB 31/Dezember 1968 eine Abhandlung über das Thema „Bayerischer Barock, Ausdruck volkhaften Glaubens“ (dazu ein Literaturverzeichnis von einer Druckseite). Und bei dem Autor wusste man mit Sicherheit, dass er die Schriften nicht nur gelesen, sondern erarbeitet hatte. Das Fazit: „Geborgenheit in Gott – immer, überall, voll Vertrauen“.

Nach seiner Pensionierung fragte ich ihn, was er nun zu tun gedenke. Unbefangen und selbstverständlich sagte er, „Neben meiner Arbeit für die Wehrkunde-Veranstaltungen helfe ich meiner Frau beim Austragen des Essens auf Rädern für alte Mitbrüder und -schwestern“.

1986 erlebte ich Wilhelm Heß zum letzten Mal persönlich auf der „26. Woche der Begegnung“ in Freising. Er war damals 70 Jahre geworden und hielt seinen Vortrag: „Die Bedeutung des Glaubens für den Soldaten im Krieg – Erfahrungen und Erinnerungen“. Ich musste damals dazu bemerken (auftrag 156/157) „... es gab Referate, da hielt die Versammlung den Atem an. Wenn ein General a.D. von 70 Jahren mit dem Feuer eines Jugendliebes bekennt, dass

nicht nur Not beten lehrt, sondern, dass auch die (christliche) Grundhaltung getragen hat, wenn der Tod vor Augen stand. Wenn dann von den Urängsten, von Furcht und Sorge gesprochen wurde und, dass dann das Gebet geholfen hat, dann wurde denen, die solche Zeiten erlebt hatten, deutlich, dass dieses 'Gehaltensein im Glauben letztlich auch die Rettung aus der Not bedeutet hat'.“

Heß schloß damals mit dem Hinweis auf den Spruch aus dem alttestamentlichen *Providentiae*, 1. Kap., 7. Vers: „*Timor Domini Principium Sapientiae* – Die Furcht des Herrn ist der Anfang aller Weisheit“.

Den persönlichen Begegnungen folgten zwangsläufig nur noch schriftliche Kontakte. In seiner gestochenen Schrift schrieb er mir

PERSONALIA

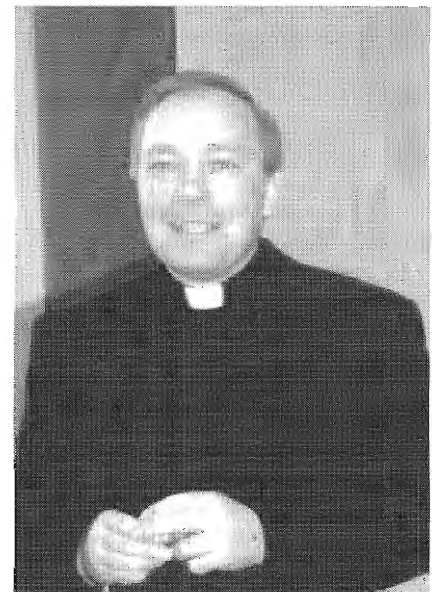
Militärpfarrer Georg Kestel (41), bisheriger Standortpfarrer Hammelburg, übernahm am 1. April die Leitung des Seelsorgereferates im Katholischen Militärbischofamt in Bonn. Er trat die Nachfolge von Militärdekan Dr. Peter Prassel an, der Nationaldirektor für Auslandseelsorge und damit zugleich Sekretär der Kommission für Migrationsfragen der Deutschen Bischofskonferenz wurde. Bei der Amtseinführung von Kestel betonte Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld die Schlüsselfunktion des Leiters des Seelsorgereferates für den Dialog und die Weggemeinschaft von Priestern und Laien in der Militärseelsorge. So gehöre zu seinen wichtigen Aufgaben, die neue Pastorkonzeption der Militärseelsorge, die bis zum Jahr 2000 entwickelt werden müsse.

Zu den weiteren Aufgaben des Seelsorgereferates zählen: Konzeption des Lebenskundlichen Unterrichts und des Soldatenkalenders, Familienseelsorge, Werkwochen, Exerzitien, Liturgie und Gottesdienste und nicht zuletzt die Planung, Vorbereitung und Leitung des deutschen Anteils der jährlichen Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes.

Georg Kestel ist Priester der Diözese Bamberg. Nach dem Abitur 1976 leistete er seinen fünf-

zuletzt Ende 1990, aus persönlichen Anlässen mit jener Anteilnahme, die ihn bei seinen Soldaten den Ehrennamen „Vater“ eingebracht hat.

Soldat, Verteidiger von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit waren seine Intuitionen. Er hat in unvergeßlicher Weise dazu beigetragen, den Soldaten der Bundeswehr in einer neuen zukunftsorientierten Aufgabe zu sehen. Er hat uns ermuntert, die Erweiterung des Königsteiner Offizierkreises zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu vollziehen, weil alle Soldaten in ihrer Bindung an das „offizium“ (an die Pflicht) eines Sinnes sein müßten. Er lebte im Glauben, für den Glauben und aus dem Glauben. Nun hat Gott ihn in einem gesegneten Alter zu sich gerufen. □



zehnmonatigen Wehrdienst ab. Von 1977–82 studierte er Philosophie und Theologie in Bamberg und Regensburg. 1983 wurde er zum Priester geweiht. Danach war er drei Jahre Kaplan in Bad Windsheim und ein Jahr in Staffelstein. 1987 wurde Kestel Katholischer Standortpfarrer in Neuburg/Donau und wechselte 1992 zum Seelsorgebereich Hammelburg. Wie der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates Hammelburg, Oberstleutnant Andreas Wacker bei der Verabschiedung betonte, sei Militärpfarrer Kestel ein herausragender Prediger, der die ihm eigenen seelsorglichen und liturgischen Fähigkeiten gut ins Militärbischofamt einbringen könne. (PS)

LESERBRIEF

Zu: HF, Rezension Johannes Paul II., Geschenk und Geheimnis, in AUFTRAG 228/97, S. 95

Als aufmerksamem Leser des AUFTRAGs entgeht mir nichts, auch nicht dieser Passus:

„Vergleicht man die Möglichkeiten, die ein so begabter Mann hätte ergreifen können, dann muss man sagen, dass die Berufung zum Priester in der Tat ungewöhnlich ist.“

Muss man das sagen? Er ist ja immerhin Papst geworden. Sonst, bei Wahrnehmung anderer Möglichkeiten, wäre er vielleicht Steuerberater oder Professor für Allergologie o.ä. geworden. Also war es schon gut so. Zudem stehen auch einem Landpfarrer herausragende Talente gut an, Karl Rahner war es eine Zeit lang, und Josef Höffner Stadtpfarrer in Trier. Die Kirche braucht für diesen Beruf sowohl Männer „von idiotischer Unbegabtheit“ (Walter Nigg über den – heiligen! zu Recht – Pfarrer von Ars) als auch Begabungen wie die des Julius Döpfner. Das macht u.a. die Faszination dieses Berufes aus.

Im übrigen, um – salva debita reverentia – anmaßend zu mäkeln,

halte ich den Papst nicht für so begabt, wie man ihm nachsagt.

Wenn mein Heimatbischof schwärmt, der Heilige Vater „spricht perfekt deutsch“, so erwidere ich: gar nicht, es sei denn, ich spräche perfekt z.B. französisch. Perfekt spricht er, das gebe ich zu, polnisch. Sein Italienisch ist, wie mir ein italienischer Taxifahrer in München bestätigte, „tot“. D.h., er hat kein Gespür für die Melodie dieser „wohl schönsten Sprache der Welt“ (Müller-Marein). Auch sein liturgischer Gesang ist mit, sagen wir, 3 (befriedigend) zu bewerten. Aber keiner „meiner“ fünf Päpste konnte singen. Nur von uns Basis-Pfarrern wird's erwartet. Und schließlich, was mich als Originalitäts-Forscher am meisten beschäftigt: Gibt es von diesem Papst auch nur einen einzigen leidlich originellen Ausspruch?, wie sie Johannes XXIII. in Serie ablieferte, und wie es selbst vom 33-Tage Papst ein gutes Dutzend gibt?

Dies als heitere und nicht tot-ernstgemeinte Marginalien!

Dr. theol. Ottmar Einwig,
34393 Grebenstein/Udenhausen

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM HEFT

Ansorge, Dr. Dirk

Dozent an der Kath. Akademie „Die Wolfsburg“ des Bistums Essen.

Beyel, Marlene

Referentin für das Aufgabengebiet Militärseelsorge und Öffentlichkeit im KMBA, Bonn.

Bringmann, Jürgen

Obersta.D., Referent beim Bundesvorstand der GKS, Generalsekretär AMI.

Eisenhut, Ralf

Oberfeldwebel, Delegierter bei der Zentralen Versammlung.

Englert, Bernd

Oberst i.G. im BMVg, Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn.

Fischer, Lothar

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Wehrbereich II.

Friemel, Franz Georg

Der Beitrag ist unter dem Titel „Kurze Auskunft über die katholische Kirche in den neuen Bundesländern“ erschienen in: Ost-West-Informationsdienst des Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, Hrsg. ZdK, Heft 193/1997, S. 3-22. Von den zahlreichen Fußnoten des Originals wurden hier nur die textergänzenden bzw. -erläuternden aufgenommen.

Görlisch, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften.

Gremier, Hartmut

Militärpfarrer, Standortpfarrer von Bad Frankenhausen in Thüringen, Moderator des Priesterrates des Katholischen Militärbischofs.

Groppe, P. Lothar SJ

Wiederholt Beiträge im AUFTRAG zum Verständnis der Soldaten der Wehrmacht; zuletzt „Waren alle Deserteure Widerstandskämpfer?“ in Heft 224.

Heinz, Dipl.-Theol. Manfred

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat „Kirche und Gemeinde“ im KMBA, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Homeyer, Dr. Josef

Bischof von Hildesheim.

Hütten, Walter

Stabsfeldwebel, stellv. Bundesvorsitzender der GKS bis April 1997.

TERMINE 1997

23.06.–04.07. Jakobuswallfahrt von Bremen nach Münster

11.–13.07. WB V: WB/AK Heiligkreuztal mit Familien

19.–24.08. 12. Weltjugendtag in Paris

01.09. späteste Anmeldung zum Seminar der GKS-Akademie

Oberst Helmut Korn

08.09. Sitzung EA in Bonn

17.–19.09. Akademie „Wehrformen in Europa auf dem Prüfstand“ in Bonn

01.10. Verabschiedung MilDek Stenzaly (KWBD I) in Kiel

01.–05.10. Ost-Europa Seminar der GKMD in Schmochtitz

02.–05.10. StudSeminar und Vollversammlung des ZdK in Erfurt

08.–09.10. StudSeminar der GKMD in Erfurt

08.–12.10. Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg

10.–12.10. WB IV: WB/AK Kloster Springgißbach

WB VI: WB/AK
24.–26.10. Sitzung BV GKS in Bonn

03.–04.11. Gr. Kommandeurtagung in Berlin

03.–07.11. 6. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda

10.–14.11. 42. Gesamtkonferenz der Militärggeistlichen

21./22.11. Vollversammlung ZdK

21.–23.11. WB II: WB/AK in Wörpau

24.11. Sitzung EA in Bonn

01.–02.12. Herbstkonferenz der GKMD in Fulda

Klein, Karl-Jürgen

Oberstleutnant, Dipl.-Ing, Regimentskommandeur in Veitshöchheim; seit 1995 Bundesvorsitzender der GKS, Mitglied im ZdK.

Lepping, Norbert

Dozent an der Kath. Akademie „Die Wolfburg“ des Bistums Essen.

Karte, Karl-Heinz

Hauptmann a.D., Berater des bosnischen Caritasdirektors.

Marienfeld, Claire

Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.

Meves, Christa

Publizistin, Mitherausgeberin des „Rheinischen Merkur“; Beitrag aus Deutsche Tagespost vom 27.03.1997.

Nabbefeld, Prälat Jürgen

Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Bonn.

Roth, Paul

Artikel aus: Ost-West Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, 193/1997, S. 62–71.

Schlagheck, Dr. phil. Michael

Studium an den Universitäten in Bonn und Essen (Erwachsenenbildung, kath. Theologie), Direktor der Kath. Akademie „Die Wolfburg“, des Bistums Essen.

Streier, Dr. Eva-Maria

Pressereferentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Mitglied des ZdK, leitet die Arbeitsgruppe Biomedizin des ZdK.

Sutor, Dr. phil. Bernhard

Professor für Didaktik der Sozialkunde und Christliche Soziallehre an der Kath. Universität Eichstätt; Mitglied des ZdK; Vors. des Landeskomitees der Katholiken in Bayern.

Theis, Prälat Walter

Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Thye, Mathias

Jg. 1967, Leutnant zur See a.D. d.R., Studium im letzten Semester an der Verwaltungsfachhochschule im Rahmen der Ausbildung zum gehobenen Dienst bei der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Wakenhut, Walter

Militärdekan, Leiter des Referates „Personalangelegenheiten“ im Katholischen Militärbischofsamt.

Weber, Peter

Hauptfeldwebel, Mitglied des Vorstandes der Zentralen Versammlung, verantwortlich für das Projekt „Nachbarschaftshilfe“ und die Verbindung zu RENOVABIS.

BUCHBESPRECHUNGEN

KULTURGESCHICHTE

Barbara Beuys: „Heimat und Hölle. Jüdisches Leben in Europa durch zwei Jahrtausende. Religion, Geschichte, Kultur.“

Rowohlt Verlag 1996, 784 Seiten, gebunden.

In den letzten Jahren ist ein regelrechter Boom von Literatur über die Juden in Europa und ihre Geschichte auszumachen. Aber erst in letzter Zeit wenden sich Autoren zunehmend nicht nur an ein ausschließlich wissenschaftliches Publikum. Barbara Beuys umfangreiche Darstellung versteht sich in diesem Sinne als wissenschaftlich fundiert und dennoch allgemein verständlich geschrieben. Sie beleuchtet die Geschichte des jüdischen Volkes und der jüdischen Gemeinden seit der Antike bis in die Gegenwart, immer in der Spannung von eigenem religiösen Anspruch und den Forderungen ihrer Umgebungskultur. Dabei versteht sie es anschaulich, sowohl die eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln aufzuzeigen als auch die vielen kulturellen Leistungen, die die jüdische Bevölkerung an ihren jeweiligen Lebensorten in ganz Europa mitbrachten. Durch diesen Tenor, Juden nicht nur als verfolgte Minderheit darzustellen, sondern ihnen vielmehr in den verschiedenen geschilderten Persönlichkeiten ein Gesicht zu geben, leistet sie einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der christlichen-jüdisch-abendländischen Tradition – und gegen das Vergessen. Und so finden sich durchaus Beispiele einer ge-

meinsamen europäischen Geschichte, in der die christlich-jüdische Symbiose geglickt zu haben schien.

Immer wieder wird deutlich, dass die jüdische Existenz eine doppelte war – zwischen der Abgeschiedenheit einer religiösen Gemeinschaft und der Welt-offenheit und der selbstbewussten Teilnahme an Kultur und Alltag, so beispielsweise in einem gemeinsamen Studium von jüdischen und christlichen Studenten an der Universität Padua gegen Ende des Mittelalters. Auch wenn die europäische Aufklärung mit ihrem Gedanken der Gleichheit bei vielen Juden große Hoffnungen auf die lang ersehnte rechtliche Gleichstellung auslöste, dauerte es in den verschiedenen Ländern noch lange bis zu diesem Schritt. Und so waren auch in der Moderne die Lebensverhältnisse für Juden in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während Frankreich zwar 1791 gemäß den Forderungen der Französischen Revolution den französischen Juden die staatsbürgerlichen Rechte verlieh, ging die innere Reform des Judentums, aus der geistigen Ghettsituation heraus in die bürgerliche Kultur, von Protagonisten in Deutschland aus.

Die Autorin verschweigt in ihrem weiteren chronologisch-problemorientierten Gang durch die Geschichte nicht die vielfältigen und zahlreichen Verfolgungen, denen Juden immer wieder durch die Jahrhunderte ausgesetzt waren: Von religiösen Verfolgungen im Mittelalter über die Vertreibungen der osteuropäischen Juden im Zarenreich bis zum Holocaust. Behut-

sam zeigt sie die Verzweiflung in den Konzentrationslagern, aber auch den Widerstand und den Willen zu überleben wie sie die „Kraft der Frommen“ symbolisieren, eine Gruppe von Rabbinern, die angesichts der unbeschreiblichen Ausweglosigkeit dennoch ihr Vertrauen auf Gott nicht verlieren. Damit wird auch in schlimmster Zeit deutlich, wo das „Volk Gottes“ seine Wurzeln hat – in der kompromisslosen Bindung an den einen Gott und seine Verheißung.

Der Gegenwart nach 1945 widmet die Autorin bewusst nur wenige Zeilen. Ihre Darstellung bekommt zwar ihren Ausgangspunkt von der Shoa, aber sie will „der jüdischen Geschichte vor Auschwitz ihren eigenen Platz geben“. Das Versprechen und der Anspruch jeder neuen Generation, sich zu erinnern – ein wesentlicher Traditionskern im jüdischen Selbstverständnis, man denke nur an das Pessachfest, wird somit eingelöst.

In den nächsten Jahren, wenn die russischen Einwanderer in den jüdischen Gemeinde in Deutschland integriert worden sind, und der jetzt festzustellende Neuaufbruch der jungen jüdischen Generation sich weiter entwickelt hat, wird die Geschichte der Juden Europas hoffentlich um ein ge-glücktes Kapitel von jüdischem Selbstbewusstsein und gelungener Integration ergänzt werden. Für alle, die sich zuverlässig über einen wichtigen Abschnitt europäischer Geschichte informieren wollen, bietet die Darstellung eine gut lesbare Möglichkeit.

Claudia Klein

Philip Zelikow/Condoleezza Rice:
„Sternstunde der Diplomatie.
Die deutsche Einheit und das
Ende der Spaltung Europas“.

Verlag Propyläen, Berlin 1997, 664 S., 68,- DM

Der Held heißt nicht Genscher

„Da Genscher und das Auswärtige Amt sowohl von den deutsch-deutschen Vereinigungsverhandlungen als auch von einigen diplomatischen Entwicklungen auf höchster Ebene ausgeschlossen waren, wurde Kohl in jenen Monaten zur zentralen Figur auf Seiten der Bundesrepublik, flankiert von seinem wichtigsten diplomatischen Helfer Tetschik. Die innerdeutschen Verhandlungen führte Innenminister Wolfgang Schäuble.“

Dieses Zitat verdeutlicht, dass der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher nicht der führende deutsche Kopf der Vereinigung war. So jedenfalls sehen es Philip Zelikow und Condoleezza Rice, die Autoren der „Sternstunde der Diplomatie“. Und die beiden amerikanischen Politikwissenschaftler wissen, wovon sie schreiben. Die Durchlässigkeit des amerikanischen politischen Systems ermöglichte ihnen wichtige Rollen in der Politik. Beide arbeiteten 1989/1990 im sicherheitspolitischen Stab von Präsident George Bush und konnten somit ihre eigenen politischen Erfahrungen verwerten. Daneben hatten sie Einblick in Dokumente, die anderen noch verschlossen bleiben. Mit großer analytischer Schärfe untersuchen sie die internationalen Prozesse, die schließlich die deutsche Einheit wieder möglich machten. Besser als bisher jeder deutsche Autor beleuchten sie die dramatischen Umwälzungen vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990. Gerade die Distanz erlaubt ihnen eine rücksichtslose Darstellung. Als Wissenschaftler enthalten sie sich weitgehend aller Urteile. Die bleiben dem Leser überlassen. Auch wenn gerade bei deutschen Lesern hin und wieder ein Stirnrunzeln auftritt, – denn nicht jede Einschätzung der innerdeutschen Verhältnisse und der Akteure muss geteilt werden – so bleibt doch festzuhalten, dass der Erkenntniswert dieser Darstellung alle vorhandenen Memoiren von Thatcher über Gorbatschow bis Kohl bei weitem übertrifft.

Die Helden der deutschen Vereinigung sind bei Zelikow und Rice, neben den mutigen Menschen in Ostdeutschland, Helmut Kohl und George Bush. Das wird keinesfalls von den Autoren betont, es ist vielmehr die schlichte gedankliche Zusammenfassung nach dem Genuss der Lektüre ihres Buches.

Als Politikwissenschaftler erfüllen sie immer wieder auch die Aufgabe der Einordnung in größere geschichtliche Zusammenhänge und politische Konzepte. So zum Beispiel bei ihrer Interpretation von Helmut Kohls deutsch-landpolitischem Konzept im entscheidenden Herbst 1989: „Kohls Verhalten war ein entscheidender Faktor in der von Krenz und Gorbatschow aufgemachten Rechnung. Der Erfolg ihres Plans hing davon ab, dass Kohl im Fahrwasser der alten Ostpolitik blieb. Dazu hätte gehört, dass die Bundesrepublik die Befürchtungen der DDR über ihre Absichten beschwichtigte, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ostdeutschen anmahnte, sodass es zu keinem Exodus kommen würde, beruhigend auf die Sowjetunion einwirkte, Wirtschaftshilfe leistete, um die DDR zu stabilisieren, und maßvolle Reformen einforderte. Dem allen hätte die Annahme zugrunde gelegen, dass Krenz dem polnischen oder ungarischen Weg folgen würde. Der Sozialismus mochte überleben, aber man hätte einen in geordneten Bahnen verlaufenden Reformprozess in Gang gesetzt. Dies war die Politik, die Gorbatschow und Krenz von der westdeutschen Regierung erwarteten. Aber ausgerechnet an diesem heiklen Punkt änderte Kohl den Kurs der deutschen Politik. Nachdem er schon im August und September die alten Wahrheiten der Ostpolitik über Bord geworfen hatte, indem er ziemlich unverhohlen von der realen Möglichkeit der Wiedervereinigung sprach, holte er jetzt, gerade als Krenz und Gorbatschow einen Plan umsetzen wollten, der von ihren Beziehungen zur Bundesrepublik abhing, zu einem noch schwereren Schlag gegen die Überreste der Ostpolitik aus.“

Dieser Schlag war das Zehn-Punkte-Programm für die Überwindung der deutschen Teilung, das Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag präsentierte. Damit manifestierte er seine schon in den Wochen zuvor eingeschlagene Linie, dass Hilfe für die DDR nur bei einem grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems gewährt werden konnte. Das Fundament dieses Wandels, der nach Kohls Auffassung zur Einheit führen musste, war das Recht auf Selbstbestimmung. Hierin lag der Schlüssel zur Einheit, den selbst Michail Gorbatschow und Margret Thatcher Kohl und vor allem den Menschen in der DDR nicht mehr aus der Hand reißen konnten.

Ob Frau oder Mann – heute noch – Fan von Helmut Kohl oder George

>>>

John Grisham:
„Der Regenmacher“. Roman.

Aus dem Amerikanischen von Christel Wiemken. Gebunden. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1996, 576 Seiten, 48,- DM.

David gegen Goliath, der junge Anfänger als Jurist gegen einen der mächtigsten und skrupellosesten Versicherungskonzerne der USA, moralisches Engagement für die Armen gegen hemmungslose Profitgier – so sieht das Grundmuster von John Grishams, der Welt derzeit meistgelesener Autor, Roman „Der Regenmacher“ aus. Ein Regenmacher ist jemand, der buchstäblich Geld vom Himmel fallen lässt, indem er seiner Anwaltskanzlei – die nur aus ihm und einem Partner besteht – millionenschwere Fälle beschert. Ist Rudy Baylor ein solcher Regenmacher?

Der junge Anwalt Rudy Baylor ist der Held dieses spannenden Gerichtsdramas. Er gibt einer Gruppe alter Leute kostenlose Rechtsberatung und stößt dabei auf einen Fall, der ihn zuerst nur interessiert, dann aber innerlich, moralisch geradezu zum Handeln für die Benachteiligten zwingt, und das unter großen persönlichen Risiken:

Eine Versicherungsgesellschaft hat sich geweigert, die Kosten für die Behandlung eines leukämikranken jungen Mannes zu übernehmen und ihn damit zum Tode verurteilt. Im Namen der Eltern klagt der junge Anwalt gegen die Versicherung und sieht sich umgehend mit den erfahrensten, gerissensten und bestbezahlten Anwälten als Verteidigern konfrontiert. In unglaublich spannenden, dramatischen, aber auch gelegentlich sehr witzigen Gerichtsszenen läuft ein Prozess vor uns ab, in dem zwar gut und böse, falsch und richtig uns eindeutig erscheinen – aber ob die gute und richtige Sache am Ende siegt, bleibt mehr als zweifelhaft.

Nun – bei Grisham weiß man, dass am Ende die Moral siegen muss – und man findet es auch richtig so. Allerdings – ein moralischer und juristischer Sieg kann unter dem Blickwinkel finanziellen Erfolges auch gelegentlich ein Pyrrhus-Sieg sein.

Ein spannendes, informatives und trotzdem sehr „moralisches“ Buch.

Jürgen Bringmann

Bush oder Michail Gorbatschow ist oder nicht: dieses Buch sollte jeder lesen, der die dramatischen Umbrüche von 1989/90 begreifen möchte.

EckhardStuff



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. sechsmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn. Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur. Zuschriften: Paul Schulz, PF 3768, 51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf. Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Konto-Nr.: 1009439010, BLZ: 391 601 91, Pax Bank eG Aachen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 6,- an den ausliefernden Köllen Verlag.